

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2009

III

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Hans-Otto Hemmer</i> : Nur noch ein Restposten? – 60 Jahre DGB	5
<i>Walter Schmidt</i> : Zur Entwicklung der deutschen Achtundvierziger. Biografische Beschreibung von der Mitte des 20. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts	14
<i>Ulrich Busch</i> : Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus	34
<i>Horst Klein</i> : Die Nationale Volksarmee der DDR in der friedlichen Revolution im Herbst 1989	57

Biografisches

<i>Holger Czitrich-Stahl</i> : Arthur Stadthagen (1857-1917) – der erste sozialdemokratische Jurist im Deutschen Reichstag. Annäherung an einen beinahe vergessenen Sozialisten	69
<i>Ronald Friedmann</i> : Walter Ulbricht und Gerhart Eisler – Skizze einer seltsamen Freundschaft	95
<i>Verena Fink</i> : Kurt Stern – Mitglied der Stettiner Arbeiterbewegung und politischer Emigrant in Schweden	108

Dokumentarisches

- Ursel Hochmuth/Peter Hochmuth*: Vor 75 Jahren – Dissonanzen im Kopenhagener Exil. Ein Gedächtnisprotokoll Walter Hochmuths vom Oktober 1934 123

Regionales

- Carsten Voigt*: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Sachsen 1924 bis 1933 145

Miszelle

- Hans Sonntag*: Die Proletarierin zwischen Fabrikarbeit, „zweiter Schicht“ und „Sex-Appeal“. Ausgewählte Aspekte zur Frauenfrage in der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung“ 1926/27 bis 1933 158

Buchbesprechungen

- William A. Pelz: *Against Capitalism. The European Left on the March* (*Mario Kessler*) 166
- Labour Internationalism. *Different Times, Different Faces* (*Gerd Callesen*) 168
- Thomas Kacza: *Zwischen Feudalismus und Stalinismus. Albanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts* (*Erwin Levin*) 171
- frei, denkend, selbstbestimmt. 22 Porträts freigeistiger Frauen (*Heinrich Gemkow*) 174
- Iz Archiva A.N. Potresova. Vypusk 1: *Perepiska 1892-1905* [Aus dem Archiv von A.N. Potresov. Bd. 1: Schriftwechsel 1892-1905], Moskva 2007; Vypusk 2: *Pis'ma A.M. Kalmykovej 1894-1905* [Bd. 2: Briefe von A.M. Kalmykova, 1894-1905] (*Hartmut Rüdiger Peter*) 175

Christa Uhlig: Reformpädagogik. Rezeption und Kritik in der Arbeiterbewegung, Quellenauswahl; Christa Uhlig (Hrsg.): Reformpädagogik und Schulreform. Diskurse in der sozialistischen Presse der Weimarer Republik, Quellenauswahl (<i>Wolfgang Eichler</i>) 178
August Thalheimer: „So ist die Vernunft selbst weltlich“. Ausgewählte philosophische und religionskritische Schriften (<i>Ralph Metzger</i>) 180
Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner (Hrsg.): „Die Wache ist müde“. Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen (<i>Jutta Petersdorf</i>) 182
Joni Krekola: Stalinismen lyhyt kurssi Suomalaiset Moskovan Lenin-koulussa [Kurzer Lehrgang des Stalinismus. Finnen auf der Internationalen Lenin-Schule] 1926-1938 (<i>Alexander Kan</i>) 184
Ulrich Eumann: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik (<i>Carsten Voigt</i>) 188
Peter Berens: Trotzlisten gegen Hitler (<i>Herbert Mayer</i>) 189
Barbara Koehn: Der deutsche Widerstand gegen Hitler (<i>Ulla Plener</i>) 191
Bruno Kartheuser: Walter, SD in Tulle. Bd. 3 und 4: Die Erhängungen von Tulle (<i>Herbert Mayer</i>) 191
Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz (<i>Rolf Badstübner</i>) 193
Hanns-A. Schwarz: Festtag – Kampftag – Feiertag. Mai-Abzeichen nach 1945 – Bundesrepublik und DDR (<i>Wolfgang Heyn</i>) 195
Polska – Niemcy. Dokumenty i Materiały (Polen – Deutschland. Dokumente und Materialien). Tom I-V (<i>Daniela Fuchs-Frotscher</i>) 196
Tom Strohschneider: Erziehung in der Produktion. Jugendbrigaden in der DDR und der Konflikt um die betriebliche Jugendarbeit (<i>Elke Scherstjanoi</i>) 199

Simone Barck/Stefanie Wahl (Hrsg.): Bitterfelder Nachlese (<i>Dietrich Mühlberg</i>) 200
Jens Hüttmann: DDR-Geschichte und ihre Forscher (<i>Wolfgang Heyn</i>) 204
Maud Bracke: Which Socialism, Whose Détente? West European Communism and the Czechoslovak Crisis, 1968 (<i>Stefan Bollinger</i>) 204
Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? (<i>Bärbel Kontny</i>) 207
Autorenverzeichnis 208
Jahresinhaltsverzeichnis 2009 209
Impressum 214

Nur noch ein Restposten? – 60 Jahre DGB

Hans-Otto Hemmer

Die Dachverbände der Freien Gewerkschaften haben während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle gespielt – politisch wie organisatorisch. Die „Generalkommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands“ mit ihrem Vorsitzenden Carl Legien und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund unter Theodor Leipart waren zweifellos die Flaggschiffe einer ansonsten eher zersplitterten, oft uneinigen und politisch heterogenen Flotte. Ihre Beiträge zur inneren Stabilisierung der Gewerkschaftsbewegung und ihr Anteil etwa an der staatlichen Sozialpolitik sind bleibende Verdienste und Fundamente für die Zeit nach 1945 gleichermaßen.

Der im Oktober 1949 in München gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) steht in dieser Tradition, auch wenn seine Geschichte im Wesentlichen die Geschichte der in ihm vereinten Gewerkschaften ist. Steht ihm ein Eigenanteil an dieser Geschichte zu?¹

1 Der Aufsatz stützt sich vor allem auf: Theo Pirker: Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 Bde., München 1960/Berlin 1979; Ulrich Borsdorf (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987; Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt/Main 1987; Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung von den Anfängen bis heute, Bonn 1989; Arno Klönne/Hartmut Reese: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg 1984; Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990; Klaus Armingeon: Die Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften 1950-1985, Frankfurt am Main/New York 1988; Klaus von Beyme: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern, München-Zürich 1977; Wolfgang Schroeder/Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003; Ulrich Borsdorf: Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln 1982; Karl Lauschke: Hans Böckler. Gewerkschaftlicher Neubeginn 1945-1951, Frankfurt/Main 2005; Gerhard Beier: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung, Köln 1978; Frank Ahland: Ludwig Rosenberg. Der Bürger als Gewerkschafter, Bochum 2002; Jens Becker/Harald Jentsch: Otto Brenner. Eine Biografie, Göttingen 2007; Klaus Kempster: Eugen Loderer und die IG Metall. Biografie eines Gewerkschafters, Filderstadt 2003; Hans-Otto Hemmer/Hartmut Simon (Hrsg.): Auf die Wirkung kommt es an. Gespräche mit Heinz Kluncker, Frankfurt/Main 2000; Wolfgang Streeck/Norbert Kluge (Hrsg.): Mitbestimmung in Deutschland. Tradition und Effizienz, Frankfurt/M. 1999; Gerhard Leminsky: Für ein Management des Wandels. Gewerkschaftliche Politik zwischen Globalisierungsfalle und Sozialstaatsabbau, Berlin 1998; Kurt Hirche: Der Koloss wankt. Die Gewerkschaftsunternehmen zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Düsseldorf-Wien 1984; Rainer Weinert: Das Ende der Gemeinwirtschaft. Gewerkschaften und gemeinwirtschaftliche Unternehmen im Nach-

Konstruktion

Im Rahmen der Gesamtstruktur der (west-)deutschen Gewerkschaftsbewegung war und ist der DGB schwach: Er verfügt nicht über eigene Einnahmen, und er hat so gut wie keine tarifpolitische Kompetenz. Ihm ist insbesondere die politische und mediale Vertretung der Gewerkschaften zugewiesen; er soll gegebenenfalls Streitigkeiten zwischen ihnen schlichten. Der DGB hat seine Aufgaben über die Jahre und Jahrzehnte mehr oder weniger gut und effektiv erfüllt. Dabei ist an der Grundkonstruktion – selbstständige Gewerkschaften und Industriegewerkschaften unterschiedlicher Größe mit eigenen Beitragseinnahmen und ein von ihnen abhängiger Dachverband – so gut wie nichts geändert worden, obwohl deren Elemente sich inzwischen vollständig anders zusammensetzen als im Gründungsjahr 1949. Gab es damals noch 16 große, mittlere und kleine Einzelgewerkschaften, so existieren heute noch acht, von denen die größten drei – IG Metall, ver.di und IG Bergbau, Chemie, Energie – zusammen mehr als 80 Prozent aller Mitglieder organisieren.

Die beiden tragenden Säulen der westdeutschen gewerkschaftlichen Nachkriegsentwicklung, nämlich das Industriegewerkschafts- und das Einheitsgewerkschaftsprinzip, geraten seit der Jahrtausendwende in einen Erosionsprozess: zum einen durch die Fusion von Gewerkschaften zu „Multibranchengewerkschaften“, zum anderen durch tektonische Verschiebungen im Parteiensystem. Für Multibranchengewerkschaften hat das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ nicht mehr jene eherne Bedeutung wie bisher stets: Bei ihnen wächst vielmehr die Bereitschaft, dringend benötigte neue Mitglieder überall dort abzuholen und zu organisieren, wo sie sich finden lassen. Und die Existenz der „Gewerkschaftspartei“ DIE LINKE verschiebt, auch wenn das Ergebnis noch nicht ganz absehbar ist, die herkömmlichen einheitsgewerkschaftlichen Koordinaten jedenfalls gehörig.

Schon früh und dann immer wieder ist intern über eine Reform des DGB diskutiert worden – über lange Zeit ohne nennenswerte praktische Effekte. Mit einer gewissen Regelmäßigkeit kürzten die Gewerkschaften im Gefolge von „Reformdebatten“ dem Bund das Geld: So wurde schon 1952 der an den DGB zu zahlende Beitragsanteil von 15 auf zwölf Prozent gesenkt; 1967 wurde ihm ein einschneidendes Sparprogramm verordnet („Springener Beschlüsse“); die „Struktur-

kriegsdeutschland, Frankfurt/Main 1994; Hans-Otto Hemmer: Flankierende Maßnahmen. Gewerkschaftliche Ostpolitik zwischen Kaltem Krieg und Entspannung, in: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S.171-187; Ditmar Gatzmaga/Thomas Voß/Klaus Westermann (Hrsg.): Auferstehen aus Ruinen. Arbeitswelt und Gewerkschaften in der früheren DDR, Marburg 1991; Peter Seideneck: Die soziale Einheit gestalten. Über die Schwierigkeiten des Aufbaus gesamtdeutscher Gewerkschaften, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1991, Nr. 53, S.3-11; Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH) 1990, H. 5-6 (Auf dem Weg zur deutschen Einheit), 1993, H. 1 (Herausforderung Ostdeutschland), 1995, H. 9 (Fünf Jahre Wiedervereinigung).

reform des DGB“ von 1989 entsprang der Finanznot nach dem Gemeinwirtschafts-Debakel.²

Die Grundstruktur innerhalb des DGB, wie sie seit 1952 Bestand hatte – von Theo Pirker zutreffend als Kombination aus starken Einzelgewerkschaften und schwachem Bund charakterisiert³ –, bekommt erst seit den Neunzigerjahren ein grundlegend neues Muster.

In einer fulminanten „Fusionswelle“ wurden aus bisher 16 Gewerkschaften acht – darunter mit einer um die Gewerkschaften Holz und Textil erweiterten IG Metall, einer um die IG Bergbau und Energie und die Gewerkschaft Leder zur Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie erweiterten IG Chemie, Papier, Keramik und einer aus der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), aus Postgewerkschaft, IG Medien, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zusammengesetzten „Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft“ (ver.di) drei beherrschende Multibranchengewerkschaften. Neben ihnen nehmen sich die übrig gebliebenen IG BAU, Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Eisenbahnergewerkschaft Transnet und die Polizeigewerkschaft zwerghaft aus. Diejenigen, die statt solcher Fusionen eine Stärkung des DGB befürworteten, ihn gar zu einer „Mitgliedergewerkschaft“ (Franz Kersjes) umformen wollten, konnten sich kein Gehör verschaffen und sich schon gar nicht durchsetzen, zumal die IG Metall 1995 ihren prinzipiellen Vorbehalt gegenüber Fusionen zunächst gemildert und schließlich aufgegeben hatte, um sich dann selbst dem Fusionsfieber hinzugeben. Der DGB-Vorsitzende und langjährige frühere Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau und Energie Heinz-Werner Meyer wurde von der Initialzündung der Fusionen, dem Zusammengehen „seiner“ Gewerkschaft mit der IG Chemie überrascht. Auch fortan spielte der DGB im gesamten Fusionsprozess keinerlei nennenswerte Rolle. Er wurde vielmehr seinerseits einem anhaltenden Schrumpfungsprozess unterworfen, von dem alle Organisationsebenen – von den Kreisen bis zur Bundesvorstandsverwaltung – betroffen waren und sind.

2001 schlug der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie Hubertus Schmoldt vor, zukünftig sollten, statt eines eigens gewählten DGB-Vorsitzenden, die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften alternierend den DGB führen. Auch wenn dieser Vorschlag, nicht zuletzt bei der IG Metall, keinen Anklang fand, drängte deren Vorsitzender Berthold Huber 2008 darauf, „das Dach zu reparieren“. Er ließ deutlich durchblicken, dass er für die jährlich 52 Millionen Euro, die die IG Metall an den DGB überweise, eine „höhere Rendite“ erwarte. Am Ende dieses Prozesses steht bisher ein Beschluss, wonach es in allen mehr als 400 Landkreisen und kreisfreien Städten der Republik einen DGB-

2 Siehe dazu den Abschnitt „Gemeinwirtschaft“.

3 Siehe Hans-Peter Müller/Manfred Wilke: Gewerkschaftsfusionen: Der Weg zu modernen Multibranchengewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003, S.122-143, hier S.126.

Vorsitzenden geben soll – allerdings auf ehrenamtlicher Basis. Wie die übrigen Organisationsebenen letztendlich personell ausgestattet werden sollen, wurde einstweilen offengelassen.

Fazit: 40 Jahre lang blieb das 1949 eingerichtete Organisationsgefüge der westdeutschen Gewerkschaften weitgehend unverändert und stabil. Die Notwendigkeit einer Reform des DGB wurde früh erkannt, häufig besprochen und beraten – ohne dass konkret etwas Substantielles geändert worden wäre. Als die Konstruktion seit Beginn der Neunzigerjahre aus finanziellen Gründen zu bröckeln begann, wurde nicht reformiert, sondern fusioniert. Dabei wurden alte Prinzipien schleichend außer Kraft gesetzt, der Charakter des Bundes der Gewerkschaften änderte sich. Der DGB wurde zu einem „Bünde-Bund“ und gleichzeitig zu einer Art Restgröße – eine einigermaßen desolante Figur. Und mit jeder weiteren Fusion, die kommen wird, wird dieses historische Überbleibsel gebrechlicher und überflüssiger werden.

Köpfe

„Die persönliche Zurechnung von Leistungen und Erfolgen gehört, selbst wenn sie vorgenommen werden könnte, nicht zur politischen Kultur der Gewerkschaften“, schreibt Ulrich Borsdorf treffend in seiner Böckler-Biografie.⁴ Überblickt man allerdings 60 Jahre Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg, wird man nicht umhinkommen, einige Phasen in dieser Zeitspanne direkt von einer überragenden gewerkschaftlichen Persönlichkeit geprägt zu finden (dasselbe gilt übrigens für die erwähnten 60 Jahre bis 1949, genauer: für die Zeit von 1889 bis 1933, es waren Legien und Leipart). Da auch Borsdorf konzediert, dass die posthume individuelle Würdigung in Gewerkschaftskreisen als akzeptabel gelte, mag eine Periodisierung zumindest der Frühzeit nach Persönlichkeiten gewagt werden. Unbestreitbar und unübersehbar wurde die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung in dem Vierteljahrhundert von 1945 bis 1972 von zwei Männern dominiert und geprägt: Hans Böckler und Otto Brenner.

In der Ära Böckler, von 1949 bis 1952 Gründungsvorsitzender, hatte der DGB, obwohl ihm die Alliierten eine zentralistische Organisationsform, wie sie auch Böckler favorisierte, verweigert hatten, politische Bedeutung und innergewerkschaftliches Durchsetzungsvermögen wie nie mehr danach. Das hing natürlich mit der relativen historischen Offenheit dieser Zeit zusammen und damit, dass die Gewerkschaften ihre tarifpolitische Funktion und Wirkkraft noch nicht (voll) entwickelt hatten. Aber es hatte auch mit der überragenden Autorität Böcklers zu tun, den Freund und Feind uneingeschränkt respektierten. So nannte ihn Konrad Adenauer, der ihn seit den Weimarer Jahren aus gemeinsamer Arbeit in Köln kannte, öffentlich seinen Freund. In der Böckler-Ära war der DGB Entscheidungs- und Kraftzentrum der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung.

Spätestens mit seiner Forderung nach einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm holte Otto Brenner, ab 1956 alleiniger Vorsitzender der IG Metall, dieses

4 Borsdorf, Hans Böckler, S.22.

Zentrum für beinahe zwei Jahrzehnte nach Frankfurt am Main in den Vorstand der IG Metall. Nicht allein kraft ihrer überragenden Größe und finanziellen Stärke, sondern auch wegen einer unerschrockenen, kämpferischen und effektiven Tarifpolitik und mittels einer intellektuell brillanten und wirkungsvollen programmatischen Debatte setzte sich die IG Metall an die Spitze des DGB, als dessen „heimlicher Vorsitzender“ Otto Brenner galt. Das blieb zwar nicht ohne Widerspruch, und im jungen Vorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden Georg Leber erwuchs Brenner, gerade auch in Sachen DGB und Programmatik, ein wortgewaltiger Widersacher. Das änderte aber nichts daran, dass Otto Brenner die Zügel im DGB fest in der Hand hielt.

War die Vormachtstellung sowohl von Böckler als auch von Brenner unangefochten und sozusagen strukturell vorgegeben, so fiel die sich anschließende Ära weniger erratisch, aber immer noch eindeutig aus: Geprägt wurde sie von Heinz Kluncker, seit 1964 Vorsitzender der ÖTV. Auch er erstritt beachtliche tarifpolitische Erfolge, war aber auch politisch vorneweg – so bei der Notstandsdebatte und insbesondere auf dem Feld der Ostpolitik. Wenn er innerhalb des DGB nicht das Schwergewicht eines Brenner erreichen konnte, lag das nicht zuletzt an seinem Gegenspieler Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender von 1969 bis 1982, der dem ÖTV-Vorsitzenden gelegentlich Paroli zu bieten wusste.

Nach dem Neue-Heimat-Skandal ist die prägende Kraft einer hervorragenden Persönlichkeit im Rahmen des DGB nicht mehr feststellbar. Der charismatische Vorsitzende der IG Metall Franz Steinkühler, dem die entsprechenden Potenzen zugetraut wurden, trat wegen einer Finanzverfehlung 1993 zurück. Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie, Papier, Keramik, Initiator der ersten großen Fusion innerhalb des DGB und gleichzeitig einflussreicher Parteipolitiker (SPD), konnte trotz beachtlicher Medienpräsenz innerhalb des DGB keine eindeutige Vorrangstellung erreichen. Das gilt auch für die langjährige stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer, die immerhin aufgrund einer fabelhaften sozialpolitischen Sachkompetenz über lange Zeit Repräsentantin des DGB in den Medien war.

Fazit: 30 Jahre lang ist der DGB von drei besonders profilierten Persönlichkeiten geprägt worden, die ihre jeweilige Gestaltungskraft und ihren Einfluss zu nutzen wussten. Das hat ihm, insbesondere programmatisch, durchaus genutzt, trug aber vor allem auch dazu bei, die Position der beiden Einzelgewerkschaftsvorsitzenden in diesem Dreigestirn, Brenner und Kluncker, sowie ihren Ruf zu stärken. Seit dem Neue-Heimat-Skandal gab es keine vergleichbare Konstellation mehr, nicht zuletzt deshalb, weil der DGB im Interessenspektrum der Gewerkschaften und ihrer Vorsitzenden mehr und mehr an den Rand gerät.

Politikfelder

Von den zahlreichen Politikfeldern des DGB können hier nur vier kursorisch in den Blick genommen werden: Mitbestimmung, Gemeinwirtschaft, Ostpolitik und „Wiedervereinigung“.

Mitbestimmung

Man wird die Mitbestimmung als die einzige eigenständige und grundlegende politische Idee bezeichnen dürfen, die die Gewerkschaften nach 1945 theoretisch und praktisch in die politische Debatte und Praxis eingebracht haben. Sie wird aus verschiedenen Quellen gespeist, namentlich aus der katholischen Soziallehre und aus sozialistischen Gedankengängen. In ihr kehren auch Elemente wieder, die bereits für das Konzept der Wirtschaftsdemokratie während der Weimarer Republik kennzeichnend waren.

Trugen die Mitbestimmungsvorstellungen nach 1945 zunächst, durchaus im Konsens mit politischen Parteien unterschiedlicher Couleur, darunter die CDU, erkennbar antikapitalistische Züge, so waren diese schon bei der 1952 äußerst mühsam mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchgesetzten Montanmitbestimmung kaum noch erkennbar. Und es erwies sich sehr bald, dass Mitbestimmung kein Ansatz- oder Ausgangspunkt für eine „Systemänderung“ würde sein können.

Womöglich rührte daher jene charakteristische Halbherzigkeit, mit der die Gewerkschaften fortan ihr Jahrhundertprojekt betrieben. Zwar startete der DGB im Laufe der Jahre immer wieder „Mitbestimmungsinitiativen“, deren intellektuelle wie politische Zündkraft ließ jedoch zu wünschen übrig. Außerdem entwickelte sich eine Art Spannung zwischen der praktizierten institutionellen Mitbestimmung und der Mitbestimmungstheorie, der sich allerdings im weiten Rund von DGB und Einzelgewerkschaften nicht einmal eine Handvoll Menschen widmete. Früh und kraftvoll entlud sich diese Spannung etwa in einem heftigen Streit um das Konzept einer „Mitbestimmung am Arbeitsplatz“, das nach einem unvermeidlichen KO-Sieg für die „Institutionalisten“ für viele Jahre geradezu tabuisiert war. Und die späteren Vorgänge um die Mitbestimmungspraxis im Volkswagenwerk sind ein eindeutiger Beleg für deren mangelnde ethisch-moralische Grundierung, wobei auffällig ist, dass weder dieser Mangel noch die Vorgänge selbst eine notwendige eingehende selbstkritische und reinigende interne Diskussion, zumindest bei den Mitbestimmungspraktikern, ausgelöst haben.

Als Bilanz wird man festhalten, dass der DGB das gewerkschaftliche Zentralthema „Mitbestimmung“ zwar stets im Auge und auf der Tagesordnung hatte, dass auch, zumal während der sozialliberalen und der rot-grünen Koalition, einige gesetzliche und institutionelle Sicherungen und Fortschritte erreicht werden konnten. Es ist aber weder gelungen, eine Version von Mitbestimmung etwa für Klein- und Mittelbetriebe zu entwickeln oder gar zu installieren, noch der Mitbestimmungsidee internationale Strahlkraft zu verleihen.

Gemeinwirtschaft

Die Gemeinwirtschaft ist ein bedeutendes Spezifikum der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Sie ist neben Partei und Gewerkschaften deren drittes Standbein genannt worden. Wichtigste Bestandteile waren Banken und Versicherungen sowie Konsum- und Wohnungsgenossenschaften, die nach dem Zweiten Weltkrieg systematisch in großen zeitgemäßen Organisationsformen

zusammengeschlossen wurden. Sie waren zunächst nicht nur in ihren Tätigkeitsbereichen erfolgreich, sondern auch hilfreich bei der gewerkschaftlichen Vermögensnutzung. Der DGB spielte in der Gemeinwirtschaft eine koordinierende Rolle, der DGB-Vorsitzende leitete durchweg deren Aufsichtsräte.

Spätestens mit Beginn der Achtzigerjahre war erkennbar, dass die sich bereits lange abschwächende Baukonjunktur nicht ohne Auswirkungen auf den gewerkschaftlichen Baukonzern Neue Heimat bleiben würde. Der ökonomische Niedergang wurde allerdings von einem politisch-moralischen Skandal ungeahnten Ausmaßes überlagert, in dem Fehlverhalten bis hin zu mindestens semikriminellen Machenschaften von Vorständen und mangelnde Aufsicht der zuständigen Gremien sich mit ökonomisch-politischen Fehlentscheidungen mischten. Das Ganze zog sich, zusammen mit einem Skandal um die ebenfalls gewerkschaftlich beeinflusste coop-Handelsgruppe, mehr als ein Jahrzehnt hin und endete 1990 mit dem vollständigen Ausverkauf fast aller gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Gewerkschaften und somit mit dem Ende einer grandiosen Idee.

Von allen gewerkschaftlichen Institutionen hat der DGB in diesem Skandalgeschehen den größten Schaden davongetragen, zumal die Einzelgewerkschaften der Versuchung nicht widerstehen konnten, ihn bei Gelegenheit als „Prügelknaben“ vorzuschicken. Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, der bald nach den ersten Berichten über die Vorfälle bei der Neuen Heimat als Nachfolger des darin verstrickten Heinz Oskar Vetter gewählt worden war, konnte zwar durch seine Integrität, Solidität und Seriosität einiges abfedern, nicht aber den moralischen und finanziellen Großschaden und den damit einhergehenden Ansehens- und Vertrauensverlust verhindern.

Auch in diesem Fall wurde eine interne „Aufarbeitung“ nicht geleistet, geschweige denn, dass einer der Verantwortlichen auf geeignete Weise intern zur Rechenschaft und zur Verantwortung gezogen worden wäre. Auch in diesem Fall hatte sich eine Gruppe innerhalb der gewerkschaftlichen Elite verselbstständigt, eigene Verständigungs- und Verkehrsformen herausgebildet und ihr Treiben dem Rest der Organisation weitgehend und der Öffentlichkeit ganz entzogen.

Ostpolitik

Für Gewerkschafter wie Otto Brenner kam eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sozialistischer Staaten nicht in Betracht – diese hätten mit freien Gewerkschaften nichts gemein. Diese Haltung blieb, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, im Funktionärskorps der westdeutschen Gewerkschaften bis in die Sechzigerjahre maßgeblich. Diese strikte, lebensgeschichtlich oft tief verankerte Position lockerte sich danach merklich, eine Vorreiterrolle kam dabei dem jungen ÖTV-Vorsitzenden Kluncker zu. Nach der Wahl Veters im Mai 1969 setzte sich der DGB an die Spitze der gewerkschaftlichen Ostpolitik, die er eng mit der sozialliberalen Bundesregierung abstimmte (und der er übrigens 1973 die „transnationale Koalition“ mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund AFL/CIO opferte).

Die beiden folgenden Jahrzehnte bis zur „Wiedervereinigung“ 1989 waren geprägt von zahllosen regelmäßigen Besuchen und Gegenbesuchen des DGB und seiner Gewerkschaften in allen sozialistischen Ländern, einschließlich der DDR. Das diente zweifellos dem Kennenlernen und besseren gegenseitigen Verstehen und unterstützte nicht nur die regierungsamtliche Politik, sondern darüber hinaus auch, wie kritische Beobachter anmerkten, „die politische Anerkennung und Stabilisierung der DDR“.⁵ Die Westpolitik des FDGB umfasste allerdings noch wesentlich mehr als diese offiziellen Kontakte: Dazu gehörte eine intensive Spionagetätigkeit innerhalb des DGB und seiner Gewerkschaften, deren Federführung beim Ministerium für Staatssicherheit lag.

Beides, die Gesprächspolitik zwischen DGB, FDGB und anderen östlichen Gewerkschaften wie die Spionagetätigkeit, ist bisher nicht umfassend untersucht. Dennoch wird man den Schluss ziehen können, dass das eine dazu beigetragen hat, andere Kontakte, etwa zu Oppositionsgruppen, zu unterlassen, und dass das andere ein Vertrauensbruch besonderer Qualität war.

Aber auch hier hatten sich eben Bräuche und Formen eingeschlichen und aufgebaut, in die andere als die Beteiligten nicht hineinschauen konnten und zu denen sie keinen Zugang hatten. Auch in diesem Fall fehlt eine interne „Aufarbeitung“ so gut wie ganz.

„Wiedervereinigung“ – und danach

Auch wenn man die Beziehungen zwischen DGB und FDGB emotionslos in den Rahmen der Entspannungspolitik einordnet („Keine Umarmung von Harry Tisch war degoutanter als die vielen Umarmungen konservativer Staatsmänner, die bei Ceausescu zu Gast waren.“⁶), haftete dem offiziellen Besuch des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch beim DGB im September 1989 etwas unangenehm Ruchloses an, nutzte er ihn doch zu „Durchhalteparolen“ und schamlosen Beschimpfungen via Fernsehen.

Mangels anderer Alternativen hielt der DGB dennoch bis in das Jahr 1990 hinein am FDGB fest – wohl in der Hoffnung, ihn auf irgendeine Weise „übernehmen“ oder anverwandeln zu können. Nachdem sich das, nicht zuletzt unter rechtlichen und finanziellen Aspekten, als unrealistisch herausstellte, nahmen, in Fortsetzung ihrer Politik in der Bundesrepublik, die Einzelgewerkschaften dem DGB das Heft aus der Hand. Was sich anschloss, war, jedenfalls im Großen und Ganzen, die Übertragung der westlichen Organisationsstrukturen auf den Osten.

Auch diese historische Zäsur wurde mithin nicht für jene grundlegenden „Veränderungen in der Struktur der Gewerkschaften selbst“ genutzt, das „Verhältnis zwischen Bund und Gewerkschaften“ wurde nicht „von Grund auf zur Diskus-

5 Wolfgang Templin: Die Politik des DGB gegenüber SED und FDGB in der Endphase der DDR. Ein Beitrag aus der Sicht der DDR-Opposition, in: GMH 1993, H. 1, S.31-35, hier S.31.

6 Klaus von Beyme: Aspekte der Gewerkschaftsentwicklung in einem geeinten Deutschland – Historische Chancen oder strukturelle Sackgassen?, in: GMH 1990, H. 5-6, S.332-340, hier S.333.

sion“ gestellt, wie es der weitsichtige Burkart Lutz anmahnte.⁷ Der DGB blieb auch für die kommenden 20 Jahre jener schwache Bund, zu dem er geworden war.

Insofern überrascht es nicht, dass DGB und Gewerkschaften in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise – der größten seit dem Ende der Weimarer Republik – nicht mit Gegenkonzepten aufgewartet haben. Hatten die Gewerkschaften am Ende der Zwanziger- und zu Beginn der Dreißigerjahre noch das Modell der Wirtschaftsdemokratie und ein zukunftssträchtiges Arbeitsbeschaffungsprogramm (WTB-Plan) zu bieten, so soll diesmal die „Abwrackprämie“ auf ihre Anregung zurückgehen.

Schluss

Der DGB hat in den 60 Jahren seit 1949 einen langen Weg zurückgelegt: von einer gesellschaftlich-politischen Großmacht zu einem altertümlich anmutenden Restbestand ohne rechte Zweckbestimmung. Man kann das „die Geschichte eines zunehmend mißlingenden Organisationskonzeptes“⁸ nennen, für das die „Nachrangigkeit des DGB gegenüber seinen Mitgliedsgewerkschaften“⁹ Richtschnur war.

Bei genauerem Hinsehen erkennt man, dass auf diesem Weg etliche Gelegenheiten verpasst, manche Chancen versäumt wurden: Wie erwähnt, wurde 1989 und danach die „Wiedervereinigung“ nicht zu einer beherzten großen Gewerkschaftsreform genutzt; auch die Fusionen zogen keine Neujustierung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Dachverband nach sich. Der DGB hat sich weder der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder als Verbraucher intensiv angenommen, noch hat er sich den zahlreichen „Senioren“ unter den Gewerkschaftsmitgliedern besonders gewidmet oder eine europäische Option erkennbar kraftvoll vorangetrieben. Bereits 1999 stellte Ulrich Klotz fest: „Um in einem durch neue Technologien neu definierten Spiel noch mit von der Partie zu sein, ist für viele Institutionen unserer Gesellschaft, auch für die Gewerkschaften, ein Wandel ihrer Rolle, ihres Selbstverständnisses, ihrer Organisationsstruktur und Arbeitsweise unumgänglich.“¹⁰ Er empfiehlt den Gewerkschaften, sich ihrer neuen Rolle als Dienstleister bewusst zu werden, interne Kommunikationsbarrieren abzubauen und sich als Dialogplattformen anzubieten. Viel spricht dafür, dass die Gewerkschaften einen solchen oder ähnlichen Weg einschlagen müssen, wenn sie die kommenden 60 Jahre bestehen wollen. Ob der DGB dabei eine Rolle spielen wird, erscheint fraglich.

7 Burkart Lutz: Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau. Deutsch-deutsche Herausforderungen an die Gewerkschaften, in: GMH 1993, H. 1, S.25-30, hier S.29.

8 Eberhard Fehrmann: Death of a clown. Vom langen Sterben der Einheitsgewerkschaft DGB, Supplement der Zeitschrift „Sozialismus“ 2009, H. 6, S.1.

9 Ebenda, S.20.

10 Ulrich Klotz: Die Herausforderungen der Neuen Ökonomie, in: GMH 1999, H. 10, S.590-608, hier S.605.

Zur Entwicklung der deutschen Achtundvierziger. Biografienschreibung von der Mitte des 20. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts

Walter Schmidt

Biografien haben als eigenständiges historiografisches Genre einen festen Platz in der Geschichtswissenschaft. Ihnen wird zu Recht eine besondere Bedeutung bei der Vermittlung historischen Wissens zugesprochen. Lebensbeschreibungen von Revolutionsteilnehmern dürften insofern besonderes Interesse beanspruchen, als Revolutionen in der Regel größere Teile der Bevölkerung zu politischer Aktivität mobilisieren und zugleich, stärker als es in „friedlichen“ Phasen geschieht, Eliten aus verschiedenen Gesellschaftsschichten zu neuen Führungskräften formen, die als Protagonisten des Auf- und Umbruchs oder als dessen Gegner ins Rampenlicht der Öffentlichkeit treten. Revolutions-Biografien sind umso interessanter, je stärker sich in ihnen Interessen, Bedürfnisse, Ziele verschiedenartiger, oft gegensätzlicher geschichtlicher Kräfte und Bewegungen gleichsam bündeln.

Revolutionen führen auch zu Wandlungen im Leben der jeweiligen Akteure. Das Erlebnis des Umbruchs prägt auf unterschiedliche Weise deren künftige Haltungen und Handlungen. Die Revolutionsniederlage von 1848/49 führte in vielen Fällen zu tiefen Brüchen in der Entwicklung aktiver Persönlichkeiten. Deren spätere Lebenswege reflektieren in hohem Maße die Lernprozesse und Erfahrungen von Aufstieg und Niedergang der Revolution; sie geben auch Auskunft über Vorgänge in der ganzen folgenden Epoche der bürgerlichen Umgestaltung. Revolutionszeiten dürften daher, so könnte man meinen, ein besonders ergiebiges Feld für historische Biografien bieten. War das – was die deutsche Revolution von 1848/49 betrifft – in den 16 Jahrzehnten seit 1848 wirklich so?

Es kann und soll hier zuvörderst nicht die Aufgabe sein, die methodologischen und theoretischen Maßstäbe der Biografik anzulegen¹ und über die ganz unter-

1 Aus der umfangreichen Literatur über die theoretischen und methodologischen Diskussionen um die historische Biografik, die 1970 und 1990 auch Internationale Historikerkongresse beschäftigten, seien genannt: Lorenz Stein: Zur Methodenlehre der Biographie, in: Biographische Blätter, Bd. 1, 1895, S.22f.; Jan Romein: Die Biographie. Einführung in ihre Geschichte und ihre Problematik, Bern 1948; Harold Nicolson: Die Kunst der Biographie und andere Essays, Berlin-Frankfurt am Main 1958; Hanns Leo Mikoletzky/Heinrich Lutz/Friedrich Engel-Yanos: Biographie und Geschichtswissenschaft, in: XIII. meždunarodnyj kongress istoričeskij nauk 1970, Moskau 1973, Bd. I, 2. Teil, S.221ff.; Walther Hubatsch: Biographie und Autobiographie – das Problem von Quelle und Darstellung, in: ebenda, S.250ff.; Die Biographie als historische Forschungsaufgabe, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1971, H. 3, S.319-327; Jürgen Oelkers: Biographik – Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: Neue

schiedliche wissenschaftliche und literarische Qualität der Biografien von Acht- und vierzigern Auskunft zu geben. Nachgegangen werden soll im Folgenden lediglich den Fragen, wie sich und mit welchen Schwerpunkten die historische Biografik über die Akteure in den verschiedenen Perioden seit 1848 entwickelt hat, wer für biografienwürdig gehalten wurde, welche Persönlichkeiten wirklich große Biografien erhielten, welche sozial-politischen Kräfte die 48er-Biografik trugen und welche Trends sich zeigten, wie sich das Feld der mit einer Lebensbeschreibung bedachten Achtundvierziger erweiterte oder auch verengte, in welchem Verhältnis allgemeine achtundvierziger Revolutionsforschung und Biografien-schreibung gestanden haben.

Dieser Fragenkomplex ist noch weitgehend unbearbeitet und soll in gebotener Kürze und mit dem notwendigen Mut zur Lücke hier versucht werden. Die Analyse stützt sich nahezu ausschließlich auf selbstständige Publikationen; weitgehend unberücksichtigt bleiben biografische Studien, die in den zahlreichen historischen Periodika veröffentlicht sind. Aus Platzgründen beschränkt sich dieser Beitrag auf die zweite Hälfte des 20. und die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts.²

politische Literatur, 1974, H. 3, S.296-309; Helmut Bock: Plädoyer für ein Genre oder von der „Kunst“ der Geschichtsschreibung, in: Unter dem Regenbogen, Leipzig-Jena-Berlin 1976, S.320-333; Hagen Schulze: Die Biographie in der Krise der Geschichtswissenschaft, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1978, H. 8, S.508-518; Grete Klingenstein/Heinrich Lutz/Gerald Stourzh (Hrsg.): Biographie und Geschichtswissenschaft. Aufsätze zur Theorie und Praxis biographischer Arbeit, Wien 1979, darin S.142-153; Walter Markov: Beim Schreiben einer Biographie; Helmut Scheuer: Biographie. Studien zur Funktion und zum Wandel der literarischen Gattung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Stuttgart 1979; Lothar Gall: Machen Männer die Geschichte? Probleme der historischen Biographie, in: Das Parlament, Nr. 36, 11.9.1982, S.1f.; Forschungs- und Darstellungsprobleme einer historischen Biographie. Dem Wirken Ernst Engelbergs gewidmet. Sitzungsberichte des Akademie der Wissenschaften der DDR, 16 G, Berlin 1985; Annelies Laschitzka: Zur Biographie als Genre in der Geschichtswissenschaft der DDR über die Geschichte der Partei und der Arbeiterbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1979, H. 3, S.323-341 und H. 4, S.494-509; dies.: Erfahrungen aus der Gestaltung von Biographien, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 1990, H. 7, S.620-625; Ernst Engelberg/Hans Schleier: Zu Geschichte und Theorie der historischen Biographie. Theorieverständnis – biographische Totalität – Darstellungstypen und -formen, in: ZfG, 1990, H. 3, S.195-217; Hans Peter Schwarz: Der Historiker als Biograph oder was können wir von Lothar Gall lernen, in: Dieter Hein/Klaus Hildebrand/Andreas Schulz (Hrsg.): Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München 2006, S.249-255.

2 Er stützt sich auf den Vortrag des Autors auf einem Kolloquium des Arbeitskreises „Vormärz- und 1848er Revolutionsforschung“ der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, der „Hellen Panke“ und des Vereins zur Förderung der MEGA-Edition, der den gesamten Zeitraum von der achtundvierziger Revolution bis zur Gegenwart zum Inhalt hat. Siehe Biographien in der achtundvierziger Revolutionshistoriographie. Kolloquium anlässlich des 160. Jahrestags der Revolution von 1848/49 am 26.4.2008, Panko-

Im Zeichen der Zweistaatlichkeit

Das Zentenarium von 1948 forderte besonders heraus, die Revolution von 1848/49 in die kritische Bilanz hineinzustellen, die nach der „deutschen Katastrophe“ von 1945 zwingend war. Zugleich war angesichts der gegensätzlichen gesellschaftlichen Entwicklungen in Ost und West die schon 1848 wichtige nationale Frage erneut akut geworden. Die zahlreichen, politisch bereits deutlich gegensätzlich orientierten gedenkpolitischen Veranstaltungen in Ost und West wurden indes noch keineswegs von bedeutenderen Publikationen begleitet. Das galt insbesondere für das Feld der Biografien. Eine neue achtundvierziger Biografie blieb aus. Man begnügte sich weitgehend mit dem Nachdruck älterer biografischer Arbeiten. In Halle erschien, leicht bearbeitet, Adolph Streckfuß' Blum-Biografie von 1850, in Berlin Max Lehmans Bismarck-Charakteristik, in Rudolstadt erinnerte man an drei Dichter von 1848. Der Berliner Aufbau Verlag präsentierte eine kurze Freiligrath-Biografie;³ der Bibliothekswissenschaftler und begnadete Bibliophile Bruno Kaiser, gerade aus der Schweizer Emigration nach Berlin zurückgekehrt, schlug die erste Bresche für den Dichter-Demokraten Georg Herwegh.⁴ Und es ist zu vermuten, dass ähnliche Publikationen auch in anderen deutschen Ländern erschienen sind.⁵

In den folgenden Jahrzehnten der deutschen Zweistaatlichkeit gingen die Geschichtsschreibung und die achtundvierziger Biografik in DDR und Bundesrepublik eigene, unterschiedliche Wege, weshalb man für die Zeit von 1945/49 bis zum 150. Revolutionsjubiläum 1998, also die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, von einer eigenen, wohl vierten Periode dieser Biografik in Deutschland sprechen kann.

In der *Bundesrepublik Deutschland* rückte die Frankfurter Nationalversammlung vielleicht noch mehr als in der Weimarer Republik in den Vordergrund, vergrößerte sich zunächst das Interesse am Liberalismus auch von 1848. Die revolutionären Aktionen „von unten“ blieben zwar noch weitgehend unberücksichtigt, so auch Protagonisten der Arbeiterbewegung, nicht jedoch das Wirken einzelner Demokraten wie etwa des Trierers Ludwig Simon.⁶ Weit stärker wandte sich die westdeutsche Biografienschreibung in den Fünfziger- und Sechzigerjahren führenden Liberalen des Vormärz und der Revolution zu: Heinrich von Gagern,

wer Vorträge, H. 122, Berlin 2008; siehe auch die Berichte in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (JBzG), 2008/III, S.173-175, und *Utopie kreativ*, H. 216, Oktober 2008, S.941-944.

3 Herbert Eulenberg: *Ferdinand Freiligrath*, Berlin 1948.

4 Bruno Kaiser (Hrsg.): *Der Freiheit ein Gasse. Aus dem Leben und Werk Georg Herweghs*, Berlin 1948.

5 Eine Bibliografie der 1848er-Publikationen anlässlich des Zentenariums in der Sowjetischen Besatzungszone enthält der Bibliotheksbrief 3/98 der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv.

6 Heinz-Günther Böse: *Ludwig Simon von Trier (1819-1872). Leben und Anschauungen eines rheinischen Achtundvierzigers*, Phil. Diss. Mainz 1951.

Adam von Itzstein, Robert von Mohl, Ludwig Häusser, Julius Fröbel, Georg Friedrich Kolb.⁷ Der bekannte Liberalismus- und Burschenschaftsforscher Paul Wentzcke legte eine zweibändige Biografie Heinrich von Gagerns vor, die allerdings nur bis an die Revolution herangeführt wurde.⁸ Erst in den 70er-Jahren veränderte sich mit dem Aufstieg der Sozialgeschichte sowohl des Bürgertums als auch der unteren Gesellschaftsschichten sukzessive die Situation. Obwohl die Sozialgeschichte mit der Orientierung auf Strukturen nicht gerade biografienförderlich wirkte,⁹ zeichneten sich dennoch auch in der Biografik neue Tendenzen ab. Die Frankfurter (Gall) und Bielefelder (Wehler/Kocka) Bürgertumsforschung war zwar weniger von selbstständigen, als mehr von themenbezogenen biografischen Untersuchungen begleitet.¹⁰ Ein herausragendes Resultat der neuen Bürgertumsforschung mittels Lebensbeschreibungen war jedoch die Familienbiografie, etwa die der Bassermanns aus der Feder von Lothar Gall, in der die Wirkungen der 48er-Revolution auf das Tun und Lassen eines Unternehmers plastisch hervortreten.¹¹

7 Heinrich Petrau: Heinrich von Gagerns Denken im Wandel der Ereignisse von 1850-1859, Phil. Diss. Frankfurt am Main 1953; Josef Roskopf: Johann Adam von Itzstein. Ein Beitrag zur Geschichte des badischen Liberalismus, Phil. Diss. Mainz 1954; Wilhelm Mommsen: Julius Fröbel. Wirnis und Weitsicht, in: Historische Zeitschrift (HZ), Bd. 181 (1956), H. 3, S.497-532; Elmar Krautkrämer: Georg Friedrich Kolb (1808-1884). Sein journalistisches und parlamentarisches Wirken im Vormärz und in der deutschen Revolution. Ein Beitrag zur pfälzischen Geschichte des 19. Jahrhunderts und zur Geschichte des deutschen Frühliberalismus, Meisenheim/Glan 1959; Erich Angermann: Robert von Mohl 1798-1875. Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962; Lothar Gall: Ludwig Häusser als Historiker und Politiker des kleindeutschen Liberalismus, in: Ruperto-Carola. Zeitschrift der Universität Heidelberg 41, 1967, S.80ff.

8 Paul Wentzcke: Heinrich von Gagern. Vorkämpfer für deutsche Einheit und Volksvertretung, Göttingen 1957.

9 Lothar Gall: Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945, Köln-Berlin 1971, S.11; siehe auch Schwarz, Historiker als Biograph, S.249.

10 Gangolf Hübinger: Georg Gottfried Gervinus. Historisches Urteil und politische Kritik, Göttingen 1984; Gunter Kleinknecht: Sylvester Jordan (1792-1861). Ein deutscher Liberaler im Vormärz, Marburg 1983; Rainer Schöttle: Politische Freiheit für die deutsche Nation. Carl Theodor Welckers politische Theorie. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Frühliberalismus, Baden-Baden 1985; Hildegard Müller: Liberale Presse im badischen Vormärz. Die Presse der Kammerliberalen und ihre Zentralfigur Karl Mathy, Heidelberg 1985; Wolfgang D. Dippel: Wissenschaftsverständnis, Rechtsphilosophie und Vertragslehre im vormärzlichen Konstitutionalismus bei Rotteck und Welcker. Ein Beitrag zur politischen Ideengeschichte des Liberalismus, Münster-Hamburg 1990; Werner Greiling: Varnhagen von Ense – Lebensweg eines Liberalen. Politisches Wirken zwischen Diplomatie und Revolution, Köln u. a. 1993.

11 Lothar Gall: Die Bassermanns. Eine Mannheimer Bürgerfamilie zwischen Ancien Régime und moderner Welt, in: Mario Rainer Lepsius (Hrsg.): Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil III, Stuttgart 1992, S.102ff.

Die sich auf Unterschichten konzentrierende Sozialgeschichte wirkte augenscheinlich insofern stärker biografienförderlich, als sie eine Öffnung „nach unten“ vollzog und Interesse an Persönlichkeiten der „kleinen Leute“ und an jenen erregte, die sich auf ihre Seite stellten. Damit aber wurde der Boden bereitet für Biografien von entschiedenen Demokraten und Akteuren des gewaltsamen Widerstands. Unterstützt wurde dieser Trend zunehmend von sozialgeschichtlich intendierten Lokal- und Regionalforschungen vor allem im südwestdeutschen Raum. Seit den 70er-Jahren mehrten sich Biografien von Protagonisten der unterschiedlichen Demokratie wie Georg Herwegh, Friedrich Hecker und Gustav Struve, Karl Friedrich Wilhelm Wander und Ludwig Pfau, Georg Büchner und Wilhelm Schulz. Aber auch weniger bekannte Persönlichkeiten wie Ludwig Bamberger, Wilhelm Levysohn, Ernst Elsenhans und Ernst von Biedenfeld wurden vorgestellt.¹² Nur auf diesem Hintergrund wird die auffällige biografische Hochsaison zum achtundvierziger Jubiläum von 1998 verständlich.

Die seit den 1960er-Jahren sich entwickelnden Forschungen zur Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung¹³ bedienten seltener das spezielle biogra-

12 Ottomar Gärtner: Das Schicksal des Majors Ernst von Biedenfeld und die Bühler Bürgerwehr im Revolutionsjahr 1849, in: Heimatgeschichtliche Blätter. Bühler Blaue Hefte, Nr. 19 (1968), S.4-52; Ursula Schulz: Wilhelm Levysohn (1817-1871). Ein schlesischer Verleger und Politiker, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau, Bd. 14 (1969), S.75-137; dies.: Die Abgeordneten der Provinz Schlesien im Frankfurter Parlament, in: ebenda, Bd. 12 (1967), S.155-230; Helmut Neubach: Karl Friedrich Wilhelm Wander, in: ebenda, Bd. 16 (1971), S.324-342; Walter Grab: Georg Büchner und die Revolution von 1848. Der Büchner-Essay von Wilhelm Schulz aus dem Jahre 1851. Text und Kommentar, Bodenheim 1984; Jürgen Peiser: Gustav Struve als politischer Schriftsteller und Revolutionär, Phil. Diss. Frankfurt am Main-Nürnberg 1972; Erich Weinstock: Ludwig Pfau – Leben und Werk eines Achtundvierzigers, Stadtarchiv Heilbronn 1975; Andreas Lück: Friedrich Hecker. Rolle, Programm und politische Möglichkeiten eines Führers der radikal-demokratischen Bewegung von 1848/49 in Baden, Phil. Diss. Berlin 1979; Heinz Bischof: Ernst Elsenhans – Literat und Revolutionär, in: Badische Heimat 59 (1979), S.157-178; Reinald Ullmann: Ludwig Pfau. Monographie eines vergessenen Autors, Frankfurt am Main u. a. 1987; Marie Luise Weber: Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart 1987; Michael Krausnick: Die eiserne Lerche. Georg Herwegh. Dichter und Rebell, Stuttgart u. a. 1992, 2. Aufl. 1998; Alfred Feu (Hrsg.): Friedrich Hecker in den USA. Eine deutsch-amerikanische Spurensicherung, Konstanz 1993.

13 Die frühsozialistischen Bünde in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Vom Bund der Gerechten zum Bund der Kommunisten 1836-1847. Ein Tagungsbericht, Beiheft 2 der Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), Berlin 1975; siehe ferner: Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966; Dieter Dowe: Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820-1852, Hannover 1970; Ernst Schraepfer: Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853, Berlin-New York 1972; Alexander Brandenburg: Theoriebildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung 1835-1850, Hannover 1977; Toni

fische Genre. Am stärksten kam Biografisches auf dem Gebiet der frühen Arbeiterbewegung zur Geltung. Edmund Silberner legte die erste große wissenschaftliche Biografie von Moses Heß vor. Karl Schapper fand einen neuen Biografen, und Hermann Kriege wurde biografisch dokumentiert¹⁴. Ferner lieferten die Weitling-¹⁵ sowie die vom Trierer Karl-Marx-Haus betriebene Marx-Engels-Forschung neue Lebensbilder, letztere vor allem zu Marx und Engels und ihrem politischen Umfeld.¹⁶ Ein Repräsentant der Arbeiterbewegung, der Marx-Anhänger und Kopf der achtundvierziger Arbeiterverbrüderung Stephan Born, wurde Gegenstand einer von Reinhard Rürup angeregten umfänglichen Dissertation.¹⁷ In Ost und West entwickelte sich seit den Fünfzigerjahren eine recht umfangreiche Wilhelm-Liebknecht-Forschung, die wichtige Quellen publizierte, auch das Familiäre erschloss, und in der auch die Revolutionszeit ihren Platz erhielt. Das hat aber bislang noch nicht zu einer längst notwendigen großen Biografie geführt.¹⁸

In der *Deutschen Demokratischen Republik*, wo den Bestrebungen und Bewegungen revolutionär-aktiver Elemente und insbesondere der Arbeiter größeres Gewicht beigemessen wurde, erfreuten sich die Lebenswege von radikalen Demokraten und mehr noch die von Vertretern der Arbeiterbewegung, zumal von Kommunisten und Marx-Anhängern gerade im Umfeld von 1848, besonderer Aufmerksamkeit. Vorreiter einer intensiven biografischen Marx-Engels-Forschung – nicht nur in der DDR – war der an der Akademie der Wissenschaften arbeitende französische Gelehrte Auguste Cornu mit seinen zwischen 1954 und 1968 erschiene-

Offermann: Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850-1863, Bonn 1979; Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumente 1848-1983, Bonn 1983.

14 Edmund Silberner: Moses Heß, Leiden 1966; Armin M. Kuhnigk: Karl Schapper. Ein Vater der europäischen Arbeiterbewegung, Camberg 1980 (von der Gemeinde Weinbach und dem Land Hessen gefördert); Heinrich Schlüter/Alfred Wesselmann (Hrsg.): Hermann Kriege. Dokumentation einer Wandlung vom Burschenschafter und Revolutionär zum Demokraten, Bd. 1 und 2, Osnabrück 2002.

15 Lothar Knatz/Hans-Arthur Marsiske: Wilhelm Weitling. Ein deutscher Arbeiterkommunist, Hamburg 1988.

16 Siehe vor allem die Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Nr. 1-50, darunter Nr. 17 zu Karl Ludwig Bernays, Nr. 21 zu Wolfgang Strähl, Nr. 32 und 38 zu Edgar Bauer, Nr. 35 zu Bettine von Arnim.

17 Franziska Rogger: „Wir helfen uns selbst“. Die kollektive Selbsthilfe der Arbeiterverbrüderung 1848/49 und die individuelle Selbsthilfe Stephan Borns. Borns Leben und Entwicklung und seine Rezeption der zeitgenössischen Lehren, Erlangen 1986.

18 Eine Durchsicht ergab neben zahlreichen Zeitschriften- und Sammelband-Beiträgen rund 150 Titel, darunter eine Gesamt-Biografie: Friedrich Wilhelm Weitershaus: Wilhelm Liebkecht. Das unruhige Leben eines Sozialdemokraten. Eine Biographie, Gießen 1976; ferner die Studien von Wolfgang Schröder: Ernestine. Vom ungewöhnlichen Leben der ersten Frau Wilhelm Liebkechts, Leipzig 1987.

nen drei Bänden über „Leben und Werk von Marx und Engels“ bis 1846.¹⁹ An ihnen hatte auch der vor allem über Moses Heß publizierende Wolfgang Mönke²⁰ seinen Anteil.

Erst 1968 erschien eine von einem Kollektiv unter Heinrich Gemkow für einen breiteren Leserkreis konzipierte Marx-Biografie, der 1970 eine ebenso angelegte Engels-Biografie folgte.²¹ Auf neue Grundlagen gestellt wurde die Marx-Engels-Biografik durch die seit den 1970er-Jahren erscheinende und nach 1990 weitergeführte zweite Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Sie stellte mit ihrer Dritten Abteilung, dem Briefwechsel, neues Material für Biografien europäischer Sozialisten und Demokraten bereit.

Schon in den Fünfzigerjahren hatte in der DDR eine recht weitgefächerte biografische Forschung zur Arbeiterbewegung eingesetzt, die sich seit Anfang der Sechzigerjahre auch in Publikationen niederschlug und in den folgenden Jahrzehnten kontinuierlich fortgeführt wurde. 1970 erschien erstmals ein spezielles „Biographisches Lexikon“ zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.²² Marx und Engels nahestehende Persönlichkeiten waren bevorzugt, unter ihnen Georg Weerth, um den sich in der Mitte der Fünfzigerjahre Bruno Kaiser mit der Herausgabe von Schriften²³ verdient machte. Über Weerths Werk entwickelte sich in Ost und – mit einiger Verzögerung – auch in West eine weitgefächerte Weerth-Forschung.²⁴ Das Gleiche kann auch für die Literaten Ferdinand Freiligrath, Ernst Dronke und Georg Herwegh gesagt werden.²⁵ Der Altmeister der

19 Auguste Cornu: Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk, Bd. 1-3, Berlin 1954, 1962, 1968.

20 Wolfgang Mönke: Moses Heß. Philosophische und sozialistische Schriften 1837-1850, Berlin 1961, 2. Aufl. 1980; ders.: Die Heilige Familie. Zur ersten Gemeinschaftsarbeit von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1972.

21 Karl Marx. Eine Biographie, Berlin 1967; Friedrich Engels. Eine Biographie, Berlin 1970. Dazu auch Horst Ullrich: Der junge Engels, Teil 1, Berlin 1961, Teil 2, Berlin 1966.

22 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970.

23 Georg Weerth: Sämtliche Werke in fünf Bänden, hrsg. von Bruno Kaiser, Berlin 1956/1957.

24 Florian Vaaben: Georg Weerth. Ein politischer Dichter des Vormärz und der Revolution von 1848/49, Stuttgart 1971; Georg Weerth: Vergessene Texte. Werkauswahl in zwei Bänden, hrsg. von Jürgen W. Goette, Jost Hermand und Rolf Schloesser, Köln 1975/1976; Uwe Zemke: Georg Weerth. Ein Leben zwischen Literatur, Politik und Handel, Düsseldorf 1989 (hier weitere Literaturangaben).

25 Freiligraths Briefwechsel mit Marx und Engels, bearb. und eingel. von Manfred Häckel, Teil 1 und 2, Berlin 1968; Ferdinand Freiligrath und Georg Weerth, in: Grabbe-Jahrbuch, 19./20. Jg. (2000/2001), Detmold 2001, S.194-428; zu Herwegh siehe das Literaturverzeichnis bei Wolfgang Büttner: Georg Herwegh. Ein Sänger des Proletariats, Berlin 1976; ferner Georg Herwegh: Werke und Briefe. Kritische und kommentierte Gesamtausgabe, hrsg. von Ingrid Pepperle, Bd. 5, Bielefeld 2005; Erich Edler: Ernst Dronke und die Anfänge des deutschen sozialen Romans, in: Euphorion, Bd. 56, Heidelberg 1962, S.48-68; Irina Hundt: Ernst Dronke – ein Freund und Kampfgefährte von

marxistischen 1848er-Revolutionforschung Karl Obermann legte als erster Biografien von Karl D'Ester und Joseph Weydemeyer vor.²⁶ Aus von ihm und Ernst Engelberg begutachteten Graduierungsarbeiten gingen Biografien über Wilhelm Wolff, Johann Philipp Becker, später auch über Louis Kugelmann, Ernst Dronke und Johann Georg Eccarius hervor.²⁷ Biografische Skizzen erschienen über Stephan Born, Hermann Ewerbeck, Friedrich Leßner, Heinrich Bauer.²⁸ Frühzeitig entwickelte sich eine breite Weitling-Forschung, verbunden vor allem mit dem Namen Waltraud Seidel-Höppners, die zugleich den vormarxistischen französischen Kommunismus der Vergessenheit entriss.²⁹ Keineswegs vernachlässigt wurden darüber Demokraten aus dem kleinen und dem Bildungsbürgertum. Die daran oft geübte Kritik ist fehl am Platze, denn eine stattliche Reihe von Demokraten wurde biografisch erforscht: Rudolph Virchow, Ludwig Gall, Johann Jacoby, Karl Friedrich Wilhelm Wander, Georg Herwegh, Robert Blum, Emil Ottokar Weller, Edmund Monecke, Enno Sander, Gustav Adolph Schlöffel, Heinrich Wuttke, Franz Jakob Wigard, Samuel Erdmann Tzschirner, Ludwig Reinhard, der Österreicher Hans Kudlich, der Thüringer Goswin

Marx und Engels. Seine biographische Entwicklung bis zur Niederlage der Revolution von 1848/49, Phil. Diss. Berlin 1982; Hans-Jürgen Singer: Ernst Dronke. Einblick in sein Leben, Koblenz 1986.

26 Karl Obermann: Karl D'Ester. Arzt und Revolutionär. Seine Tätigkeit in den Jahren 1842-1849, in: Aus der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1964, S.102-200; ders.: Joseph Weydemeyer. Ein Lebensbild 1818-1866, Berlin 1968.

27 Walter Schmidt: Wilhelm Wolff. Sein Weg zum Kommunisten, Phil. Diss. Berlin 1961, Berlin 1963; ders., Wilhelm Wolff. Kampfgefährte und Freund von Marx und Engels, Berlin 1979; Rolf Dlubek: Johann Philipp Becker. Vom radikalen Demokraten zum Mitstreiter von Marx und Engels, Phil. Diss. Berlin 1964; Martin Hundt: Louis Kugelmann. Eine Biographie des Arztes und Freundes von Karl Marx und Friedrich Engels, Phil. Diss. Berlin 1969, Berlin 1974; Ute Emmrich: Johann Georg Eccarius und sein Wirken in der revolutionären Arbeiterbewegung. Ein biographischer Abriss 1818-1864, Erfurt 1988.

28 Manfred Zmarzly: Einer der Führer des Bundes der Gerechten. Hermann Ewerbeck, in: BzG, 1970, H. 4, S.641-645; Martin Hundt: Einer der ersten revolutionären Proletarier – Heinrich Bauer, in: BzG, 1972, H. 4, S.638-650; Gerhard Becker: Stephan Born als Korrespondent der „Neuen Rheinischen Zeitung“, in: ZfG, 1973, H. 5, S.548-583; Karl-Ulrich Tetzlaff: Friedrich Leßner. Ein Kampfgefährte von Karl Marx und Friedrich Engels, Weimar 1975.

29 Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling – der erste deutsche Theoretiker und Agitator des Kommunismus, Berlin 1961, vorher schon: dies.: Wilhelm Weitling, der erste deutsche Theoretiker des Kommunismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Leipzig 1956/57, H. 3, S.215-247; ferner: Bernhard Kaufhold (Hrsg.): Wilhelm Weitling. Garantien der Harmonie und Freiheit, Berlin 1955; Wolfgang Joho: Traum von der Gerechtigkeit. Die Lebensgeschichte des Handwerksgelesen, Rebellen und Propheten Wilhelm Weitling, Berlin 1956; Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui, Bd. I und II, Leipzig 1975; Waltraud Seidel-Höppner/Jochim Höppner: Sozialismus vor Marx, Berlin 1987; Jacques Grandjonc/Waltraud Seidel-Höppner/Michael Werner (Hrsg.): Wolfgang Strähl. Briefe eines Schweizers aus Paris 1835-1836. Neue Dokumente zur Geschichte der frühproletarischen Kultur und Bewegung, Berlin 1988.

Krackrügge, der Mecklenburger Julius Polentz, zuletzt der Steuerverweigerer und spätere Mitarbeiter Bismarcks Lothar Bucher,³⁰ der kurz darauf auch eine ebenso breite angelegte bundesdeutsche Biografie erhielt.³¹

Karl Obermann, Biograf Joseph Weydemeyers, Karl D'Esters und Gustav Adolph Schlöffels, initiierte schließlich auch die Reihe „Männer der Revolution von 1848“. In ihr fanden die oben genannten Forschungen zum größten Teil Aufnahme; sie gibt aber auch Auskunft über die freilich an Zahl wesentlich geringeren Forschungen über Liberale und Protagonisten der Gegenrevolution.³² Immerhin bezeugte der 1987 erschienene zweite Band, dass nun neben bekannten Demokraten (Ernst Dronke, Eduard von Reichenbach, Georg Herwegh, Gustav Struve) auch bekannten Liberalen (Heinrich von Gagern, Gustav Mevissen, Ludolf Camphausen) sowie Vertretern der Gegenrevolution (Joseph Maria von Radowitz, Prinz Wilhelm von Preußen, Friedrich Heinrich Ernst von Wran-

30 Kurt Winter: Rudolf Virchow und die Revolution von 1848, in: ZfG, 1954, H. 6, S.844-865; Werner Krause: Ludwig Gall – ein deutscher Utopist, in: ZfG, 1956, H. 2, S.307-320; Johannes Müller: Das politische Wirken Heinrich Wuttkes (1818-1876), Phil. Diss. Leipzig 1961; Peter Schuppan: Johann Jacoby und seine politische Entwicklung innerhalb der bürgerlich-demokratischen Bewegung des Vormärz, Phil. Diss. Berlin 1963; Heinz Kurze: Der politische und schulpolitische Kampf Karl Friedrich Wilhelm Wanders in der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848/49, Päd. Diss. Potsdam 1965, Berlin 1982; Siegfried Schmidt: Robert Blum. Vom Leipziger Liberalen zum Märtyrer der deutschen Demokratie, Diss. habil. Jena 1965, Weimar 1971; P. F. Nevermann: Der Kampf Ludwig Reinhards (1805-1877) um den Fortschritt in der Pädagogik und Schulpolitik seiner Zeit, Phil. Diss. Rostock 1966; Wolfgang Büttner: Der politisch-ideologische Werdegang des deutschen Dichters Georg Herwegh, Phil. Diss. Berlin 1967, veröffentlicht unter dem Titel: Georg Herwegh – Ein Sänger des Proletariats. Der Weg eines bürgerlich-demokratischen Poeten zum Streiter für die Arbeiterbewegung, Berlin 1970, 2. überarb. Aufl., Berlin 1976; Rolf Weber: Emil Ottokar Weller und seine Rolle in der demokratischen und Arbeiterbewegung in Leipzig 1848, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 3, 1968, S.110-136; Ruth Fuchs: Franz Jacob Wigard. Ein Beitrag zur Geschichte der kleinbürgerlichen Demokratie im 19. Jahrhundert, Phil. Diss. Leipzig 1970; Rolf Weber: Samuel Erdmann Tzschirner. Größe und Grenzen des Führers der Revolution 1848/49 in Sachsen, in: Letopis, 1970, H. 2; Helmut Dressler: Ärzte um Karl Marx, Berlin 1970; Hans Joachim Beeskow: An der Seite der Arbeiterklasse. Stud. theol. et phil. Eduard Monecke, Burgscheidungen 1973; Werner Grossert: Dr. Enno Sander. Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution 1848/49 in Köthen, Köthen 1984; Fritz Gebauer: Lothar Bucher. Vom Steuerverweigerer zum Mitarbeiter Bismarcks (=Studien zur Geschichte, Bd. 11), Berlin 1988; Biografien von Gustav Adolph Schlöffel, Hans Kudlich, Goswin Krackrügge und Julius Polentz erschienen in: Karl Obermann u. a. (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Bd. 1, Berlin 1970, S.191-238, 277-296, 389-416 (2. Aufl. 1988).

31 Christoph Studt: Lothar Bucher (1817-1892). Ein politisches Leben zwischen Revolution und Staatsdienst, Göttingen 1992.

32 Siehe Anm. 30, darin: Wolff, Freiligrath, Kugelmann, Schapper, Weller, Gustav Adolph Schlöffel, Julius Polentz, Johann Jacoby, Krackrügge, Tzschirner, Ludwig Simon, Wigard, Blum, Kudlich, Hansemann, Biedermann, Leopold von Gerlach.

gel) die Aufmerksamkeit galt und so eine breiteres sozialpolitisches Panorama entstand. Zugleich wurde Wert darauf gelegt, bislang unbekannte oder unbeachtete Akteure der Vergessenheit zu entreißen (Joseph Moll, Friedrich Wilhelm Kollbeck, Ludwig Bisky, Ernst Ludwig Wittig, Johann Georg Rosenhain).³³

Was hat die marxistische Forschung, die sich für ein knappes Halbjahrhundert in der DDR im offiziellen Wissenschaftsbetrieb etablieren konnte, in die achtundvierziger Biografik eingebracht?

Sicher existierten namentlich in den ersten zwei Jahrzehnten unübersehbare Defizite, Mängel und Grenzen: Der Liberalismus und die kleinbürgerliche Demokratie wurden vernachlässigt bzw. einer unhistorischen Kritik unterzogen, die nichtmarxistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung durch die enge Marx-Fixiertheit abgewertet. Gleichwohl dürfen nicht die von der DDR-Forschung geleisteten Fortschritte aus dem Blick geraten: die Orientierung auf die treibenden Kräfte der Revolution von unten, die besondere Aufmerksamkeit für Repräsentanten der aktiven Arbeiterbewegung, die Würdigung führender Demokraten unterschiedlicher Ausprägung. Immerhin stammte die erste wissenschaftliche Biografie Robert Blums von einem Jenaer Historiker.³⁴ Persönlichkeiten und Traditionen aus den ostdeutschen Regionen, aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg, Thüringen und Sachsen, aus Ostpreußen und Schlesien, wurden stärker ins Visier genommen. Und last not least hat der DDR-Historiker Ernst Engelberg in einer ohne Frage großen zweibändigen Bismarck-Biografie mit marxistischer Methode eindrucksvoll und mit hohem Einfühlungsvermögen den Weg des konservativen Junkers Bismarck zum Reichsgründer nachgezeichnet.³⁵

1998 – erinnerungspolitisches Großereignis

Das 150. Revolutionsjubiläum von 1998, in Deutschland wie kein Jahrestag zuvor als erinnerungspolitisches Großereignis begangen und mit einer bis dahin nicht erreichten umfangreichen historischen Literatur bedacht, kannte ein knappes Jahrzehnt nach dem Ende der DDR und ihrer Eingliederung in die Bundesrepublik den in der Zeit der Zweistaatlichkeit tobenden Streit um das Erbe von 1848 zwar nicht mehr. Doch waren Auseinandersetzungen um ein differenziertes Revolutionsbild keineswegs aus der Welt. Allerdings war die marxistisch orientierte DDR-Geschichtswissenschaft inzwischen als Folge der bekannten Abwicklungen aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb verschwunden. Deren Vertreter forschten jedoch weiter und konnten auch einiges an Biografischem zu 1848 anbieten. Erstmals erschlossen wurde Leben und Wirken des norddeutschen Demokraten Carl Georg Allhusen und des berühmten Botanikers, Präsidenten

33 Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Rolf Weber (Hrsg.): Männer der Revolution von 1848, Bd. 2, Berlin 1987.

34 Siehe Anm. 30.

35 Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985; Bd. 2: Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990; siehe auch: Forschungs- und Darstellungsprobleme (Anm. 1).

der Leopoldina und sozial hochengagierten, sozialistische Ziele verfolgenden achtundvierziger Demokraten Christian Gottfried Daniel Nees von Esenbeck.³⁶ Fortgeführt wurden die Forschungen über Leben und Wirken des achtundvierziger Revolutionsgenerals und späteren Akteurs der I. Internationale Johann Philipp Becker wie auch über Wilhelm Wolff.³⁷ Aber auch ein Konservativer wie Constantin Frantz wurde ebenso ins Visier genommen wie Prinz Wilhelm von Preußen.³⁸

Die biografische Szene für 1848 beherrschte im Jubiläumsumfeld indes die westdeutsche Historiografie. Entstanden waren im Vorfeld des Jubiläums zunächst einige große Biografien, die sowohl konservativen als auch demokratischen Akteuren gewidmet waren: Bereits 1980 hatte Lothar Gall nach 1945 erstmals wie-

36 Waltraud Seidel-Höppner: Carl Georg Allhusen und Harro Harring – Zwei norddeutsche Radikale zu Grundlagen der Epoche, in: Mitteilungen der Harro-Harring-Gesellschaft, H. 15/16, 1996/97, S.4-39; dies.: Der fünfzehnjährige Kampf der deutschen Polizei gegen Carl Georg Allhusen, in: Beiträge zur Nachmärzforschung, Trier 1994, S.103-186; Günther Höpfner: Christian Gottfried Daniel Nees von Esenbeck (1776-1858) – ein deutscher Gelehrter an der Seite der Arbeiter, in: ebenda, S.9-102.

37 Rolf Dlubek: Johann Philipp Becker im Vormärz. Sein Wirken in der Schweiz, in: Hans-Werner Hahn (Hrsg.): Johann Philipp Becker. Radikaldemokrat – Revolutionsgeneral – Pionier der Arbeiterbewegung, Stuttgart 1999, S.61-90; ders.: J. Philipp Beckers Revolutionserfahrungen und seine Entwicklung zum Sozialisten, in: ebenda, S.91-112; ders.: Johann Philipp Beckers Konzept der zweiten Revolution 1848/49, in: Walter Schmidt (Hrsg.): Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke, Berlin 2000, S.127-142; ders.: Johann Philipp Becker und die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz im badischen Aprilaufstand, in: BzG, 1998, H. 2, S.73-93; ders.: Revolutionserfahrungen im Wirken Johann Philipp Beckers, in: Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 1998, S.485-548; ders.: Die nationale Frage im Revolutionskonzept Johann Philipp Beckers in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, in: Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie, Agrarfrage und Nation in der bürgerlichen Umwälzung in Deutschland, Berlin 2000, S.178-190; Walter Schmidt: Johann Philipp Becker in der Geschichtsschreibung und Geschichtskultur der DDR, in: Hahn, Becker, S.161-174; ders.: Wilhelm Wolff in der Vielfalt sozialistischen Denkens, in: BzG, 1996, H. 2, S.3-19; ders.: Wilhelm Wolfs Artikel „Aus dem Reich“ in der Neuen Rheinischen Zeitung, in: Forum Vormärz Forschung. Jahrbuch 1997, Bielefeld 1998, S.162-192; ders.: Der verstreute Wilhelm-Wolff-Nachlass, sein Schicksal und seine Bedeutung für die Geschichte der demokratischen und Arbeiterbewegung von 1830 bis 1864, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, 2003, S.96-109; ders.: Wilhelm Wolff im vormärzlichen Schlesien, in: Helmut Bleiber/Walter Schmidt: Schlesien auf dem Weg in die bürgerliche Gesellschaft, 2. Halbbd., Berlin 2007, S.115-160.

38 Helmut Meier: Constantin Frantz (1817-1891) und die Revolution von 1848, in: Helmut Bleiber/Rolf Dlubek/Walter Schmidt (Hrsg.): Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49, Berlin 2000, S.220-225; Karl-Heinz Börner: Die Rolle Prinz Wilhelms von Preußen im Lager der Konterrevolution, in: ebenda, S.226-233.

der eine bedeutende Bismarck-Biografie vorgelegt,³⁹ die ein halbes Jahrzehnt später in der DDR ein Pendant in der ersten marxistischen Bismarck-Biografie aus der Feder von Ernst Engelberg erhielt.⁴⁰ In beiden Biografien wurde den Jahren 1848 bis 1850 als einschneidendem politischem Lernprozess besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Hinzu traten Anfang der Neunzigerjahre gleich vier Biografien über Friedrich Wilhelm IV. und eine zweibändige Biografie des Hochkonservativen Ernst Ludwig von Gerlach.⁴¹ Dem standen auf demokratischer Flanke die aus Ausstellungen hervorgegangenen Biografien der Brüder Karl und Albert Grün, eine wissenschaftlich populär angelegte Gustav-Struve-Biografie, eine Biografie Johann Georg August Wirths, eine biografische Skizze Jakob Venedeys, Biografien des Arztes und republikanischen Demokraten Christian Heldmann, sowie des Tierarztes und Berliner Barrikadenkämpfers Ludwig Urban sowie Studien über den schwäbischen Revolutionär Ernst Elsenhans gegenüber.⁴² Vor allem aber ist die 1995 in Frankfurt a. Main als Dissertation entstandene und im Jubiläumsjahr edierte erste umfassende Gesamt-Biografie des süddeutschen Demokraten und dann in den USA aktiven Republikaners Friedrich Hecker zu nennen.⁴³ Führende Liberale hingegen waren in der Liste selbstständiger Biografien der Jubiläumszeit nur schwach vertreten; zu nennen

39 Lothar Gall: *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Frankfurt am Main-Berlin 1980, 2. Auflage 1993; dazu auch: ders.: *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung* nach 1945, Köln 1971; ders./Karl-Heinz Jürgens: *Bismarck-Lebensbilder*, Bergisch-Gladbach 1990; über Gall als Biograf siehe Schwarz, *Historiker als Biograph*, S.249-255.

40 Siehe Anm. 35.

41 Walter Bußmann: *Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV. Eine Biographie*, Berlin 1990; Dirk Blasius: *Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861). Psychopathologie und Geschichte*, Göttingen 1992; David E. Barclay: *Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie*, Berlin 1995; Frank Lothar Kroll: *Friedrich Wilhelm IV. und das Staatsdenken der deutschen Romantik*, Berlin 1990; Hans-Christof Kraus: *Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines Hochkonservativen*, Göttingen 1994.

42 Eckehard Trox: *Die Gebrüder Grün. Revolution und soziale Republik – Kulturgeschichte und Literatur*, Lüdenscheid 1997, siehe auch Karl Grün: *Ausgewählte Schriften* in zwei Bänden. Mit einer biographischen und werkanalytischen Einleitung, hrsg. von Manuela Köppe, Berlin 2005; Michael Krausnick: *Johann Georg August Wirth. Vorkämpfer für Einheit, Recht und Freiheit. Eine Biographie*, Weinheim-Berlin 1997; Peter Hank: *Gustav Struve*, 1. Buch: *Der vergessene Visionär*, 2. Buch: *Der konsequente Aktivist*, Freiburg 1998; Manfred Köhler: *Im Feuer der sozialen Republik. Lebensbild des demokratischen Achtundvierzigers Christian Heldmann (1808-1866)*, Darmstadt 1998; Dorothea Minkels: *1848 ein Barrikadenheld. Aus dem Leben des Tierarztes Friedrich Ludwig Urban (1806-1879)*, Berlin 1998; Wolfgang Reiß: *Ernst Elsenhans (1815-1849). Ein schwäbischer Revolutionär in Rastatt*, Rastatt 1995; Birgit Bublies-Godau: *Gegen den Strom – Das Leben und Werk des rheinischen Politikers, Publizisten und Historikers Jakob Venedey (1805-1871). Grundzüge einer Biographie*, in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung*, 7, 1995, S.149-153.

43 Sabine Freitag: *Friedrich Hecker. Biographie eines Republikaners*, Phil. Diss. Frankfurt am Main 1995, Stuttgart 1998.

wäre vor allem Varnhagen von Ense und der kaum bekannte liberale, vor allem 1848/49 politisch engagierte Erfurter Wirtschaftsbürger Karl Herrmann.⁴⁴ Für eine vielgestaltige biografische Landschaft vorgearbeitet hatten auch Handbücher über Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung und des preußischen Abgeordnetenhauses.⁴⁵ Über zahlreiche Deputierte der Preußischen Verfassungsgebenden Versammlung von 1848 wird zwar Auskunft gegeben, jedoch fehlt bis heute ein Handbuch über dieses Revolutionsparlament. Währenddessen liegt für den Kleinstaat Anhalt inzwischen ein biografisches Verzeichnis der Abgeordneten seines Revolutionsparlaments wie der in die Nationalversammlung entsandten Deputierten vor.⁴⁶ Ein besonderes Verdienst erwarb sich Heinrich Raab mit seinem einzigartigen „Biographischen Inventar“ für die Quellen von rund 5.000 „Revolutionären in Baden 1848/49“.⁴⁷ Es enthält zahlreiche neue Kurzbiografien über bislang unbekannte „Gesichter der Menge“ (Rudé). Zahlreiche biografisch angelegte Sammelschriften der Jubiläumsjahre trugen entscheidend dazu bei, Protagonisten der Revolution sowie deren Gegenspielern ein Gesicht zu geben. Die Anmerkung zu Biografien im wohl ausführlichsten und gründlichsten Literaturbericht von Rüdiger Hachtmann über die Jubiläumspublikationen reicht über eineinhalb Seiten.⁴⁸ Zu nennen ist da vor allem Sabine Freitags Band über „Die Achtundvierziger“, der 24 vorzügliche biografische Essays über Akteure aus allen Lagern, bei einem hohen Anteil von Demokraten wie Liberalen, enthält.⁴⁹ Daneben stehen Bände über Rheinische Revolutionäre, über die Heidelberger Abgeordneten und zu den Burschenschaftern im Nationalparlament, über norddeutsche Protagonisten und Gegenspieler, Nachrufe auf

44 Greiling, Varnhagen von Ense; Walter Schmidt: Karl Herrmann. Ein Erfurter Wirtschaftsbürger auf dem Weg in die Moderne, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde von Erfurt, H. 58 (Neue Folge H. 5), 1997, S.89-126.

45 Heinrich Best/Wilhelm Weege: Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, Düsseldorf 1996, 2. Aufl. 1998; Bernd Haunfelder: Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1849-1867, Düsseldorf 1994. Zur Berliner Nationalversammlung liegt bisher nur ein Biographisches Verzeichnis der schlesischen Abgeordneten vor: Bleiber/Schmidt, Schlesien, 1. Halbbd., Berlin 2007.

46 Gunter Ziegler/Rüdiger Hachtmann: Parlamentarismus in Anhalt I. Die anhaltischen Landtagsabgeordneten und die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung 1848-1851, Dessau 1996. Siehe auch Michael Thomas: Die Revolution von 1848 in Anhalt-Bernburg und der Demokrat sowie „Märzminister“ August Carl von Mey (1801-1859), in: Mathias Tullner (Hrsg.): Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte, H. 5, Halle 1996, S.33-68.

47 Heinrich Raab: Revolutionäre in Baden 1848/49. Biographisches Inventar für die Quellen im Generallandesarchiv Karlsruhe und im Staatsarchiv Freiburg, Stuttgart 1998.

48 Rüdiger Hachtmann: 150 Jahre Revolution von 1848: Festschriften und Forschungserträge. Teil II, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 40, 2000, S.340-344.

49 Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998; auch Walter Rügert: „... es gilt in Baden loszuschlagen“. Friedrich Hecker und die badische Revolution, Konstanz 1998.

1849 hingerichtete Revolutionäre der Reichsverfassungskampagne,⁵⁰ und nicht zuletzt Veröffentlichungen über Frauen, die den erreichten Stand in der Frauenforschung zu Vormärz und Revolution reflektieren.⁵¹ Außerdem erschienen

50 Nationalität trennt, Freiheit verbindet: ein trinationales Ausstellungsprojekt, Stuttgart 1998; Ottfried Dascher/Eberhard Kleinertz (Hrsg.): Petitionen und Barrikaden. Rheinische Revolutionen 1848/49, Münster 1998; Fritz Bilz/Klaus Schmidt: Das war ne heiße Märzzeit. Revolution im Rheinland 1848/49, Köln 1998; Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler, Ubstadt-Weiher 1998; Jan Merk/Markus Möhring/Helmut Bürgerl: Lörrach 1848/49. Essays – Biographien – Dokumente – Projekte, Lörrach 1998; Petra Nellen (Hrsg.): Die Universität [Heidelberg] zwischen Revolution und Restauration. Ereignisse und Akteure 1848/49, Ubstadt-Weiher 1998; Frank Engehausen/Armin Kohnle (Hrsg.): Gelehrte in der Revolution. Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung, Ubstadt-Weiher 1998; Wolfgang Duffner: Der Traum der Helden. 12 Nachrufe auf die im Sommer und Herbst 1849 hingerichteten Kämpfer der badischen Revolution, Lahr 1997; Reno Stutz (Hrsg.): Demokraten und Gegenspieler. Norddeutsche in der Revolution von 1848, Rostock 2000; siehe auch die von der Deutschen Schillergesellschaft 1998 herausgegebenen Sonderhefte des Marbacher Magazins zu 1848 mit Biografien von Friedrich Theodor Vischer, Ludwig Pfau, Albert Dultz, Wilhelm Zimmermann und Ludwig Uhland; siehe auch Hahn, Becker; Adolf Luchmann: Der „Ehrenbürger“ und drei weitere Episoden aus den Revolutionsjahren 1848 und 1849, Frankfurt am Main 1998; Kurt Wernicke: Als Unternehmer auf der Barrikade. Eduard Krause (1816-1882), in: Bürgerliche Revolution und revolutionäre Linke, S.95-106, zugleich auch in: ders. (Hrsg.): Vormärz – März – Nachmärz. Studien zur Berliner Politik- und Sozialgeschichte 1843-1853, Berlin 1999.

51 Ute Gerhard u. a. (Hrsg.): „Dem Reich der Freiheit verb ich Bürgerinnen“. Die Frauenzeitung von Louise Otto, Frankfurt am Main 1979; Ruth Ellen Boetcher Joeres: Die Anfänge der deutschen Frauenbewegung: Louise Otto-Peters, Frankfurt am Main 1983; Rahel Irmela Brender: Vor allem die Freiheit. Die Lebensgeschichte der George Sand, Weinheim 1987; Michael Krausnick: Emma Herwegh. Die Frau des Revolutionärs, Marbach 1998; Susanne Asche: Einheit und Freiheit für die Frauen? Friedrich Hecker und die Frauenbewegung, in: Alfred Georg Frei (Hrsg.): Friedrich Hecker in den USA, Konstanz 1993; Susanne Klabund: „Meine Waffen waren gut zum Kampf, denn sie sind die Waffen der Freiheit und der Zukunft“. Malwida von Meysenbug und die Frühphase der Frauenbewegung in Deutschland 1841-1852, Bielefeld 1996 (MS); Diana Finkele: „Auch Frauenzimmer hat, welche Fürsten würgen wollen“. Frauen in der badischen Revolution – eine Spurensuche in Untersuchungs- und Prozessakten, in: 1848/49 – Wege zur Revolution, Allmende Nr. 56/57, 1998, S.86-99; Johanna Ludwig/Rita Jorek (Hrsg.): Louise Otto-Peters. Ihr literarisches und publizistisches Werk, Dresden 1996; Ilse Nagelschmidt/Johanna Ludwig (Hrsg.): Louise Otto-Peters. Politische Denkerin und Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung, Dresden 1996; Johanna Ludwig/Ilse Nagelschmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, o.O., o.J. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1998); Birgit Bublies-Godau: „Dass die Frauen bessere Democraten, geborene Democraten seyen ...“ Henriette Obermüller Venedey – Tagebücher und Lebenserinnerungen 1817-1871, Karlsruhe 1999; Marion Freund: „Mag der Thron in Flammen glühn!“ Schriftstellerinnen und die Revolution von 1848/49, Phil. Diss. Freiburg 2002, Königstein i. Ts. 2004; Irina Hundt: Marie von Diezelsky geb. Schöffel (1824-1883). Eine unbekannt Junghegeliane-

Einzelbiografien in kleinerem oder größerem Umfang, auch in Zeitschriften.⁵² Etwa 50 bis 60 bekannte und weniger oder gar nicht bekannte Achtundvierziger wurden so in unterschiedlich ausführlichen Skizzen ins öffentliche Bewusstsein gehoben, wobei unterschiedenen Demokraten, vor allem aus dem südwestdeutschen und westdeutschen Raum, die meisten Abhandlungen gelten. Von einer Vernachlässigung der radikalen Demokratie konnte in der historischen Jubiläumsliteratur also keine Rede mehr sein, lediglich die proletarischen Kräfte kamen kaum zur Geltung. Alles in allem war das 150. Revolutionsjubiläum unbestreitbar ein bislang noch nie erreichter Höhepunkt in der Erschließung und Verbreitung von achtundvierziger Biografien.

Das Jahrzehnt seit dem Jubiläum 1998

Im Jahrzehnt nach dem Jubiläum von 1998 trat die 48er-Revolution in historischen Publikationen generell und so auch in der Biografischreibung verständlicherweise etwas in den Hintergrund. Gleichwohl gab es keinen Stillstand. Ob mit dem neuen Jahrhundert auch eine neue Periode in der 48er-Biografik beginnt oder das letzte Jahrzehnt noch Nachklang des 150. Jahrestags ist, werden künftige Historiografiehistoriker spätestens beim Revolutions-Bicentenaire 2048 feststellen.

Auf jeden Fall ist im letzten Jahrzehnt zu unserem Thema schon einiges passiert. Zwei Publikationen aus dem Arbeitskreis Vormärz- und achtundvierziger Revolutionsforschung der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin, der sich bemüht, die Traditionen der DDR-Biografik fortzuführen, waren dem Thema direkt gewidmet. 1992 hatte sich rund ein Dutzend Historiker, die sich als DDR-Forscher fast durchweg aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb hatten verab-

rin, in: Lars Lambrecht: Osteuropa in den Revolutionen von 1848, Frankfurt am Main u. a. 2006, S.49-88.

52 Karl Gass: Zielt gut, Brüder! Das kurze Leben des Max Dortu, Wilhelmshorst 2000; Bernd Kramer: „Laßt uns die Schwerter ziehen, damit die Kette bricht“. Michael Bakunin, Richard Wagner und andere während der Dresdner Mairevolution 1849, Berlin 1999; Ansgar Reiß: Zwischen Revolution und Bürgerkrieg. Amalie und Gustav Struve im nord-amerikanischen Exil, in: Wolfgang Hochbuch/Erich Bachteler/Henning Zinne (Hrsg.): Achtundvierziger. Forty-Eighter. Die deutsche Revolution von 1848/49, die Vereinigten Staaten und der amerikanische Bürgerkrieg, Münster 2000, S.71-84; Peter Bußjäger: Kaspar Moosbrugger oder Beschreibung eines Radikalen im öffentlichen Dienst, in: Wege zur Revolution, S.198-204; Lars Lambrecht: Von vielen Unbekannten einer: Karl Nauwerck, in: ders.: Philosophie, Literatur und Politik vor der Revolution von 1848. Zur Herausbildung der demokratischen Bewegungen in Europa, Frankfurt am Main 1996; Werner Chrobak/Emma Mayer (Hrsg.): Ein Bayer in der Paulskirche. Die Briefe des Abgeordneten Adolf von Zerzog aus der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Regensburg 1998; Michael Hettinger: J. D. H. Temme (1798-1881) – Volksfreund oder Staatsfeind? – ein Demokrat vor der Zeit, in: Franz Josef Düwell (Hrsg.): Recht und Juristen in der deutschen Revolution 1848/49, Baden-Baden 1998, S.93-178.

schieden müssen, zusammengeschlossen, um unter den neuen Bedingungen im regelmäßigen kritischen Diskurs über frühere wie weitergeführte Forschung zu beraten und Publikationen zu fördern. Nach einem Sammelband mit Studien zur deutschen Revolution von 1848/49, der im Jubiläumjahr 1998 erschien,⁵³ konzentrierte sich deren Arbeit – in Fortführung der 1970 und 1987 erschienenen zwei Bände „Männer der Revolution von 1848“ – auf das biografische Genre.

Der Grund für diese Entscheidung lag sicher nicht in dem hübschen Bonmot von Henryk Keisch, der einmal geschrieben hatte: „Der Ruhm der Großen läßt die Kleinen bei Tag und Nacht nicht schlafen. Sie möchten auch gern groß erscheinen und werden Biographen.“⁵⁴ Vielmehr wurzelte das Unternehmen erstens in der Tradition der DDR-Biografik zu 1848 und zweitens in der Erkenntnis, dass auf biografischem Felde immer noch beträchtliche Defizite bestanden. Drittens schließlich boten gerade Sammelschriften gute Möglichkeiten, eigene ostdeutsche Erfahrung und Vorbildung mit Bestrebungen westdeutscher Kolleginnen und Kollegen auf dem biografischen Sektor zusammenzuführen.

Das Resultat waren zwei Biografienbände, 2003 und 2007 von einem in den Neunzigerjahren entstandenen kleinen ostdeutschen Verlag, dem FIDES Verlag Berlin, herausgebracht.⁵⁵ Sie bilden neben der Sammelschrift von Sabine Freitag die einzige Publikation, die ausdrücklich und ausschließlich Achtundvierzigern gewidmet ist. Diese beiden Bände unterscheiden sich allerdings von den ersten, in der DDR erschienenen Bänden in mehrerlei Beziehung deutlich. An ihnen waren zum einen Autoren aus den neuen und alten Bundesländern beteiligt, was Vielfalt in den Herangehensweisen und Bewertungen mit sich brachte und die Preußenfixiertheit zumindest auflockern half. Zum anderen erweiterte sich der Gegenstand insofern, als die vorherige Alleinherrschaft der Männer beseitigt und – nicht nur im Titel – den weiblichen Akteuren der Revolution gebührend Raum verschafft wurde. Daran hatten vor allem (aber nicht nur) Frauenforscherinnen aus den alten Bundesländern entscheidenden Anteil. Die beiden Bände enthalten insgesamt 43 Biografien. Was die behandelten Persönlichkeiten angeht, so sind etwa ein Dutzend von ihnen der historisch interessierten Öffentlichkeit keine Unbekannten mehr. Von der Mehrheit, etwa 30 Revolutionsteilnehmern, wusste man höchstens in der historischen Zunft etwas, und manch einer war auch dort noch unbekannt. Rund die Hälfte der Biografien sind Erstporträts.

Zugleich war es ein Anliegen der Herausgeber, Repräsentanten aus allen politischen Lagern aufzunehmen. Eine angemessene Proportionalität, die sicher überhaupt nur schwer zu erreichen ist, kam allerdings nicht zustande. Mit 15 Biografien sind Demokraten unterschiedlicher Ausprägung am stärksten vertreten

53 Walter Schmidt (Hrsg.): *Demokratie, Liberalismus und Konterrevolution. Studien zur deutschen Revolution von 1848/49*, Berlin 1998.

54 Zit. nach: Heinrich Gemkows Rezension in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2007/III, S.167-169, hier S.167. Die Rezension betrifft den in der nachfolgenden Anm. genannten Sammelbd. von 2007.

55 Helmut Bleiber/Walter Schmidt/Susanne Schötz (Hrsg.): *Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49*, Bd. 1, Berlin 2003; Bd. 2, Berlin 2007.

(Michail Bakunin, Julius Berends, Robert Brauner, Hartwig Gercke, Adolf Glassbrenner, Gustav Julius, Rudolph Matthäi, Ludwik Mieroslawski, Karl Nauwerk, Emil Adolf Roßmäßler, Arnold Ruge, Friedrich Wilhelm Schlöffel, Franz Schmidt, Gustav Adolph Techow, Wilhelm Adolf Trützschler). Hinzuzuzählen sind auch jene sechs Achtundvierziger, die Interessen der aufkommenden Arbeiterbewegung verfochten oder später auf die Seite der Arbeiter übergangen (Heinrich Bürgers, Hermann Ewerbeck, Abraham Jacobi, Viktor Schily, Robert Schweichel, August Willich). Und schließlich darf nicht übersehen werden, dass auch die Mehrzahl der zwölf Achtundvierzigerinnen demokratische Ziele verfolgte (Bettine von Arnim, Louise Dittmar, Johanna Goldschmidt, Amalie Krüger, Johanna Küstner-Fröbel, Lucie Lenz, Malwida von Meysenbug, Marie Norden, Henriette Obermüller-Venedey, Louise Otto, Amalie Struve, Emilie Wüstenfeld). Dass damit erstmals massiv auch Frauen in der Revolution ein Gesicht erhielten, bedeutet einen echten Durchbruch. Mit über 30 Biografien besteht also ein deutliches Übergewicht der 48er-Demokratie.

Das erscheint indes durchaus berechtigt, denn bei den Personen handelt es sich nicht nur um entschiedene Protagonisten der Revolution, sondern um Vertreter der Gruppe, die in der Forschung zumindest bis zur letzten Jahrhundertwende stark vernachlässigt worden war. Zum anderen aber fühlte sich eine größere Anzahl der mitwirkenden Autoren – nicht nur aus Ostdeutschland – in diesem Milieu am besten zu Hause.

Sechs Biografien befassen sich mit Gegnern der Revolution, wobei zu vermerken ist, dass die meisten davon zu den flexiblen Vertretern der Gegenrevolution und den sogenannten Reformkonservativen zu zählen sind (Ernst II. Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, Julius von Minutoli, Eduard Peucker, Ernst von Pffel, Felix Fürst zu Schwarzenberg, Franz Seraphicus Graf von Stadion). Am schwächsten vertreten ist mit nur drei Biografien kaum bekannter Leute der achtundvierziger Liberalismus (Karl Heinrich Jürgen, Adolf von Sydow, Friedrich Ludwig Urban). Was die Gestaltung der Beiträge anbetrifft, so wurde jeweils eine Gesamtbioografie angestrebt, jedoch keineswegs immer erreicht; manchmal blieb es aus verschiedenen, nicht zuletzt aus Platzgründen, bei Teilbiografien bzw. biografischen Essays. Vollständigkeit war indes bei all jenen Lebensbeschreibungen gewünscht, die erstmals aus bislang unerschlossenen Quellen erarbeitet werden konnten. Als ein besonderes Problem erwies sich fast durchweg die Aufhellung und Nachzeichnung der ganz verschiedenen nachrevolutionären Lebenswege.

Die Biografik hat mehrere Vorschläge hinsichtlich einer Typologisierung von Biografien unterbreitet. Legt man die Überlegungen von Engelberg/Schleier von 1990 zugrunde, dann werden die in den beiden Bänden erschienenen Beiträge, aber darüber hinaus wohl auch die Mehrzahl der anderen Biografien von Revolutionsteilnehmern, am ehesten dem Typ „wissenschaftlich-kritischer Biographien“ zuzuordnen sein, in denen, wie es heißt, „die Quellen kritisch verarbeitet werden und neben dem Wirken und Denken der Persönlichkeiten in ihrer Zeitgebun-

denheit auch die psychologische Charakteristik als wichtiger Bestandteil der Analyse einbezogen ist⁵⁶. Inwieweit Letzteres jeweils gelang, mag erst einmal dahingestellt bleiben. Die Rezensenten der Bände⁵⁷ begrüßten durchweg das Anliegen, Vertreter aus allen sozialen Schichten und politischen Lagern zu behandeln. Positive Erwähnung erfuhr die (verglichen mit den beiden DDR-Bänden) Vielfalt des methodischen und methodologischen Herangehens und die Überwindung früherer enger Marx-Fixiertheiten.

Die biografische Ausbeute des letzten Jahrzehnts lässt sich indes nicht auf die genannten beiden Bände beschränken. Daneben entstanden weitere biografische Studien, die z. T. als selbstständige Veröffentlichungen, zumeist aber in Zeitschriften oder Sammelbänden erschienen. Auch bei diesen Arbeiten dominieren Vertreter der Achtundvierziger- und Vormärz-Demokratie. Mit Etienne Cabet erhielt ein führender Vertreter des französischen Kommunismus mit seinen eindeutig demokratischen Bestrebungen, etwa seinen Bemühungen um die Gründung genossenschaftlich organisierter Kolonien in den USA, eine erste große Biografie.⁵⁸ Erste Biografien wurden über den Marx-Schwager Edgar von Westphalen und den Marx-Engels-Gefährten aus den Sechzigerjahren Sigismund Ludwig Borkheim publiziert.⁵⁹ Vorgelegt wurden Biografien mehrerer weniger bekannter schlesischer Demokraten und Deputierter der Preußischen Nationalversammlung von 1848: Moritz Elsner, Anton Heisig, Moritz Matthäi, Friedrich Wilhelm Müller sowie Hermann Wollheim.⁶⁰ In Neubearbeitung erschien die

56 Engelberg/Schleier, *Geschichte*, S.206.

57 Rezensionen bzw. Annotationen zu den Bänden erschienen bisher u. a. in: *Die Zeit*, *ZfG*, *Forum Vormärz* *Forschung*, *Zeitschrift für Marxistische Erneuerung*, *Historische Zeitschrift*, *Brandenburgische Landesgeschichte*, *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, *Jahrbuch für Liberalismusforschung*, *Utopie kreativ*, *Neues Deutschland*.

58 Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: *Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation*, Frankfurt am Main u. a. 2002.

59 Heinrich Gemkow: *Edgar von Westphalen. Der ungewöhnliche Weg des Schwagers von Karl Marx*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte*, 25, 1999, S.401-512; ders.: *Sigismund Ludwig Borkheim. Vom königlich-preußischen Kanonier zum Russland-Experten an der Seite von Marx und Engels*, Berlin 2003.

60 Walter Schmidt: *Moritz Elsner und die schlesische 1848er Demokratie*, *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Bd. 63, Berlin 2004, S.19-54; auch in: *Bleiber/Schmidt, Schlesien*, 2. Halbbd, S.211-252; ders.: *Moritz Matthäi (1809-1864). Ein schlesischer Burschenschaftler und 1848er Demokrat aus Auras*, in: ebenda, S.253-278, zugleich in: *Würzburger medizinhistorische Mitteilungen*, Bd. 19, 2000, S.255-272; ders.: *Friedrich Wilhelm Müller (1801-1868). Ein Burschenschaftler, protestantischer Geistlicher und achtundvierziger Demokrat*, in: *Bleiber/Schmidt, Schlesien*, 2. Halbbd; S.279-314; zugleich in: *IWK*, 39, 2003, S.281-313; ders.: *Hermann Wollheim (1817-1855). Ein jüdischer Arzt, Achtundvierziger Demokrat und Schriftsteller aus Schlesien*, in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau*, 45/46 (2004/2005), S.345-396; *Helmut Bleiber/Hans Veit: Anton Heisig, Pfarrer in Kunzendorf (1842-1857). Zur Haltung eines Grafschafter*

Biografie des Saarländer Demokraten Peter Imandt.⁶¹ 2004 legte Frank Möller als Habilitationsschrift eine (bis heute noch unveröffentlichte) Biografie Heinrich von Gagerns vor, und es erschien eine neue Biografie von Johann Georg August Wirth.⁶² Der 200. Geburtstag Robert Blums bescherte uns 2007 schließlich – neben einem vorzüglichen Begleitband zur Blum-Ausstellung des Bundesarchivs⁶³ – gleich zwei neue Biografien über den Märtyrer der deutschen Demokratie: einen gelungenen historischen Essay und – nach der Arbeit von Siegfried Schmidt von 1965/71 – offenbar wieder eine umfassende, große Biografie auf reichhaltiger Quellengrundlage.⁶⁴ Anfang 2008 erschien schließlich die wohl erste Gesamtbioografie Johann Gustav Droysens unter dem wenig originellen, aber wohl zutreffenden Titel „Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik“.⁶⁵

Resümee

Die Biografienbeschreibung zu 1848 hat in den zurückliegenden 16 Jahrzehnten einen weiten, beschwerlichen, im Ganzen aber wohl erfolgreichen Weg zurückgelegt. Nachdem zunächst fast ausschließlich Publizisten aus dem demokratischen und liberalen Oppositionslager über ihre Weggefährten geschrieben hatten, öffnete sich die professionelle historische Forschung seit Beginn des 20. Jahrhunderts den Revolutionsprotagonisten namentlich aus dem Lager des Liberalismus, ließ aber (vor allem in Gestalt von Graduierungsarbeiten) auch einige bekanntere Demokraten, so auch Ferdinand Lassalle, nicht aus dem Blick. Große Biografien galten vor allem den Wortführern des Liberalismus und Bismarck, seit der Zeitenwende 1917/18 den Häuptern des Sozialismus Marx und Engels. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahm die 48er-Biografie einen signifikanten Aufschwung. Der Erbestreit in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit hat diese Entwicklung nicht wenig gefördert, wirkte er doch als wechselseitige Herausforderung. Es war keineswegs die Ausnahme, dass in Ost und – meist etwas verzögert – auch in West umfangreiche biografische Forschungen zu ein und derselben Persönlichkeit betrieben wurden, vor allem, aber nicht nur,

Geistlichen in der Revolutionszeit 1848/49, in: Bleiber/Schmidt, Schlesien, 2. Halbbd, S.315-340.

61 Erhard Kiehnbaum: Peter Imandt – Eine Biographie, Berlin 2002 (Erstauflage Greifswald 1987).

62 Frank Möller: Heinrich von Gagern. Eine Biographie, Phil. habil. Jena 2004; Elisabeth Hüls: Johann Georg August Wirth (1798-1848). Ein politisches Leben im Vormärz, Düsseldorf 2004.

63 „Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin.“ Robert Blum (1807-1848). Visionär – Demokrat – Revolutionär, hrsg. vom Bundesarchiv, bearb. von Martina Jesse und Wolfgang Michalka, Berlin 2006.

64 Peter Reichel: Robert Blum. Ein deutscher Revolutionär 1807-1848, Göttingen 2007; Ralf Zerback: Robert Blum. Eine Biographie, Leipzig 2007.

65 Wilfried Nippel: Johann Gustav Droysen. Ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik, München 2008.

über Demokraten und Vertreter der Arbeiterbewegung. In der Bundesrepublik ist das biografische Interesse nicht zuletzt dank der Hinwendung zur an sich eher biografiendistanzierten Sozialgeschichte seit den 1960er-Jahren gewachsen. Das demokratische Lager zog daraus – neben dem Liberalismus – wohl den größten Nutzen. Dennoch blieb es bei nur wenigen wirklich großen Biografien von Achtundvierzigern. Sie waren einigen Liberalen, auch Demokraten wie Robert Blum und Friedrich Hecker, mit Bismarck und Friedrich Wilhelm IV. aber vor allem „großen Männern“ der letztlich erfolgreichen und die deutsche Geschichte nachhaltig prägenden Gegenrevolution gewidmet. Nichtsdestoweniger wurden oft durch regionale und lokale Studien, aber auch mit Handbüchern und Sammelchriften biografische Breschen für eine Vielzahl der eigentlichen Träger des Revolutionsgeschehens geschlagen. Sie führten dazu, dass im Umfeld des 150. Revolutions-Jubiläums 1998 ein biografischer Forschungsstand zu 1848/49 erreicht war, der in der deutschen Historiografiegeschichte seinesgleichen sucht. Das trug dazu bei, dass auch in der politischen Öffentlichkeit zumindest „unten“ ein positives Verhältnis zur Revolution der Straße Platz griff. Die Revolution von 1848 gilt als ein Höhepunkt der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert. Dieser Fortschritt konnte in den letzten zehn Jahren ausgebaut werden, wobei sich die Demokratie – ebenso wie schon in den 1990er-Jahren – besonders stark zu präsentieren vermochte.

Gleichwohl können die Fortschritte nicht noch bestehende Defizite verdecken. Immer noch harren nicht wenige, meist vergessene, in verschiedenen Regionen führend hervorgetretene Demokraten der Entdeckung. Das Wissen über Akteure von 1848 hat für die östlichen Gebiete bei Weitem noch nicht das zum deutschen Südwesten und Westen erreicht. Allein für Schlesien wären als forschungswürdige Akteure zu nennen: Julius Stein, der in der Berliner Versammlung an vorderer Stelle agierte, der Breslauer Radikaldemokrat Hermann Brehmer, der jüdische Arzt Sigismund Asch, die Initiatoren des Schlesischen Rustikalvereins Julius Peter-Petery und Otto Wüstrich sowie der Leiter der Breslauer Arbeiterverbrüderung Louis Heilberg. Gleiches gilt etwa für die Ehefrau des Grünberger Paulskirchenabgeordneten Lewysohn. Die Berliner Traditionspflege wird sich nicht nur um Paul Börner und Adolph Streckfuß bemühen müssen. Und noch immer gibt es trotz umfangreicher Einzelforschungen keine große wissenschaftliche Wilhelm-Liebkecht-Biografie.

Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus

Ulrich Busch

1. Die DDR als Erscheinungsform der Moderne

Im historischen Rückblick stellen sich viele Fragen über die DDR noch einmal. Die heutigen Antworten weichen aber mitunter nicht unerheblich von früheren Antworten ab. Dies ist nicht allein auf das Auffinden neuer Daten, Fakten und Quellen zurückzuführen, sondern vielfach auch auf veränderte Denkmuster und andere theoretische Analysemodelle. Die auf dieser Grundlage mögliche Neuinterpretation betrifft unter anderem den historischen Platz, den Charakter der Produktionsweise und die Definition der Wirtschaftsordnung der DDR, darüber hinaus aber auch ihr Verhältnis zur Bundesrepublik. Hier soll der Versuch unternommen werden, die Wirtschaft der DDR im Kontext der Debatte um den *Fordismus* als Produktions- und Sozialmodell der westlichen Welt zu analysieren und dabei auf einige, bisher in der komparativen DDR-Forschung wenig beachtete Aspekte aufmerksam zu machen.¹

Auch wenn die allgemeinen Bestimmungsmerkmale des Staatssozialismus wie Staatseigentum, kommunistische Parteienherrschaft, zentralistische Planwirtschaft usw. vollumfänglich auf die DDR zutrafen, diese dem „sozialistischen Lager“ angehörte, Mitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und im Warschauer Vertrag war, so gab es doch eine Reihe von Merkmalen und nationalen Eigenheiten, in denen sich die DDR von anderen staatssozialistischen Ländern unterschied und teilweise positiv abhob. Charles S. Maier bezeichnete die DDR als die „blühendste Gesellschaft im Ostblock“.² Zu den diese Einschätzung begründenden Tatsachen zählen der vergleichsweise hohe Industrialisierungsgrad und technische Standard der Volkswirtschaft der DDR, das Niveau der Produktion und der Arbeitsproduktivität, die Rolle des genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Einzelhandel als gleichberechtigter Eigentumsform neben dem Volkseigentum, die Pluralität der Eigentumsformen, zumindest bis Anfang der 1970er-Jahre, das relativ hohe materielle und kulturelle Lebensniveau der Bevölkerung sowie besondere Formen und Strukturen der politischen Herrschaft und Machtausübung, welche auf der Ebene der Betriebe, Genossenschaften und Kommunen durchaus demokratische Elemente enthielten. Hinzu kommen die historische Tradition und Verankerung der DDR in der deutschen und europäischen Geschichte sowie ihr besonderes

1 Der vorliegende Aufsatz stützt sich auf Forschungsarbeiten, die vom Autor im Rahmen der Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland im Zuge der Erstellung des zweiten Berichts (SOEB 2) in den Jahren 2007 und 2008 geleistet worden sind.

2 Charles S. Maier: *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt/Main 2000, S.153.

politisches, ökonomisches und kulturelles Verhältnis als „zweiter deutscher Staat“ zur Bundesrepublik Deutschland und zur Europäischen Union.³

Dies alles begründet eine *besondere* Stellung der DDR innerhalb des Blocks der staatssozialistischen Länder und ihre Einordnung als Erscheinungsform der *industriegesellschaftlichen Moderne*.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs etablierten sich auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs „konkurrierende Versionen der Moderne“: Die Bundesrepublik repräsentierte die westliche, kapitalistische Variante; die DDR die östliche, von der sowjetischen Besatzungsmacht geprägte, staatssozialistische Variante. Beide Gesellschaften waren folglich „alternative Modelle der Moderne“.⁴ Der insbesondere für Russland, aber auch generell für den Staatssozialismus vorgeschlagene Terminus eines „gegenmodernen sozialbürokratischen Gesellschaftstypus“⁵ lässt sich mithin nicht ohne weiteres auf die DDR übertragen. Eher haben wir es hier mit einer *spezifischen Variante* moderner Industriegesellschaft, mit der staatssozialistischen Ausprägung derselben, zu tun.

In der neueren Forschung wird die DDR unter anderem als Spielart „einer solidaristisch gewendeten industriellen Moderne“⁶ verstanden. Dies scheint zutreffend. Eingeschlossen in diese Bestimmung ist die *fordistische* Art und Weise der industriellen Produktion als typischer Wirtschaftsform der westlichen Nachkriegsgesellschaften einschließlich der USA und Japans. Diese Charakteristik gilt, wie zu zeigen sein wird, in bestimmtem Maße auch für die DDR.

Die Termini „fordistisch“ und „Fordismus“ entstammen dem industriesoziologischen Forschungskonzept.⁷ In dieser Bestimmung dienen sie vor allem zur Beschreibung einer bestimmten Form der Arbeitsorganisation und Betriebsfüh-

3 Gemäß Potsdamer Abkommen (1945), Berliner Abkommen (1951) und anderen Regelungen wurde der Warenaustausch zwischen den Besetzungszonen bzw. den beiden „Währungsgebieten“ auf der Grundlage von Verrechnungseinheiten und ohne Zollbeschränkungen durchgeführt. Dadurch, dass dem „innerdeutschen Handel“ in der EWG eine Sonderstellung eingeräumt wurde, konnte die DDR ihre Waren teilweise zu über dem Weltmarktniveau liegenden Preisen exportieren und wegen bestimmter Vergünstigungen aus dem Umsatzsteuerrecht nicht unerhebliche Handelserleichterungen in Anspruch nehmen, die anderen RGW-Staaten verwehrt waren. Diese Sonderbedingungen und Vergünstigungen galten bis 1990.

4 Konrad Jarausch: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, Bonn 2004, S.239.

5 Michael Brie/Ewald Böhlke. Mit Beiträgen von Petra Stykow und Rainer Land: Rußland wieder im Dunkeln, Berlin 1992, S.48.

6 Gerd Bender/Rainer Maria Kiesow/Dieter Simon (Hrsg.): Das Europa der Diktatur. Steuerung – Wirtschaft – Recht, Baden-Baden 2002, S.1; siehe auch Detlef Pollack: Wie modern war die DDR? F.I.T. Discussion Paper 4/01. Frankfurter Institut für Transformationsstudien 2001.

7 Siehe Dieter Otten: Die Welt der Industrie. Entstehung und Entwicklung der modernen Industriegesellschaften, 2 Bde., Reinbek 1986; Christoph Scherrer: Im Bann des Fordismus, die Auto- und Stahlindustrie der USA im internationalen Konkurrenzkampf, Berlin 1992; Bernhard Schäfers: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland. Ein Studienbuch zur Sozialstruktur und Sozialgeschichte, Stuttgart 1995, S.190f.

rung. Dabei wird im Rahmen einer großbetrieblich organisierten Produktion durch Arbeitsteilung, Spezialisierung und Rationalisierung eine permanente Erhöhung der Produktivität erreicht, welche wiederum die kostengünstige Herstellung standardisierter Massengüter ermöglicht.⁸ In einem erweiterten Sinne bezeichnet der Terminus „Fordismus“ aber auch „die Gesamtheit der technischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundsätze“⁹, wie sie für die Produktions- und Lebensweise in der westlichen Welt während der Nachkriegsjahrzehnte charakteristisch waren. Er steht damit für ein *Produktions- und Sozialmodell*, welches während der 1930er-Jahre in den USA entstand („New Deal“) und sich nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere während der 1950er- und 1960er-Jahre, unter anderem in der Bundesrepublik Deutschland durchsetzte. Als charakteristisch hierfür galten wirtschaftliche *Dynamik*, soziale *Sicherheit* und allgemeine *Stabilität* – Merkmale, die in hohen ökonomischen Wachstumsraten und Produktivitätszuwächsen, einer damit einhergehenden Gewinn- und Lohnsteigerung, in Vollbeschäftigung, stabilen Erwerbsverläufen und einem darauf abstellenden sozialen Sicherungssystem sowie in entsprechenden Familienstrukturen und Geschlechterverhältnissen ihren Niederschlag fanden. Sie drückten sich ebenso in politischer Stabilität, stabilen Staatsfinanzen und einer „harten“ Währung aus und waren von konservativen Grundpositionen in Politik, Kultur und Gesellschaft flankiert.

Bezeichnend für das fordistische Paradigma sind vor allem vier, einander ergänzende, Komponenten: *Erstens* eine Lohnregulation, bei welcher die Lohnentwicklung tendenziell der volkswirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung entspricht, woraus eine hohe Übereinstimmung von wirtschaftlicher Prosperität und sozialem Fortschritt, von ökonomischem Wachstum und allgemeiner Wohlfahrt resultiert: „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard). *Zweitens* ein Prozess, den Burkart Lutz als „innere Landnahme“ bezeichnet hat und der im Kern die Verwandlung lebensweltlicher nichtindustrieller Arbeit (Handwerk, Landwirtschaft) in industrielle Produktion beinhaltet.¹⁰ *Drittens* eine Organisation der Produktion, bei welcher der Anteil der Kosten für Forschung und Entwicklung, für Marketing, Service und Vertrieb kontinuierlich ansteigt, während die Stückkosten für Arbeit und Material drastisch sinken. Und *viertens* die Existenz eines regulierten Weltmarktes (Bretton Woods), auf welchem die komparativen Vorteile der nationalen arbeitsteiligen Produktion weltweit Realisierung finden konnten.

Die DDR fand einige Elemente der fordistischen Produktionsweise als Erbe der deutschen Kriegswirtschaft und als technisch-ökonomische Voraussetzung für den Wiederaufbau in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach dem Zweiten

8 Siehe dazu Volker Wellhöner: „Wirtschaftswunder – Weltmarkt – westdeutscher Fordismus, Münster 1996.

9 Karl-Heinz Hillmann: Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1994, S.230f.

10 Siehe Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/Main-New York 1984, S.219f.

Weltkrieg bereits vor.¹¹ In der Regel wurden diese, wie zum Beispiel das Fließbandssystem und die standardisierte Fertigung, an die neuen gesellschaftlichen Bedingungen angepasst und fortgeführt. Andere hingegen wurden als typisch kapitalistisch abgelehnt und zurückgewiesen¹² und durch planwirtschaftliche Elemente ersetzt.

Die sich seit 1952, mit dem Beginn des Aufbaus des Sozialismus,¹³ etablierende neue Produktionsweise lehnte sich in nicht geringem Maße an das fordistische Produktionsmodell an. Offensichtlich stimmte dieses Modell von seiner Anlage her in vielen Facetten durchaus mit den Vorstellungen einer zentralistischen Planwirtschaft überein, sodass es für deren Ausgestaltung genutzt werden konnte. Dies galt in mehrfacher Hinsicht, sowohl für die Produktionsorganisation und die technisch bestimmten Arbeitsabläufe als auch für die Entlohnung nach dem Leistungsprinzip, die Leistungsstimulierung und die Arbeitsmotivation. Vereinfacht ausgedrückt sollte in der sozialistischen Planwirtschaft die gesamte Volkswirtschaft „wie ein ‚fordistisch‘ organisiertes, hierarchisch und arbeitsteilig strukturiertes Großunternehmen“ gesteuert und geleitet werden. In diesem Sinne diente die *Planwirtschaftsidee*, die Vorstellung eines entwickelten Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, „als Folie zur Reinterpretation des Fordismus“ und umgekehrt, der Fordismus „als Folie der Reinterpretation der Planwirtschaftsidee“.¹⁴

Die Konsequenz war die Ausgestaltung der Planwirtschaft als *zentralistische Steuerung der Wirtschaft* durch die Partei und den Staat, ihr Ausbau als ein zentral gelenktes und bürokratisch gesteuertes System.¹⁵ Als theoretische Grundlage dafür dienten die Leninschen Grundsätze der Planwirtschaft sowie die Prinzipien der Einheit von Politik und Ökonomie, des demokratischen Zentralismus und des

11 Zum Beispiel die Fließbandfertigung, die inner- und zwischenbetriebliche Arbeitsteilung und -organisation, die Montage vorgefertigter Bauteile, die hohe und durchgängige Spezialisierung, die Anwendung differenzierter Normen, die Akkordarbeit, das Prämiensystem usw.

12 Dies betrifft insbesondere die Trennung von Hand- und Kopfarbeit sowie bestimmte Managementmethoden, wofür in der kritischen Auseinandersetzung der Terminus „Taylorismus“ Verwendung fand.

13 Die 2. Parteikonferenz der SED (1.-12. Juli 1952) hatte den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus beschlossen. Damit galt die Phase der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung als abgeschlossen.

14 Rainer Land: Fordismus plus Planwirtschaft. Das gescheiterte Projekt einer staatssozialistischen Wirtschaftsentwicklung, in: Brie/Böhlke, Rußland, S.49-59, hier S.52.

15 Lenin begründete die Diktatur und den Zentralismus damit, dass die „maschinelle Großindustrie“ als „die materielle, die produktive Quelle und das Fundament des Sozialismus“ die „unbedingte und strengste *Einheit des Willens* erfordert, der die gemeinsame Arbeit von Hunderten, Tausenden und Zehntausenden Menschen leitet“. (W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht [1918], in: Werke: Bd. 27, Berlin 1978, S.225-268, hier S.259). Diese Position entspricht gleichermaßen dem planwirtschaftlichen Modell wie dem fordistischen Typ der Organisation der kapitalistischen Produktion.

Vorrangs der gesellschaftlichen Erfordernisse gegenüber den persönlichen und kollektiven Interessen. Diese Prinzipien dienten „von vornherein zur Durchsetzung des Führungsanspruchs der Partei auf allen Gebieten der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und zur Konzentration der Entscheidungsmacht im zentralen Partei- und Staatsapparat“.¹⁶ Ihre Umsetzung bedeutete die Zentralisierung aller wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse in einer Steuerungszentrale, die als Staatsorgan figurierte (Staatliche Plankommission). Die *Planwirtschaft*, die Leitung und Planung der Volkswirtschaft, der Wirtschaft wie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche, wurde zum Verfassungsgrundsatz.¹⁷ Dem entsprechend wurden alle wirtschaftlichen Ziele und Vorgaben in einem *Plan*, welchem Gesetzeskraft verliehen wurde, erfasst. Ein *Instrumentarium* zur Plandurchführung und umfassenden Kontrolle wurde geschaffen, das von den Kennziffern der materiellen Planung und den volkswirtschaftlichen Bilanzen bis hin zu den Finanzinstrumenten Kredit und Zins des als Staatsbanksystem organisierten Bank- und Kreditwesens reichte.¹⁸

Die DDR entwickelte sich somit als ein planwirtschaftlich organisiertes Gesellschaftssystem auf der Grundlage einer fordistischen Ökonomie. Trotz marktwirtschaftlicher Reformversuche zwischen 1963 und 1970 und dieser und jener Veränderung im Laufe der Zeit blieben die Grundkonturen der zentralistischen Planwirtschaft, ihre grundlegenden Funktionsprinzipien und ihre Funktionsweise bis 1990 erhalten.

Gleiches gilt für die Art und Weise der industriellen Produktion als fordistische Produktionsweise. Das fordistische Wirtschaftsmodell bildet auch die Erklärungsgrundlage dafür, warum sich die wirtschaftliche Entwicklung der DDR in bemerkenswerter Parallelität zur Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik vollzog. Dies betrifft die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Zyklizität des Konjunkturverlaufs und die wellenförmigen Veränderungen im Konsum, aber auch die wirtschafts- und sozialpolitische Strategie, welche in beiden Ländern darauf abzielte, „wirtschaftliches Wachstum in soziale Verbesse-

16 Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus, Hamburg 2007, S.25.

17 Bereits in der ersten Verfassung der DDR (Art. 21) war die zentrale Rolle der Planung für die gesellschaftliche Entwicklung herausgestellt worden. In der Neufassung von 1968 schließlich wurde die „Planung der Volkswirtschaft sowie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche“ zum „Grundsatz“ der Verfassung erklärt (Art. 9). Siehe Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1974, Berlin 1976.

18 Siehe Herbert Wolf: Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. I., Bonn-Berlin, S.149-170; Günter Krause (Hrsg.): Rechtliche Wirtschaftskontrolle in der Planökonomie. Das Beispiel DDR, Baden-Baden 2002; Jörg Thieme: Notenbank und Währung in der DDR, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark, München 1998, S.609-653.

rungen und einen breiter verteilten Wohlstand umzumünzen“¹⁹. Weniger parallel und übereinstimmend jedoch verliefen die Bewältigung der fordistischen Krise Mitte der 1970er-Jahre und die Meisterung der Herausforderungen des sich daran anschließenden gesellschaftlichen Umbruchs, woran die DDR bekanntlich scheiterte.

2. Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftswachstum

Der mitteldeutsche Raum war während und unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs „die am weitesten industrialisierte Zone Deutschlands“.²⁰ Und das nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch qualitativ, da hier vor allem die neuen Industrien (Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemie, Elektroindustrie, Feinmechanik/Optik, Konsumgüterfertigung usw.) konzentriert waren. Die Wirtschaftsstruktur wies jedoch erhebliche Ungleichgewichte und Defizite auf, welche eine hohe Abhängigkeit der Industrie von innerdeutschen Zulieferungen sowie von Importen aus dem Ausland nach sich zogen. Der Krieg hinterließ hier aber auch große Zerstörungen.²¹ Betroffen hiervon waren vor allem Wohnbauten und Einrichtungen der Infrastruktur, weniger jedoch die Industrie. Schätzungen besagen, dass das Bruttoanlagevermögen der Industrie 1945 in Westdeutschland das Vorkriegsniveau von 1936 um 20 Prozent überstieg, in Ostdeutschland sogar um 28 Prozent.²² Die Kriegszerstörungen und Abschreibungen waren also geringer als die Zuwächse an Industriepotenzial, welche – aus strategischen Gründen – in den Kriegsjahren bis zuletzt gerade auch in Mittel- und Ostdeutschland vorgenommen worden waren. Die Ausgangssituation sollte sich bald darauf jedoch erheblich verändern. Der Grund hierfür waren vor allem die Demontagen industrieller und infrastruktureller Anlagen in der SBZ. Diese hatten zur Folge, dass sich das 1944 vorhandene industrielle Anlagevermögen bis 1948 „um fast ein Drittel“ reduzierte. Einschließlich der Kriegsschäden und unter Berücksichtigung der Abschreibungen sanken die industriellen Kapazitäten der SBZ bis 1948 „auf die Hälfte des Stands von 1936“.²³ In den Westzonen dagegen übertraf der Bestand des Anlagevermögens 1948 den Stand von 1936 bereits um rund elf Prozent. Als weitere Belastung kamen im Osten die enormen Reparationsleistungen hinzu, welche anfangs fast die Hälfte des Brutto sozialprodukts der SBZ und zu Beginn der 1950er-Jahre noch immer ein Siebentel der Wirt-

19 Jörg Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990, Leipzig 2006, S.28.

20 Werner Abelshäuser: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bonn 2005, S.113.

21 Siehe Horst Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979; Lothar Baar/Dietmar Petzina (Hrsg.): Deutsch-deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990, St. Katharinen 1999.

22 Siehe Roesler, Momente, S.38 sowie Abelshäuser, Wirtschaftsgeschichte, S.71f.

23 Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993, S.89; siehe auch Lothar Baar/Rainer Karlsch/Werner Matschke: Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen, Berlin 1993.

schaftsleistung der DDR ausmachten. Die Reparationen wurden bis 1953 vollumfänglich an die UdSSR geleistet.²⁴

Die Beuteentnahmen, Demontagen und laufenden Reparationen bedeuteten für die SBZ bzw. die DDR den systematischen Entzug von Mitteln für den Wiederaufbau und zwar in erheblichem Umfang. Die wirtschaftlichen Start- und Rekonstruktionsbedingungen gestalteten sich dadurch im Osten Deutschlands *sehr viel ungünstiger* als im Westen. Die Reparationsleistungen hatten zur Folge, dass die Rekonstruktion der Wirtschaft hier „erst sieben bis zehn Jahre später“²⁵ abgeschlossen werden konnte als in der Bundesrepublik.

Dieser Wettbewerbsnachteil in der Startphase der DDR konnte in der Folgezeit *nie wieder* ausgeglichen werden, obwohl die wirtschaftliche Dynamik der DDR bis Mitte der 1980er-Jahre insgesamt größer war als die der Bundesrepublik (siehe Tabelle 1 und 2). So erreichte das Bruttosozialprodukt pro Kopf in der DDR erst 1955/56 wieder das Vorkriegsniveau von 1936. Der private Verbrauch lag selbst 1958 noch um zwölf Prozent niedriger als in der Vorkriegszeit. Das ostdeutsche Pro-Kopf-Produkt betrug während der gesamten 1950er-Jahre nicht mehr als zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Entsprechend gering war das allgemeine Lebensniveau.²⁶

Trotzdem erlebte die DDR während der 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahre eine bemerkenswerte Prosperität mit hohen Wachstumsraten, überproportionalen Produktivitätszuwächsen und beeindruckenden Modernisierungsgewinnen auf fast allen Gebieten.²⁷ Das Wirtschaftswachstum lag nur in wenigen Jahren unter dem der Bundesrepublik, zumeist jedoch mit diesem etwa gleichauf. Ebenso das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Der Anteil der DDR am gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich von 11,2 Prozent im Jahr 1970 auf 13,3 Prozent 1985, um dann bis 1989 auf 12,9 Prozent zurückzugehen. Im gleichen Zeitraum sank der Bevölkerungsanteil nur geringfügig, von 22,0 Prozent auf 21,1 Prozent, so dass auch das BIP pro Kopf einen relativen Anstieg verzeichnete.²⁸

24 Siehe Karlsch, *Allein bezahlt?*, S.234.

25 Ebenda, S.240.

26 Siehe André Steiner: *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007, S.114.

27 So betrug der jährliche Zuwachs der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Kopf der Bevölkerung) 1951 über 25 Prozent, 1952 bis 1955 durchschnittlich 10 Prozent und 1956 bis 1960 im Durchschnitt 7,5 Prozent. In den Jahren 1961 bis 1989 lag er zwischen 2,5 und 6,5 Prozent, zumeist aber oberhalb der 4-Prozent-Marke, zuletzt jedoch signifikant darunter, bei 2,5 Prozent (siehe Steiner, *Von Plan zu Plan*, S.327).

28 Siehe Gerhard Heske: *Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000* (=Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 17), Köln 2005, S.91f., 96. Die Gesamtergebnisse der VGR-Rückrechnung seit 1950 finden sich in: ders.: *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR 1950 bis 1989* (Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts) – Daten, Methoden und Vergleiche (=Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 21), Köln 2009 (im Erscheinen).

Tabelle 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie des BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen in der DDR und der BRD (1950 = 100)

Jahr	BIP		BIP je Einwohner		BIP je Erwerbstätigen	
	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD
1950	100	100	100	100	100	100
1955	151	156	155	150	149	137
1960	196	219	209	198	193	175
1965	237	283	256	236	233	216
1970	303	342	327	279	289	266
1975	368	383	401	306	341	301
1980	440	450	483	361	387	339
1985	514	477	568	386	440	357

Quelle: Gerhard Heske: Zur Leistungsentwicklung der DDR bis 1989 im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Vortrag am 18.4.2009 in Leipzig, Anhang.

Grundlage dieser Entwicklung war ganz überwiegend die *Industrie*. Neben dem Aufbau einer eigenen Grundstoffindustrie waren es vor allem die Sektoren Schwermaschinenbau, allgemeiner Maschinenbau, Fahrzeugbau, Metallwaren, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und Bekleidung, welche durch Investitionen gestärkt wurden.

Tabelle 2: Wirtschaftswachstum DDR und BRD 1970 bis 1989, verschiedene Indizes in Prozent

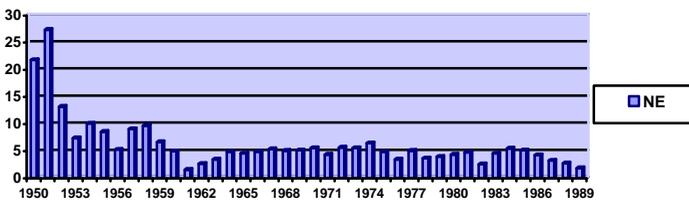
Jahr	DDR			BRD	Deutschland
	BIP (EUR 95)	Im Inland verwendetes National- einkommen	Produzier- tes National- einkommen	BIP (EUR 95)	BIP (EUR 95)
1970	100	100	100	100	100
1975	110	127	130	112	113
1980	145	152	159	131	133
1985	170	161	199	139	143
1989	184	186	225	156	159
Durchschnittliche Veränderungsrate	3,3	3,3	4,4	2,5	2,6

Quelle: Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000 (= Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 17), Köln 2005, S.51, 72, 88, 92. (EUR = zu Euro-Preisen des Jahres 1995)

Insgesamt gesehen verlief die Wirtschaftsentwicklung in den 1950er-Jahren *extensiv*, das heißt das Wachstum wurde überwiegend durch einen steigenden Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital erzielt. Dies änderte sich im Verlaufe der 1960er-Jahre, als im Zuge der Wirtschaftsreformen des *Neuen Ökonomischen*

Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) und des *Ökonomischen Systems des Sozialismus* (ÖSS) Innovationen und Rationalisierungsmaßnahmen im Wirtschaftsprozess eine größere Rolle spielten. Indem die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Effektivitätszuwachs immer mehr zu ausschlaggebenden Faktoren der Wirtschaftsentwicklung wurden, vollzog sich der Übergang zum intensiven Wachstumstyp.²⁹ Dieser Wandlungsprozess war von dem Versuch getragen, die Vorteile der Massenfertigung, der *economies of scale*, effektiver zu nutzen, indem die Möglichkeiten einer standardisierten Großproduktion direkt mit den Methoden der Planwirtschaft verbunden wurden. Dies galt nicht nur für die Automobilindustrie, wozu dies bestätigende komparative Untersuchungen für die Bundesrepublik und die DDR vorliegen,³⁰ sondern gleichermaßen für den Schiffbau, den Waggonbau, die chemische Industrie, den Maschinenbau, Teile der Konsumgüterindustrie und später auch für den Industrie- und Wohnungsbau.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum in der DDR 1950-1989 (jährliche Veränderungsrate des Nationaleinkommens in Prozent, Preisbasis 1985)



Quelle: Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990, S.14; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Statistische Übersichten zur Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Band SBZ/DDR. Verfasser André Steiner unter Mitarbeit von Matthias Judt und Thomas Reichel, Bonn 2006, Tab. 0.3.1.

Das Lenkungs- und Steuerungssystem der Planwirtschaft bot für die fordistische Produktionsweise nicht nur betriebswirtschaftlich und technologisch, sondern gerade auch von der volkswirtschaftlichen Seite her günstige Bedingungen. Der Einsatz moderner Rechentechnik und die Nutzung kybernetischer Modelle seit den 1960er-Jahren verbesserten diese noch. Die Standardisierung war in der

²⁹ Im Selbstverständnis der DDR-Ökonomie galt der Übergang vom extensiven zum intensiven Reproduktionstyp in den 1970er-Jahren als vollzogen. Seitdem wurde von der „umfassenden Intensivierung“ gesprochen. Hierunter verstand man einen Prozess „sich stetig wiederholenden Wirksamachen(s) von Produktionspotentialen, deren qualitativ wissenschaftliche technische Erneuerung zum ausschlaggebenden Faktor für einen langfristigen Produktivitäts- und Effektivitätszuwachs in allen Bereichen des ökonomischen Kreislaufs wird“. (Wolfgang Heinrichs /Hrsg./: Umfassende Intensivierung und Reproduktionstheorie. Berlin 1987, S.66).

³⁰ Siehe Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S.370-378.

DDR stark ausgeprägt. Die Fertigungstiefe und vertikale Integration der Produktion galten selbst für fordistische Maßstäbe als übertrieben.

Nachteilig wirkte jedoch, dass der Binnenmarkt der DDR zu klein war, um die Skaleneffekte optimal nutzen zu können. Der RGW-Markt erwies sich hierfür nur bedingt als geeignet, da die internationale Arbeitsteilung unzureichend entwickelt und der Niveauunterschied zwischen den Mitgliedstaaten sehr groß war. Über zentrale Fragen der Spezialisierung und Kooperation sowie über Export- und Importvolumina und -strukturen entschieden vor allem politische Absprachen und weniger ökonomische Kalküle. Die Konsequenz war, dass die DDR mit rund 17 Millionen Einwohnern ein ähnlich umfangreiches Sortiment an Industrieprodukten erzeugen musste wie die Bundesrepublik mit 60 Millionen Einwohnern. Schon dadurch konnten die Vorzüge der fordistischen Großproduktion in der DDR-Wirtschaft nicht voll zum Tragen kommen. Ähnliches gilt für den Massenkonsum als einem weiteren Kettenglied der fordistischen Produktionsweise. In der DDR fehlte es hierfür nicht nur an Konsumenten, sondern auch an Kaufkraft. Und im RGW gab es hierfür überhaupt keine adäquaten Bedingungen.

Die wichtigsten Kriterien, woran sich unter intensiven Reproduktionsbedingungen in der DDR trotz bestimmter Einschränkungen fordistische Merkmale festmachen lassen, sind:

- a) Ein hoher Industrialisierungsgrad³¹ sowie eine anhaltend hohe Industriedichte und -quote;³²
- b) eine Wirtschaftsstruktur, in welcher durch Großtechnologien und hoch mechanisierte bzw. automatisierte Arbeitsabläufe gekennzeichnete Branchen dominierten;
- c) eine entsprechende Arbeitskräfte- und Erwerbstätigenstruktur sowie ein stabiles Erwerbsverhalten;
- d) eine arbeitsteilig-fordistische betriebliche und überbetriebliche Organisation der Produktion;
- e) ein hohes Maß an Standardisierung und eine große Fertigungstiefe der Produktion;

31 Der Anteil der Industrie (ohne Bau) an der Gesamtzahl der Beschäftigten lag 1949 in der DDR bei 27,2 Prozent, stieg dann bis 1960 auf 36 Prozent, 1980 waren es 38 Prozent und zuletzt, 1989, 37,3 Prozent (Statistisches Amt, Statistisches Jahrbuch 1990, S.125).

32 Unter Industriedichte versteht man die Zahl der in der Industrie Beschäftigten je 100 Quadratkilometer. 1937 betrug dieser Wert in Ostdeutschland 288 gegenüber 276 in Westdeutschland. 1989 waren es in der DDR 294. Auch die Industriequote, welche die Anzahl der in der Industrie Beschäftigten je 1.000 Einwohner ausweist, lag 1936 im Osten mit 204 höher als im Westen, wo sie 170 betrug. 1989 lag diese Quote in der DDR bei 194, in der BRD bezogen auf das produzierende Gewerbe bei 141, bezogen auf das verarbeitende Gewerbe bei 133 (siehe Roesler, Momente, S.37; Statistisches Amt, Statistisches Jahrbuch 1990, S.187; Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.237, Statistisches Bundesamt /StatBA/ /Hrsg./: Statistisches Jahrbuch 2006, Wiesbaden 2006, S.34).

- f) überbetriebliche und zunehmend internationale Spezialisierung und Arbeitsteilung als wesentliche Komponente der *economies of scale*;
- g) Rationalisierung und Kostensenkung als ständige Motivation der Technikentwicklung und der Produktionsorganisation;
- h) ein auf dem Leistungsprinzip basierendes Lohnsystem, worin Akkordarbeit, Leistungslohn und Erfolgsprämien eine zentrale Rolle spielten;
- i) ein angestrebter bzw. auch faktisch enger Zusammenhang von Arbeitsproduktivitäts- und Einkommensentwicklung auf individueller, betrieblicher und volkswirtschaftlicher Ebene und
- j) ein privater Massenkonsum als Stütze und Realisierungsbedingung der Massenproduktion.

Alle diese Charakteristika trafen auf die DDR-Wirtschaft zu, wenn auch in spezifischer Form, unterschiedlich starker Ausprägung und nicht immer vergleichbar mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik. So betrug zum Beispiel der Anteil der Industrie und des produzierenden Handwerks am Nettoprodukt der DDR 1970 56,4 Prozent. 1989 waren es 64,9 Prozent.³³ Rechnet man die Bauwirtschaft hinzu, so waren es 64 bzw. 72,1 Prozent. Umgerechnet nach der Methode der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) lassen sich die Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt wie folgt bestimmen:

Tabelle 3: Anteile der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche an der Volkswirtschaft insgesamt für die DDR und in Klammern für die BRD 1950 bis 1989 in Prozent

Jahr	Land- und Forstw., Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Bau	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens-DL	Öffentliche und private DL
1950	6,5 (3,3)	25,1 (30,6)	8,6 (10,5)	13,3 (17,6)	46,6 (38,2)	
1955	4,9 (2,5)	29,4 (34,5)	9,8 (12,3)	17,0 (16,5)	38,9 (34,2)	
1960	4,3 (2,1)	33,1 (36,8)	12,6 (11,3)	13,2 (17,3)	36,9 (32,5)	
1965	3,8 (1,6)	33,9 (36,5)	12,8 (11,5)	12,1 (17,2)	37,5 (33,3)	
1970	3,3 (1,5)	35,6 (36,8)	14,3 (9,50)	12,5 (16,9)	6,8 (16,1)	27,4 (19,2)
1975	2,8 (1,4)	35,4 (33,7)	13,4 (8,30)	12,9 (16,4)	6,7 (18,4)	28,8 (21,8)
1980	2,4 (1,3)	35,8 (32,8)	12,3 (7,90)	13,2 (16,8)	7,2 (20,4)	29,2 (20,9)
1985	2,6 (1,3)	36,2 (31,8)	12,6 (6,60)	12,9 (16,5)	6,4 (22,5)	29,2 (21,4)
1989	2,1 (1,2)	36,3 (30,7)	13,0 (6,30)	13,4 (16,7)	6,7 (24,5)	28,5 (20,6)

Quelle: Heske, Bruttoinlandsprodukt 2005, S.54f.; Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

Wie aus vorstehender Tabelle ersichtlich ist, überwog in der DDR seit den 1960er-Jahren die Industrie (Produzierendes und Baugewerbe) mit einem Anteil

³³ Statistisches Jahrbuch 1990, S.104.

an der Bruttowertschöpfung von rund 50 Prozent, wobei diese Größen im Zeitverlauf eine bemerkenswerte Konstanz aufweisen. In der Bundesrepublik dagegen betrug der Anteil des produzierenden Gewerbes einschließlich des Baugewerbes bis 1970 über 45 Prozent, reduzierte sich dann bis 1989 aber auf 37,0 Prozent. Demgegenüber lag der Anteil des Bereichs Finanzierung, Vermietung usw. in der DDR erheblich niedriger als in der Bundesrepublik, was sich aus der untergeordneten Bedeutung des Kredit- und Versicherungsgewerbes und der Subventionierung der Wohnungswirtschaft erklärt. Der hohe Anteil der Dienstleistungen in der DDR betrifft die öffentlichen Leistungen und ist vor allem auf die Konzentration der Bildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheit, Sozialfürsorge usw. beim Staat zurückzuführen. Besonders in Bezug auf die Dienstleistungsbereiche fällt der strukturelle Unterschied zwischen beiden Wirtschaftsordnungen auf, ebenso die geringe Veränderlichkeit der DDR-Struktur, ihre Beibehaltung über Jahrzehnte hinweg, während die westdeutschen Strukturen stärker einem Wandel unterworfen waren.

Für ein spezifisch fordistisches Produktionsregime in der DDR sprechen auch der hohe Bedarf, die beschränkte Verfügbarkeit und folglich der ständige Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in der Industrie. Dieser Aspekt gewann zunehmend an Bedeutung, da das „Humankapital“ unter den gegebenen Bedingungen immer mehr „zum Schlüssel“ für das Wirtschaftswachstum wurde. Zu Beginn der 1950er-Jahre hatten beide deutsche Staaten noch in gleichem Umfang über diesen „Schlüssel“ verfügt. Gegen Ende des Jahrzehnts ging der DDR jedoch die Reserve an Arbeitskräften aus, während die Bundesrepublik infolge der innerdeutschen Wanderung ihre Reserve noch aufstocken konnte. Zwischen 1951 und August 1961 hatten 2,6 Millionen Menschen die DDR in Richtung Westen verlassen. Die meisten von ihnen waren qualifizierte Facharbeiter. Dies bedeutete einen weiteren gravierenden Nachteil für die DDR im innerdeutschen Wettbewerb³⁴ und ein unlösbares Problem für den Arbeitskräftebedarf der Industrie. Die DDR versuchte dieses Problem durch die Schließung der Grenzen 1961³⁵ und die Rekrutierung von zuvor in der Landwirtschaft und in anderen Wirtschaftsbereichen Beschäftigten für die Industrie zu lösen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch die Mobilisierung der „stillen Reserve“, insbesondere in Gestalt nicht- oder nur teilzeitberufstätiger Frauen. Beides schlug sich in der Statistik entsprechend nieder: So stieg die Zahl der Berufstätigen in der Industrie ständig, von 2,1 Millionen 1950 auf 3,0 Millio-

34 „Der Ost-West-Transfer von Humankapital in Höhe von jährlich 2,6 Mrd. DM [...] übertraf das Ausmaß der Marshallplanhilfe bei weitem.“ (Werner Abelshauer: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Frankfurt/Main 1983, S.96f.)

35 Durch die Schließung der Grenzen stabilisierte sich die Arbeitskräftesituation in der DDR wesentlich. Für die westdeutsche Industrie dagegen hatte das Ausbleiben des Zustroms qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR zur Folge, dass nunmehr Arbeitskräfte im Ausland angeworben werden mussten, sogenannte Gastarbeiter.

nen 1975. Danach ging sie im Gegensatz zur Bundesrepublik aber nicht zurück, sondern nahm weiter zu, bis auf 3,2 Millionen im Jahr 1989.³⁶ Der Anteil der in der Industrie Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten erhöhte sich von 27,2 Prozent im Jahr 1949 auf 36,0 Prozent 1960. 1989 waren es 37,3 Prozent. Der Anteil der Frauen an den Berufstätigen insgesamt wuchs von 40,0 Prozent im Jahre 1950 bis auf 50,1 Prozent 1978. 1989 betrug er 48,9 Prozent. Die Erwerbstätigenquote der Frauen stieg von 82 Prozent im Jahre 1970 auf 91 Prozent 1989. In der Industrie lag der Anteil der weiblichen Beschäftigten zuletzt bei 40,9 Prozent.³⁷

Was es in der DDR dagegen nur ansatzweise gab, war der typisch „fordistische Lohnkompromiss“, also die Kopplung der Lohn- und Einkommensentwicklung an den Produktivitätsfortschritt. Anfangs blieben die Löhne teilweise hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Die Wirtschaft sollte sich zunächst nachhaltig positiv entwickeln, bevor den Werktätigen über Lohnzuwächse ein höherer Lebensstandard gewährt wurde. Eine wichtige Rolle spielte dabei die staatliche Preispolitik, welche durch planmäßige Preissenkungen Reallohnsteigerungen bewirkte.³⁸ Nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 und dem Verzicht des Staates, die Normen an die Produktivitätsentwicklung anzupassen, gab es zumindest zeitweise so etwas wie einen „negativen“ Lohnkompromiss, indem die Arbeiter ihre Leistungen an das niedrige Lohnniveau anpassten. Während der Reformphase in den 1960er-Jahren wurde versucht, mittels differenzierter individueller und kollektiver materieller Anreize die Produktivitätsentwicklung zu forcieren. Dies wurde in den 1970er-Jahren mit der Einführung veränderter, stärker leistungsbezogener Lohnmodelle fortgesetzt, niemals aber wirklich konsequent zu Ende geführt. Zudem stieß diese Strategie immer wieder an Grenzen, da die Konsumgüterproduktion nicht ausreichte, um die marktseitige Realisierung der steigenden Löhne zu gewährleisten.

Da es zu keinem Zeitpunkt gelang, das theoretisch begründete und politisch allseits propagierte Leistungsprinzip konsequent in der Praxis umzusetzen und zur Grundlage der Lohn- und Einkommenspolitik zu machen, blieb eine der Hauptquellen der fordistischen Leistungsmotivation und -steigerung in der DDR faktisch ungenutzt. Gleiches gilt für den Massenkonsum und die Massenproduktion von Konsumgütern. Um dem allgegenwärtigen Mangel auf diesem Gebiet

36 Siehe Statistisches Jahrbuch 1990, S.19.

37 Siehe ebenda, S.125, 130. Diese Relationen finden auch in der Umrechnung auf VGR-Basis ihre Bestätigung: So blieb der Anteil des Produzierenden Gewerbes an den Erwerbstätigen insgesamt zwischen 1970 und 1989 mit 48,4 Prozent bzw. 45,8 Prozent nahezu konstant und unterschied sich nicht wesentlich von dem Wert für die BRD 1970 (46,5 Prozent). 1989 betrug dieser Anteil in der BRD jedoch nur noch 36,8 Prozent (siehe Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.64).

38 Siehe Jennifer Schevardo: Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“. Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: André Steiner (Hrsg.): Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S.87-128.

zu begegnen, wurden zahlreiche Initiativen zur Erhöhung der Produktion von Konsumgütern gestartet, selbst in Betrieben, die auf die Herstellung von Produktionsgütern spezialisiert waren. Obwohl die bestehenden Probleme damit letztlich nicht gelöst wurden, ist doch eine beachtliche Zunahme des Konsumtionsniveaus während der späten 1960er- und der 1970er-Jahre zu konstatieren. So erhöhte sich zwischen 1965 und 1980 die Ausstattung der privaten Haushalte mit Pkw um 365 Prozent. Bei Kühlschränken betrug die Zunahme 320 Prozent, bei Waschmaschinen 205 Prozent und bei Fernsehempfängern 96 Prozent.

Ähnliches gilt für die Ebene der Wirtschaftseinheiten, der Betriebe und Kombinate. Hier wurde 1963 mit dem NÖSPL zwar ein marktsozialistisches Reformprojekt in Angriff genommen,³⁹ dieses aber nicht konsequent zu Ende geführt. Gerade in Bezug auf die Eigenverantwortung und wirtschaftliche Selbstständigkeit der Betriebe blieb das Projekt bereits in seinen Anfängen stecken. Nach 1968 („Prager Frühling“) geriet es politisch gänzlich in Misskredit. 1970 wurde das Reformprojekt abgebrochen, und seit 1971 war eine Renaissance des Zentralismus im Planungs- und Leitungssystem der DDR zu konstatieren. Dies hatte weitreichende Konsequenzen, denn damit wurde das fordistische Produktionsmodell, das weltweit bereits zu erodieren begann, in der DDR konserviert und damit der Weg für zukunftsfähige Lösungen verbaut. Statt über einen Umbau des Wirtschaftsmechanismus die Voraussetzungen für den Übergang zu einem neuen Produktionsregime zu schaffen, wurde über die „Vervollkommnung“ des Planungsmechanismus und die Mobilisierung von Reserven das alte Modell faktisch nur wieder neu aufgelegt. Verbunden wurde dieses nun jedoch mit einer stärkeren Orientierung auf die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung und die Anhebung des Lebensniveaus.

So kam mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als wirtschaftspolitischer Maxime der 1970er- und 1980er-Jahre, wenn auch rudimentär und verspätet, das Grundprinzip der fordistischen Lohnregulation faktisch doch noch zum Tragen. Allerdings war der Wirkungsmechanismus auf den Kopf gestellt, denn weniger die wirtschaftliche Dynamik bildete die Voraussetzung für steigende Einkommen und einen steigenden Lebensstandard, sondern die Verbesserung der Lebensbedingungen sollte bewirken, dass die Leistungen und die Produktivität anstiegen. Damit verbunden waren die Ausdehnung der Konsumgüterproduktion und der verstärkte Import von Konsumartikeln. Wurde während der 1960er-Jahre noch stark auf gesellschaftliche/kollektive Lösungen beim Konsum gesetzt, so wandelte sich dies jetzt und machte einer individualistisch geprägten Konsumstruktur Platz. Sehr deutlich spiegelt sich dies im veränderten Ausstattungsbestand der privaten Haushalte mit Konsumgütern wider.

39 Siehe Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963-1970, Berlin 1990; André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.

Tabelle 4: Ausstattung der privaten Haushalte der DDR mit langlebigen technischen Konsumgütern (Bestand je 100 Haushalte)

	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1989
Pkw	0,2	3,2	8,2	15,6	26,2	38,1	57,1
Motorräder/-roller	10,8	12,7	16,5	19,4	19,5	18,4	18,4
Kühlschränke	0,4	6,1	25,9	56,4	84,4	108,8	167,4
Waschmaschinen	0,5	6,2	27,7	53,6	73,0	84,4	110,2
Fernsehempfänger	1,2	18,5	53,7	73,6	87,9	105,0	129,3
Farbfernsehempfänger				0,2	2,5	16,8	58,2

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1990, S.325.

Diese Politik brachte kurzfristig zwar Wohlfahrtseffekte, und es erhöhte sich, wenn auch in geringerem Maße als erwartet, die Produktivität. Langfristig jedoch erwies sich die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ als Sackgasse und endete schließlich in wirtschaftlicher Stagnation, Substanzverzehr und Staatsverschuldung.

Im Verzicht auf Reformen liegt eine gewisse Tragik des staatssozialistischen Entwicklungsmodells: Der Staatssozialismus war ein politisches, wirtschaftliches und ideologisches Gesellschaftskonstrukt einer nachholenden Modernisierung und der industriellen Moderne. Er war damit – ökonomisch gesehen – eine spezifische Variante des Fordismus. Im Fokus standen die industrielle Produktion und das ökonomische Wachstum, nicht aber der Konsum, die Dienstleistungen, die Kapitaleffizienz, die Umwelterhaltung und eine nachhaltige, Ressourcen schonende Entwicklung. Der wirtschaftliche Erfolg dieses Modells zeigte sich in einer hohen wirtschaftlichen Dynamik während der 1950er- und 1960er-Jahre, als die Effekte der *economies of scale* planwirtschaftlich maximiert werden konnten. Mit der weltweit beginnenden Erosion des fordistischen Produktionsregimes Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre jedoch brach auch im Staatssozialismus die Krise aus. Dies machte sich zuerst in den Wachstumsraten bemerkbar: Die Dynamik der Produktion ließ sichtlich nach. Aufgrund der ungenügenden Effizienz der Produktion stiegen die Kosten für den Ressourceneinsatz rasch an, die Produktivitätsentwicklung dagegen erlahmte zusehends. Um dem wirksam zu begegnen, wurde Ende der 1960er-Jahre eine Wachstums- und Technologieoffensive gestartet, die gewaltige volkswirtschaftliche Disproportionen und Versorgungsengpässe mit sich brachte. Die Politik der „Hauptaufgabe“ und der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ab 1971 sollten dies korrigieren, führten aber letztlich zu noch größeren volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten. Und dies nicht nur zwischen materiellen und finanziellen Prozessen, sondern nun auch zwischen Produktion und Konsumtion sowie in der Außenwirtschaft.

Um die milliardenschweren Konsumausgaben und Sozialprogramme zu finanzieren, wurden die Investitionen im Produktionsbereich zurückgefahren⁴⁰ und im Ausland Kredite aufgenommen.⁴¹ Zudem stiegen seit Mitte der 1970er-Jahre die Rohstoffpreise spürbar an, wodurch sich mit einiger Verzögerung auch für die DDR die *Terms of Trade* nachhaltig verschlechterten.⁴²

Während der 1980er-Jahre gelang es der DDR nicht, die Wachstumsschwäche, die Außenhandelsprobleme, die Leistungsbilanzdefizite und die Auslandsverschuldung in den Griff zu bekommen. In den letzten Jahren schließlich eskalierten die ungelösten Probleme in einer Art „finalen Krise“⁴³, für die es im Rahmen der Planwirtschaft keine Lösung mehr gab.⁴⁴

3. Konjunkturzyklus und Krisen

Vollzieht sich die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit der Währungsreform 1948 in periodischen Zyklen – bisher sieben –, deren Anfang und Ende jeweils durch einen Tiefpunkt der wirtschaftlichen Dynamik (1958, 1967, 1975, 1982, 1993, 2003 und 2009/10) markiert wird,⁴⁵ so lässt sich ein derartiges Muster konjunktureller Entwicklung für die DDR nicht feststellen. Die Planwirtschaft der DDR funktionierte ohne das „Auf“ und „Ab“ des für kapitalistische Industriegesellschaften typischen Konjunktur- bzw. Krisenzyklus. Gleichwohl gab es aber auch in der DDR Investitionszyklen und Schwankungen im Wirtschaftsverlauf, wechselten Phasen höherer Prosperität mit Phasen geringeren Wachstums. Die Entwicklung folgte im Zeitverlauf dem allgemeinen Trend einer allmählichen Abschwächung der ökonomischen Dynamik.⁴⁶

So lagen die Zuwachsraten des Nationaleinkommens (NE) bzw. des Bruttoinlandsprodukts in den 1950er-Jahren sehr viel höher als in den darauf folgenden Jahrzehnten. Die Volatilität der wirtschaftlichen Entwicklung war dann, insbe-

40 Der Anteil der produktiv verwendeten Nettoinvestitionen an der Wertschöpfung sank von 17 Prozent 1969/70 auf knapp 10 Prozent 1982. Dafür flossen mehr Mittel in den konsumtiven Bereich, insbesondere in den Wohnungsbau.

41 1970 betrug die Verschuldung der DDR im nichtsozialistischen Ausland zwei Mrd. Valutamark (VM). Bis 1980 erhöhte sich der Schuldenstand auf 23,6 Mrd. VM. 1982 wurde mit 25,1 VM der Höchststand erreicht (Siehe Steiner, Von Plan zu Plan, S.221).

42 Die Prinzipien der Preisbildung im RGW hatten zur Folge, dass sich der Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise für die DDR verzögert auswirkte. So blieb der erste Ölpreisschock zunächst ohne Folgen, von 1974 an jedoch bekam ihn auch die DDR zu spüren. Zudem gab es seitens der Sowjetunion Liefereinschränkungen.

43 Steiner, Von Plan zu Plan, S. 252.

44 Siehe Karl Mai: Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft (=Diskurs – Streit-schriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, H. 29), Leipzig 2008.

45 Der siebente Zyklus ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Der Tiefpunkt und damit der Beginn des neuen Zyklus wird voraussichtlich im Jahr 2010 liegen.

46 Siehe Albrecht Ritschl: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1995) 2, S.11-46.

sondere zwischen 1963 und 1987, in der DDR aber deutlich geringer als in der Bundesrepublik. Für den Gesamtzeitraum liegen für die DDR und die BRD inzwischen vergleichbare Berechnungen vor. Diese weisen in beiden Volkswirtschaften eine sich kontinuierlich verringemde Dynamik aus: Im Zeitraum 1951 bis 1955 betrug die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des BIP in der DDR noch 8,5 Prozent, in der BRD waren es sogar 9,3 Prozent. 1956 bis 1960 waren es in der DDR 6,8 Prozent und in der BRD 7,0 Prozent. 1981 bis 1985 waren es in der DDR noch 3,1 Prozent, in der BRD nur 1,2 Prozent. Insgesamt lag die durchschnittliche Wachstumsrate in der DDR mit 4,5 Prozent geringfügig über der Wachstumsrate in der BRD, wo sie 4,3 Prozent betrug.⁴⁷

Tabelle 5: Durchschnittliche Wachstumsraten des produzierten und verwendeten Nationaleinkommens und BIP der DDR sowie des BIP der BRD 1950-1989 in Prozent

Zeitraum	produziertes NE ¹	verwendetes NE ¹	BIP DDR	Maximum	BIP BRD
1950-1955	17,7	12,9	8,5	13,1 (1951)	9,3
1956-1960	7,2	9,2	6,8	6,0 (1959)	7,0
1961-1965	3,8	3,0	3,5	5,6 (1964)	5,3
1966-1970	5,2	5,9	5,0	5,6 (1970)	3,9
1971-1975	5,4	4,9	4,0	5,4 (1972)	2,3
1976-1980	4,1	3,7	3,6	6,4 (1976)	3,3
1981-1985	4,5	1,2	3,1	4,5 (1984)	1,2
1986-1989	3,1	3,8	2,1	2,8 (1988)	2,9

1) Nationaleinkommen in Preisen von 1985.

Quelle: BMAS, Statistische Übersichten, Tab. 0.3.1. und 0.3.4.; Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

Auf den wirtschaftlichen Verlauf in der DDR hatten verschiedene Determinanten Einfluss: *Erstens* der Reproduktions- und Akkumulationsprozess der Grundfonds bzw. des fixen Kapitals, auch wenn dieser planmäßig gesteuert wurde und sich im Rahmen politischer Planvorgaben vollzog. *Zweitens* die über den innerdeutschen Handel bewirkte faktische partielle Integration der DDR in den (kapitalistischen) Weltmarkt. *Drittens* die Integration der DDR in den RGW-Markt. Und *viertens* systemimmanente Vorgänge und Entscheidungsabläufe, die in bestimmtem Maße zu einem DDR-spezifischen, politisch motivierten „Krisenzyklus“ führten. Inwieweit die Tiefpunkte wirtschaftlicher Dynamik in der DDR konjunkturtheoretisch als „Krisen“ anzusehen und damit einer endogenen Erklärung zugänglich sind, muss hier offen bleiben. Eine größere Rolle spielten möglicherweise exogene Faktoren, worauf Jörg Roesler hingewiesen hat.⁴⁸

47 Siehe Heske, Bruttoinlandsprodukt, S. 52; ders., Leistungsentwicklung.

48 Siehe Jörg Roesler: Jedes Mal existenzgefährdend? Zur Charakteristik der fünf Wirtschaftskrisen, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick, Berlin 2007, S.155-175.

Betrachtet man die Entwicklungsverläufe in der Bundesrepublik und in der DDR für die Konjunkturzyklen I bis V⁴⁹ im Vergleich, so fällt auf, dass diese sich nicht gänzlich unähnlich sind. Übereinstimmungen gibt es sowohl im *Trend* der im Zeitverlauf geringer werdenden Wachstumsraten als auch im *Verlauf*, zumindest partiell, was die Höhepunkte und die Tiefpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung anbetrifft.⁵⁰ So verzeichnete die DDR in den Jahren 1951/52 und 1954/55, 1957 bis 1960, 1964 bis 1970, 1972/73, 1976, 1980/81 und 1984/85 besonders hohe Wachstumsraten. Diese Phasen waren größtenteils auch Boomphasen im westdeutschen Konjunkturverlauf. Phasen unterproportionalen Wachstums dagegen bildeten die Jahre 1953, 1956, 1961 bis 1963, 1971, 1974, 1982/83, 1986 und 1989. Diese Daten markieren häufig, mitunter zeitlich etwas verschoben, zugleich auch Tiefpunkte im Konjunkturzyklus der westdeutschen Wirtschaft (siehe Abb. 2).

Es gibt aber auch Abweichungen in den Wirtschaftsverläufen. Derartige Ausnahmen bildeten die Krise 1961/62, welche nur in der DDR auftrat, und die westdeutsche Wirtschaftskrise von 1967, für die es in der DDR kein Pendant gab. Zur krisenhaften Zuspitzung der Lage 1961 kam es in der DDR infolge des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren: Zum einen hatte sich das „Rekonstruktionspotenzial“ der Nachkriegsperiode erschöpft.⁵¹ Andererseits bot das Wirtschaftskonzept der SED keine hinreichenden Möglichkeiten für ein hohes Wirtschaftswachstum mehr. Eine Reform des Wirtschaftsmechanismus war angesagt. Drittens trugen der Lieferboykott der Bundesrepublik,⁵² die Massenabwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und die Kollektivierung in der Landwirtschaft dazu bei, die Situation zu verschärfen. Überwunden wurde die Krise zum einen durch die Schließung der Grenzen im August 1961, wodurch die Fluchtbewegung gestoppt wurde, zum anderen durch die Wirtschaftsreform mit der Einführung des NÖSPL 1963.

49 Für die Bundesrepublik wird für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur deutschen Vereinigung von fünf Konjunkturzyklen (Juglarzyklen) ausgegangen: I (1950-1958), II (1959-1967), III (1968-1975), IV (1976-1982), V (1983-1990 [1993]). Die Vereinigung fiel in die Endphase des fünften Zyklus, wodurch die Krise um etwa zwei Jahre hinausgeschoben wurde.

50 Für die Bundesrepublik lässt sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik mit den preisbereinigten Zuwachsraten des BIP abbilden. Für die DDR ist dies nur bedingt möglich. Deshalb wird hilfsweise auch auf die Entwicklung des Nationaleinkommens (gemäß MPS = Material Product System, siehe dazu Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.22-50) zurückgegriffen. Auch wenn das Nationaleinkommen kategorial und methodisch nicht mit dem BIP vergleichbar ist, so ist die Dynamik beider Größen doch sehr ähnlich, was einen derartigen eingeschränkten Vergleich möglich macht.

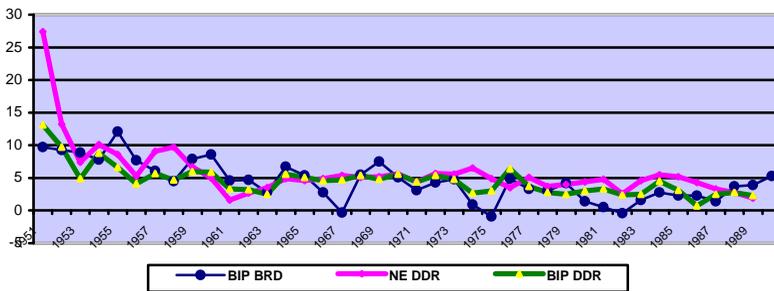
51 Siehe Roesler, Momente, S.104.

52 Die Bundesrepublik hatte 1960 das Berliner Abkommen, welches den innerdeutschen Warenaustausch regelte, vorsorglich gekündigt, was die DDR zur „Störfreimachung“ ihrer Wirtschaft und zu weiteren Gegenmaßnahmen zwang.

Die Probleme 1970/71 dagegen waren strukturpolitischen Ursprungs. Mit einem ehrgeizigen, wirtschaftlich aber völlig überzogenen Investitionsprogramm wollte die DDR den Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution begegnen. Die einseitige Konzentration der Investitionen auf die Fortschrittsindustrien bei Vernachlässigung der Zulieferzweige und der Konsumgüterproduktion führte zu nicht mehr zu bewältigenden Disproportionen in der Volkswirtschaft und letztlich zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums. Die Schwächephase konnte 1972 wieder überwunden werden, 1976 aber kam es erneut zu Problemen, jetzt vor allem außenwirtschaftlich bedingt.

Eine „große“ Krise, wie sie die Bundesrepublik Mitte der 1970er-Jahre durchmachte, erfasste die DDR aber nicht. Deshalb bedurfte es zum damaligen Zeitpunkt in den Augen der Verantwortlichen auch keiner Korrektur der wirtschaftspolitischen Strategie. Die Probleme schienen auf herkömmliche Weise lösbar. Einige Lösungen wurden schlichtweg in die Zukunft verschoben.

Abbildung 2: Jährliche Veränderungen des BIP und des NE 1951 bis 1990 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2006; Statistisches Jahrbuch 1990, S.14; BMAS, Statistische Übersichten, Tab. 0.3.1.; Heske, Bruttoinlandsprodukt, S.52, 92; Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

Die DDR verschuldete sich zunehmend im westlichen Ausland⁵³ und war immer weniger in der Lage, eigene Potenziale für Innovation und Wachstum zu generieren. Schließlich reichten Wachstum und Exporterlöse nicht mehr aus, um den außenwirtschaftlichen Verpflichtungen und dem wachsenden Bedarf im Inland

53 Die Nettoverbindlichkeiten der DDR gegenüber westlichen Banken waren in den 1970er-Jahren von 8.863 Mio. VM (1975) auf 11.571 Mio. VM angestiegen. 1981 beliefen sie sich auf 23.134 Mio VM, 1982 auf 25.146 Mio. VM. Dies war der höchste Schuldenstand der DDR im Verlauf ihrer Geschichte. Bis Mitte der 1980er-Jahre gelang es, diesen um rund 10.000 Mio VM zu reduzieren. Ende 1989 betrug die Nettoverschuldung im Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) 19,9 Mrd. VM (siehe Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. Frankfurt/Main 1999, S. 59).

nachzukommen. Als westliche Banken der DDR 1981 keine weiteren Kredite mehr gewähren wollten, brach eine *Zahlungsbilanz- und Kreditkrise* aus. Überwunden wurde sie vor allem durch eine restriktive Import- und expansive Exportpolitik. Dank der außerordentlichen Bemühungen im Außenhandel und bei der Devisenbeschaffung gelang es der DDR, binnen weniger Jahre die Verschuldung im westlichen Ausland um 40 Prozent zu reduzieren und damit auf den Weltfinanzmärkten wieder kreditfähig zu sein. Genützt hat dies aber wenig. Während die Devisensituation vorübergehend stabilisiert werden konnte, steuerte die Produktion auf ein weiteres „Tief“ zu.

Beredetes Zeugnis für die zunehmende Ausweglosigkeit der Lage ist das „Schürer-Papier“ vom 24. Oktober 1989,⁵⁴ worin als Lösungsvorschlag „eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR, verbunden mit einer Wirtschaftsreform“ angeführt wird. Dafür war es jedoch im Herbst 1989 schon viel zu spät. Die unmittelbare Ursache für den schließlich erfolgten „Zusammenbruch“ der DDR war freilich nicht die desolote wirtschaftliche Situation. Auch nicht die Auslandsverschuldung und die akute Wirtschaftskrise des Jahres 1989/90. Vielmehr fehlte der Parteiführung und der Regierung inzwischen das Vertrauen der Bevölkerung, die Probleme noch in den Griff zu bekommen und die DDR in eine sichere Zukunft zu führen. Dadurch ging die Wirtschaftskrise „über das Stadium der substantiellen Gefährdung des Fortbestands des wirtschaftlichen und politischen Systems hinaus und erreichte den Punkt, der eine weitere Existenz der DDR unmöglich machte“.⁵⁵ Der Beitritt zur Bundesrepublik wurde unausweichlich. Mit diesem Schritt wurde aber nicht nur das Ende der DDR als Staat besiegelt, sondern zugleich auch das Ende eines Gesellschaftssystems, was grundsätzliche Fragen nach den Ursachen des Versagens des Staatssozialismus aufwirft.⁵⁶

4. Fazit

Vernachlässigt man die Besonderheiten der Planwirtschaft in der DDR und richtet den Blick allein auf die fundamentalen wirtschaftlichen Abläufe, ihre periodischen Schwankungen und allgemeinen Trends, so lassen sich zwischen der DDR und der Bundesrepublik durchaus Parallelen feststellen. Dies gilt insbesondere für die 1970er-Jahre. André Steiner spricht deshalb mit Bezug auf die Krise Mitte der 1970er-Jahre in der BRD, welche die DDR erst gegen Ende des Jahrzehnts ereilte, von einer „systemübergreifenden Krise europäischer Indust-

54 Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, in: Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2000, S.287-304.

55 Roesler, Jedes Mal existenzgefährdend?, S.167.

56 Siehe dazu Steinitz, Das Scheitern, S.60-64.

riegesellschaften“⁵⁷ die beide deutschen Staaten auf verschiedene Weise zu bewältigen versuchten. Für die DDR galten dabei einige Besonderheiten:

Erstens machte sich die Krise hier mit einiger Verzögerung bemerkbar. Bildete in der Bundesrepublik das Jahr 1975 mit einem Wirtschaftsrückgang um 0,9 Prozent den Tiefpunkt der Rezession, so trat eine ähnliche Zuspitzung in der DDR erst gegen Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre ein. In diesen Jahren verringerte sich das Wachstum des BIP dramatisch, von durchschnittlich 4,3 Prozent 1976/78 auf weniger als 2,7 Prozent 1979/83.⁵⁸ Die zeitliche Verschiebung erklärt sich aus dem Planungsmechanismus, speziell aus der Preisgestaltung im RGW, welche implizierte, dass sich die Verteuerung der Rohstoffe auf dem Weltmarkt zeitlich verzögert und weniger explosiv bemerkbar machte. Deshalb hatte der erste Ölpreisschock auf die Importaufwendungen der DDR zunächst nur geringe Auswirkungen. Nach 1975 setzte die Sowjetunion als größter Rohstofflieferant allerdings eine Veränderung des Preisbildungsmechanismus durch, was zur Folge hatte, dass der Anstieg der Weltmarktpreise auch auf die DDR durchschlug. Ähnlich verhielt sich dies mit der Krise des Weltfinanzsystems. Auch hiervon blieb die DDR aufgrund ihrer Binnenwährung und der Einbindung in den RGW zunächst verschont. Über die engen Handelsbeziehungen mit der Bundesrepublik und die Kredite, welche sie zur Finanzierung ihrer Investitions- und Sozialprogramme im Westen aufgenommen hatte, bekam sie die steigenden Zinsen, veränderten Wechselkurse und Turbulenzen auf den Finanzmärkten schließlich aber doch zu spüren: Die Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre trat hier schließlich „als *Verschuldungskrise*“⁵⁹ in Erscheinung. Sie zwang die DDR Anfang der 1980er-Jahre, ihren seit 1971 verfolgten Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in wesentlichen Punkten zu korrigieren.

Zweitens: In der DDR war die wirtschaftliche Entwicklung durch einen weniger volatilen Verlauf, dafür aber durch einen allmählichen, sich selbst verstärkenden Verlust an Dynamik und Innovationskraft sowie eine zunehmende Tendenz zur Stagnation charakterisiert. Die wirtschaftliche Krise war begleitet von Erscheinungen politischer Verkrustung, kultureller Lethargie und ideologischer Inflexibilität.⁶⁰

Drittens mündete die unbewältigte Strukturkrise schließlich in eine nicht mehr lösbare Systemkrise. Steiner zufolge war das der Beginn der „finalen Krise“, welche 1989/90 das Ende der DDR und des Staatssozialismus in Europa bewirkte.⁶¹

57 André Steiner: Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er Jahren, in: Zeithistorische Forschungen, Potsdam (2006) 3, S.342-362, hier S.361.

58 Eigene Berechnungen nach Heske, Leistungsentwicklung, Anhang.

59 Roesler, Jedes Mal existenzgefährdend, S.167.

60 Am Anfang dieser Entwicklung und damit die wirtschaftliche Krise faktisch vorwegnehmend stand die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann 1976.

61 Steiner, Bundesrepublik und DDR, S.361.

Diese drei Besonderheiten der Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre in der DDR – ihr verzögerter Eintritt, ihr unspektakulärer Verlauf und schließlich ihre Nichtbewältigung – unterschieden sie von der Strukturkrise in der Bundesrepublik. Essenziell handelte es sich aber bei beiden Krisen um eine durchaus ähnliche Grundkonstellation, welche durch einen fundamentalen *Umbruch* der Produktionsvoraussetzungen und der gesamten Produktions- und Lebensweise gekennzeichnet war: Das Rekonstruktions- und Aufholpotenzial, das während der Nachkriegsentwicklung in beiden Volkswirtschaften das schnelle Wirtschaftswachstum getragen hatte, war nunmehr erschöpft. Die Skaleneffekte, welche die fordistische Wirtschaftsdynamik während der 1960er- und frühen 1970er-Jahre begründet hatten, ließen sichtlich nach. Durch die Erhöhung der Kapitalintensität sank die Grenzproduktivität des Kapitals. Damit verringerte sich die Möglichkeit, über die Akkumulation zusätzlichen Kapitals wirtschaftliches Wachstum zu generieren.

Zudem kam es in dieser Zeit zu einer Abkehr von der Massenproduktion und vom Massenkonsum und stattdessen zur zunehmenden Diversifizierung und Flexibilisierung der Fertigung und zur individuell differenzierten Ausrichtung des Konsums und der Lebensweise. In der Bundesrepublik fand die Deagrarisierung der Wirtschaft ihren Abschluss, durch die Ausdehnung des Dienstleistungssektors und dessen Symbiose mit der Industrie erfolgte deren Tertiarisierung. Das waren Prozesse, die in der DDR über die ersten Anfänge kaum hinausgekommen sind.

Die „große“ Krise der 1970er-Jahre machte deutlich, dass die fordistische Produktionsweise binnen- wie außenwirtschaftlich ihre Grenzen erreicht hatte. Das machte den Umbau der Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft erforderlich, der in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre in Gang kam. Nicht so in der DDR. Hier wurde versucht, die Krise durch aktionistische Einsparungen bei bestimmten Ressourcen, durch eine ökonomisch ruinöse Exportstrategie und durch drastische Kürzungen bei den Erhaltungsinvestitionen zu bewältigen. Dem entsprach eine „Vervollkommnung“ des Apparats der Planwirtschaft unter Vermeidung der notwendigen Reformen. Ferner fand dies seinen Niederschlag in einer Sklerose der politischen Strukturen und Machtverhältnisse, im Rückgang des politischen Engagements der Bürger und einer zunehmenden Lähmung des öffentlichen Lebens.

Die Folge war, dass die Verhältnisse erodierten und sich der ökonomisch notwendige politische und strukturelle Wandel 1990 als *Systembruch* durchsetzte. Der Preis dafür war nicht nur das Scheitern des Staatssozialismus und der Existenzverlust der DDR, sondern auch eine weitgehende Entwertung des Anlagekapitals, das heißt des Volksvermögens der DDR.⁶²

Vergleicht man die Aufschwungsphasen und die Abschwungphasen bzw. Krisen in der Bundesrepublik und in der DDR miteinander, so fällt auf, dass die Paralle-

62 Siehe hierzu Wenzel, Was war die DDR wert?, S.171-176 sowie Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfersgesellschaft, Berlin 2002, S.68-93.

lität der Wirtschaftsverläufe mit der Zeit zunahm. Möglicherweise ist dies ein Hinweis auf die gewachsene Außenhandelsintensität und Abhängigkeit der DDR vom westlichen Markt. Es zeigt sich aber auch, dass die Krisenbewältigung unterschiedlich erfolgreich verlief.

Während es der Bundesrepublik seit der „großen“ Krise der 1970er-Jahre, wenn auch seit 1982 mit den Mitteln einer konservativen Wende, im Großen und Ganzen gelang, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen den neuen ökonomischen Herausforderungen anzupassen, scheiterte die DDR zunehmend an diesen Herausforderungen. Insofern sind die letzten anderthalb Jahrzehnte der DDR die Jahre ihres Niedergangs. Für das Scheitern der DDR lassen sich verschiedene Gründe anführen, innen- und außenpolitische, wirtschaftliche, finanzielle usw. In der hier gewählten Sicht lässt sich dieses Scheitern vor allem auf die *Nichtbewältigung des Umbruchs*, des Übergangs von der fordistischen zur nachfordistischen Produktionsweise, zurückführen. Historisch weiter zurückgreifend, muss die ungenügende Beherrschung des fordistischen Produktions- und Sozialmodells durch die Planwirtschaft diagnostiziert werden.

Konsequenz der Entwicklung im Osten Deutschlands ist der *doppelte* Umbruch, der sich seit 1990 hier vollzieht:⁶³ die Ablösung der staatssozialistischen Planwirtschaft durch die Markt- und Geldwirtschaft bei *gleichzeitigem* Übergang vom fordistischen Produktions- und Sozialmodell des Rheinischen Kapitalismus zum globalen Finanzmarktkapitalismus mit seinen wirtschaftlichen Herausforderungen und sozialen Verwerfungen.

63 Zum doppelten Umbruch in Ostdeutschland siehe Rainer Land: Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: Berliner Debatte Initial, 14 (2003) H. 6, S.76-95; Ulrich Busch/Rainer Land (Hrsg.): Die Lage in Ostdeutschland, in: ebenda, 17 (2006) H. 5, S.3-96.

Die Nationale Volksarmee der DDR in der friedlichen Revolution im Herbst 1989

Horst Klein

Der 20. Jahrestag der Ereignisse von 1989/90 und des begonnenen Aufbruchs in die deutsche Einheit weckt nicht nur Erinnerungen an den historischen Umbruch am Ende des vorigen Jahrhunderts, das durch Weltkriege, Nazi-Diktatur, Holocaust, aber auch von einem hoffnungsvollen Kampf für eine bessere Welt geprägt war. In zahlreichen Selbstzeugnissen bzw. Biografien von Politikern und Militärs der ehemals zwei deutschen Staaten ist das Glücksgefühl über das hier zu besprechende seltene historische Phänomen einer friedlichen Revolution¹ reflektiert.² Mit dem Rückblick auf einen politisch wirklich stürmischen Herbst im Jahr 1989, der aufgrund seines friedlichen und demokratischen Charakters ohnegleichen in der deutschen Geschichte ist, drängt sich die Frage auf, welche Ursachen, Zusammenhänge und Triebkräfte in diesem historischen Geschehen wirkten. Diesbezüglich schrieb die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereits 2007 ein Forschungsprojekt aus, das geeignet sein soll, „*das gesamtdeutsche Bewusstsein für die epochale historische Bedeutung der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiederherstellung der deutschen Einheit zu stärken*“.³

Nun ist allerdings zu erwarten, dass mit den Forschungsergebnissen vor allem die Rolle der DDR-Sicherheitskräfte einseitig und ideologisch verkürzt dargestellt wird. Bereits im Sommer 2007 wurden ein erneut aufgefundener Schießbefehl für Sonderkommandos der DDR-Staatssicherheit sowie der bekannte und seit langem auch für politische und juristische Zwecke thematisierte „Schießbefehl“ für die Grenztruppen der DDR sehr tendenziös ins Licht gesetzt. Dass Sonderkommandos der Staatssicherheit – wie als Möglichkeit unterstellt wurde –

1 Der in die Geschichtsschreibung eingegangene Begriff der Revolution für die Charakterisierung der DDR-Endzeit 1989/90 ist problematisch; hier ist eine differenziertere Sicht angeraten. Zur Genesis des Revolutionsbegriff gehören stets nicht nur die Sprengung der bisherigen sozialen Strukturen und Verhältnisse, sondern auch primär die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung. Historisch gesehen trifft das mit dem Beitritt zur BRD 1990 und die so vollzogene Wiederherstellung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht zu. Hier geht es dem Autor allerdings nicht um den Revolutionsbegriff, sondern ausschließlich um den *demokratischen und friedlichen Charakter* des vom Volk besiegelten Zusammenbruchs des politischen Systems der DDR und um die vom Volk angestrebte Einheit Deutschlands.

2 Siehe beispielsweise Horst Teltschik: 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991; Rainer Eppelmann: Wendewege. Briefe an die Familie, Bonn-Berlin 1992.

3 Informationsblatt der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Förderschwerpunkt „Friedliche Revolution und deutsche Einheit“. Ausschreibung der Stiftung für die Förderjahre 2008-2010, 1 Bl.

auf Frauen und Kinder geschossen hätten, konnte freilich nicht nachgewiesen werden.

Die Armee der DDR und ihre Grenztruppen bedürfen einer vom MfS zunächst abgehobenen Betrachtung. Und da lässt sich für die Krisensituation im Herbst 1989, als zweifellos die Gefahr eines Bürgerkrieges und auch einer militärischen Ost-West-Konfrontation bestand, nur sagen: die NVA blieb eine nationale Volksarmee, niemand richtete die Waffen gegen das Volk.

Zur Friedenssicherung gab es keine Alternative

Die Nationale Volksarmee der DDR hatte nur eine äußere Funktion. Mit dem über die Jahrzehnte politisch und moralisch verinnerlichten Selbstverständnis der DDR-Soldaten als Angehörige einer Armee des Volkes war eine *innere Funktion nicht vereinbar*. Die Streitkräfte waren auf solch einen Einsatz, der bis 1962 noch als ein Einsatz gegen von außen unterstützte konterrevolutionäre Kräfte für möglich gehalten wurde, auch nicht vorbereitet. Im Unterschied zu anderen Armeen (etwa der Sowjetarmee) beinhaltete der Verfassungsauftrag, den man durchaus als Klassenauftrag sah, *ausschließlich eine äußere Funktion*. Außen – das war freilich auch der andere deutsche Staat – die Bundesrepublik.

In der Verfassung der DDR bzw. im Verteidigungsgesetz war im Unterschied zu anderen Staaten kein „Ausnahmезustand“ bzw. „Staatsnotstand“ vorgesehen. Die DDR-Verfassung (Artikel 7.2) und das politisch-moralische Selbstverständnis der NVA als Armee des Volkes verboten absolut jede Art von militärischem Einsatz im Inneren.

Dass die auf allen Gebieten hochmoderne Armee politisch und militärisch nach innen kaum handlungsfähig war, wusste 1989 die damalige DDR-Führung um Egon Krenz. Dennoch schlug sie ein mehrmaliges Hilfsangebot des Oberbefehlshabers der Westgruppe der Sowjetarmee, Armeegeneral Snetkow, entschieden aus. Sie – die Führung der DDR – war sich dessen bewusst, dass ein militärisches Vorgehen zu einer Eskalation des Konfliktes hätte führen können. Das Wissen um die reale Gefahr eines militärischen Ost-West-Konfliktes sowie dessen Folgen für die gesamte Menschheit schärfte ihr Verantwortungsbewusstsein. Auf die Wahrnehmung der Problemsituation durch hohe Militärs machte der vormalige Lehrstuhlleiter an der Militärakademie „Friedrich Engels“ Wolfgang Scheler⁴ aufmerksam. Er sprach zu Recht von einer regelrechten Sinnkrise des Militärs als geistiger Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution. Die tiefere Ursache dieser Sinnkrise des Militärs habe „in der revolutionierenden Veränderung des Verhältnisses von Politik und militärischer Gewalt im Atomzeitalter“ gelegen. „Sie war eher systemneutral. Dem geistigen

4 Wolfgang Scheler war von 1974 bis 1990 Leiter des Lehrstuhls Philosophie an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden und ungeachtet aller politischen Schwierigkeiten mit seinem Wissenschaftlerteam um ein neues wehrpolitisches und ethisches Denken in den DDR-Streitkräften bemüht.

Bruch, den die politische Revolution auslöste, waren also schon Brüche im Selbstverständnis des Soldaten vorausgegangen. [...] Die im Kalten Krieg geschaffenen Vernichtungsmittel hatten das Wesen des Krieges und das Wesen der Welt verändert. Etwas Unerhörtes war zu Bewusstsein gekommen: Der Mensch hatte die Fähigkeit erlangt, sich als Art auszulöschen, seinem Dasein, seiner Geschichte ein Ende zu machen. Krieg und Frieden waren gleichbedeutend geworden mit dem Sein oder Nichtsein der Menschenwelt. [...] Nun aber war Verteidigung im Krieg nicht mehr möglich, Verteidigung reduzierte sich auf Friedensbewahrung.⁵

Scheler thematisierte Erkenntnisprobleme bei der allmählichen Entwicklung eines Neuen Denkens. Er verwies auf Einsichten, die Politiker und Soldaten auf beiden sich gegenüber stehenden Seiten gewannen und die 1987 im östlichen Militärbündnis zu einer neuen Militärdoktrin führten. Allmählich sei es dann gelungen, die Wehrmotivation „nicht mehr aus einem möglichen Krieg, sondern aus dem notwendigen Frieden herzuleiten“.⁶ Das Wesen der neuen Friedenskonzeption habe nunmehr nicht in einem Abschreckungsfrieden, sondern in einem Verständigungsfrieden bestanden. Damit habe eine „Entfeindung des Systemgegensatzes“⁷ begonnen. Der *Geist einer Sicherheitspartnerschaft* sei aufgekommen. Der zeigte sich nicht nur in beiderseitigen vertrauensbildenden Kontrollaufgaben, sondern auch in offiziellen Begegnungen von Soldaten der NVA und der Bundeswehr, die erstmals im Frühjahr 1989 in Hamburg stattfanden.

Diese Annäherung hatte zweifellos Einfluss auf den politisch-moralischen Zustand und auf das verantwortungsbewusste Verhalten der NVA-Angehörigen im Herbst 1989. Sie schlug sich nieder im Weiteren auf dem Weg in die deutsche Einheit. Unstrittig dürfte sein, dass sich vor allem der Bürgerprotest und die Massendemonstrationen auf das Denken der Soldaten auswirkten. Sie sahen diese nicht als eine konterrevolutionäre Bewegung an, sondern begriffen sie als Formen der Forderung nach einem „besseren Sozialismus“.

In den Wochen um den 40. Jahrestag der DDR wandelte sich das Massenbewusstsein im Volk. Die rasante Entwicklung in diesen Wochen gab dem Neuen Denken in den Streitkräften spürbaren Aufwind. Ein ausschlaggebender Teil der Offiziere und Generale war sich seiner Verantwortung für die friedliche Lösung der politischen Krise bewusst und handelte dementsprechend. Den notwendig zu treffenden militärischen Entscheidungen gingen selbstverständlich – wie in einer solchen, nicht kalkulierbaren Situation nicht auszuschließen war – Fragen und Konflikte im Selbstbewusstsein der Entscheidungsträger voraus.

5 Wolfgang Scheler: Die Sinnkrise des Militärs. Eine geistige Vorbedingung für das Verhalten der NVA in der demokratischen Revolution, in: Andreas Prüfert (Hrsg.): Die Nationale Volksarmee im Kalten Krieg, Bonn 1995, S.133-145, hier S.133-134.

6 Ebenda, S.136.

7 Ebenda, S.139.

Die Entscheidung für einen friedlichen Verlauf der sich immer deutlicher abzeichnenden politischen Wende erfolgte bereits Tage vor dem erzwungenen Rücktritt Erich Honeckers von all seinen Partei- und Staatsfunktionen (18. 10. 1989). Eine Gruppe um Egon Krenz, Sekretär für Sicherheitsfragen im Zentralkomitee der SED, hatte bereits einen Befehl initiiert, der als Befehl 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in der Stadt Leipzig vom 13. Oktober 1989 in die Geschichte einging. Krenz hatte ihn gemeinsam mit dem Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Generaloberst Fritz Streletz, für die Unterschrift durch Honecker vorbereitet. Der Befehl sah das grundsätzliche Verbot des Einsatzes von Schusswaffen im Zusammenhang mit Demonstrationen vor. Im Konsens mit den für die innere Sicherheit verantwortlichen Generalen des Ministeriums für Staatssicherheit und des Ministeriums des Inneren sowie dem Leiter der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees der SED suchten Krenz und Streletz gemeinsam Erich Honecker in dessen Arbeitszimmer auf und verlangten von ihm, den vorbereiteten Befehl zu unterschreiben. Als dieser sich fügte, war seitens der Regierung bzw. der DDR-Sicherheitskräfte ein friedlicher Verlauf der folgenden Ereignisse gewährleistet. (Siehe Dokument 1)⁸

Auch nach dem Sturz Honeckers setzte sich Egon Krenz in seiner neuen Eigenschaft als Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR entschieden für die friedliche und demokratische Durchsetzung einer neuen Politik ein. So veranlasste er sofort neue, rechtliche Regelungen für die Ausreise von DDR-Bürgern sowie eine Amnestie von Personen, die wegen versuchter Ausreise zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Krenz informierte Gorbatschow über die entstandene Lage in der DDR und die getroffenen Entscheidungen, mit denen der Schusswaffengebrauch auch an der Grenze im Falle des Eindringens von Demonstranten verhindert werden sollte. Nach Abwägung der komplizierten Situation stimmte dieser dem Vorgehen zu, womit im Konsens mit der sowjetischen Führung die Option der Gewaltlosigkeit eine staatlich gesicherte Chance bekam. (Dokument 2).

Es gelang, Bürgerkrieg und Krieg zu verhindern

Zum Springpunkt der Machtkrise und der Gefahr des Ausbruchs bewaffneter Gewalt wurde das von Egon Krenz initiierte und von der Regierung der DDR am 9. November 1989 beschlossene neue „Reisegesetz“. Das Gesetz entsprach dem Willen und den Forderungen der Bevölkerung der DDR. Das Mitglied des SED-Politbüros Günter Schabowski erklärte bekanntlich nur Minuten nach der betreffenden Entscheidung am Abend des 9. November 1989 auf einer Pressekonferenz die sofortige Öffnung der Grenzen und die eigentlich für den darauffolgenden Tag geltende „Reiseregelung“ als sofort wirksam. Wenig später beweg-

⁸ Siehe auch Egon Krenz: Herbst 89, Berlin 1999, S.374-379.

ten sich mehrere tausend Bürger auf die Grenze zu Westberlin zu, um diese zu passieren und ihre Freude darüber zu bekunden.

Zu diesem Zeitpunkt waren weder die Entscheidungsträger im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR (die Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chefs der Teilstreitkräfte sowie der Chef des Kommandos der Grenztruppen der DDR) noch die Soldaten an den Grenzübergangsstellen über die neue Lage informiert. Außerdem war die Grenzöffnung noch gar nicht mit der sowjetischen Staatsführung und mit dem sowjetischen Generalstab abgestimmt.

Der Auftritt Schabowskis ist in der Literatur sehr unterschiedlich bewertet worden. Theodor Hoffmann spricht in seinen Erinnerungen von einem „überlegten oder unüberlegten Staatsstreich“⁹. Mit dieser Sicht übereinstimmend schilderte Egon Krenz die Situation in jenen Tagen so: „Die gefährlichsten Daten für mögliche bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen waren der 4. sowie der 9. und 10. November. Am 1. November wurden wir aus Moskau, Warschau und vom MfS informiert, dass es übereinstimmende Erkenntnisse der Sicherheitsorgane darüber gebe, dass sich am 4. November eine große Gruppe von Demonstranten vom Alexanderplatz in Richtung Brandenburger Tor begeben will, um die Grenze nach Berlin (West) zu stürmen. Dem musste vorgebeugt werden. Die Sicherungsmaßnahmen wurden verstärkt. Gleichzeitig erließ der Vorsitzende des NVR den Befehl, dass selbst beim Eindringen von Demonstranten ins Grenzgebiet die Anwendung der Schusswaffe streng verboten ist.“ Über Schabowskis Verhalten schrieb Krenz: „Hätte es nicht den oben erwähnten Befehl des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. November 1989 und das besonnene Handeln von Angehörigen der Grenztruppen an den Berliner Grenzübergängen gegeben, hätte diese Fehlleistung katastrophale Folgen haben können.“¹⁰

Fritz Strelitz resümierte Jahre später: „Diese unverantwortliche Handlungsweise eines führenden Politikers der DDR, egal welche Zielstellung ihr zugrunde lag, hat die DDR an den *Rand eines Bürgerkrieges* gebracht. Nur dem politisch bewussten und besonnenen Verhalten und Handeln der Angehörigen der Grenztruppen in Berlin und der strengen Einhaltung des Befehls 11/89 [siehe Dokument 2 – H.K.] – kein Einsatz der Schusswaffe durch die bewaffneten Organe – ist es zu verdanken, dass es zu keiner Eskalation der Ereignisse mit schwerwiegenden, tragischen Vorkommnissen gekommen ist. Ein Schuss an der Grenze hätte eine Katastrophe, eine Kettenreaktion auslösen können.“¹¹

9 Theodor Hoffmann: Das letzte Kommando. Ein Minister erinnert sich, Berlin-Bonn Herford, 1993, S.27.

10 Egon Krenz: Widerworte. Aus Briefen und Zeugnissen 1990 bis 2005, Berlin 2006, S.73.

11 Fritz Strelitz: Die Öffnung der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und zur BRD am 9.11.1989, unveröffentlichtes Manuskript.

Inzwischen liegen mehrere Autobiografien von einst führenden Militärs der DDR vor, die sich in ihren Erinnerungen kritisch mit der brisanten Sicherheitslage im Herbst 1989 befassten und ihr Engagement für einen friedlichen Verlauf der politischen Wende überzeugend schilderten. Werner Rothe, einst Chef der Politischen Verwaltung der Landstreitkräfte, schrieb: „Ende Juli/Anfang August erhielten wir erstmals Kenntnis von der Existenz des ‚Neuen Forum‘. Uns waren die Ziele dieser Bürgerrechtler nicht bekannt.“ Als ihnen eine schriftliche Konzeption vorlag, brachte ein „Studium über das Anliegen dieser Gruppierung [...] zumindest ein Nachdenken, weil es ja bekanntlich nicht um die Liquidierung der DDR ging, sondern um eine bessere DDR. Warum sollte man nicht mit Menschen reden, die für eine bessere DDR Ideen und Vorschläge unterbreiten.“¹² Im Ministerium, so Rothe, sei es zu Demonstrationen gekommen. „Es wurde die Forderung gestellt, dass die Mitglieder und Kandidaten des ZK, die der Nationalen Volksarmee angehören, zurücktreten und entlassen werden. [...] Im Kollegium kam es zu einer mehrstündigen heftigen Aussprache mit dem Minister, in deren Ergebnis er ersucht wurde, von seiner Funktion zurückzutreten.“¹³

Horst Stechbarth, in diesen Tagen Chef der Landstreitkräfte, schilderte eine ähnliche Konfliktsituation. Am Vormittag des 10. November 1989 habe er vom Minister Heinz Keßler den Befehl erhalten, für die 1. Mot.-Schützen-Division und das Luftsturmregiment die erhöhte Gefechtsbereitschaft auszulösen, jedoch eingeschränkt auf LKW, SPW und Fußtruppen. Am darauffolgenden Tag wurde er vom Minister gefragt, ob er zwei Mot.-Schützenregimenter nach Berlin führen könne. Dagegen habe er Bedenken vorgebracht und auf unvermeidliche Zusammenstöße mit Demonstranten verwiesen. Stunden später wurde die erhöhte Gefechtsbereitschaft für die genannten Truppenteile wieder aufgehoben. Das Problem – Westberliner Demonstranten hatten provozierend die Mauer besetzt. Doch gemeinsam mit dem Westberliner Polizeipräsidenten konnte die Situation entspannt werden. Dabei ging es um die Verhinderung von Gewaltakten. Eine Option zur erneuten Schließung der Grenzübergangsstellen gab es zu keinem Zeitpunkt. Im Gegenteil: Bis Weihnachten 1989 wurden von den Grenztruppen 127 Grenzübergangsstellen zur BRD eingerichtet sowie Sperrgräben beseitigt. „Der damaligen politischen und militärischen Führung der DDR“, so Stechbarth, „[...] gebührt das Verdienst, immer solche Weisungen und Befehle erteilt zu haben, die den Einsatz von Armeeeinheiten gegen friedliche Demonstranten ausschlossen, die darüber hinaus jeglichen Schusswaffengebrauch im Inneren verboten, ausgenommen die unmittelbare Selbstverteidigung.“¹⁴

Klaus-Dieter Baumgarten, damals Chef der Grenztruppen der DDR, erinnerte sich an die gefährliche Situation am Abend des 9. November: „Eine solche Situa-

12 Werner Rothe: *Jahre im Frieden. Eine DDR-Biographie*, Berlin 1997, S.218.

13 Ebenda, S.223.

14 Horst Stechbarth: *Soldat im Osten. Erinnerungen und Erlebnisse aus fünf Jahrzehnten*, Berlin 2006, S.220.

tion war neu. Es gab keinen Befehl, wie darauf zu reagieren war. Tausende Grenzposten standen mit unterladenen Waffen in Berlin und an der Staatsgrenze West. Was würde geschehen, wenn sie angegriffen würden? Kein Blutvergießen, hämmerte es in meinem Kopf.“ Über entsprechende Lagemeldungen gewann Baumgarten seinerzeit die Gewissheit, dass die Grenzübergangsstellen ohne Befehl von oben eigenverantwortlich von den Kommandanten und ohne Zwischenfälle geöffnet worden waren. „Es fiel in jener Nacht kein Schuss, die Lage wurde gemeistert. Das sage ich“, so Baumgarten, „mit alle[m] Respekt. Ich führe das auf den hohen Ausbildungsstand, die menschliche Reife und die charakterliche Stärke der eingesetzten Grenzer zurück. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Parole von den ‚schießwütigen Grenzern‘ falsch und verlogen war, so wurde er vom 9. auf den 10. November 1989 erbracht. Schmerz und Scham befielen mich, als ich die Fernsehbilder sah. Wir hatten die Grenzer im Stich gelassen. Kein Befehl, keine Weisung, nichts, womit wir ihnen Halt oder Orientierung geboten hätten. Trotzdem war ich stolz auf meine Jungs. Sie hatten selbständig und überlegt gehandelt, besonnen, wie wir immer sagen. Nicht einer hatte durchgedreht und in völliger Verkennung der Lage das Feuer eröffnet. Meine Jungs: Sie hatten bewiesen, dass sie unseren Grundsatz verinnerlicht hatten: Das Leben der Menschen ist das höchste Gut, es ist zu achten. Die Waffe ist nie gegen das Volk zu wenden.“¹⁵

In diesem Zusammenhang rief Baumgarten eine herausragende historische Begebenheit in die Erinnerung: „Am Wochenende kam Richard von Weizsäcker, flankiert von Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper, durch einen Mauerspalt am Potsdamer Platz auf unsere Grenzer zu. Der Bundespräsident befand sich etwa zehn bis 15 Meter auf DDR-Territorium. Illegal sozusagen. Er schüttelte demonstrativ einigen Genossen die Hände und dankte ihnen für besonnenes Handeln und gute Zusammenarbeit. Kameras und Mikrofone hielten diesen Vorgang fest, als er Blumen und freundliche Worte verteilte [...] Tausende Grenzer sahen das im Fernsehen und werteten den Handschlag als Ausdruck ehrlicher Wertschätzung ihres Dienstes.“¹⁶

Mit der 1990 vollzogenen Einheit Deutschlands fand die 34-jährige Geschichte der Nationalen Volksarmee ihren Abschluss. In der deutschen Militärgeschichte ist sie – das lässt sich fern aller Ideologie sagen – ein Sonderfall. Sie war eine Armee, die niemals einen Krieg geführt hat, sie ließ sich niemals gegen die Freiheit anderer Völker und gegen den Willen des eigenen Volkes einsetzen. Egon Bahr, der als politischer Berater des letzten Ministers der DDR für Abrüstung und Verteidigung tiefere Einblicke in den Zustand der NVA gewinnen konnte, schlussfolgerte: „Zur Geschichte der NVA gehört, dass sie lange vor der Wende, wozu damals noch Mut gehörte, der politischen Führung der DDR klar machte,

15 Klaus-Dieter Baumgarten: *Erinnerungen. Autobiographie des Chefs der Grenztruppen der DDR*, Berlin 2008, S.195-196; siehe auch Hoffmann, *Das letzte Kommando*, S.27f.

16 Baumgarten, *Erinnerungen*, S.200.

dass sie sich nicht gegen das Volk einsetzen lassen würde.“¹⁷ Und Jörg Schönbohm, 1990 Kommandeur des Bundeswehr-Kommandos Ost, erinnerte sich an eine Rede Rainer Eppelmanns anlässlich einer Neuvereidigung von NVA-Soldaten, in der dieser den Offizieren der NVA dafür dankte, dass sie 1989 chinesische Verhältnisse verhindert hätten.¹⁸

Dokument 1

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK
NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT
Der Vorsitzende¹⁹

BEFEHL Nr. 9/89

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in LEIPZIG vom 13.10.1989

Zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in LEIPZIG und zur Verhinderung von Provokationen unterschiedlicher Art
BEFEHLE ICH:

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben
 - die Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG und
 - die Kreiseinsatzleitungen der Stadt LEIPZIG
 mit sofortiger Wirkung
die Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen.
2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder dieser Einsatzleitungen sind ständig durch leitende Kader zu besetzen.
3. Hauptaufgaben der Bezirksleitung sind:

17 Egon Bahr: Vorwort zu Hans-Joachim Gießmann: Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR, Baden-Baden 1992, S.7-15, hier S.10.

18 Siehe Jörg Schönbohm: Zwei Armeen und ein Vaterland, Berlin 1992, S.28.

19 Oben auf dem ersten Blatt handschriftlicher Vermerk von Egon Krenz: „Am 13.10. waren F. Streletz, W. Herger, R. Mittig, Wagner + ich in Leipzig. Nachmittags waren F. Streletz + ich bei E.H., um ihn zu bewegen, diesen Befehl zu unterschreiben. Kr.“ Fritz Streletz, Generaloberst und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates der DDR; Wolfgang Herger, Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED; Rudolf Mittig, Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit; Karl-Heinz Wagner, Stellv. des Ministers des Inneren; E.H. - Kürzel für Erich Honecker; Kr. Kürzel von Egon Krenz.

- die ständige Analyse der politischen Lage und die Festlegung der erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung auf dem Territorium der Stadt LEIPZIG,
- die Organisation einer zielgerichteten politisch-ideologischen Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und des offensiven Reagierens auf provokatorische Erscheinungen und Aktionen,
- die Aufrechterhaltung eines ununterbrochenen engen Zusammenwirkens zwischen dem Arbeitsorgan des Vorsitzenden und den Führungsorganen der Mitglieder der Bezirkseinsatzleitung,
- die Gewährleistung einer ständig operativen Informationstätigkeit von den Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke zur Bezirkseinsatzleitung,
- die Gewährleistung einer straffen Führung der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke sowie
- die Kontrolle der festgelegten Maßnahmen.

4. Der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG hat in einem Befehl

- die Herstellung der Führungsbereitschaft der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke anzuweisen,
- in Abhängigkeit von den spezifischen Bedingungen der Stadtbezirke den Kreiseinsatzleitungen entsprechende Aufgaben zu stellen und
- mit den Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen Halle, Magdeburg, Berlin, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera ein enges Zusammenwirken zu gewährleisten.

5. Der am 13.10.1989 gemeldete Entschluss des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Leipzig wird bestätigt.

Es sind alle Maßnahmen vorzusehen, um geplante Demonstrationen im Entstehen zu verhindern.

Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstranten gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. bei Gewaltanwendung gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG. Der Einsatz der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

6. In Verantwortung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten erhalten Vertreter westlicher Medien bis auf weiteres keine Einreise bzw. keine Arbeitsgenehmigung nach bzw. in LEIPZIG.

7. Meldungen an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR:

- Sofortmeldungen über schwerwiegende besondere Vorkommnisse politisch-provokativen Charakters;

- tägliche Meldungen 08.00 Uhr mit Stand 06.00 Uhr über die Gesamtlage im Verantwortungsbereich der Stadt LEIPZIG schriftlich.

8. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

Berlin, den 13.10.1989

E[rich] Honecker

Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR

Quelle: Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, Sign. 08 04 0841

Dokument 2

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

NATIONALER VERTEIDIGUNGSRAT

Der Vorsitzende

BEFEHL Nr.: 11/ 89

des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik vom 3.11. 1989

Im Zusammenhang mit der weiterbestehenden komplizierten sicherheitspolitischen Lage und zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit in den Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik sind auf der Grundlage

- meiner Ausführungen auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED und vor den Abgeordneten der Volkskammer der DDR sowie

- der Ergebnisse der Beratung mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen der SED vom 27.10.1989

die erforderlichen politisch-ideologischen, führungsmäßigen und organisatorisch-technischen Maßnahmen einzuleiten, um jederzeit und kurzfristig der sicherheitspolitischen Lage in den Bezirken der DDR allseitig Rechnung tragen zu können.

Zur Erfüllung dieser Aufgabenstellung

BEFEHLE ICH

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben

- die Bezirksleitungen und

- die Kreisleitungen

mit sofortiger Wirkung

Die erhöhte Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen.

2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder der Einsatzleitungen sind weiterhin ständig durch leitende Kader zu besetzen.

Die bisher genannten Erfahrungen sind in den Einsatzleitungen durch die jeweiligen Vorsitzenden gründlich auszuwerten und in der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

3. Die politisch-ideologische Arbeit ist darauf zu konzentrieren, bei allen Kommunisten feste politische Standpunkte herauszubilden und die Partei wieder in die politische und ideologische Offensive zu führen.

Der begonnene offene Dialog ist auf allen Ebenen weiterzuführen. Dabei ist zu sichern, dass durch sachliche und offensive Diskussionen unserer Genossen sozialismusfeindlichen Auffassungen entschieden entgegengewirkt wird.

4. Die Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen und die Vorsitzenden der Kreiseinsatzleitungen haben alle für ein offensives Reagieren auf provokatorische Aktionen vorzusehenden Handlungen vorausschauend abzustimmen und ein ununterbrochenes enges Zusammenwirken zu sichern.

Dabei sind die politische Lage in den Territorien unablässig zu analysieren sowie die erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung der Ordnung und Sicherheit festzulegen.

5. Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel gegenüber Demonstranten erfolgt nur bei Gewaltanwendung gegen eingesetzte Sicherheitskräfte bzw. Objekte auf Befehl der Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen.

6. Durch die Bezirkseinsatzleitungen der Grenzbezirke sind die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen, damit Demonstranten nicht in das Grenzgebiet eindringen.

Im Falle eines solchen Eindringens sind die Demonstranten durch Anwendung körperlicher Gewalt und geeigneter Mittel daran zu hindern, dass es zu Grenzdurchbrüchen kommt.

In besonders gefährdeten Abschnitten sind zusätzlich zu den eingesetzten Grenzposten Diensthundeführer einzusetzen.

7. Die Anwendung der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

8. Meldungen an den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates sind zu erstatten:

- bei Gefährdung der staatlichen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit
- bei schwerwiegenden besonderen Vorkommnissen bzw. Zusammenstößen.

9. Kurzgefasste Lageinformationen sind durch den

- Vorsitzenden des Ministerrates
- Minister für Nationale Verteidigung
- Minister für Staatssicherheit
- Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei sowie durch das
- Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genossen Horst Dohlus, an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates täglich bis 08.00 Uhr mit Stand 02.00 Uhr vorzulegen.

10. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

11. Die Befehle Nr. 8/89 und 9/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR werden aufgehoben.

Berlin, den 3.11.1989

Egon Krenz

Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik

Quelle: Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, Sign. 08 04 0841

Biografisches

Arthur Stadthagen (1857-1917) – der erste sozialdemokratische Jurist im Deutschen Reichstag.

Annäherung an einen beinahe vergessenen Sozialisten

Holger Czitrich-Stahl

1. Ein Puzzle aus tausend Teilen – Bemerkungen zur Forschungs- und Quellenlage

Arthur Stadthagen zählte zu den wohl prominentesten und erfahrensten Reichstagsabgeordneten der deutschen Sozialdemokratie im wilhelminischen Kaiserreich. Seit seinem Wahlsieg 1890 bis zu seinem Tod 1917 verteidigte er stets unangefochten das Reichstagsmandat für den Wahlkreis Potsdam 6/Niederbarnim. Nicht zuletzt resultiert seine Bedeutung aus dem Umstand, dass er bis 1897 als einziger Jurist in der Reichstagsfraktion der SPD wirkte. Somit sind alle fachlichen Beiträge der Sozialdemokratie des Reiches in diesen Legislaturperioden des Parlamentes ohne sein Zutun nicht denkbar, beispielsweise bei der langwierigen Erarbeitung des „Bürgerlichen Gesetzbuches“, das am 18. August 1896 beschlossen wurde und am 1. Januar 1900 in Kraft trat.

Und so kommt auch Ernest Hamburger, der sich sonst durchaus sehr kritisch zu Stadthagen äußerte, zu folgendem Resümee: „Die Beratung und Annahme des Bürgerlichen Gesetzbuches fiel in die Zeit, in der Stadthagen die Monopolstellung als Jurist der Fraktion innehatte. Die Mitwirkung daran war seine parlamentarische Hauptleistung.“¹ Ergänzend hebt er hervor: „Sein Wirken als juristischer Fachmann hat Stadthagen manche Anerkennung gebracht, aber auch viel Verantwortung und Last aufgebürdet. Verfassungsrecht, Arbeitsrecht, Jugenderziehung und Jugendgerichtswesen, Sozialpolitik und Arbeiterversicherung waren seine wichtigsten Arbeitsgebiete. Er sprach alljährlich zum Etat der Justizverwaltung.“²

Arthur Stadthagen schrieb in doppeltem Sinne deutsche Rechtsgeschichte, denn neben seiner Mitarbeit an dem Epochenprojekt des Bürgerlichen Gesetzbuches verfasste er zwei Klassiker der Rechtslehre: sein erstmals 1895 herausgegebenes Werk „Das Arbeiterrecht“ und den 1900 erschienenen „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“.

Bedenkt man, dass Stadthagen in seinem Wahlkreis seit 1890 als eine „sichere Bank“ für die Sozialdemokratie galt, weil sein Stimmenvorsprung vor der Konkurrenz ständig anwuchs, und vergegenwärtigt man sich seine Bedeutung für die

1 Ernest Hamburger: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918, Tübingen 1968, S.482.

2 Ebenda, S.480f.

Rechtspolitik der deutschen Arbeiterbewegung und ihrer politischen Partei, der SPD im Kaiserreich, so stößt man schnell auf den Widerspruch zwischen seiner damaligen Bedeutung und seinem geringen heutigen Bekanntheitsgrad. Fast kann man die Feststellung treffen, dass Arthur Stadthagen so gut wie vergessen ist. Das gilt für seine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit unserer Gegenwart in Gestalt etwa von Straßennamen oder anderer Formen der öffentlichen Erinnerung, nicht minder aber für die historische und juristische Literatur. Kurze biografische Angaben finden sich verstreut in der Fachliteratur des Rechtswesens und der Sozial- und Parteiengeschichte; Quellenhinweise tauchen vereinzelt in der Sekundärliteratur in beiden Wissenschaften auf.³ Es existiert jedoch nicht eine systematische biografische Darstellung des Lebens und Wirkens von Arthur Stadthagen.

Weshalb blieb Stadthagen in dem Maße von der Historiografie unbeachtet? Ein Grund für dieses Desiderat liegt möglicherweise darin, dass Stadthagen zwar in seiner Zeit als Spitzenfunktionär galt, aber niemals das Charisma eines August Bebel oder Wilhelm Liebknecht erlangte. Er teilt dieses Schicksal des immer mehr Vergessenwerdens mit so prominenten Parteipersonlichkeiten wie Paul Singer (1844-1911), dessen Biografie von Ursula Reuter 2004 aus Anlass seines 160. Geburtstages erschien.⁴

Eine weitere Ursache resultiert aus der politisch-ideologischen Entwicklung der SPD. Stadthagen, zweifellos ein Vertreter des parteioffiziellen Marxismus, wie er im Erfurter Programm von 1891 kodifiziert und vor allem von August Bebel und Karl Kautsky repräsentiert wurde, kämpfte vergeblich gegen den Revisionismus und Reformismus, der die SPD immer stärker zu prägen begann und schließlich am Vorabend des Ersten Weltkrieges in der Reichstagsfraktionsmehrheit dominierte. Insofern zählt Arthur Stadthagen zu den Unterlegenen in den politisch-ideologischen Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie.

Hinzu kommt, dass er den Krieg nicht überlebte und somit für den Kampf um die Gestalt des künftigen Deutschlands bei Ausbruch der Novemberrevolution von 1918 keine Rolle mehr spielen konnte. Außerdem, eingedenk der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einen radikalen kommunistischen und einen mehrheitlich gemäßigten sozialdemokratischen Flügel, konnte Arthur Stadthagen als „Zentrist“ weder für die eine noch für die andere Strömung post mortem in den Dienst genommen werden.

Doch ist es vielleicht die tiefe Identitätskrise der gegenwärtigen SPD, die angesichts der unübersehbaren Abwendung von ihren politisch-ideologischen Tradi-

3 Auf meine Anfrage nach möglichen Fundstellen zu Arthur Stadthagen antwortete mir Prof. Annelies Laschitzka, dass die Quellenlage in der Tat schwierig sei.

4 Siehe Ursula Reuter: Paul Singer (1844-1911). Eine politische Biographie, Düsseldorf 2004. Siehe auch – vor einem halben Jahrhundert – Heinrich Gemkow: Paul Singer. Ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung. Mit einer Auswahl aus seinen Reden und Schriften, Berlin 1957.

tionen und ihren klassischen sozialen Trägerklassen und -schichten die Frage nach den Ursprüngen dieser so bedeutenden deutschen Partei aufwirft. Dadurch gelangen auch diejenigen Persönlichkeiten wieder ins Blickfeld, die den rasanten Aufstieg der Sozialdemokratie von einer verfolgten und noch kleinen Arbeiterpartei zur stärksten Organisation der Arbeiterklasse im Kaiserreich der Hohenzollern ermöglichten, trugen und verkörperten.

Diese erste umfangreichere Darstellung des Lebens und Wirkens von Arthur Stadthagen dient vor allem als Orientierungsartikel. In diesem ersten größeren Zugriff möchte ich einen Überblick über die relevante Quellenlage geben und einige zentrale Schnittpunkte im Leben des sozialistischen Juristen und jüdischen Marxisten näher beleuchten. Viele Bereiche des Lebens und des politischen Schaffens Stadthagens können an dieser Stelle lediglich cursorisch gestreift werden, weitere müssen unbeachtet bleiben. Ein weiterer Orientierungsartikel wird sicherlich neue Forschungsergebnisse aufweisen. 2010 dann, so hoffe ich, werde ich die Arbeit an der Biografie Arthur Stadthagens vorläufig beenden können. Es wäre dies auch mit zwei Anlässen zu verbinden, nämlich mit dem 120. Jubiläum seines erstmaligen Gewinns des Reichstagsmandats für den Wahlkreis Potsdam 6/Niederbarnim und dem Scheitern des „Sozialistengesetzes“ am 30. September 1890.

Richtungsweisend für den Material- und Informationsbestand über Arthur Stadthagen ist vor allem die unveröffentlichte Potsdamer Dissertation von Gerhard Pardemann aus dem Jahre 1970.⁵ Der Autor untersuchte hier den Zeitraum von 1871 bis 1910 auf einer breiten, auch regionalgeschichtlichen Datenbasis und lieferte damit die bisher kompakteste Darstellung des politischen Wirkens Stadthagens. Die ideologische Orientierung an den in der DDR seinerzeit geltenden Parametern mindert keinesfalls den Wert dieser Arbeit.

Weitere Fakten und hilfreiche Informationen zu Stadthagen bietet das „Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ von Dieter Fricke.⁶ Auch hier dominiert gelegentlich der parteioffizielle Blickwinkel der SED; die Faktenfülle zur Arbeiterbewegung als dem Umfeld des Sozialisten Arthur Stadthagen ist aber beeindruckend. Ähnliches gilt für den ersten Band der „Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung“.⁷

Wer eine zeitgenössische Betrachtung und Darstellung sucht, findet sie in der „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ von Eduard Bernstein, die der bedeutende Vertreter des Revisionismus und Pazifismus in der Sozialdemokratie

5 Siehe Gerhard Pardemann: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Reichstagswahlkreis Niederbarnim (1871-1910) unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des Reichstagsabgeordneten Arthur Stadthagen, Dissertation A, Potsdam 1970. Die Arbeit, die eine Publikation verdient hätte, liegt nur in hektografierter Form in der Universitätsbibliothek Potsdam vor.

6 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869-1917 in zwei Bänden, Berlin 1987.

7 Wolfgang Schröder u. a.: Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung, Bd. 1. Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1987.

in drei Bänden in den Jahren 1907 bzw. 1910 veröffentlichte.⁸ In dieser auch ästhetisch großartigen Ausgabe stößt man auf wertvolle Primärmaterialien von und über Arthur Stadthagen und seine Tätigkeit als Berliner Stadtverordneter und Reichstagsabgeordneter.

Seinen politischen Werdegang dokumentieren am eindrucksvollsten und am umfangreichsten, zumal aus der Sicht der Staatsmacht, die „Acta des Königlichen Polizeipräsidiu zu Berlin“, von denen allein zwei Bände die Ergebnisse der Überwachung Stadthagens von 1887 bis 1911 sowie zahlreiche Presseauschnitte enthalten. Weitere Aktensammlungen, die der Recherche dienlich waren und sind, dokumentieren die Observation des sozialdemokratischen Wahlvereins im Reichstagswahlkreis Niederbarnim, die antimilitaristischen Bewegungen in der Arbeiterbewegung vor und während des Ersten Weltkrieges und die Arbeit der sozialistischen Linken zwischen 1914 und 1918.⁹

Über Stadthagens familiäre, schulische und universitäre Entwicklung existieren keinerlei eigene schriftliche Zeugnisse, da sein Nachlass bisher unauffindbar ist. Schlussfolgerungen können dennoch durch die Jahresberichte des Friedrichs-Gymnasiums gezogen werden, das Arthur und seine Brüder, ausgenommen Emil, erfolgreich absolvierten.¹⁰

Die Protokolle der Parteitage der SPD und das Protokoll des Gründungsparteitages der USPD bieten wertvolle Einblicke, sind bis jetzt jedoch von mir noch nicht systematisch gesichtet worden. Als primäre Informationsquellen wären auch die Schriften Karl Liebknechts, das Kriegstagebuch Eduard Davids und die zeitgenössische Geschichte der USPD aus der Feder Eugen Pragers zu nennen.¹¹ Susanne Miller setzte sich in ihrer 1974 erschienenen Monografie „Burgfrieden und Klassenkampf“ minutiös mit der Politik der Reichstagsfraktion in der Kriegsfrage auseinander und bezog Arthur Stadthagen häufig ein.¹² Ebenso wichtig mit Blick auf seine Stadtverordnetentätigkeit ist die schon erwähnte Biografie Paul Singers von Ursula Reuter. Kurzbiografien von Stadthagen finden sich in mehreren Handbüchern und Monografien.¹³

8 Siehe Eduard Bernstein: *Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, 3 Bde., Berlin 1907 (Bd. 1, 2) und 1910 (Bd. 3).

9 Siehe Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr.Br. Rep. 030, Siehe auch als Findbuch: *Polizeipräsidium Berlin – Polizeiliche Angelegenheiten 1806-1945*. Sachthematisches Inventar, Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin, Bd. 11, Berlin 2007.

10 Siehe LAB, FA 2 PZ, Nr. 2112: *Jahresberichte des Friedrichs-Gymnasiums seit 1850*.

11 Siehe Karl Liebknecht: *Klassenkampf gegen den Krieg*, Berlin 1919; *Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918*, bearbeitet von Erich Matthias und Susanne Miller, Düsseldorf 1966; Eugen Prager: *Das Gebot der Stunde. Geschichte der USPD*, Berlin-Bonn 1980.

12 Siehe Susanne Miller: *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974.

13 Hier sei nur verwiesen auf die schon eingangs erwähnte Arbeit von Ernest Hamburger sowie auf Joachim Hoffmann: *Trotz antisemitischer Hetze alle Wahlen gewonnen*. Arthur

Arthur Stadthagen war bis 1910 Mitglied der jüdischen Religionsgemeinschaft.¹⁴ Das Schicksal seiner Familie spiegelt die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte in all ihrer Dramatik und Tragik wider. Arthur Stadthagen blieb unverheiratet und kinderlos. Die Töchter seines Bruders Julius wurden Opfer der Shoah. Umso glücklicher schätze ich mich, dass ich Kontakt zu Arthurs Großnichte Beata Duncan und zu Hans Stadthagen-Gonzalez, Nachfahre seines Zwilingsbruders Emil, bekommen konnte. Dies verpflichtet mich, Arthur Stadthagen dem Vergessen zu entreißen, und schließt die Suche nach einem möglichen Nachlass ein.¹⁵ Und vielleicht gelingt es mir tatsächlich, das Puzzlespiel aus tausend Teilen so zusammenzufügen, dass sich ein Bild Arthur Stadthagens ergibt, das ihm und seinem Wirken für die deutsche Arbeiterbewegung gerecht werden kann.

2. Der familiäre Hintergrund

Arthur Stadthagen wurde am 23. Mai 1857 als dritter Sohn von Dr. phil. David Stadthagen und dessen erster Frau Bertha, geb. Drietz, in Berlin geboren. Ältester Sohn war Max, der vermutlich im Frühjahr 1854 zur Welt kam.¹⁶

Das Geburtsdatum des Vaters lautet auf den 15. April 1822, Geburtsort ist Meseritz in der damaligen Provinz Posen, heute in Polen gelegen. Zwischen 1850 und 1852 wirkte David Stadthagen als Rabbiner der Jüdischen Gemeinde zu Dessau. Nachdem er seine Stellung dort aufgegeben hatte, zog er nach Berlin zurück, wo er studiert hatte. Dort wurde er „ordentliches Mitglied der deutsch-morgenländischen Gesellschaften zu Halle und Leipzig“ wie aus seiner Eintragung im Berliner Adressbuch seit 1853 hervorgeht.¹⁷ An der Friedrich-Wilhelms-Universität promovierte er. Dieser Umstand legt interessante weitere Forschungsaspekte hinsichtlich des geistigen Hintergrundes der Familie Stadthagen offen. In Berlin, Halle und Leipzig befand sich in der Zeit des Vormärz und der Revoluti-

Stadthagen, SPD-Reichstagsabgeordneter, in: Thea Koberstein/Norbert Stein: Juden in Lichtenberg mit den früheren Ortsteilen in Friedrichshain, Hellersdorf und Marzahn. Hrsg. Kulturbund e. V., Berlin 1995, S.69-71.

14 Er trat am 13. Mai 1910 aus dem Judentum aus, wie mir die Jüdische Gemeinde zu Berlin bestätigte.

15 Da Arthur Stadthagens Schwägerin Franziska, die Frau seines jüngsten Bruders Hans, nach mündlicher Auskunft des Friedhofsamtes Schöneberg die Beerdigung Arthurs anmeldete, könnte sich auch dessen Nachlass im Besitz der Familie von Hans befunden haben. Dieser Spur wird noch nachzugehen sein.

16 Das „Jahrbuch des Friedrichs-Gymnasiums“ von 1872 weist ihn als Abiturienten an Michaelis 1871 aus und beziffert sein Alter mit 17 ½ Jahren. Max Stadthagen studierte Medizin und war Stabsarzt bzw. später Oberstabsarzt beim Militär. Als Aufenthaltsorte sind Trier und Brieg auffindbar, später soll er in Leipzig gelebt haben.

17 Siehe Zentral- und Landesbibliothek Berlin: Berliner Adressbuch 1853, S.510, http://adressbuch.zlb.de/viewAdressbuch.php?CatalogName=zlb_sk1&ImageNumber=358202&intImgCount=4&CatalogCategory=adress&Counter=111746&CatalogLayer=5.

Revolution von 1848 eine Keimzelle des deutschen Reformjudentums, der „Haskala“.

Die Hochzeit mit Bertha Drieß muss recht schnell nach David Stadthagens Umzug nach Berlin stattgefunden haben; leider stehen hierzu bislang keinerlei Informationen zur Verfügung. Ebenso wenig sicher ist die Religionsangehörigkeit von Bertha Stadthagen. Da sie im Gegensatz zu ihrem Gatten nicht auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee begraben wurde, liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sie nicht mosaischen Glaubens gewesen ist. Zurzeit wissen wir nicht einmal ihr Todesdatum. Vielleicht hat sie die Zwillingsgeburt von Arthur und Emil¹⁸ am 23. Mai 1857 nicht überlebt, oder sie ist wenige Jahre später verstorben. Nach dem Tode Berthas heiratete David Stadthagen ein zweites Mal. Seine Gattin wurde Carlina Bein, die man allgemein wohl Coeline rief. Sie hatte am 17. November 1832 in Posen das Licht der Welt erblickt und gebar der Familie Stadthagen den fünften und jüngsten Sohn Hans E.¹⁹ Ab 1884 unterrichtete David Stadthagen als Privatlehrer Englisch und Französisch. Er starb am 10. April 1889 an der Schwindsucht und wurde am 14. April auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee bestattet. Carlina Stadthagen überlebte ihn nur um ein-einhalb Jahre. Am 16. November 1890 verstarb sie laut Totenschein an Magenkrebs und wurde neben ihrem Mann begraben.²⁰

Arthur Stadthagen legte zu Ostern 1876 am Friedrichs-Gymnasium nach zehneinhalb Schuljahren sein Abitur ab. „Arthur Stadthagen aus Berlin, mosaisch, 19 Jahre, Sohn eines Doktors der Philosophie, 10 1/2 Jahre auf dem Gymnasium, 2 Jahre in Prima, studirt Jura“, heißt es im Jahresbericht 1876/77.²¹

18 Emil wanderte in den Achtzigerjahren des 19. Jahrhunderts nach Nicaragua aus, wirkte in Jinotega als Arzt und betrieb zeitweilig eine Kaffeeplantage. Ohne jemals wieder nach Deutschland zurückgekehrt zu sein, hielt er den Kontakt zu seiner Familie aufrecht, wie mir sein Urgroßenkel Dr. Hans Stadthagen-Gonzalez schrieb. Die Existenz eines Zwillingbruders wurde nur durch den Zufall bekannt, der mich auf Dr. Hans Stadthagen-Gonzalez stoßen ließ. Nur durch seine Informationen konnte die vollständige Anzahl der Kinder David Stadthagens und die Tatsache seiner zweiten Heirat ermittelt werden.

19 Hans E., geboren am 19.11.1864, absolvierte erfolgreich 1881 das Abitur am Friedrichs-Gymnasium, studierte Astronomie, Physik und Mathematik und promovierte 1888. Von 1886 bis 1891 stenografierte er im Preußischen Herrenhaus. Seine berufliche Karriere spielte sich vor allem im staatlichen Messwesen ab. Auch Hans E. Stadthagen betätigte sich politisch, allerdings bei der Nationalliberalen Partei, für die er Funktionen bekleidete. Nach der Bildung Groß-Berlins 1920 wurde er Stadtrat im Bezirk Charlottenburg.

20 Die entsprechenden Sterbe- und Bestattungsdaten verdanke ich dem Archiv des Jüdischen Friedhofs in Weißensee bzw. dem Archiv des Centrum Judaicum. Die Dokumente sind registriert unter Nr. 9407 (Carlina Stadthagen) und Nr. 7669 (David Stadthagen). Mein Dank gilt Sabine Hant (Archiv Centrum Judaicum) und Ron Kohls (Archiv Friedhof Weißensee).

21 Jahresbericht des Friedrichs-Gymnasiums 1876/77, S.16. Das Friedrichs-Gymnasium befand sich in der Berliner Albrechtstraße 6, in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße.

Ein enges Verhältnis verband Arthur Stadthagen offenbar mit seinem zwei Jahre älteren Bruder Julius.²² Julius schlug wie Arthur die juristische Laufbahn ein, nachdem er Ostern 1873 am Friedrichs-Gymnasium sein Abitur abgelegt hatte.²³ Im Studium sollen die Brüder einander sehr geholfen haben, außerdem arbeiteten beide zeitweilig als Parlamentsstenografen.²⁴ Nach Julius' Tod 1912 bezog Arthur eine Wohnung am Schöneberger Ufer 18, in der Nähe seiner Schwägerin, was auf eine enge Verbundenheit schließen lässt. Es liegt nahe, dass beide Brüder persönlich wie auch in fachlicher Hinsicht eng zusammenarbeiteten.

Allen Söhnen David Stadthagens war ein klares Erfolgsstreben gemeinsam, gepaart mit Fleiß und offensichtlichem Talent. Dass sich alle Söhne Berufen zuwandten, die eine gewisse Nähe zu staatlichen Aufgaben aufwiesen (Justiz, Militär, Medizin) oder in beträchtlichem Maße gemeinschaftsbezogen waren, deutet auf eine Wertorientierung hin. Diese Erfolgsorientierung weist eine unübersehbare Affinität der Familie zu Positionen der jüdischen Aufklärung, der Haskala. Dass viele jüdische Bürger konservativ oder eindeutig kaisertreu waren, ist mittlerweile hinlänglich bekannt: In Preußen sprach man zurzeit Wilhelms II. sogar von den „Kaiserjuden“. Möglicherweise gab es diese Einstellung zumindest zur Zeit Wilhelms I. auch in der Familie Stadthagen.²⁵

3. Zwischen jüdischer Aufklärung und Klassenkampf? Einiges über den politischen Werdegang

Am 5. Mai 1889 notierte der observierende Polizist in seinem Beobachtungsvermerk: Rechtsanwalt Stadthagen „befürwortet jetzt öffentlich die Forderungen

Es war 1850 gegründet worden und galt als eine begehrte höhere Lehranstalt der Stadt. Auffällig ist der hohe Prozentanteil jüdischer Abiturienten.

²² So geht es zumindest aus den Angaben seiner Enkelin Beata Duncan, der Tochter von Lili Dora, hervor.

²³ Nach Studium und Kammergerichtsreferendariat muss Julius 1883 oder 1884 zum Dr. jur. promoviert haben. Am 14.7.1886 heiratete er die 22-jährige Agnes Jacobi, geboren in Hamburg. Dieser Ehe entstammten vier Kinder, von denen drei, Toni Bertha, verheiratete Salomon, geb. 1887, Lili Dora, verheiratete Rehfish, geb. 1891, und Paul, geb. 1892, in den Konzentrations- und Vernichtungslagern der deutschen Nazis umgebracht wurden. Ein viertes Kind, Erna, geb. 1888, muss früh verstorben sein. Julius arbeitete als Rechtsanwalt am Landgericht I und wurde später zum Justizrat befördert. Er verfasste mehrere Bücher und Schriften und wirkte als Rechtsberater und Mitglied im Berliner-Philatelisten-Klub von 1888. Er verstarb am 9. März 1912 und wurde am 18. März auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee beigesetzt.

²⁴ Gespräch mit Beata Duncan am 11.7.2008 in Berlin.

²⁵ Darauf deutet zumindest folgendes Zitat hin: „Der Kaiser hat die Widmung und Überreichung eines vom Musikdirektor Richard Schmidt zu der am 5. Dezember vorigen Jahres erfolgten Rückkehr des Monarchen nach Berlin komponierten Männerchores ‚Zur Heimkehr des Kaisers‘ (Text von Julius Stadthagen) huldvoll angenommen.“ (Musikpädagogische Blätter, Zentralblatt für das gesamte musikalische Unterrichtswesen, herausgegeben von Emil Breslauer/Anna Morsch, 1878, S.69.)

der Sozialdemokratie.“²⁶ Dass diese Eintragung just an dem Tag erfolgte, an dem sich der Geburtstag von Karl Marx zum 71. Male jährte, mag purer Zufall sein, entbehrt aber nicht einer gewissen Symbolik.

Anfang April 1889 hatte sich Stadthagen im Referat auf einer Versammlung des „Vereins zur Erzielung volkstümlicher Wahlen für den Osten Berlins“ öffentlich zur Sozialdemokratie bekannt.²⁷ Seit 1887 wurde er von der Polizei observiert, die zu dem Ergebnis kam, dass Arthur Stadthagen sich der Agitation für die Sozialdemokratie verschrieben habe, was nach § 1 Absatz 2 des „Sozialistengesetzes“ strafbar war.²⁸ Am 1. Juli 1889 führte Arthur Stadthagen dann auf einer die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins in Friedrichsberg vorbereitenden Zusammenkunft aus: „Die einzige Partei, welche [...] die kapitalistische Produktionsweise abschaffen wolle, sei die Sozialdemokratie, sie allein könne und wolle dem Arbeiter helfen.“²⁹

Was brachte den vermutlich im Geiste der jüdischen Aufklärung, der Haskala, erzogenen und aufgewachsenen knapp zweiunddreißigjährigen Rechtsanwalt Arthur Stadthagen dazu, sich zur revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer SPD zu bekennen?

Gerhard Pardemann legte in seiner Dissertation von 1970 einen Erklärungsansatz vor. Demnach könnte die Politisierung Arthur Stadthagens im Rahmen seiner Tätigkeit als Reichstagsstenograf begonnen haben. Dabei, so Pardemann, habe Stadthagen Einblick gewonnen in die „ganze Phrasenhaftigkeit der während des Studiums gelehrtten Klassenindifferenz der Begriffe ‚Recht‘, ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Freiheit‘ im preußischen Militärstaat. Er bekam als bürgerlicher Intellektueller Einblick in die Praxis der Arbeit der sogenannten höchsten ‚Volksvertretung‘ des militaristischen Obrigkeitsstaates. In dem von Junkern und Vertretern der Großbourgeoisie beherrschten Parlament wurde über die Köpfe des Volkes hinweg argumentiert und entschieden und die wahren Volksvertreter, die revolutionären Sozialdemokraten, mussten sich vieler Beschimpfungen, Diffamierungen aussetzen.“³⁰ Aus diesen nicht näher belegten Vermutungen schlussfolgert Pardemann: „Es muß dem jugendlichen Juristen imponiert haben, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten sich nicht einschüchtern, beirren ließen und die Reichstagstribüne zur Propagierung der sozialistischen Ideen [...] benutzten.“ Er beschrieb Stadthagen als einen Menschen „mit tiefem sozialen Empfinden“.³¹

Dieser Ansatz Pardemanns ist zwar nur dünn belegt, stützt sich aber immerhin auf die Selbstkennzeichnung Stadthagens im Reichstagshandbuch sowie auf

26 LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 11.

27 Siehe ebenda, Bl. 8.

28 Siehe Bernstein, Arbeiterbewegung, Bd. 2, S.338; Pardemann, Geschichte, S.100f.

29 LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 19.

30 Pardemann, Geschichte, S.96.

31 Ebenda.

einen sozialdemokratischen Nachruf auf Arthur Stadthagen nach seinem Tode.³² Daher kann sie als realitätsnah angenommen werden.

Der Politisierungsprozess des jungen Juristen Arthur Stadthagen könnte in Ziel und Richtung deutlich von seiner Berufspraxis intensiviert worden sein. Am 26. März 1884 hatte er erfolgreich das Assessorexamen bestanden und am 19. Mai desselben Jahres eine Anstellung als Rechtsanwalt beim Berliner Landgericht II bekommen. In dieser Stellung scheint Stadthagen als Anwalt vor allem von Menschen aus der Arbeiterklasse und aus anderen unterprivilegierten Schichten begehrt gewesen zu sein. Er selbst schrieb rückblickend von über tausend Prozessen, in denen er vor allem die Verteidigung von „kleinen Leuten“ übernommen hatte.³³ Ernest Hamburger bezeichnete ihn als den „Anwalt der Armen“, der sich als Verteidiger in politischen Prozessen großes Ansehen erwarb.³⁴

In der Tat verlief Stadthagens berufliche Etablierung als Rechtsanwalt parallel zu seiner Annäherung an die marxistische Sozialdemokratie, die unter dem „Sozialistengesetz“ von 1878 vielfältige Formen der Verfolgung, Bespitzelung und Unterdrückung erfuhr.

Als eine Art Schlüsselerlebnis der Politisierung verortet Pardemann die Übernahme des Verteidigungsmandats für den „Verein für die Interessen der Arbeiterinnen“ am 4. Dezember 1886. Dieser Arbeiterinnenverein war angeklagt worden, gegen das Vereinsgesetz nach den Bestimmungen des „Sozialistengesetzes“ verstoßen zu haben: „Die Mitglieder des Vereins, die Vorsitzende, Frau Doktor Hoffmann, die Schriftführerin, Frau Emmi Ihrer, Frau Stägemann und Fräulein Jäger hatten auf öffentlichen Arbeiterinnenversammlungen eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterinnen gefordert.“³⁵ Der vor allem politische Charakter dieses Prozesses trat offen zu Tage. Zum einen wurden die Angeklagten zu Geldstrafen verurteilt, obwohl ihnen keinerlei Verfehlungen nachgewiesen werden konnten. Zum anderen wurde der Arbeiterinnenverein per Beschluss aufgelöst. Außerdem erlebte Arthur Stadthagen – wohl nicht zum ersten Mal – antisemitische Angriffe gegen seine Person, in diesem Fall höchstrichterlich durch den Landgerichtsrat und „Sozialistenhasser“³⁶ Brausewetter.³⁷

Ab dem 27. April 1887 wurde Stadthagen systematisch observiert. Dies ist ein unzweifelhaftes Indiz dafür, dass die Obrigkeit sich seiner Nähe zur Sozialdemokratie und zu ihrer politischen Theorie des Sozialismus bewusst zu werden schien. Zwar trat Arthur Stadthagen auch nach den Aktennotizen der Polizisten

32 Siehe Hermann Hillger (Hrsg.): Deutscher Reichstag. Biographisch-statistisches Handbuch 1903-1908, Berlin-Leipzig o. J.; Mitteilungsblatt des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung, Nr. 38, 16.12.1917.

33 Siehe Arthur Stadthagen: Meine Ausschließung aus der Rechtsanwaltschaft, in: Vorwärts, 30.12.1892, 2. Beilage.

34 Siehe Hamburger, Juden, S.480.

35 Pardemann, Geschichte, S.98.

36 Siehe ebenda.

37 Siehe dazu Stadthagen, Ausschließung; Hoffmann, Hetze, S.69.

und Spitzel noch nicht als „Agitator“ in Erscheinung, doch rechnete die „Obrigkeit“ wohl offensichtlich mit einer baldigen öffentlichen Hinwendung Stadthagens zur sozialistischen Bewegung, zumal er seine Gebühren bei Arbeitermandanten stets am unteren Rand des Möglichen hielt.³⁸

Stadthagen wurde also ganz offenbar in dem Maße politisch für die Sozialdemokratie gewonnen, in dem der preußische Staat mit seinem ständischen und arbeiterfeindlichen sowie antidemokratischen Charakter für ihn offenbar und er selbst vom Verteidiger zum Angegriffenen und Opfer wurde. Dies hat Pardemann nachvollziehbar ermittelt und dargestellt.

Gab es weitere Impulse, die diesen Politisierungsprozess bei Arthur Stadthagen förderten und ihm Ziel und Richtung gaben?

Auffallend ist, dass es viele Intellektuelle gab, die der jüdischen Religionsgemeinschaft entstammten und sich dem Sozialismus zuwandten. Man denke an Ferdinand Lassalle (1825-1864), den Gründer des ADAV, an Moses Heß (1812-1875), der dem „Bund der Kommunisten“ angehörte, an Johann Jacoby (1805-1877), dem Radikaldemokraten der Paulskirche und späteren Sozialdemokraten. Auch Eduard Bernstein (1850-1932), Paul Singer (1844-1911) und Hugo Haase (1863-1919) sind in diesem Zusammenhang zu nennen, nicht zu vergessen Karl Marx, dessen Vater vom Judentum zum Protestantismus konvertierte. Sie alle entstammten kleinbürgerlichen oder bürgerlichen Familien. Nur Moses Heß wurde orthodox erzogen, alle anderen Genannten wandten sich schnell bürgerlichen, akademischen oder wissenschaftlichen Tätigkeiten zu. Und sie alle, gerade auch Heß, ein Autodidakt, dürften die Erfahrung von religiös motivierter und sozialer Benachteiligung gemacht haben. Da ihnen das formale Freiheits- und Gerechtigkeitsversprechen der bürgerlichen Gesellschaft erschwert oder gar verwehrt wurde, war der Weg vom Liberalismus der Haskala zum Sozialismus offensichtlich nicht weit. Deshalb wohl stellten sich jüdische Intellektuelle häufig auf die Seite der SPD: „Bei der Zugrundelegung der Verhältniszahl zwischen Parteimitgliedern und Wählern kann man im vorsichtigen Analogieschluß annehmen, daß in den letzten 20 Jahren des Kaiserreichs 10-15% der jüdischen Intellektuellen sich bei den Wahlen für die Sozialdemokratie erklärt haben. Dies wäre angesichts der Verfemung der sozialdemokratischen Partei vor der Weimarer Zeit ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz“, hebt Ernest Hamburger hervor. Den Anteil der jüdischen Intellektuellen in der SPD schätzt er für den Zeitraum um 1900 auf zwei bis drei Prozent.³⁹

Ist man dann schon nah genug an seiner Persönlichkeit? Ich möchte noch eine Überlegung hinzufügen. Unbeachtet geblieben sind in diesem historischen Kontext die Sozialisierungsebenen Schule und Militär. Meines Erachtens könnten hier durch elementare Alltagserfahrungen innere Grundhaltungen entstanden sein,

38 Siehe LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 1 vom 27. April 1887; Stadthagen, Ausschließung; Pardemann, Geschichte, S.98.

39 Hamburger, Juden, S.147.

die die spätere Radikalisierung Arthur Stadthagens begünstigten. Am Friedrichs-Gymnasium dürften sich derartige negative Erfahrungen in Grenzen gehalten haben. Bleibt noch die Militärzeit. Arthur verbrachte sie am Beginn seines Studiums 1876/77 als Soldat im II. Garderegiment.⁴⁰ Sollte ihn sein chronisches Lungenleiden, das er vermutlich von seinem Vater geerbt hatte, unter den Bedingungen des Wehrdienstes zum Angriffsziel seitens seiner Vorgesetzten oder seiner Mitsoldaten gemacht haben? Denkbar ist es. Zugleich könnte eine Verquickung dieser leidvollen Erfahrungen mit antisemitischen Äußerungen oder Handlungen während dieser Zeit des „Einjährigen“ im Alter von etwa 20 Jahren, wo sich Emotionen, Erfahrungen und Erkenntnisse zu Haltungen verdichten, ein Schlüssel für Arthurs weiteren Werdegang gewesen sein.

Nachteile und Demütigungen könnten aus einem bürgerlich geprägten Studienanfänger einen angehenden Juristen gemacht haben, der dem bestehenden Staat mit seinen autoritären Strukturen und seiner Bevorzugung konservativer, militaristischer und protestantischer Geisteshaltungen mitsamt der Ausgrenzung von Minderheiten und Unterprivilegierten zunehmend kritisch gegenüberstand und dessen Wege sich irgendwann zwangsläufig mit denen der Sozialisten kreuzen mussten.

Um es anders zu formulieren: Nicht erst seine Erfahrung mit der Klassenjustiz in Deutschland ließ Arthur Stadthagen sich zur Sozialdemokratie bekennen: Er wurde deren Opfer, weil er bereits Sozialdemokrat war. Daher dürfte der Zeitpunkt seines Eintretens in die sozialdemokratische Bewegung nicht erst 1887 gewesen sein, sondern bereits früher, wahrscheinlich 1884, dem Jahr seines erfolgreichen Assessorexamens und seiner Anstellung am Landgericht II. Womöglich war es dann die illegale Flüsterpropaganda der Sozialdemokraten in Berlin, die ihm seine Mandanten zuführte und ihn zum „Anwalt der Armen“ werden ließ. In die gleiche Richtung gehen die Darstellungen Ursula Reuters, der Biografin Paul Singers. Sie gibt in ihrer Kurzbiografie das Eintrittsjahr Stadthagens in die Sozialdemokratie mit 1884 an.⁴¹

Möglicherweise durchaus zutreffend könnte folgende Vermutung sein: Insbesondere das Wirken und der politische Erfolg des jüdischen Sozialdemokraten Paul Singer bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen vom Oktober 1883 und bei der Reichstagswahl am 28. Oktober 1884 mögen Arthur Stadthagen so sehr beeindruckt haben, dass er sich der durch das „Sozialistengesetz“ zum illegalen Agieren gezwungenen Sozialdemokratie anschloss. Nimmt man an, dass die Familien Stadthagen und Singer über die Jüdische Gemeinde einander bekannt waren, und verbindet die erstaunliche Karriere Singers mit den vermuteten Erfahrungen Stadthagens, so würde es keineswegs verwunderlich sein, wenn Paul Singers öffentliches Wirken eine Signalwirkung auf den jungen Rechtsanwalt Arthur Stadthagen ausgeübt hatte.

40 Siehe Pardemann, Geschichte, S.95.

41 Siehe Reuter, Paul Singer, S.619.

4. „*An's Vaterland, an's theure, schließ dich an!*“ – *Die Wahlen von 1889 und 1890 in Berlin und im Reich*

Am 30. Juli 1889 notierte der Polizeischutzmann Nr. 2293, ein gewisser Herr Fehling, in seinem mehrseitigen ausführlichen Überwachungsbericht über Arthur Stadthagen: „Die Observation des Nebenbezeichneten hat ergeben, daß er sich recht rege an der sozialistischen Bewegung beteiligt und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Zwecke und Ziele der Partei Propaganda macht“.⁴²

Anlass für die verstärkte Agitationsarbeit der Berliner Sozialdemokratie boten die Erneuerungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 11. November 1889 sowie die Neuwahl des Reichstages am 20. Februar 1890. Die Berliner Sozialdemokratie beschloss, für die Stadtverordnetenversammlung in elf Wahlbezirken eigene Kandidaten aufzustellen. Arthur Stadthagen kandidierte im 14. Berliner Stimmbezirk.

In der Sozialdemokratie Berlins galt Arthur Stadthagen längst als ein „zuverlässiger Parteigenosse“, der häufig von sozialdemokratischen Arbeitern in seiner Wohnung in der Landsberger Straße 62 besucht wurde.

Die offenkundig systematisch vorbereitete Wahlagitation zeigte beeindruckende Erfolge. Die Fraktion der Sozialdemokratie in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wuchs von vier auf elf Mitglieder an. Eduard Bernstein resümierte: „Insgesamt hatte die Sozialdemokratie in diesen elf Bezirken bei der Hauptwahl 7654 Stimmen erhalten, während 1883 dort nur 4755 Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden waren. Und bei den vier Stichwahlen konnte die Sozialdemokratie ihre Stimmen im Durchschnitt noch um 50 Prozent vermehren. Dies ließ für die herannahende Reichstagswahl das Beste erhoffen.“⁴³ Arthur Stadthagen wurde bereits im ersten Wahlgang am 19. November 1889 mit einer Mehrheit von 850 Stimmen gegen 305 Stimmen für alle seine Gegner zusammengenommen gewählt. In der neuen sozialdemokratischen Fraktion wirkte er mit Paul Singer, der das Amt des Fraktionsvorsitzenden seit 1887 innehatte.

1890 kandidierte Stadthagen für den Reichstag im Wahlkreis Potsdam 6/Niederbarnim. Dieser Kreis hatte die enorme Ausdehnung von 1.738,93 km², die ihn zu einem der flächenmäßig größten des Kaiserreiches werden ließ. Im Südwesten grenzte er an Spandau, zog sich nördlich entlang der Havel bis nah an Kremmen, erstreckte sich in nordöstlicher Richtung an Liebenwalde vorbei, machte auf Höhe des Werbellinsees einen scharfen Knick nach Südost durch den Barnim nach Bernau, um von dort aus auf den Lauf der Löcknitz zu treffen. Die Wahlkreisgrenze verlief in westlicher Richtung bis zur alten Stadtgrenze und im Norden um Berlin herum wieder Richtung Spandau. Die anteilige Fläche der Städte betrug 146,18 km², jene der Landgemeinden 836,24 km². Die Gutsbezirke machten eine Fläche von 756,50 km² aus. An der Bevölkerungsentwicklung im Wahl-

42 LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 36.

43 Bernstein, Arbeiterbewegung, Bd. 2, S.284-286.

kreis Niederbarnim ist das schnelle Wachstum auffällig. Lebten 1871 noch 88.679 Bürger in ihm, so wuchs seine Einwohnerschaft bis 1905 auf 391.521. Die Ursachen dieser demografischen Vervielfachung hängen mit der schnellen Industrialisierung des Berliner Raumes zusammen. In Lichtenberg, Reinickendorf, Tegel, Weißensee, Pankow, Boxhagen-Rummelsburg und Oberschöneweide lässt sich dieser Prozess am deutlichsten nachweisen.⁴⁴

Zunächst wurden in dem überwiegend agrarischen Wahlkreis die Konservativen bevorzugt. Doch bereits im Jahr 1874 kamen ADAV und SDAP auf einen Stimmenanteil von 20,59 % der abgegebenen Stimmen. Im Reichsdurchschnitt belief sich der Anteil der Sozialdemokraten auf 6,8 %. Der Niederbarnimer Landrat Scharnweber warb daher massiv für Infiltration, die Bildung von Konkurrenzorganisationen, und, als das wirkungslos verpuffte, für die administrative Beschränkung der Wirkungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung im Niederbarnim. Dessen ungeachtet wuchs die Wählerschaft der Sozialisten weiter an, gefördert von der Vereinigung von ADAV und SDAP zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) im Mai 1875 in Gotha. Die erste Wahl unter dem Sozialistengesetz am 27. Oktober 1881 zeigte zunächst die von den Konservativen erhoffte Wirkung: Nur noch 935 Männer gaben der SAPD, für die der Schuhmachermeister Arndt aus Bernau kandidierte, ihre Stimme. Er stand auch drei Jahre später, am 28. Oktober 1884, als Kandidat der Sozialdemokratie zur Wahl. Diesmal erhielt er 2.893 Stimmen. Dabei fällt ins Auge, dass gerade die wachsenden Siedlungen am Rande Berlins ein Potenzial für die Sozialdemokratie bargen. 1887 konnte die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl am 21. Februar eine Verdoppelung ihrer Wählerstimmen feiern.⁴⁵

Die Verkoppelung des Wahlkampfes zur Berliner Stadtverordnetenversammlung mit dem Wahlkampf zur Reichstagswahl führte zu einem Aufschwung der sozialistischen Aktivitäten. Allein Arthur Stadthagen trat von Juni 1889 bis Mitte Februar 1890 auf mindestens 46 Versammlungen in den Wahlkreisen Niederbarnim, Potsdam-Osthavelland und in Berlin als Referent auf. Dabei setzte er vor allem seine juristischen Kenntnisse und Fähigkeiten ein, um die Anhängerschaft der Sozialdemokratie zu mobilisieren. Seine Vortragsthemen hießen: „Über das Koalitionsrecht der Arbeiter“, „Über die § 152 und 153 der Reichsgewerbeordnung“, „Völkerrecht und Justizunrecht“, „Über die Steuerpolitik des Staates“ und „Über Ausnahmegesetze“.⁴⁶

Am 18. Juli 1889 löste die Polizei unter Berufung auf den § 9 des „Sozialistengesetzes“ eine Versammlung mit Stadthagen in der Holzmarktstraße 72 auf, wo er vor den Mitgliedern des „Vereins zur Regelung der gewerkschaftlichen Verhältnisse der Töpfer Berlins“ seine Zuhörerschaft dazu aufforderte, durch Streiks den Herrschenden ihre Macht zu demonstrieren. „Wir wollen einen Staat, in

44 Siehe Pardemann, *Geschichte*, S.13f, 34 (Anm. 7, 8).

45 Siehe ebenda, S.53, 57, 118a (Anm. 57-59), 575.

46 Siehe ebenda, S.106f.

welchem nicht das Kapital, nicht die herrschenden Klassen, sondern die Arbeit die Macht hat“. Da die Ausführungen Stadthagens „in sehr scharf sozialistischem Sinne“ gehalten waren, schritt die Polizei ein.⁴⁷

Die SAPD half sich mit einem rhetorischen Trick. Um die Staatsmacht zu überlisten, betitelte sie einige von Stadthagens Versammlungen mit einem Zitat aus Friedrich Schillers *Wilhelm Tell*: „An’s Vaterland, an’s theure, schließ Dich an!“ So konnte die Polizei erst dann einschreiten, wenn ein Verstoß gegen die Bestimmungen des § 9 vorlag, ein präventives Verbot war ausgeschlossen.

Und so wurde mit Beginn des Oktober zu einer Großveranstaltung in Reinickendorf eingeladen: „Reinickendorf, Sonntag, d. 6. d. M., Mittags 12 1/2 Uhr, im Restaurant ‚Seeschlößchen‘, Markstraße 2. Große Volksversammlung. Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Rechtsanwalts A. Stadthagen über ‚Ans Vaterland, ans theure schließ Dich an.‘ 2. Diskussion 3. Verschiedenes – Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein. Der Einberufer: Duchateau.“⁴⁸

Am 8. Oktober 1889 berichtete das sozialdemokratische, von Paul Singer 1884 begründete „Berliner Volksblatt“: „Sozialdemokratischer Kandidat. In einer am Sonntag Nachmittag im Restaurant ‚Zum Seeschlößchen‘ zu Reinickendorf abgehaltenen und von etwa 800 Personen besuchten öffentlichen Volksversammlung ward nach einem Referat des Rechtsanwalts Stadthagen der Referent einstimmig zum Reichstagskandidaten für den Nieder-Barnimer Kreis aufgestellt.“⁴⁹ Eduard Bernstein notierte rückblickend: „für Nieder-Barnim Rechtsanwalt Arthur Stadthagen aufgestellt, der als Verteidiger vor Gericht wie in Versammlungen ein ungewöhnliches dialektisches Geschick bewiesen hatte.“⁵⁰

Turbulenter verlief die Versammlung zur Gründung eines Arbeiterbildungsvereins in Weißensee, wie der „Berliner Börsen-Courier“ vom 22. Oktober 1889 verlautbarte: „Der polizeilichen Auflösung verfiel eine Volksversammlung, welche am Sonntag Nachmittag in Weißensee in dem Tanzlokal ‚Kaiser Wilhelm‘ stattfand, um für Weißensee einen ‚Arbeiter-Bildungsverein‘ zu begründen. Herr Rechtsanwalt Arthur Stadthagen, der in Aussicht genommene sozialdemokratische Reichstags-Candidat für Niederbarnim, hielt den Vortrag über das Thema: ‚An’s Vaterland, an’s theure, schließ Dich an!‘ Die Polizei war neben den überwachenden Beamten im Versammlungslocal durch drei Gendarmen und drei Amtsdienere vertreten, welche den Überwachungsdiens vor dem Local versahen. Die Weißenseer Arbeiter sangen nach der Auflösung socialistische Lieder. Zwei der Sängere wurden sistiert. In kurzer Zeit soll eine neue Versammlung einberu-

47 LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 38.

48 Ebenda, Bl. 60.

49 Ebenda, Bl. 62.

50 Bernstein, Arbeiterbewegung, Bd. 2, S.286.

fen werden, um den ‚Arbeiter-Bildungsverein‘ zu Stande zu bringen.“⁵¹ Anderenorts, zum Beispiel in Bernau, musste die Sozialdemokratie ihre Veranstaltungen unter freiem Himmel durchführen, weil die Schankwirte ihre Lokale für Stadthagen und die SAPD sperren.⁵²

Eine große Herausforderung stellte die Landagitation dar. In den entlegeneren Gebieten des Wahlkreises Niederbarnim dominierten die Konservativen, begünstigt von der strikten Bevormundung der Landarbeiter durch ihre Gutsherren oder die Honoratiorenschaft. Versuche der Sozialdemokratie, für sich und ihren Kandidaten zu werben, stießen nicht selten auf handgreiflichen Widerstand. In Blumberg, zwischen Altlandsberg und Bernau gelegen, wurden die sozialdemokratischen Agitatoren krankenhauserreif geprügelt, wie Eduard Bernstein berichtete: „Kaum hatte jedoch das Gefährt, in welchem sich 25 Personen befanden, in die Dorfstraße eingelenkt, als plötzlich ein Mann den Pferden in die Zügel fiel, gleichzeitig den Ruf ausstoßend: ‚Raus, raus, die Spitzbuben, die Diebe sind da!‘ Im nächsten Moment eilte auch schon aus zwei vis-a-vis gelegenen Wirtshäusern eine große Schar von Männern herbei, welche bald durch Hunderte von Dorfbewohnern verstärkt wurde, und nunmehr begann ein fürchterlicher Kampf gegen die überraschten und völlig ahnungslosen Reisenden, welche sich in dem engen Raum des Wagens kaum zu wehren wußten.“ Die aufgehetzten Dörfler gingen mit Feldsteinen, Messern und „dicken, armstarken Knütteln, aus welchen zum Teil Nägel hervorragten“, auf die Sozialisten los.⁵³ Fünf von ihnen wurden schwer verletzt und mussten ins Krankenhaus. Arthur Stadthagen, der in Friedrichsberg-Lichtenberg weilte, betreute dort die Verletzten und meldete diesen brutalen Übergriff dem Landratsamt.

Von Mitte November 1889 bis 1. März 1890 nahm Stadthagen an 31 Versammlungen als Redner teil, was das Landratsamt zu folgender Bemerkung veranlasste: „Es kann ihm das Zeugnis nicht versagt werden, daß er es an einer fast übermenschlichen Anstrengung, zum Ziele zu gelangen, nicht hat fehlen lassen.“⁵⁴ Unter anderem sprach Arthur Stadthagen in der entscheidenden Phase des Wahlkampfes in Reinickendorf (15.1.), Hermsdorf (25.1.), Rummelsburg (26.1.), Friedrichshagen (30.1.), Weißensee (31.1.), Oranienburg (9.2.) und wieder in Reinickendorf (12.2.).⁵⁵

Am 20. Februar 1890 kam der Tag der Entscheidung. Das Ergebnis glich einem Erdbeben. 13.362 Stimmen entfielen auf Arthur Stadthagen, das bedeutete einen Stimmenanteil von 45,27 %. Arnold Lohren, der bisherige konservative Mandatsinhaber, verbuchte 11.779 Stimmen; alle anderen Kandidaten endeten abge-

51 Zit. nach: LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 65.

52 Siehe Pardemann, Geschichte, S.112.

53 Bernstein, Arbeiterbewegung, Bd. 2, S.299.

54 Bericht des Landrates Niederbarnim an den Regierungspräsidenten, zit. nach: Pardemann, Geschichte, S.112.

55 Siehe LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 96.

schlagen. Nun kam es zur Stichwahl am 1. März 1890. Arnold Lohren forderte seine Anhänger auf, ihn für Vaterland, Monarchie und Christentum zu wählen. Vergebens, denn viele Wähler der linksliberalen Freisinnigen gaben am 1. März Arthur Stadthagen ihre Stimme.⁵⁶ Und so konnte das „Niederbarnimer Kreisblatt“ am 5. März melden: „Der Sieg ist in der Stichwahl dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Rechtsanwalt Arthur Stadthagen zu Berlin, mit 15411 Stimmen zugefallen, während der bisherige Reichstags-Abgeordnete Lohren nur 15025 Stimmen erhielt“.

Das Außergewöhnliche dieses Ergebnisses als Ausdruck der massiven Entwicklung der Sozialdemokratie im Raum um Berlin zeigt die folgende Tabelle ausgewählter Wahlergebnisse (in Klammern die Ergebnisse der Reichstagswahl von 1887):⁵⁷

Ort	Hauptwahl		Stichwahl
	20.2.1890	(1887)	1.3.1890
Bernau	770	(357)	942
Oranienburg-Stadt	366	(116)	527
Lichtenberg	2.331	(1.496)	2.532
Pankow	429	(210)	499
Reinickendorf	995	(527)	1.061
Birkenwerder	770	(357)	125
Glienicke	101	(72)	16
Mühlenbeck	17	(-)	105
Schildow	118	(27)	16
Schönfließ	118	(-)	13
Tegel	25	(-)	292
Weißensee	257	(118)	1.659

Die SAPD hatte ihre Bastionen in den Randstädten und -gemeinden um Berlin gerade dort erheblich ausgebaut, wo sich immer mehr Arbeiter ansiedelten. Auch die Landagitation zeitigte erste Erfolge, obwohl, wie der zweite Wahlgang aufweist, Druck seitens der Honoratioren immer noch Wirkung zeigte. Mit der Reichstagswahl 1890 waren neue Maßstäbe gesetzt, die auch mit der Person Arthur Stadthagen zu tun hatten. Nicht umsonst hatte er im zweiten Wahlgang so viele Freisinnigenwähler für sich gewinnen können.

5. Zielscheibe von *Antisemitismus* und *Klassenjustiz*

Arthur Stadthagen wurde mehrfach Opfer antisemitischer Hetze. Im Reichstagswahlkampf 1890 war in der schon erwähnten Ortschaft Blumberg ein Pamphlet verbreitet worden, in dem die Wähler lesen konnten:

⁵⁶ Siehe Pardemann, Geschichte, S.142.

⁵⁷ Siehe Niederbarnimer Kreisblatt, Nr. 29, 7.3.1890.

„Stadthagen, dieser Judenbengel,
denkt, er ist der reine Engel.
Wählt ihr diesen Schweinehund,
dann wird es noch in Deutschland bunt!
Lohren, das ist der rechte Mann!“⁵⁸

Nebenbei belegt diese Quelle, dass der Konservatismus den Antisemitismus nutzte. Stadthagen ließ sich davon nicht einschüchtern und gab stets „Contra“. Auch im Fall Blumberg verlangte er entschieden die Aufklärung der Ereignisse und wies nach, dass den Hetzern und Schlägern von Blumberg von „einer beamteten Person versprochen“ worden war, für jede Stimme für Lohren eine Mark und einen Achtelliter Bier zu bekommen.⁵⁹ Der Landrat wies die Anwürfe Stadthagens zurück.

Die „Antisemiten-Chronik“ erwähnt für den Juni 1893 folgendes Vorkommnis: Die Sozialdemokraten hatten ein Flugblatt herausgebracht, das auf satirische Art in Form des Glaubensbekenntnisses Reichskanzler Caprivi angriff und zur Wahl Stadthagens aufrief: „Ich glaube [...] an die allein seligmachende Pickelhaube, an eine steigende Vermehrung der Abgaben und Steuern, an die Einführung neuer Maulkörbe und Judenflinten und an ein ewiges Soldatenleben [...] Wählt Stadtverordneten Arthur Stadthagen aus Berlin.“ Hierzu bemerkte „Das Volk“: „Man fragt sich wirklich, ob es angehen kann, daß derartige Gemeinheiten straflos verbreitet werden. Welcher Jude mag diese schamlose Verhöhnung des Christenthums fertig gebracht haben? Etwa Herr Stadthagen selbst?“⁶⁰

Ein weiteres Mal wurde Arthur Stadthagen im Herbst 1907 Opfer antisemitischer Schmähungen. Der „Tegeler Anzeiger“, nach eigener Aussage zur „nationalen Presse“ gehörend, warf ihm vor, 1891 zum Zwecke der Bereicherung mit Getreide spekuliert zu haben: „Woran wir erinnern wollen, ist, daß er bei der Firma Abraham Goldschmidt zu Berlin in Getreide spekuliert hat.“ Der die jüdische Kaufmannschaft als Ganze unter den Generalverdacht des Spekulantentums stellende Artikel warf Stadthagen vor, „zwei Seelen in seiner Brust“ zu haben, wenn er erst auf das Kapital schimpfe und „eine Stunde später“ bei einem jüdischen Millionär spekuliere.⁶¹ Diese Kampagne zog sich über Monate hin, und als Stadthagen den zuständigen Redakteur Müller als „gemeinen Verleumder“ bezeichnete, reichte dieser Klage ein. Die „Deutsche Hochwacht“ nutzte diese Nachricht, um noch draufzusatteln: „Man weiß ja aus jüngster Zeit, wie die Staatsbürger jüdischen Glaubens mit solchen Ausdrücken um sich werfen, gerade so als ob sie unter sich wären, wo das so üblich ist.“⁶² Zwar konnte sich

58 Zit. nach: Pardemann, Geschichte, S.144.

59 Siehe ebenda.

60 Deutsche Antisemiten-Chronik 1888-1894, Zürich 1894. Mikrofilm-Duplikat der Staatsbibliothek zu Berlin, Ez 1712 MFD, S.152.

61 Tegeler Anzeiger, 19.11.1907, in: LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13184, Bl. 174.

62 Deutsche Hochwacht, 28.3.1908, in: LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13184, Bl. 194.

Stadthagen auch hier letztlich juristisch durchsetzen, doch blieb er immer wieder Zielscheibe antisemitischer Attacken.

Aber er wehrte sich. Die „Deutsche Antisemiten-Chronik“ berichtete aus dem Jahre 1892, dass Stadthagen im Reichstag dem bekannten antisemitischen Abgeordneten Dr. Böckel vorhielt, „es sei ja bekannt, daß ein gewisser Böckel in Frankfurt a.M. Wucher getrieben (hat).“ Dieser geriet so in Wut, dass er zur Ordnung gerufen werden musste.⁶³

Im Jahre 1900 wühlte die „Konitzer Mordaffäre“ die Öffentlichkeit auf. Ein Mord aus niedrigen Beweggründen, offenbar begangen von einem nichtjüdischen Metzgergesellen an einem Gymnasiasten, war zu einem jüdischen Ritualmord umgedeutet worden. Das führte in Konitz zu Exzessen gegen die dortige jüdische Bevölkerung und zum Brand der Synagoge. Arthur Stadthagen und Joseph Herzfeld, sein sozialdemokratischer Genosse und ebenfalls jüdischer Herkunft, bezeichneten die Ritualmordlegende als „blödsinniges, albernes Märchen“ und beschuldigten die Antisemitische Volkspartei (AVP) der geistigen Urheberchaft.⁶⁴

Häufig gingen Antisemitismus und Antisozialismus eine perfide Koalition gegen Arthur Stadthagen ein. Beispielhaft ist die Begleitkampagne zum Ausschlussverfahren aus der Anwaltschaft, die konservative und bürgerliche Zeitungen führten. Am 11. Mai 1889 erschien in der „Neuen Preußischen Zeitung“ eine bezeichnende Nachricht: „Der Rechtsanwalt Arthur Stadthagen soll nach einer kürzlichen Meldung der ‚Vossischen Ztg.‘ seinen Beitritt zur Sozialdemokratie definitiv vollzogen haben, ein Vorfall, der einigen Blättern Gelegenheit gibt, über das enge Zusammenwirken des Judenthums mit der Sozialdemokratie zu sprechen. Allerdings ist dafür im vorliegenden Falle ein neuer eklatanter Beweis gegeben, doch ist von größerem Gewicht wohl die Frage, in wie weit sich die Stellung eines offenen Anhängers der Sozialdemokratie mit derjenigen eines Rechtsanwalts verträgt.“⁶⁵ Hier liest sich die Forderung nach dem Ausschluss aus der Anwaltschaft ganz offen heraus, für die sogar ein Präzedenzfall aus Düsseldorf herangezogen wurde: Die Tätigkeit eines Rechtsanwalts sei mit sozialdemokratischer Grundhaltung unvereinbar.

Stadthagen selbst schrieb, die Eingriffe der konservativen Justiz in seine Tätigkeit als Rechtsanwalt hätten bereits 1886 begonnen, als er den Arbeiterinnenverein verteidigte. Die Staatsanwaltschaft verwehrte ihm im November dieses Jahres die Akteneinsicht, reagierte auf seine Beschwerde mit dem Vorwurf der Verletzung seiner Berufspflicht und schaltete schon damals das Ehrengericht ein. Bevor es jedoch zur Verfahrenseröffnung kommen konnte, sei der Schriftsatz vom Oberstaatsanwalt wieder zurückgefordert worden. Stattdessen habe dieser nun eine Klage wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft und der Strafkammer I sowie

63 Siehe Antisemiten-Chronik, S.149f.

64 Siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Konitzer_Mordaff%C3%A4re, 08.09.2008.

65 Neue Preußische Zeitung, 11.5.1889, in: LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 12.

des Landgerichtspräsidenten Angern eingereicht.⁶⁶ Stadthagen folgerte: „Dieser Vorgang hatte den Vortheil zu Gunsten des Ober-Staatsanwalts, daß selbst im Fall meiner Freisprechung ich dennoch ehrengerichtlich hätte verfolgt werden können. Ein ehrengerichtliches Verfahren hat wegen dieser Angelegenheit aber nicht stattgefunden. Die Strafkammer verurtheilte mich am 27. Mai 1887 wegen lediglich formeller Beleidigungen zu 1000 M. Geldstrafe. Das Gericht anerkannte in dem Urtheil, daß ich in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und daß die Verweigerung der Akten erfolgt sei. Diese Anklage ist deshalb bemerkenswerth, weil in der Sitzung der Staatsanwalt Heppner nicht nur den Antrag auf eine längere Freiheitsstrafe stellte, sondern ferner beantragte, meinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, da es insbesondere ‚eine unerhörte, verletzende Unterstellung‘ sei, von der Anklagebehörde, wie meinerseits geschehen, zu behaupten (und unter Beweis zu stellen), daß die Staatsanwaltschaft von anderen Rücksichten als von denen einer Rechtsverfolgung, nämlich von politischen Rücksichten bei ihrem Einschreiten gegen die bezeichneten Frauen und deren Verein sich habe leiten lassen, und nur politische Zwecke im Auge gehabt habe.“⁶⁷

Man kann dieser Darstellung Stadthagens entnehmen, dass seine Analyse des Verhältnisses von Macht, Klasseninteresse und Rechtsverständnis bereits 1886/87 soweit entwickelt war, dass er selbst von einer eindeutigen Klassenbindung der Rechtsprechung ausging. Auch dies deutet, was die Beantwortung der Frage nach Stadthagens Eintritt in die SAPD anbelangt, eher auf das Jahr 1884 hin.

In seiner weiteren Argumentation ging Stadthagen minutiös auf den Ablauf der Verhandlungen und auf die Anklage gegen ihn beim Ehrengerichtshof ein. Nebenbei stellte er fest, dass es wohl ein Vorsatz der konservativen Justiz gewesen sein müsse, ihn vor das Ehrengericht zu bringen, zumal er erhebliche Formfehler nachweisen zu können meinte. „Zwei – nicht sozialdemokratische – ältere Anwälte, an die ich mich in dieser Angelegenheit wendete, meinten, es sei die Anklage nur dann begreiflich, wenn gegen mich in politischer Hinsicht etwas vorliege“, schlussfolgerte er an gleicher Stelle.

Sein politischer Erfolg ließ seine konservativen Berufskollegen nicht ruhen. „Gegen den sozialistischen Reichstagsabgeordneten Rechtsanwalt Arthur Stadthagen ist seitens des Ehrenrathes der Anwaltskammer ein Disziplinar-Verfahren eingeleitet worden. Es handelt sich, wie wir hören, um einen Verstoß gegen die Gebühren-Ordnung und um einen Angriff gegen den preußischen Richterstand, welcher in einer auf ‚Tivoli‘ gehaltenen Rede enthalten war“, eröffnete die „Berliner Zeitung“ vom 18. April 1891 ihrer Leserschaft.⁶⁸

Gerade an diesem Fall offenbart sich, wie die Klassenjustiz im Kaiserreich funktionierte.

66 Siehe Stadthagen, Ausschließung.

67 Ebenda.

68 LAB, A Pr.Br. Rep 030, Nr. 13183, Bl. 102.

Die Anklageschrift warf ihm unter anderem „bewußte Gebührenüberhebung“ und die Wahrnehmung eigener Interessen vor. Dahinter stand der Vorwurf der bewussten Bereicherung. Ohne im Einzelnen die Ausführungen Stadthagens nachzuvollziehen zu können, muss man feststellen, dass er glaubhaft diese Anschuldigungen entkräftete. Das ihm zur Last gelegte angeblich zu hoch berechnete Honorar entpuppte sich als unterhalb der üblichen Honorarpraxis liegend. Ein ihm als unrechtmäßig vorgeworfenes Extrahonorar hatte ihm sein Mandant zwar angeboten, Stadthagen hatte dieses jedoch abgelehnt.

Insgesamt gelang es Arthur Stadthagen eindrucksvoll, das Netz der Unwahrheiten, Verdrehungen und bewussten Fehlinterpretationen, die den Rechtsgrundsatz „Im Zweifelsfall für den Angeklagten“ eklatant verletzten, als zielgerichtete Ausgrenzung eines „Nestbeschmutzers“ zu entlarven. Doch stand das Urteil a priori bereits fest.

Am 17. November 1892 verkündete das Ehrengericht der Rechtsanwaltschaft sein Urteil im Falle Arthur Stadthagens. Es lautete auf Ausschluss aus der Anwaltschaft. In der „Volks-Zeitung“ vom 22. Dezember 1892 ist folgende Beschlussrechtfertigung zu lesen: „Die Ausschließung des Reichstagsabgeordneten Stadthagen aus der Rechtsanwaltschaft durch den Ehrengerichtshof zu Leipzig ist nach dem Wortlaut des jetzt vorliegenden Urteils vom 17. November nicht erfolgt wegen des politischen Verhaltens, sondern wegen Mitwirkung eines betrügerischen Reverses und zweitens wegen grober Gebührenübertretung.“⁶⁹

Alle Gegenbeweise und Argumente, die Stadthagen zu seiner Verteidigung angebracht und in einem Beitrag im sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 30. Dezember 1892 nochmals öffentlich dargelegt hatte, waren beim Ehrengericht abgeprallt. Weder hatte er Gebühren übertreten, noch einen Revers angenommen.

Und so wurde der erste bedeutende Rechtslehrer der deutschen Arbeiterbewegung systematisch mit einem Berufsverbot belegt, das ihn offenkundig materiell beschädigen und entehren sollte. Arthur Stadthagen schien sich dieser Konsequenz durchaus bewusst gewesen zu sein. Vielleicht förderte diese, womöglich von ihm als unausweichlich antizipierte Entwicklung seinen Entschluss, Berufspolitiker zu werden. Paul Singer urteilte: „Der arme Stadthagen ist existenzlos gemacht, ein Opfer seiner etwas aufgeregten, aber durchaus edlen Art, unsre Sache zu vertreten.“⁷⁰

Für Stadthagen schien es kein Hindernis gewesen zu sein, seine berufliche Karriere aufs Spiel zu setzen; zur Not arbeitete er für die sozialdemokratische Sache. Aber auch zu Lasten seiner Gesundheit. So ging er im Wahlkampf 1889/1890 über das für ihn als chronisch Lungenkrankem Verkraftbare hinaus, so dass er auf Anraten seines Arztes vom 4. bis zum 21. August 1889 einen Genesungsurlaub auf Helgoland nehmen musste.

69 Ebenda, Bl. 135.

70 Brief Paul Singers an Louis Kugelmann vom 8.12.1892, zit. nach: Reuter, Paul Singer, S.513.

Eine weitere gesundheitliche Krise überstand er im April 1890 nach seinem Wahlsieg.⁷¹

Eine andere als die offiziell verbreitete Version des juristischen Umgangs mit Arthur Stadthagen ergibt sich aus der Aufstellung aller gegen ihn verhängten Strafen seit 1887. Hier, und das kann rückblickend nicht deutlich genug bestätigt werden, sollte ein Exempel an einem „Abweicher“ von der konservativen Grundlinie der Justiz statuiert werden, der die Interessen der Arbeiterschaft wahrnahm. Friedrich Engels gelangte zu der Erkenntnis: „Die Geschichte mit Stadthagen beweist, daß man uns auch ohne Sozialistengesetz noch hinreichend schikanieren kann.“⁷²

Arthur Stadthagen blieb den Angriffen seiner rechtsstehenden Berufskollegen ausgesetzt. Immer wieder sah er sich mit Klagen konfrontiert, die Verurteilungen verschiedener Schwere nach sich zogen. Bis 1903 wurde er mehrfach zu teilweise hohen Geldstrafen verurteilt, vorwiegend wegen „Beleidigung“ hoher Persönlichkeiten und Amtsträger. Außerdem musste er Gefängnisstrafen von insgesamt fast zwei Jahren verbüßen. Auch hier wurde „Beleidigung“ zugrunde gelegt. Stadthagens oft beißende und brillant vorgetragene Kritik am autoritären preußischen Obrigkeitsstaat hatte dieser nichts anderes entgegenzusetzen als die Form eines Maulkorbes in Form der Gefängnishaft.⁷³

6. Rechtslehrer der Arbeiterbewegung

Die SPD, wie sie nach dem Hallenser Parteitag von 1890 offiziell hieß, setzte Arthur Stadthagen im Jahr 1893 als Mitarbeiter und Rechtsberater des „Vorwärts“ ein. 1905 wurde er festangestellter Redakteur. So verfügte er wenigstens über eine ständige Einkommensquelle. Die Reichstagsdiäten und die Entschädigungen für seine Tätigkeit als Berliner Stadtverordneter flossen wohl zurück in die Kasse der Partei, wie es für die damalige Sozialdemokratie üblich war. Außerdem bezeichnete er sich nun als Schriftsteller. Das Rechtswesen blieb seine Domäne als Abgeordneter.⁷⁴

71 „Am 24.4. wurde er von einer Blutung befallen, wodurch er 14 Tage ans Bett gefesselt wurde“, wie der polizeiliche Berichtersteller notierte. Mit Blutungen sind sicher „Lungenblutungen“ gemeint, also das Abhusten von Blut. Einen weiteren Genesungsaufenthalt unternahm er im September 1890, als er sich zunächst in Bad Reichenhall aufhielt, am 12.9. nach Berlin zurückkehrte, um sich vom 14. bis 30.9.1890 erneut auf Helgoland zu kurieren. Siehe Pardemann, Geschichte, S.136 (Anm. 297), LAB, A Pr.Br. Rep. 030, Nr. 13183, Bl. 105, 108.

72 Engels an Natalie und Wilhelm Liebknecht in Berlin, 1. Dez. 1892, in: Karl Marx/Friedrich Engels. Werke, Bd. 38, Berlin 1968, S.528.

73 Siehe Pardemann, Geschichte, S.591-593.

74 Auf seine Mitarbeit an der Vorbereitung und Entwicklung des „Bürgerlichen Gesetzbuches“ (BGB) ist einleitend hingewiesen worden. Eine genauere Betrachtung wird zum Inhalt einer weiteren, für das Jahr 2009 geplanten Abhandlung gehören, die sich seiner parlamentarischen Tätigkeit widmet.

Der Blick soll sich nun auf Stadthagens juristische Schriften richten. Seine beiden Hauptwerke sind „Das Arbeiterrecht“⁷⁵ und „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“⁷⁶, die zuerst in den Jahren 1895 bzw. 1900 erschienen und in den folgenden Auflagen stets aktualisiert wurden. In all seinen Schriften⁷⁷ erweist sich Arthur Stadthagen vor allem als Rechtslehrer der Arbeiterbewegung.

In der ersten bei Hans Baake in Berlin publizierten Auflage seines Buches „Das Arbeiterrecht“ stellte Stadthagen den praktischen und handlungsorientierten, den Arbeitern und ihren Familien zugewandten Fällen und Beispielen eine Einleitung voran, die in aller Kürze das Substrat der marxistischen Analyse des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit darstellt. Sie steht für den marxistischen Kern des Stadthagenschen Rechtsdenkens, das gelegentlich in Widerspruch zur praktischen, in der Konsequenz reformistischen Handlungsorientierung zu geraten schien, zumindest jedoch als Widerspruch bewertet wurde. Beispielhaft dafür war die heftige Debatte über die Haltung der Reichstagsfraktion zur Abstimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches in der dritten Lesung im Juni 1896. Stadthagen, Karl Frohme, sein Mitstreiter in der Gesetzeskommission, Ignaz Auer und Richard Fischer hatten sich zunächst mit ihrem Plädoyer für die Zustimmung zum Gesetzesentwurf mit vierzehn gegen neun Stimmen durchgesetzt. Doch erfolgte auf Drängen August Bebels und Paul Singers eine Kehrtwende, so dass am 1. Juli 1896 die Fraktion geschlossen gegen die Vorlage stimmte.⁷⁸

In seiner Einleitung zur ersten Auflage des „Arbeiterrechts“ formulierte Stadthagen: „Lohnvertrag, Dienstvertrag oder Arbeitsvertrag heißt derjenige Vertrag, durch welchen Jemand seine (geistige oder körperliche) Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit einem Anderen gegen eine bestimmte Vergütung (Zahlung oder

75 Arthur Stadthagen: Das Arbeiterrecht: Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag der Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung; Mit Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen u.s.w, Berlin 1895, 352 S.

76 Ders.: Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch: gemeinverständliche Darstellung der für die erwerbsthätige Bevölkerung wesentlichen Rechtsverhältnisse; mit Beispielen und Formularen. Bes. Ausg., Stuttgart 1900. XVI, 287 S.

77 Weitere Schriften von Stadthagen: Die „Zuchthausvorlage“, in: Die neue Zeit, 17. Jg., 1898-99, H. 39, S.388-398; Charakteristik der Insteleute, in: ebenda, H. 51, S.787-790; Führer durch das Unfall-Versicherungs-Gesetz: die Novelle zur Gewerbeordnung vom 30.7.1900, die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 30.6.1900, erster Nachtrag zum „Arbeitsrecht“, Stuttgart 1900; Ausnahmerechte gegen die ländlichen Arbeiter in Deutschland, in: Die neue Zeit, 18. Jg., 1899-1900, H. 13, S.388-398; Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung vom Dezember 1908, Stuttgart 1909 (Nachtrag zum Arbeitsrecht); Gesetz über die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern, Berlin 1914; Unter dem Belagerungszustand: stenographischer amtlicher Bericht über die Reden der Abgeordneten Stadthagen und Ledebour nebst einigen anderen Reden im Reichstage am 20.3.1915; Gesetz betr. den vaterländischen Hilfsdienst, o.O., ca. 1917.

78 Siehe Hamburger, Juden, S.482, Reuter, Paul Singer, S.351. Beide berufen sich auf den Brief Bebels an Victor Adler vom 28.6.1896.

sonstige Gegenleistung) überläßt. Derjenige, der seine Arbeitskraft hingiebt, der die Arbeit leistet, der also der eigentliche Arbeitgeber ist, wird nicht Arbeitgeber, sondern Arbeitnehmer (Arbeiter, Lohnarbeiter) genannt. Als Arbeitgeber (Unternehmer) wird der Käufer der Arbeitskraft bezeichnet. Ihm gibt der Arbeiter seine Arbeitskraft deshalb, weil seine Arbeitskraft sein einziger Reichtum ist und er diesen nur durch Verdingung verwerthen kann, so lange die Produktionsmittel – Maschinen, Grund und Boden, Bergwerke u.s.w. – im Besitze nur Einzelner sind und nicht Eigenthum der Gesellschaft und für und durch diese verwaltet werden. Der Arbeitgeber (Unternehmer, Kapitalist) giebt als Vergütung der vom Arbeiter geschaffenen Arbeit diesem einen Theil des Werths der Arbeit in Gestalt des Lohns. Den überschießenden Theil – den Mehrwerth – gebraucht er zur Vermehrung seines Kapitals und zu seinem persönlichen Bedarf. Nicht mit einer Untersuchung, wie dieses Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstanden ist, wie es zu ändern ist und umgestaltet werden wird, sondern lediglich mit den aus diesem Arbeitsverhältniß zur Zeit bestehenden Rechten und Pflichten des Arbeiters beschäftigt sich das vorliegende Buch.⁷⁹

Hier trennte Stadthagen genau zwischen theoretischer Erkenntnis und praktischer Aufklärung. Dieses Buch sollte den Arbeitern helfen, ihre Rechte zu erkennen und wahrzunehmen. In drei Buchteilen erläuterte er die Rechte und Pflichten aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis, das Verfahren bei Streitigkeiten aus diesem und gab den Betroffenen Beispiele und Formulare für Anträge, Klagen, Beschwerden und Berufungen an die Hand: von Klauseln des Arbeitsvertrages über eine allgemeine Rechts- und Gerichtskunde bis hin zu Handreichungen für Privatklagen, Anträgen auf Sozialversicherungsleistungen usw. Beinahe nichts blieb unbearbeitet. „Das Arbeiterrecht“ vermittelte den Arbeitern Wissen über das Rechtswesen und vor allem Kenntnisse ihrer eigenen Rechtslage in einer praxisnahen Darstellungsweise. Dass es eine hohe Auflage erreichte, ist daher kaum verwunderlich. Und so schrieb der Autor im Vorwort zur dritten Auflage zu Neujahr 1900, die im Titel nun mit dem Zusatz „unter besonderer Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs“ erschien: „Im Jahre 1895 erschien die erste Auflage des ‚Arbeiterrechts‘. Die große Auflage war bald nach ihrem Erscheinen vergriffen. Auch die zweite Auflage ist seit Jahr und Tag völlig vergriffen. 33000 Exemplare wurden in kaum Jahresfrist, vornehmlich in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkreisen, abgesetzt. Von verschiedenen Seiten wurde mir seit längerer Zeit nahe gelegt, eine neue Auflage erscheinen zu lassen. Indes würde eine neue Auflage gegenüber den großen Umwälzungen, die durch das Bürgerliche Gesetzbuch, die Zivilprozeßnovelle, die Gewerbeordnungsnovelle, das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das neue Invalidenversicherungsgesetz usw. hervorgerufen sind, doch ihren praktischen Wert wenigstens für die Zeit vom 1. Januar 1900 an eingebüßt haben. Es erschien mir unthunlich, ein auch von ärmeren Kreisen vielfach gekauftes Werk erscheinen zu lassen, das in weni-

79 Stadthagen, Arbeiterrecht, 1895, S.10.

gen Jahren unbrauchbar werden mußte. Die älteren Auflagen sind durch die erwähnten Gesetze wertlos geworden.“ Auch hier informierte er den Leser über seine pädagogische Absicht, denn er „will dem gewerblichen Arbeiter die Möglichkeit erleichtern, die wenigen Rechte, die ihm aus dem Arbeitsvertrag und aus der sogenannten sozialpolitischen Gesetzgebung erwachsen, kennen zu lernen und möglichst selbständig wahrzunehmen, sowie da, wo er als Gewerbegerichtsbeisitzer oder in anderen behördlichen Stellungen fungiert, seiner Aufgabe nachzukommen [...] Eine Reihe von Beispielen und Formularen zu Klagen, Anträgen, Berufungen und Beschwerden [...] soll den einzelnen bei der Wahrnehmung seiner Rechte unterstützen. Die mir von verschiedenen Seiten aus geäußerten Wünsche und eine fünfzehnjährige Erfahrung, in der ich jährlich Tausenden von Arbeitern zu raten Gelegenheit hatte, erweisen mir die Zweckmäßigkeit einer solchen Stütze.“⁸⁰

Im Vorwort zur vierten Auflage, in der er erneut aus Gründen der Rechtsaktualität Umstrukturierungen vornahm, kritisierte er die damalige Rechtspolitik: „Leider wird man noch auf Jahre hinaus mit einer Gesetzgebung rechnen müssen, die in kleinen Brocken hier und da Verbesserungen, aber auch Verschlechterungen vornimmt und deren sporadisches, stückweises, unorganisches Vorgehen die Unübersichtlichkeit der Materie fördert, die Rechtssicherheit mindert.

Die überreichlichen Anerkennungen, die dem ‚Arbeiterrecht‘ von den verschiedensten Seiten aus geworden, zeugen von dringender Notwendigkeit einer den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragenden Darstellung des geltenden Rechts.“⁸¹

In der vierten Auflage schrieb Stadthagen über die geschichtliche Entwicklung des Arbeitsvertrages: „[...] die wirtschaftliche Entwicklung ist mächtiger als die brutalsten gesetzlichen Schranken und die scharfsinnigsten theologisch-philosophisch-juristischen Tüfteleien. Der sich entwickelnde Kapitalismus bedarf der Arbeit Freier. Und der Drang nach Betätigung der menschlichen Kraft läßt sich nicht aus der Welt bannen. So wenig wie naturgeschichtliche Wahrheiten lassen die durch den notwendigen Entwicklungsgang der Weltgeschichte gezeigten Ideen sich in Gefängnissen oder Zuchthäusern einkerkern oder durch Kanonen töten oder durch scheinheilige frömmelnde Vertröstungen bannen.“ Die mangelnde Widerspiegelung des für ihn erlebbaren Kapitalismus und dessen Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit im Rechtswesen brachte ihn zu folgender Bewertung: „Ganz und gar fehlt dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine Berücksichtigung des Charakteristischen der heutigen kapitalistischen Produktionsweise, daß der Arbeiter seine eigene Arbeitskraft als Ware für den wirtschaftlichen Betrieb eines anderen verwendet und selbst zu einem Gliede des Erwerbsgeschäfts wird.“⁸²

80 Ders., Vorwort zur dritten Auflage, in: *Arbeiterrecht*, 4., durchges. und verm. Auflage, Stuttgart (1904), S.III f.

81 Ders., Vorwort zur vierten Auflage, in: *Arbeiterrecht*, 1904, S.V.

82 Ders., *Arbeiterrecht*, 1904, S.7, 10.

Mit anderen Worten: Arthur Stadthagen achtete stets darauf, dass seine praktischen Handlungsanleitungen nicht ohne den Bezug zur Analyse der Gesellschaft als einer – marxistisch betrachteten – Klassengesellschaft blieben. Die Arbeiter sollten wissen, dass ihre endgültige Freiheit nicht im Kapitalismus zu erreichen ist. Lob erhielt Stadthagen nicht nur aus den Reihen der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaftsbewegung. Stellvertretend für andere Besprechungen, die Stadthagen auszugsweise in der vierten Auflage berücksichtigte, sei folgende Annotation aus der Zeitschrift „Der Verwaltungsbeamte“ vom 1. November 1900 zitiert: „Das Werk kann jedem auf das wärmste empfohlen werden, der mit diesen Gesetzen überhaupt in Berührung kommt. In erster Linie ist es für den Arbeiter bestimmt, nicht minder aber empfiehlt es sich für den Arbeitgeber. Für beide Teile ist das Werk geradezu unentbehrlich. Der an sich trockene Stoff ist zusammenhängend, flüssig und interessant dargestellt und gibt in großer Ausführlichkeit auf alle Fragen genaue Auskunft [...] Durch historische Rückblicke auf die Rechtsentwicklung gewinnt das Werk besonders. Es sollte in keiner Bibliothek fehlen.“⁸³

Stadthagens zweites Werk „Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch“ ähnelte in seiner praxisorientierten Handlungsanleitung im Aufbau dem „Arbeiterrecht“. Auch dieses Buch erlebte vier Auflagen.

Doch damit war sein Wirken als Rechtslehrer der Arbeiterbewegung nicht erschöpft. Seit 1906 lehrte Arthur Stadthagen an der in jenem Jahr von August Bebel am 15. November eröffneten Parteischnule der SPD in Berlin. Dort unterrichtete Stadthagen „Arbeiterrecht, Soziale Gesetzgebung, Gesinderecht, Verfassung“ bzw. „Arbeiterrecht und soziale Gesetzgebung“ in einem Umfang von 90 (1906/07) bis 56 (1913/14) Stunden.⁸⁴ Die Lehrtätigkeit dauerte wie die der Parteischnule insgesamt bis zum Frühjahr 1914, als das letzte Kurslehrjahr vor dem Krieg endete.

Darüber hinaus bildete Arthur Stadthagen viele Arbeitersekretäre aus. Dies wird an der Arbeiterbildungsschnule in Berlin geschehen sein, die 1891 von Wilhelm Liebknecht gegründet worden war.⁸⁵ Damit leistete Stadthagen einen Beitrag zur Bildungsarbeit der Gewerkschaftsbewegung.

Stadthagen diente als Rechtsberater nicht zuletzt seinen Freunden und Genossen. Bekannt ist seine enge Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg, die er von 1900 an in ihrem Scheidungsprozess beriet, um ihre Scheinehe mit Gustav Lübeck aufzulösen.⁸⁶

83 Ebenda, Rezensionstexte zur dritten Auflage nach S.627.

84 Siehe Fricke, Handbuch, Bd.1, S.694f.

85 Siehe Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus, Bd. I, Hannover 1960, S.297; Walther Killy/Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie, Bd. 9, München 1998, S.431; Gabriele Gerhard-Sonnenberg: Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Republik (MASCH), Köln 1976, S.38.

86 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd. 6, Berlin 1993, S.45.

Arthur Stadthagen starb am 5. Dezember 1917 in Berlin an den Folgen einer verschleppten Nieren- und Bauchfellentzündung.⁸⁷

Seine Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie in der Epoche ihres Aufstiegs und ihrer organisatorischen Festigung ist bislang noch nicht näher bestimmt worden. Dies wird eine der Hauptaufgaben sein, die ich mir für die weitere Beschäftigung mit seinem Leben und Wirken gestellt habe. Als Zwischenbilanz möchte ich feststellen, dass Arthur Stadthagen der erste bedeutende Rechtslehrer war, den die deutsche Arbeiterbewegung hatte. Seine populären Darstellungen der Rechtsverhältnisse lehrten die „kleinen Leute“, welche Rechte sie hatten, welche Rechtsmittel ihnen zustanden, und wie man sich Recht verschaffen konnte. Als Rechtslehrer, Rechtspolitiker und Sozialist hatte er einen bedeutenden Anteil am Aufstiegsprozess der Sozialdemokratie von einer illegalen kleinen zu einer großen und organisatorisch festen Massenpartei. Hätte er die Novemberrevolution er- und überlebt, wäre Arthur Stadthagen gewiss ein erstrangiger Kandidat für eine zentrale Position in der Justizverwaltung oder für ein Ministeramt der Justiz geworden. Dieser Triumph über seine Gegner, auch die innerparteilichen, blieb ihm versagt. Seine Bedeutung sollte endlich anerkannt werden.

87 Siehe Mitteilungsblatt des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, Nr. 37, 15.12.1917, S.4.

Walter Ulbricht und Gerhart Eisler – Skizze einer seltsamen Freundschaft

Ronald Friedmann¹

Im Jahre 1981 erschien im Berliner Dietz-Verlag, dem parteieigenen Verlag der SED, ein Buch, das eine bemerkenswerte Vorgeschichte hatte: „Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte“.² Bei diesem Buch handelte es sich um eine Auswahl von Artikeln, Reden und Kommentaren von Gerhart Eisler (1897-1968), der interessierten Öffentlichkeit vor allem als langjähriger Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees der DDR bekannt. Diesen Texten von Eisler aus den Jahren 1956 bis 1968 vorangestellt war ein Vorwort, das mit „Der Verlag“ gezeichnet war. Vervollständigt wurde das Buch durch eine biografische Skizze, die Hilde Eisler, die Witwe von Gerhart Eisler, verfasst hatte.

Ursprünglich war vorgesehen gewesen, dieses Buch bereits im Jahre 1970 herauszugeben. Auf der Leipziger Buchmesse war bereits ein Blindband ausgelegt worden. Doch die neuen Entwicklungen im Verhältnis zwischen der DDR und der BRD, die mit den Besuchen von Willy Brandt im März 1970 in Erfurt und Willi Stoph in Kassel im Mai 1970 ihre damaligen Höhepunkte hatten, ließen die Veröffentlichung dieser ausgesprochen polemischen Texte aus der Feder von Gerhart Eisler als nicht opportun erscheinen: Der Verzicht auf die Herausgabe des Buches zu diesem Zeitpunkt reihte sich ein in eine Vielzahl von Maßnahmen, die in der Bevölkerung der DDR spöttisch als „Brandt-Schutzwochen“ bezeichnet wurden.³

Erstaunlich ist, dass das Buch 1981, also elf Jahre später, dann doch noch erschien. Sogar das Vorwort wurde nahezu unverändert übernommen, obwohl in der ursprünglichen Fassung des Buches immerhin der vormalige Staats- und Parteichef Walter Ulbricht als Autor des Vorwortes genannt worden war.

Hervorzuheben in der von Walter Ulbricht im Jahre 1970 autorisierten Fassung des Vorworts ist vor allem ein Satz, der in der Fassung von 1981 aus naheliegenden Gründen nicht veröffentlicht wurde: „Es war kein Zufall, daß Gerhart [Eisler] zu meinem engsten Freundeskreis gehörte.“ Und faktisch als Erläuterung und Begründung für die vorangegangene Aussage: „Mehr als vier Jahrzehnte haben wir als verantwortliche Funktionäre der revolutionären Arbeiterbewegung in den vordersten Reihen am Klassenkampf teilgenommen.“⁴

1 Vom Autor erschien 2007 im Berliner Verlag edition ost: Ronald Friedmann: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie.

2 Gerhart Eisler: Auf der Hauptstraße der Weltgeschichte. Artikel, Reden und Kommentare 1956-1968, Berlin 1981.

3 Siehe Hilde Eisler an Franz Dahlem, 15.2.1978, BArch, NY 4072/176, Bl.212-214.

4 Ebenda, Bl.218.

Tatsächlich hatten Walter Ulbricht und Gerhart Eisler seit Anfang der Zwanzigerjahre immer wieder politisch eng zusammengearbeitet oder waren auf andere Weise durch politische Ereignisse und Entwicklungen miteinander verbunden gewesen. In den Sechzigerjahren gehörten sie zu den nur noch ganz wenigen Spitzenfunktionären der SED, die bereits in den Zwanzigerjahren zur engeren Führung der KPD gehört hatten. Doch ob man das Verhältnis von Walter Ulbricht und Gerhart Eisler in der DDR tatsächlich als Freundschaft bezeichnen kann, wird wohl eine Streit- und Interpretationsfrage bleiben. Ein Zeitzeuge, der Walter Ulbricht und Gerhart Eisler Ende der Fünfziger- und Anfang der Sechzigerjahre immer wieder im Umgang miteinander erlebte, beschrieb diese Beziehung mit den Worten: „Da war mehr als nur die Verbindung über die Partei.“⁵ Und auch die Berichte anderer Zeitzeugen bestätigen diese Einschätzung.⁶ Sein besonderes Verhältnis zu Walter Ulbricht hatte für Gerhart Eisler zur Folge, dass er in bestimmten kritischen Situationen in den frühen Jahren der DDR den Schutz und die Protektion Ulbrichts genoss. So konnte er in den folgenden Jahren immer wieder Einfluss auf wichtige gesellschaftspolitische Entscheidungen nehmen, wobei dieser Einfluss weit über den Rahmen seiner jeweiligen offiziellen Funktion hinausging.

Gerhart Eisler wurde am 20. Februar 1897 in Leipzig in der Familie des österreichischen Philosophen Rudolf Eisler (1873-1926) geboren. Seine Geschwister waren Elfriede Eisler (1895-1960), die unter dem Namen Ruth Fischer in der ersten Hälfte der Zwanzigerjahre eine führende Rolle in der KPD spielte, später dann aber auf explizit antikommunistische Positionen wechselte, und Johannes Eisler (1898-1962), der unter dem Namen Hanns Eisler einer der bedeutendsten Komponisten des 20. Jahrhunderts wurde. Seine Kindheit und Jugend verbrachte Gerhart Eisler in Wien, wo er in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg über die Wiener Jugendkulturbewegung um Siegfried Bernfeld,⁷ einer „Mischung von bürgerlicher und sozialistischer Bewegung der Mittelschüler“⁸, wie er es selbst beschrieb, bereits früh Kontakt zur sozialistischen Bewegung in Österreich hatte.

Vom Frühjahr 1915 bis zum Herbst 1918 musste der erklärte Kriegsgegner Gerhart Eisler als mehrfach hochdekoriertes⁹ Angehöriger des österreichisch-unga-

5 Gespräch mit Norbert Podewin am 31. August 2006 in Berlin.

6 Siehe z. B.: Herbert Graf: *Mein Leben. Mein Chef Ulbricht. Meine Sicht der Dinge*, Berlin 2008, S. 211, 290.

7 Siehe z. B.: Peter Dudek: *Fetisch Jugend. Walter Benjamin und Siegfried Bernfeld – Jugendprotest am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Bad Heilbrunn 2002.

8 Nathan Nowotwicz: *Wir reden hier nicht von Napoleon. Wir reden von Ihnen! Gespräche mit Hanns Eisler und Gerhart Eisler*, Berlin 1971, S.215.

9 So wurde Eisler beispielsweise am 20. Oktober 1917 mit „Allerhöchster Entschliebung“ „Seine[r] Kaiserliche[n] und Königliche[n] Apostolische[n] Majestät“ die bronzene „Militärverdienstmedaille am Bande des Militärverdienstkreuzes mit den Schwertern“ verliehen. – Verleihungsurkunde für Gerhart Eisler, BArch, NY 4117.

rischen Heeres, zuletzt mit dem Dienstgrad eines Oberleutnants und der Dienststellung eines Zugführers, am Ersten Weltkrieg teilnehmen. Faktisch seine gesamte Dienstzeit verbrachte er an der sogenannten Isonzo-Front, einer Hochgebirgsfront im heutigen Dreiländereck von Österreich, Italien und Slowenien.

Anfang November 1918, unmittelbar nach dem Sturz der Monarchie und der Ausrufung der Republik Österreich, konnte Gerhart Eisler nach Wien zurückkehren, wo er sich sofort der wenige Tage zuvor – unter maßgeblicher Mitwirkung seiner Schwester – gegründeten Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs (KPDÖ) anschloss. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt war er vor allem als Journalist tätig, so u. a. für die KPDÖ-Zeitung „Der Weckruf“¹⁰. Seine wichtigste Aufgabe war die Herausgabe der (kurzlebigen) theoretischen Zeitschrift der KPDÖ „Der Kommunismus“, für die er von Anfang 1920 bis Mitte 1921 verantwortlich zeichnete.

Mitte 1921 wurde Gerhart Eisler, vermutlich auf Initiative von Ernst Meyer, nach Berlin gerufen, wo er ursprünglich die Herausgabe der theoretischen Zeitschrift der KPD „Die Internationale“ leiten sollte. Tatsächlich arbeitete er zunächst als Redakteur der „Roten Fahne“, der Tageszeitung der KPD. Zeitweise war er für die Herausgabe der Abendausgabe der „Roten Fahne“ verantwortlich. Beeinflusst von seiner Schwester vertrat Gerhart Eisler zunächst linke und ultralinke Positionen, doch im April 1923 gehörte er gemeinsam mit Arthur Ewert, Heinz Neumann und Hans Pfeiffer zu den Begründern einer innerparteilichen Plattform, der sogenannten Mittelgruppe, die sich zwischen den widerstreitenden Parteilinken um Ruth Fischer und Arkadij Maslov und den Parteilinken um Heinrich Brandler und August Thalheimer positionierte.

Im Frühsommer 1923 wurde Gerhart Eisler Oberbezirksleiter der KPD für die mitteldeutschen Bezirke und damit offiziell der Verantwortliche der Parteizentrale für die Anleitung und Kontrolle der politischen und organisatorischen Arbeit der Bezirksleitungen der KPD in Sachsen, Thüringen, Halle-Merseburg, Mecklenburg und Kassel. In dieser Eigenschaft war er aller Wahrscheinlichkeit nach maßgeblich an der Vorbereitung des „Deutschen Oktober 1923“ beteiligt, des vor allem in Moskau beschlossenen und geplanten gescheiterten Aufstandsversuchs der KPD, mit dem die politische Machtübernahme durch die Partei in Deutschland eingeleitet werden sollte. Allerdings geben die überlieferten Dokumente und Zeitzeugenberichte keinen Aufschluss darüber, welche Rolle Eisler tatsächlich in diesem Zusammenhang spielte. Es kann jedoch als sicher gelten, dass Eisler und Ulbricht in dieser Zeit erstmals enger zusammenarbeiteten, denn Ulbricht war in den Jahren zuvor in verantwortlicher Position in Thüringen tätig gewesen, bevor er nach dem Leipziger (8.) Parteitag der KPD im Januar/Februar 1923 in die Zentrale nach Berlin geholt wurde.

Nach der Übernahme der Führung der KPD durch die Ultralinken um Ruth Fischer und Arkadij Maslov im Frühjahr 1924, einer unmittelbaren Folge der

10 Ab dem 15. Januar 1919 erschien die Zeitung unter dem Titel „Die soziale Revolution“, ab dem 26. Juli 1919 dann als „Die Rote Fahne“.

Niederlage der KPD in den Herbstkämpfen 1923, wurde Gerhart Eisler – ebenso wie Walter Ulbricht – politisch kaltgestellt und von der Arbeit in der KPD weitgehend ausgeschlossen. In dieser Zeit war Eisler u. a. „Referent über Deutschland für sowjetrussische Stellen“,¹¹ wie er 1932 in einem handschriftlichen Lebenslauf schrieb, der in seiner Kaderakte im Moskauer Komintern-Archiv aufbewahrt wird.

Mit dem Wechsel der Parteiführung von Ruth Fischer und Arkadij Maslov auf Ernst Thälmann und zunächst auch Philipp Dengel im Sommer und Herbst 1925 kehrte auch Gerhart Eisler in die hauptamtliche Tätigkeit im Apparat der KPD zurück. Politisch orientierte er sich nun an der gemäßigt „rechten“ Gruppe um Ernst Meyer und Arthur Ewert, die dem „linken“ Kurs der Gruppe um Ernst Thälmann zwar kritisch gegenüberstand, diese jedoch in der Auseinandersetzung mit den ultralinken Kräften innerhalb der KPD unterstützte. Auf dem Essener Parteitag im März 1927 wurde Gerhart Eisler, der sich zu dieser Zeit wegen seiner Rolle im Herbst 1923 in Berlin-Moabit in Untersuchungshaft befand, als Kandidat, also nichtstimmberechtigtes Mitglied, in das ZK der KPD gewählt. Diese Funktion entsprach keineswegs dem Einfluss, den er tatsächlich in der Führung der KPD ausübte.

Im Februar 1928 gehörte Gerhart Eisler zu den Unterzeichnern des geheimen Abkommens, das am Rande einer erweiterten Tagung des Exekutivkomitees der Komintern in Moskau von den Delegationen der KPdSU (B) und der KPD unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen, das unmittelbarer Ausdruck der Machtkämpfe zwischen Stalin und Nikolaj Bucharin in der Führung der KPdSU war, erklärte nunmehr die „Partei-rechten“ zur Hauptgefahr. Mehr noch, schon die „Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr in der Partei“ wurde als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei erklärt, der „Kampf gegen die rechte Gefahr in der Partei“ damit zur vordringlichsten Aufgabe erhoben.¹²

Das in Moskau unterzeichnete Abkommen bedeutete somit eine vollkommene Abkehr von den Beschlüssen des Essener Parteitages. Es gehörte zur Perfidie des ganzen Vorganges, dass das Abkommen nicht nur geheim und unter Umgehung aller statutenmäßigen Gremien der beiden Parteien zustande kam und der Inhalt des Abkommens den Betroffenen offiziell nicht zur Kenntnis gegeben wurde, sondern dass zu den Unterzeichnern auch Funktionäre beider Parteien gehörten, gegen die das Abkommen ganz offensichtlich in erster Linie gerichtet war: So unterschrieb auf sowjetischer Seite neben Stalin beispielsweise auch Bucharin, auf deutscher Seite waren es nicht nur Thälmann und Dengel, die ihre Unterschrift unter das Abkommen setzten, sondern auch Eisler und Ewert.

Der Sechste Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1928 stand bereits vollkommen im Zeichen der begonnenen Verdrängung der

11 Biographie, 24. Januar 1932, RGASPI, Moskau, 495/205/154, Bl. 26.

12 Geheimes Abkommen der Delegationen der KPdSU (B) und der KPD im EKKI, Moskau, 29.2.1928, in: Hermann Weber/Bernhard H. Bayerlein (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin, Berlin 2003, S.11-112, hier S.112.

sogenannten Parteirechten und „Versöhnler“ aus der kommunistischen Bewegung. Das zeigte sich auch und vor allem bei den Vorgängen innerhalb der Delegation der KPD. Die Mehrzahl der persönlichen Angriffe der Gruppe um Ernst Thälmann während des 6. Weltkongresses richtete sich gegen Arthur Ewert, der als Mitglied des Politischen Sekretariats der KPD und Reichstagsabgeordneter eine sehr exponierte Position hatte. Doch auch Gerhart Eisler wurde das Ziel von persönlichen Attacken. Walter Ulbricht beispielsweise erklärte in seiner Diskussionsrede: „Das Zentralkomitee hat nach dem Essener Parteitag mit allen Kräften versucht, die Konzentrierung der Kräfte der Partei durchzuführen und hat fast alle Genossen, die früher zur rechten Gruppe gehörten, in verantwortlichen Funktionen beschäftigt. Aber einige dieser Genossen haben systematisch versucht, diese Funktionen auszunutzen, um ihren falschen politischen Standpunkt zum Standpunkt der Kommunistischen Partei zu machen. Das nennt man auf deutsch Fraktionsarbeit. Und diese Fraktionsarbeit der rechten Gruppe wurde mehr oder weniger von der Gruppe um Gerhart [Eisler] ausgenutzt, damit sie ihre Positionen ausbauen können.“¹³

Keineswegs im Widerspruch zu diesem Auftreten Ulbrichts steht die Feststellung von Rosa Leviné-Meyer, der Witwe von Ernst Meyer, dass Gerhart Eisler Mitte der Zwanzigerjahre ein „Gefolgsmann von Walter Ulbricht“¹⁴ war. Ulbricht war schon zu dieser Zeit ein versierter Taktiker, der in kritischen Augenblicken durchaus in der Lage war, jähe Wendungen durchzuführen, und sich dabei auch gegen vormalige Weggefährten stellte. Deutlich wurde das nicht zuletzt bei den Ereignissen in Zusammenhang mit der sogenannten Wittorf-Affäre im September und Oktober 1928, wo sich Ulbricht rechtzeitig auf die Seite der späteren Sieger schlug.

Bei der Wittorf-Affäre, die durch zahlreiche überlieferte Dokumente umfassend belegt und von der Forschung inzwischen in vielen Aspekten behandelt worden ist, handelte es sich um einen Korruptionsskandal in der Hamburger KPD, von dem der Parteivorsitzende Ernst Thälmann zwar wusste, über den er das ZK jedoch nicht informiert hatte. Für Gerhart Eisler, Arthur Ewert und andere Angehörige der fälschlicherweise als „Versöhnler“ bezeichneten vormaligen Mittelgruppe in der KPD war die Affäre eine willkommene Gelegenheit, die Auseinandersetzungen um den weiteren politischen Kurs der Partei, die sie im Sommer 1928, während des Sechsten Kominternkongresses in Moskau, eigentlich schon verloren hatten, mit einem spektakulären kaderpolitischen Beschluss neu zu beginnen: Auf eigenen Wunsch wurde Ernst Thälmann vom ZK einstimmig bis zu einer Klärung seiner Rolle bei der Behandlung der Wittorf-Affäre durch die Komintern von seiner Funktion als Parteivorsitzender entbunden. Gerhart Eisler setzte durch, dass über diese Entscheidung des ZK umgehend eine Presseeklärung veröffentlicht wurde.

13 Ebenda, S.197.

14 Siehe Rosa Leviné-Meyer: *Inside German Communism. Memoirs of Party Life in the Weimar Republic*, London 1977, S.81.

Stalin und seine Gefolgsleute in der Komintern nutzen die Affäre allerdings sofort und wirksam zu einem Gegenschlag: Thälmann wurde vollständig rehabilitiert, seine Gegenspieler wurden weitgehend ausgeschaltet. Bereits am 1. Oktober 1928 entschied Stalin persönlich, dass Gerhart Eisler „aus dem ZK ausgeschlossen und aus Deutschland abberufen werden“ müsse.¹⁵

Im November 1928 verließ Eisler Deutschland, um sich in Moskau auf seine nachfolgende mehrjährige Tätigkeit als Vertreter der Komintern in China vorzubereiten: Getarnt als Salzhändler arbeitete er von Ende Februar oder Anfang März 1929 bis zum Januar 1931 in Shanghai und anderen chinesischen Städten.

Neben der allgemeinen Sicherheitslage in China – der seit Jahren anhaltende weiße Terror bedrohte auch die westlichen Unterstützer der chinesischen kommunistischen Bewegung – war die Tätigkeit Eislers in China vor allem durch die Erfahrungen der Führung der KP Chinas mit früheren Abgesandten der Komintern belastet.¹⁶ Hinzu kam, dass die chinesische Führung sehr schnell auf eigenen, von Moskau unabhängigen Kanälen erfahren hatte, welche Umstände zur Entsendung von Gerhart Eisler nach China geführt hatten, dass es sich für ihn also im Grunde um eine Verbannung aus Deutschland handelte.

Zu den Themen, mit denen Eisler sich in China befasste, gehörte beispielsweise der Aufbau eigenständiger, also kommunistischer Gewerkschaften, wie er zu dieser Zeit von der Komintern von allen kommunistischen Parteien, unabhängig von der konkreten politischen Lage in den verschiedenen Ländern, gefordert wurde. Und Eisler war schon sehr frühzeitig in die internen Auseinandersetzungen der KP Chinas involviert, bei denen es um die Frage ging, welche Kraft – das Proletariat in den Städten oder die kleinen Bauern auf dem Land – die tragende Rolle bei einer künftigen Revolution in China spielen würde.

Nach seiner Rückkehr aus China wurde Eisler Mitarbeiter des Anglo-Amerikanischen Sekretariats der Komintern in Moskau. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 äußerte er die Bitte, zur illegalen Arbeit nach Deutschland zurückkehren zu dürfen. Doch dies wurde abschlägig beschieden, obwohl Eisler bereits 1932 „in Moskau eine lange Aussprache mit Ernst Thälmann [gehabt hatte], in der ich rückhaltlos alle meine Fehler zugab [und] Ernst Thälmann damit einverstanden [war], daß ich nach einiger Zeit zur Parteiarbeit nach Deutschland zurückkehre“, wie Eisler 1951 in einem Lebenslauf berichtete.¹⁷

Im Frühjahr 1933 war Eisler maßgeblich an der Erarbeitung eines „Offenen Briefes“ der Führung der KP der USA an die Mitglieder der Partei beteiligt, mit dem nach jahrelangen parteiinternen Fraktions- und Flügelkämpfen ein politischer Neuanfang der Partei bewirkt werden sollte. Von Frühsommer 1933 bis

15 Josif Stalin: Chiffretelegramm an Wjatscheslaw Molotow, Tuapse, 1.10.1928, in: Weber/Bayerlein, Thälmann-Skandal, S.153f.

16 Im Dezember 1927 hatten Heinz Neumann und Besso Lominadse in Kanton im Auftrag Stalins einen erfolglosen bewaffneten Aufstand ausgelöst, bei dessen Niederschlagung rund 25.000 Kommunisten getötet wurden.

17 Biografie des Genossen Eisler, 13. Juli 1951, BArch, DY 30/IV 2/11/V 749, Bl.107.

zum Frühsommer 1936 war Eisler unter dem Decknamen Edwards illegal als offizieller Vertreter der Komintern in den USA tätig. Seine wesentliche Aufgabe bestand darin, wie er 1953 in einem Bericht für die Zentrale Parteikontrollkommission der SED schrieb, „in den Vereinigten Staaten der amerikanischen Kommunistischen Partei [zu] helfen [...], die im Offenen Brief formulierten Aufgaben durchzuführen.“¹⁸ 1935 nahm er unter dem Namen John Gerhart als offizielles Mitglied der Delegation der KP der USA am Siebenten Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau teil. Bei dieser Gelegenheit wurde in Gesprächen u. a. mit Georgij Dimitrov und Wilhelm Pieck entschieden, dass Gerhart Eisler wieder zur Arbeit in der KPD zugelassen werden würde.

Im Sommer 1936 arbeitete Eisler zunächst einige Monate mit Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und anderen Funktionären der KPD in der neugeschaffenen Auslandsleitung in Prag, dann kurze Zeit in Paris, bevor er im Herbst 1936, wenige Wochen nach Beginn des Bürgerkriegs, nach Spanien ging. Dort wirkte er maßgeblich am Aufbau des „Deutschen Freiheitssender 29,8“ mit, der vom Januar 1937 bis zur Niederlage der Spanischen Republik im März 1939 regelmäßig auf Kurzwelle nach Deutschland sendete. Eisler verließ Spanien allerdings bereits im Sommer 1937 wieder, um in Paris im Auslandssekretariat der KPD zu arbeiten, das im Februar 1937 im Gefolge einer faktischen Auflösung der vormaligen Führungsstrukturen der KPD geschaffen worden war. Leiter des Auslandssekretariats war zunächst Ulbricht. Eisler war, wie zuvor auch schon in Prag, vor allem publizistisch tätig. So arbeitete er weiterhin für den „Freiheitssender 29,8“, schrieb aber auch für die illegal in Deutschland verbreitete „Rote Fahne“. Vor allem jedoch war er für die Chefredaktion der theoretischen Zeitschrift der KPD „Die Internationale“ verantwortlich.

Ganz offensichtlich pflegten Ulbricht und Eisler zu dieser Zeit sehr enge Arbeitsbeziehungen, denn Herbert Wehner, 1935 auf der Brüsseler Konferenz der KPD als Kandidat in das Politbüro gewählt, beklagte noch in seinen 1946 verfassten „Notizen“, als er längst aus der KPD ausgeschlossen und Mitglied der SPD war, dass Walter Ulbricht in Prag und Paris Gerhart Eisler „bedeutend mehr Zeit und Aufmerksamkeit“ gewidmet habe als „den mit ihm von der Konferenz in die neue Leitung gewählten Genossen.“¹⁹

Ende August 1939, wenige Tage vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, wurde Gerhart Eisler in Paris verhaftet. Nach mehreren Wochen Einzelhaft kam er Ende September oder Anfang Oktober 1939 in das in ein Internierungslager umfunktionierte vormalige Pariser Tennisstadion „Roland Garosse“. Dort traf Eisler faktisch alle Mitglieder des Auslandssekretariats der KPD wieder, das nach der Rückberufung Ulbrichts nach Moskau unter der Leitung von Franz Dahlem gestanden hatte. Zwei Wochen später wurden die Internierten in das berühmte Lager „Le Vernet“ im französischen Pyrenäenvorland gebracht, wo Eisler mehr als ein Jahr eingesperrt blieb. Um den Jahreswechsel 1940/1941 wurden Eisler und weitere Internierte in

18 Bericht von Gerhart Eisler, 16. April 1953, BArch, DY/IV 2/41/155, Bl.22.

19 Herbert Wehner: Zeugnis, Köln 1982, S.164.

die Gegend von Marseille verlegt, von wo aus sie ihre Ausreise aus Frankreich und die Überfahrt nach Mexiko betreiben konnten, das allen ehemaligen Spanienkämpfern, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Asyl gewährt hatte.

Ende Mai 1941 gelang Eisler an Bord eines französischen Frachtschiffes die Ausreise aus Frankreich, doch während eines notwendigen Zwischenaufenthaltes in New York wurden ihm und weiteren antifaschistischen deutschen Emigranten die Weiterreise nach Mexiko untersagt. Gerhart Eisler war daher gezwungen, die Jahre des Exils – entgegen seinen ursprünglichen Plänen – in den USA zu verbringen. Schon sehr frühzeitig begann die Bundespolizei FBI, ihn im Hinblick auf seine politische Vergangenheit regelmäßig und umfassend zu überwachen.

Gerhart Eisler zählte ohne Frage zu den bedeutendsten Publizisten der antifaschistischen deutschen Emigration. Diesen Ruf verdankte er nicht nur seiner umfangreichen und vielfältigen Arbeit für die Exilpresse der KPD, also beispielsweise die „Rote Fahne“, die „Internationale“ und die „Deutsche Volkszeitung“, oder für den „Deutschen Freiheitssender 29,8“, sondern in nicht geringerem Maße auch den vielen deutsch- und englischsprachigen Artikeln für US-amerikanische Zeitungen und Zeitschriften, die in den Jahren des unfreiwilligen Exils in den USA ab 1941 entstanden, auch wenn der übergroße Teil dieser Veröffentlichungen ungezeichnet oder unter einem Pseudonym erscheinen musste und erst in späteren Jahren Gerhart Eisler zugeordnet werden konnte. Die wohl wichtigste Arbeit in diesem Zusammenhang leistete er bei der Herausgabe der Zeitschrift „The German American“, die erstmals im Mai 1942 erschien. Vom ersten Tag des Bestehens an waren Gerhart Eisler und seine Mitstreiter bestrebt, den „German American“ zu einem Sammelbecken aller Hitlergegner in den USA zu machen. Als sich im Mai 1944 schließlich der „Council for a Democratic Germany“ konstituierte, in dem sich deutsche Emigranten aus einem breiten politischen Spektrum zusammenfanden, um Probleme der Entwicklung Deutschlands nach dem Ende des Krieges und dem Sturz der Hitlerdiktatur zu diskutieren, wurde die Zeitschrift zur – allerdings inoffiziellen – publizistischen Plattform des „Council“.

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs beantragte Gerhart Eisler bei den zuständigen US-Behörden eine Genehmigung für die Ausreise aus den USA und die Rückkehr nach Deutschland. Im Sommer 1946 gelang es ihm schließlich, nach wiederholten erfolglosen Bemühungen, diese Genehmigung zu erhalten. Doch buchstäblich nur Stunden vor Abreise des sowjetischen Frachtschiffes, mit dem er nach Europa zurückkehren wollte, wurde die Ausreisegenehmigung zurückgezogen und Gerhart Eisler zum Mittelpunkt einer großangelegten anti-kommunistischen Kampagne unter Federführung des FBI, die über Wochen und Monate hinweg die Öffentlichkeit in den USA beschäftigte.

Eisler wurde vorgeworfen, „Boss aller Roten in Amerika“ und der „Kommunist Nummer 1 der USA“ zu sein. Grundlage für die Kampagne waren vor allem Aussagen ehemaliger Mitglieder der KP der USA, die Eisler aus seiner Zeit als Beauftragter der Komintern in den USA kannten und um seine Rolle wussten. Sie hatten inzwischen die Seiten gewechselt und arbeiteten nun mit dem FBI und anderen US-Regierungsbehörden zusammen. Herangezogen wurden aber auch Ver-

öffentlichungen und Aussagen seiner Schwester Ruth Fischer, die ebenfalls in den USA lebte und dort beste Kontakte zu führenden Kreisen der Regierung unterhielt. Im Februar 1947 wurde Eisler als Zeuge in eigener Sache vor das „Komitee für Unamerikanisches Verhalten“ des US-amerikanischen Kongresses geladen. Da Eisler darauf bestand, vor der Verurteilung eine persönliche Erklärung abzugeben, wurde das Verhör nach wenigen Minuten abgebrochen und entschieden, Eisler wegen „Missachtung des Kongresses“ anzuklagen. Bei diesem Vorgang spielte der spätere US-Präsident Richard Nixon eine maßgebliche Rolle, der damals seine erste Wahlperiode als Mitglied des Kongresses absolvierte.

Neben der Anklage wegen „Missachtung des Kongresses“ wurde gegen Eisler ein weiteres Gerichtsverfahren eingeleitet, bei dem es um ein Passvergehen aus der Mitte der Dreißigerjahre ging: Für die Reise nach Moskau zum Siebenten Weltkongress der Komintern im Sommer 1935 hatte Eisler einen gefälschten US-amerikanischen Pass benutzt. Und es war ein drittes Verfahren wegen Steuerhinterziehung in Vorbereitung: Tatsächlich hatte Eisler die monatliche Unterstützung von knapp 100 US-Dollar, die er als politischer Flüchtling von dem der KP der USA nahestehenden „Joint Antifascist Refugee Committee“ erhielt, nicht in seiner jährlichen Einkommenssteuererklärung angegeben.

Im Rahmen der gegen ihn laufenden Kampagne wurde Eisler mehrmals in Untersuchungshaft genommen. Zudem war er mehrere Monate in Ellis Island, dem Gefängnis der US-Einwanderungsbehörde in New York, interniert, obwohl es seitens der Behörden keine Absicht gab, ihn ins Ausland abzuschieben. Bis zum Frühsommer 1949 wurde Eisler in zwei Verfahren schließlich zu insgesamt vier Jahren Haft und einer hohen Geldstrafe verurteilt. Der Zeitpunkt, zu dem diese Urteile vollstreckbar wurden, stand unmittelbar bevor. Er selbst hatte, nach eigener Aussage, alle Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung standen, ausgeschöpft, um in der Öffentlichkeit gegen die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vorzugehen.²⁰ Am 6. Mai 1949 verließ Gerhart Eisler deshalb als blinder Passagier an Bord des polnischen Passagierschiffes „Batory“ illegal die USA. Anfang Juni 1949 kehrte er – nach einer kurzzeitigen Inhaftierung in Großbritannien – über Prag nach Deutschland, in die damalige sowjetische Besatzungszone Deutschlands, zurück. Schon kurz nach seiner Rückkehr, im Juli 1949 wurde Eisler Mitglied des Parteivorstandes der SED. Doch bereits zu diesem frühen Zeitpunkt scheiterten die Bestrebungen Wilhelm Piecks, Eisler auch zum Mitglied des Politbüros, also des engsten Führungszirkels der Partei, zu machen, am Widerstand aus Moskau. Dort galt der vormalige „Versöhnler“ und „Bruder der Trotzkinin Ruth Fischer“²¹ weiterhin als politisch verdächtig.²²

20 Siehe Bericht von Gerhart Eisler, 16. April 1953, BArch, DY/IV 2/41/155, Bl. 50f.

21 Schriftlicher Bericht über die Ergebnisse bei der Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten der SED und beim Umtausch der Parteidokumente, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936-1953, Paderborn u. a. 2001, S.312-350, hier S.345.

22 Siehe Hermann Axen: Ich war ein Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996, S.113.

Im September 1949 wurde Gerhart Eisler Leiter der Verwaltung für Information bei der Deutschen Wirtschaftskommission, aus der wenige Wochen später die Provisorische Regierung der DDR hervorging.²³

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich der Deutsche Volksrat, dessen Mitglied Gerhart Eisler seit seiner Rückkehr aus den USA war, als Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik und setzte die Verfassung des neuen Staates in Kraft. Am 12. Oktober 1949 wurde die vormalige Verwaltung für Information in das Amt für Information beim Ministerpräsidenten der DDR umgewandelt und mit dessen Leitung wiederum Gerhart Eisler beauftragt. Er war damit, wie ursprünglich vorgesehen,²⁴ zwar nicht Mitglied der Regierung, aber in der Folge ständiger Teilnehmer aller maßgeblichen Beratungen der Regierung. Protokollarisch gesehen, hatte er als Leiter einer direkt dem Regierungschef unterstellten zentralen Behörde den Rang eines Ministers.

In den folgenden Jahren wurde Gerhart Eisler immer wieder Ziel parteiinterner Ermittlungen, deren Hintergrund seine Vergangenheit als „Versöhnler“ und sein Status als „Westemigrant“ waren. Ihren Ausgangspunkt hatten diese Ermittlungen in Moskau, das sich dabei immer wieder der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED unter Hermann Matern bediente, aber beispielsweise auch den sowjetischen Botschafter in der DDR, Vladimir S. Semenov, beauftragte, eigene Initiativen gegen Eisler zu ergreifen.²⁵

Im Ergebnis dieser Entwicklungen wurde Eisler im Sommer 1950 nicht wieder in die Führung der SED gewählt, im Herbst des Jahres verlor er sein Volkskammermandat, und er wurde aus der operativen Leitung des Amtes für Information entfernt. Im Februar 1951 musste er sich in einem ganzseitigen Artikel unter dem Titel „Ernst Thälmanns Kampf gegen die Versöhnler“, der in der Parteizeitung „Neues Deutschland“ veröffentlicht wurde, einer entwürdigenden Selbstkritik unterziehen, die ihm allerdings – vorübergehend – Luft verschaffte.

Ende 1952 wurde das Amt für Information aufgelöst, dessen offizieller Leiter Eisler immer noch war. Anfang Februar 1953 wurde er erneut von einer Untersuchungsgruppe der ZPKK vorgeladen und verhört. Vieles spricht dafür, dass es in dieser Phase darum ging, eine Anklage gegen Eisler in einem möglichen Schauprozess in der DDR nach Moskauer Vorbild vorzubereiten. Der Tod Stalins und der 17. Juni 1953 verhinderten einen solchen Prozess, doch der Status

23 Siehe Sitzung des Politbüros am 6. September 1949, BAArch, DY 30/IV 2/2/42.

24 In einem undatierten Vorschlag des Politbüros an den Parteivorstand (wahrscheinlich vom September 1949) zur Bildung der (Provisorischen) Regierung der DDR war ursprünglich von 13 Fachministern, unter ihnen Gerhart Eisler als Leiter des Amtes für Information, die Rede. Warum dieser Vorschlag nicht realisiert wurde, ließ sich nicht mehr klären. Siehe Rolf Badstübner (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S.304.

25 Siehe Rudolf Herrnstadt an W. S. Semjonow, Auszug aus einem Schreiben vom 28. November 1962, in: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, hrsg., eingeleitet u. bearb. von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg 1990, S.273.

von Eisler blieb ungeklärt: Es war ihm weiterhin verboten, Parteifunktionen auszuüben, und er hatte keine feste Anstellung.

In dieser Zeit sorgte Ulbricht persönlich dafür, dass sich Eisler seinen Lebensunterhalt durch politische Arbeit sichern konnte. Er gab immer wieder Analysen und andere Ausarbeitungen bei Eisler in Auftrag; das dafür fällige Honorar wurde Eisler regelmäßig von einem Fahrer Ulbrichts in die Wohnung gebracht. Ulbricht veranlasste auch, dass Eisler in der Parteizeitung „Neues Deutschland“ schreiben durfte, allerdings erschienen diese Beiträge ausnahmslos ungezeichnet oder unter einem Pseudonym, das keine Rückschlüsse auf den tatsächlichen Autor zuließ. Und schließlich konnte Eisler ab Sommer 1953 als journalistischer Berater und Leiter des außenpolitischen Ressorts der neugegründeten „Wochenpost“ arbeiten, die in der DDR sehr schnell große Popularität errang.

Die Maßregelungen Eislers können und müssen deshalb auch unter einem anderen Aspekt gesehen werden: Ulbricht und andere Spitzenfunktionäre waren Anfang der Fünfzigerjahre im Rahmen ihrer Möglichkeiten – und ihrer eigenen politischen Interessen – immer wieder bestrebt, bedrohte Genossen zu schützen, zum Beispiel dadurch, dass diese durch Versetzung auf untergeordnete Positionen aus dem Blickfeld der Ermittler in Moskau und Berlin genommen wurden.

Im Herbst 1955 klärte sich schließlich die Situation Eislers: In einem deutlich formulierten Brief an Ulbricht und Matern hatte Eisler eine Entscheidung über sein politisches Schicksal gefordert.²⁶ Auf Vorschlag Albert Nordens ordnete Ulbricht daraufhin die erneute Berufung Eislers in eine offizielle Funktion an: Eisler wurde Mitglied der Leitung des Staatlichen Rundfunkkomitees.²⁷

In der Folge trat Eisler immer häufiger auch als persönlicher Berater Ulbrichts in verschiedenen politischen Fragen in Erscheinung. Ende 1960 erhielt er daher, obwohl zu diesem Zeitpunkt offiziell nur Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Rundfunkkomitees, einen eigenen Sonderfernsehanschlus, der es ihm ermöglichte, jederzeit auf den besonders geschützten Leitungen des Telefonnetzes der Regierung mit Walter Ulbricht und anderen Mitgliedern der Partei- und Staatsführung zu sprechen.²⁸ Ulbricht machte es sich sehr bald zur Gewohnheit, täglich gegen 9 Uhr bei Eisler über diesen Sonderfernsehanschlus anzurufen, um mit ihm die tagesaktuellen politischen Ereignisse in der Welt zu besprechen.²⁹

Ulbricht sorgte auch dafür, dass Eisler regelmäßig an Sitzungen des Politbüros teilnahm, und zwar auch bei der Behandlung von Themen, die nichts mit der

26 Siehe Brief von Gerhart Eisler an Walter Ulbricht und Hermann Matern vom 27.9.1955, BArch, DY 30/IV 2/11/V/749, Bl.85.

27 Im Januar 1957 wurde Eisler offiziell stellvertretender Vorsitzender und im März 1962 Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees, das damals sowohl für den Rundfunk als auch für das Fernsehen zuständig war.

28 Siehe Klaus Arnold: *Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR*, Münster 2002, S.195.

29 Siehe Gespräch mit Kurt Goldstein am 8. September 2006 in Berlin.

Arbeit des Staatlichen Rundfunkkomitees zu tun hatten.³⁰ Auch dadurch hatte Eisler immer wieder die Möglichkeit, auf wichtige politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Überliefert ist beispielsweise, dass Eisler durch seine Intervention verhindern konnte, dass nach dem 13. August 1961 in der DDR der private Empfang des Westfernsehens unter Strafe gestellt wurde. Als das Vorhaben in der Parteiführung ernsthaft diskutiert wurde, erklärte Eisler, dass dies ohne Frage einen „Rückfall in das Rechtssystem des deutschen Faschismus“ bedeuten würde.³¹ Diesem Argument konnten die Verfechter einer Strafrechtsänderung nichts entgegenzusetzen, der Empfang des Westfernsehens, obwohl offiziell in höchstem Maße unerwünscht, blieb straffrei.

Am 8. Dezember 1963 hatte zeitgleich im Rundfunk und Fernsehen der DDR ein neues Sendeformat Premiere, das auf eine Idee Gerhart Eislers zurückging – das „Sonntagsgespräch des Deutschlandsenders“. Das Interesse an der Auftaktsendung, in der Walter Ulbricht von Gerhart Eisler sowie Albert Norden und Gerhard Kegel befragt wurde, war in Ost und West gleichermaßen hoch, denn seit Anfang Dezember 1963 liefen zwischen der Regierung der DDR und dem Westberliner Senat Gespräche über das sogenannte Passierscheinabkommen. Dieses ermöglichte es den Westberlinern zu Weihnachten 1963 erstmals seit dem Mauerbau knapp zweieinhalb Jahre zuvor, ihre Verwandten im Ostteil der Stadt zu besuchen. Bemerkenswert an diesem Vorgang ist die Tatsache, dass es eben Gerhart Eisler gewesen war, der bereits ein Jahr zuvor gegenüber Walter Ulbricht die Idee entwickelt hatte, über den Innenminister der DDR dem Senat von Westberlin Verhandlungen über ein solches Passierscheinabkommen anzubieten.³²

Eine andere Neuerung im Rundfunkprogramm, die gleichfalls auf Gerhart Eisler zurückging, war „DT 64“, das Jugendprogramm des „Berliner Rundfunks“. „DT 64“ war zunächst als befristeter Beitrag des Rundfunks zum dritten „Deutschlandtreffen der Jugend“ im Mai 1964 gedacht gewesen. Doch angesichts der großen Resonanz – so hatte Gerhart Eisler persönlich entschieden, dass „DT 64“ auch die Musik der bis dahin in der DDR offiziell verpönten Beatles senden durfte und sollte³³ – blieb das „Jugendstudio DT 64“, wie es nun hieß, nicht nur fester Programmbestandteil, sondern erhielt zusätzliche tägliche Sendezeit. Mit großem persönlichem Einsatz sicherte Eisler den Fortbestand von „DT 64“ auch nach dem 11. Plenum des ZK der SED im Dezember 1965, das wegen seiner verheerenden kulturpolitischen Wirkungen gelegentlich auch als Kahlschlagple-

30 Siehe Gespräch mit Achim Becker am 5. September 2006 in Berlin.

31 Siehe Episode: Antennenkrieg, Dokumentation des MDR, 7. Januar 2003, www.mdr.de.

32 Siehe Gerhard Kunze: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949-1989, Berlin 1999, S.62.

33 Siehe Heiner Stahl: Hausherrn von Morgen. Die Jugend- und Medienpolitik der SED und ihre Umsetzung im Jugendstudio DT 64 zwischen 1964 und 1971; in: Kulturation 2003, Nr. 2 (www.kulturation.de).

num³⁴ bezeichnet wird: Obwohl Erich Honecker, der auf diesem Plenum Berichterstatter war, in seiner Rede auch „DT 64“ massiv angriff, scheute er dennoch den direkten Konflikt mit Gerhart Eisler. Dieser verfügte in diesem Fall nicht nur über Rückendeckung durch Ulbricht, sondern erhielt auch Unterstützung durch die Politbüromitglieder Albert Norden und Kurt Hager, mit denen er im Exil eng zusammengearbeitet hatte.

Auf dem VII. Parteitag der SED im April 1967 wurde Gerhart Eisler als Mitglied in das Zentralkomitee gewählt. Ulbricht nutzte den Parteitag, um eine gewisse Erneuerung des ZK vorzunehmen, das laut Parteistatut das höchste Gremium zwischen den Parteitagen war. Zwar blieb die entscheidende Position der „Alten Garde“, die ihre Verdienste vor allem in den Jahren des antifaschistischen Widerstandskampfes erworben hatte, unangetastet. Doch Ulbricht sorgte dafür, dass auch eine größere Zahl – zumeist jüngerer – hochqualifizierter Fachleute, die man mit heutigen Begriffen durchaus als Technokraten bezeichnen könnte, in das ZK aufgenommen wurde. Mit der Wahl von Gerhart Eisler, der 1950 vor allem aufgrund einer Intervention aus Moskau aus der Führung der SED entfernt worden war, verband Walter Ulbricht wohl auch die Absicht, gegenüber der KPdSU ein größeres Maß an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu demonstrieren: Im Oktober 1964 war Leonid Brežnev Generalsekretär der KPdSU geworden, und Walter Ulbricht glaubte in der Folgezeit immer wieder, gegenüber dem knapp 15 Jahre jüngeren Brežnev die Rolle eines „Elder Statesmans“ spielen zu können.

Wenige Wochen nach dem Parteitag, am 2. Juli 1967, wurde Gerhart Eisler auch wieder in die Volkskammer gewählt. Am 1. Dezember 1967 wurde er Mitglied der „Kommission der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik“, wie der offizielle Titel des Gremiums lautete. Den Volksentscheid über den Verfassungsentwurf am 6. April 1968, an dessen Entstehung und Redaktion er maßgeblich beteiligt war, erlebte Gerhart Eisler nicht mehr: Er starb am 21. März 1968 während einer Dienstreise in Erevan.

Gerhart Eisler fand seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof der Sozialisten, in einem Urnengrab an der inneren Ringmauer. Eine solche Grabstätte hatte die Führung der DDR für gewöhnlich ihren höchsten Repräsentanten vorbehalten. Auch in diesem Fall ist davon auszugehen, dass die Beisetzung Gerhart Eislers an diesem Ort einem Wunsch Ulbrichts entsprach, der damit ganz offensichtlich seine hohe Wertschätzung für Gerhart Eisler demonstrieren wollte.

34 Siehe Günter Agde (Hrsg.): Kahlschlag – das 11. Plenum des ZK der SED 1965. Studien und Dokumente, Berlin 1991.

Kurt Stern – Mitglied der Stettiner Arbeiterbewegung und politischer Emigrant in Schweden

Verena Fink

„Du fragst, ob ich Heimweh nach Deutschland habe. Nach Deutschland? Das vielleicht nicht so sehr. Aber nach ‚zuhaus‘, nach Stettin. Nun, der traurige Trümmerhaufen, der einmal unsere Heimatstadt war, liegt gegenwärtig in Polen. Übrigens: wenn wir eines Tages wieder in Deutschland auftauchen – was sehr wohl geschehen kann – dann werde ich sicher Heimweh nach Schweden haben.“¹

Die Verfasserin hatte in ihrer Wohnung Dokumente von der Vorbesitzerin Lieselotte Stern gefunden. Dieser Briefwechsel von Lieselotte Stern und ihrem Verlobten und vor allem die an sie gerichteten Briefe von ihrem älteren Bruder Kurt Stern weisen eine hohe Quellendichte auf. Schnell wurde klar, dass Kurt Stern ein aktives SPD-Mitglied war, daher von den Nationalsozialisten verfolgt wurde und dann nach Schweden ausgewandert war. Er stammte aus Stettin, arbeitete dort bis 1933 für die SPD und SAP und musste im Dezember 1933 emigrieren. Wie andere Emigranten wurde er ausgebürgert.² Bisher war das Schicksal von Kurt Stern in der Literatur³ vor allem deshalb bekannt, weil er 1933 auf dem Weg zu einer weiteren Vernehmung aus dem zweiten Stock des Stettiner Polizeigefängnisses gesprungen war und als Folge des Sturzes einen Arm verloren hatte.

Sterns Briefe, die er zwischen 1946 und 1952 an Lieselotte verfasst hatte, gewähren einen tiefen Einblick aus der privaten, ganz persönlichen Sicht. Sie verdeutlichen, dass es Kurt Stern wichtig war, aus der schwedischen Emigration heraus wieder Kontakt zu seinen Genossen aus der Stettiner Zeit aufzunehmen,⁴ eben-

1 Brief Kurt Stern an Lieselotte Stern vom 13.6.1948, Privatarchiv Verena Fink (alle weiteren, nicht mit einer anderer Quelle genannten Briefe siehe ebenda).

2 Siehe zu seiner Ausbürgerung die Akte in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Inland II / AB, Ausbürgerungen, 258. Liste (R 99935), Bl. 585.

3 Z. B. in: Wilhelm Matull: Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriss einer Geschichte, Leistung und Opfer, Würzburg 1973, S.269; Ausbürgerungsakte; Michael Benz: Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude, Linksozialist, Emigrant 1911-1977, S.94, 95, 105, Essen 2007; Jörg Bremer: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933-45 (=Campus Forschung, Bd. 35), Frankfurt/Main 1977, S.87f.; Werner Lamprecht: Zum antifaschistischen Kampf von Mitgliedern der SPD, der SAP und der Gewerkschaften in Stettin (1933-1935), in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch, Bd. 8, Weimar 1968/1969, S.105.

4 Siehe auch Bremer, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, S.123.

so, von seinen Genossen, die Funktionäre gewesen waren, wahrgenommen zu werden.⁵ Er selbst war offensichtlich kein Funktionsträger.⁶

Die Briefe von Kurt Stern sind Teil einer umfangreichen privaten Briefsammlung, die seine jüngere Schwester Lieselotte aufbewahrt hatte und viele Jahre nach deren Tod 1982 in ihrem Haus in Rendsburg gefunden wurden. Der andere Teil besteht aus der privaten Korrespondenz zwischen Lieselotte und ihrem Verlobten bzw. ihrem späteren Mann, diese Briefe stammen aus der Zeit zwischen 1936 und 1946. Erst 1946 konnte sie sich mit ihren Verlobten in der Wahlheimat Rendsburg niederlassen. Während Lieselotte sowohl einen großen Teil ihrer Briefe und die ihres Verlobten aufbewahrt hatte, ist aus der Korrespondenz mit ihrem Bruder Kurt nur die seinige zwischen 1946 und 1952 erhalten. Da Kurt Stern gewissenhaft auf die manchmal zahlreiche Fragen seiner Schwester einging, erscheint die Überlieferung zwischen den Geschwistern keineswegs einseitig.

Im Folgenden soll die persönliche Sicht von Kurt Stern zu den Geschehnissen im Mittelpunkt stehen.

Flucht aus Deutschland und Emigration nach Schweden

Aus dem Deutschen Reichsanzeiger und aus der Ausbürgerungsakte geht hervor, dass Kurt Stern am 12. Oktober 1904 in Halle geboren wurde.⁷ Die Unterlagen des schwedischen Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek vermerken, dass er am 8. August 1956 in Stockholm gestorben ist.⁸ Er besuchte ein Gymnasium in Stettin bis zur Obertertia, absolvierte beim Warenhaus „Karstadt“ eine zweijährige

5 Z. B. Benz, Fritz Lamm, S.95: „In einer erneuten Vernehmung am nächsten Tag, dem 19. August 1933, gab Lamm über die Herstellung und Vervielfältigung der Schrift ‚Trotz alledem‘ zu Protokoll, daß er im April 1933 den Schriftsteller und ihm von der SPD her bekannten früheren Redakteur beim Stettiner ‚Volks-Boten‘ Kurt Stern-Bols entweder auf der Straße oder in der Stadtbücherei getroffen, ihn über den Zweck der Flugschrift unterrichtet und ihm die technischen Schwierigkeiten geschildert habe. Dieser habe sich im Laufe der Unterhaltung bereit erklärt, seine Schreibmaschine zur Herstellung von Matrizen zur Verfügung zu stellen. Verabredungsgemäß habe er zusammen mit [Walter – die Verf.] Porsch an zwei Nachmittagen in der Wohnung des Redakteurs die entsprechenden Artikel geschrieben. Lamm äußerte die Vermutung, daß Stern-Bols wohl deshalb die Schreibmaschine zur Verfügung stellte, um ihm einen persönlichen Gefallen zu tun.“

6 In den angegebenen Quellen und Literatur findet sich kein entsprechender Hinweis.

7 Zu Stern und seiner Ehefrau: Stern (gen. Bols), Kurt Erwin Arno, geb. am 12.10.1904 in Halle/Saale. 68. Stern, Gertrud, geb. Schiel, geb. am 23.3.1903 in Ziegenhals, Krs. Neiß, in: Michael Hepp (Hrsg.): Die Ausbürgerung deutscher Staatsangehöriger 1933-45 nach dem Reichsanzeiger veröffentlichten Listen. Bd. 1: Listen in chronologischer Reihenfolge, München 1985, S.595. Die genaue Fundstelle des Ausbürgerungsvorgangs s. Anmerkung 2. In anderen Quellen wird Stern auch genannt: Kurt Stern-Bols, Bols-Stern.

8 Siehe Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek Stockholm [Nachlasssplitter Kurt Stern, Biografien völym 296].

kaufmännische Ausbildung und lebte später als freier Journalist in Stettin.⁹ In einem Antrag auf Wiedergutmachung an die britische Militärregierung in Rendsburg vom 21. Januar 1947 gab seine Schwester an, dass Kurt Stern „Redakteur bei einer sozialdemokratischen Stettiner Zeitung“ war.¹⁰ Wilhelm Matull schreibt von einer „reich talentierten Persönlichkeit“, die sich früh „journalistisch und politisch betätigt“ hatte.¹¹ Am 25. August 1933 versuchte Stern nach seiner Verhaftung durch die Gestapo auf dem Weg zu einer erneuten Vernehmung aus dem Stettiner Polizeigefängnis, das bekannt für Folterungen¹² war, zu fliehen. Vermutet wird, dass es sich bei Kurt Sterns Sprung aus dem zweiten Stock des Gefängnisses um einen Selbstmordversuch gehandelt hat.¹³ Auch die Staatspolizei stellte in einem Brief an den Regierungspräsidenten in Stettin die Vorgehensweise Sterns als Suizidversuch.¹⁴ Wahrscheinlicher ist jedoch, dass er sich den Misshandlungen zu entziehen versuchte. Beim Sturz zog er sich einen Becken- und Armbruch zu; sein rechter Arm musste amputiert werden. Aufgrund dessen wurde die „Schutzhaft“ aufgehoben. Weihnachten 1933 gelang ihm dann die Flucht in die Tschechoslowakei, 1934 wurde das Verfahren gegen Stern wegen Abwesenheit vorläufig und 1935 wegen Verjährung endgültig eingestellt.¹⁵ In Prag arbeitete er bei der bzw. für die SOPADE.¹⁶ Anfang 1936 reisten schließlich Gertrud und Kurt Stern mit von der SPD ausgestellten Pässen über Polen nach Schweden ein.¹⁷ Zuerst in Prag und später in Stockholm gehörte er bis 1940 „zum ständigen Mitarbeiterstab des ‚Neuen Vorwärts‘, den die deutsche Sozialdemokratie erst in Prag und später in Paris erscheinen liess“.¹⁸ In der Akte des Ausbürgerungsvorgangs taucht auch der Name „Lamm“ auf, es handelt sich um den Sozialisten Fritz Lamm¹⁹. Ferner ist vermerkt, dass Stern „in

9 Siehe Der Oberreichsanwalt, Anklageschrift vom 20.9.1933, in: Bundesarchiv (BArch), NJ 5337.

10 Privatarchiv Verena Fink.

11 Matull, Arbeiterbewegung, S.269.

12 Die unmenschliche Behandlung der Häftlinge im Stettiner Gefängnis wird eindringlich beschrieben in: Robert Thévoz/Hans Branig/Cécile Lowenthal-Hensel (Hrsg.): Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten (Darstellung) (=Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 11), Köln-Berlin 1974, S.29-35. Siehe auch Benz, Fritz Lamm, S.82f., der ebenfalls diese menschenunwürdige Behandlung schildert.

13 Siehe z.B. ebenda, S.87f.

14 Siehe BArch R 58/3962.

15 Siehe Reichsgericht vom 7.2.1934 und Volksgerichtshof vom 8.3.1935, BArch NJ 5740.

16 Bezeichnung für die SPD im Exil bzw. deren Vorstand.

17 Siehe Ausbürgerungsakte.

18 In seinem ersten Brief vom 4.6.1946 an seine Schwester Lieselotte.

19 Fritz Lamm (1911-1977) war u. a. 1931 Gründungsmitglied der SAP und später Mitglied der Ortsleitung Stettin. Siehe auch Thévoz/Branig/Lowenthal-Hensel, Pommern, S.94; Lamprecht, Kampf, S.105; Benz, Fritz Lamm.

Prag viel bei der SOPADE (Wels²⁰, Ollenhauer²¹) verkehrt und sich schriftstellerisch betätigt“ hatte.²² Von 1938 an bis zu seinem Tod war er in einem sozialwissenschaftlichen Archiv tätig, dem Arbetarrörelsens Arkiv und Bibliotek Stockholm. Gertrud, die mit ihm nach seiner Flucht „untergetaucht“ war, hatte er in Prag geheiratet. Um 1938 wurde deren gemeinsamer Sohn Klaus in Schweden geboren. Auch nach seiner Festanstellung im schwedischen Arbeiterarchiv litt er weiter unter den Folgen des Gefängnissturzes, konnte sich schließlich nur noch im Rollstuhl fortbewegen. „Am 8. August 1956 fand er in Solna/Schweden einen tragischen Tod“.²³

Lieselotte und Kurt Stern hatten – so ist aus dem ersten Brief von Kurt Stern zu entnehmen – von 1938 bis 1946 keinen Kontakt gehabt. Kurt freute sich sehr, dass Lieselotte ihn schließlich ausfindig gemacht hatte und entschuldigte sich, dass er sich in den ersten Jahren nach seiner Flucht einen Decknamen „im stillen Einvernehmen mit der Post“ zugelegt hatte, um zu verhindern, „dass die Gestapo und die damals im Ausland überall agierenden Nazispitzel“ seine Anschrift erfuhren; außerdem wollte er denjenigen, die ihm „aus der Heimat zu schreiben wagten, Unannehmlichkeiten ersparen“. Schließlich sei es gefährlich gewesen, „mit einem von der Gestapo gesuchten, vom Reichsgericht wegen Hochverrat angeklagten und von Hitler ausgebürgerten unheilbaren Sozialdemokraten in brieflichem Kontakt zu stehen“. Außerdem hatte er auch noch in den ersten Exiljahren direkten Kontakt mit seinen „im illegalen Kampf stehenden Stettiner Parteifreunden“.²⁴

Suche nach Kontakt aus seiner ihn prägenden Zeit in der Stettiner Arbeiterbewegung

In seinem ersten Brief nach acht Jahren – am 4. Juni 1946 – schrieb Kurt an seine Schwester: „Liebe Lotte! Zum ersten Mal seit acht langen Jahren bekam ich gestern ein Lebenszeichen von Dir. Ich habe mich sehr gefreut und danke Dir herzlich für Deine lieben Zeilen. Gertrud und ich, wir haben oft an Dich gedacht und uns Sorgen gemacht. Ich habe neulich an meinem alten Freund und Genossen Hermann Glander²⁵, der jetzt in Anklam ist, geschrieben und angefragt, ob er

20 Otto Wels (1873-1939) war seit 1891 Mitglied der SPD und damals Parteivorsitzender, im Mai 1933 emigrierte er auf Beschluss der Parteiführung.

21 Erich Ollenhauer (1901-1963) war damals Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale und Mitglied des Exil-SPD-Vorstandes, nach dem Kriege Mitglied des Parteivorstandes und von 1952 an bis zu seinem Tode Parteivorsitzender der SPD.

22 Ausbürgerungsakte. Bei Lamprecht, Kampf, S.105, wird Stern als „Schriftsteller und Redakteur“ sowie „als früherer Redakteur des ‚Stettiner Volksboten‘“ erwähnt.

23 Matull, Arbeiterbewegung, S.269.

24 Brief Kurt Stern an seine Schwester vom 4.6.1946.

25 Mehrmalige Erwähnung von Hermann Glander (1902-1994) in: Thévoz/Bräutigam/Lowenthal-Hensel, Pommern, S.106, 108, 115, 132. U.a. wird dokumentiert, dass Glander als Marxist und Kommunist von der Gestapo im August 1935 verhaftet und im Juni 1936 zu fünf Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt wurde (S.106,

mir Auskunft über Dich und eventuell Deine Adresse verschaffen könne. Aber ich habe bis heute noch keine Antwort von ihm bekommen. Die Postverbindung von und nach Deutschland funktioniert ja vorerst äusserst langsam.“ Er führte weiter aus, dass er falsche Namen genutzt hatte, und schloss mit den Worten: „Wenn man von ihnen [Kurts Schwägerin und deren Mann – die Verf.] absieht, sind wir bisher nur mit Hermann Glander erneut in Briefkontakt gekommen. Du kannst Dich vielleicht an ihn erinnern. Er hat 5 Jahre lang im Zuchthaus²⁶ und dann noch Jahre im Konzentrationslager gesessen. Kannst Du uns über das Schicksal gemeinsamer Freunde und Bekannter Auskunft geben? Wie gesagt: schreibe bald!“

Am 8. Oktober 1946 schrieb Kurt Stern: „Was Du über Walter Strecker und seinen Tod berichtest, war mir nicht neu. Ich habe Walter Strecker sehr gut gekannt. Er und sein Bruder (von dem ich neulich Grüsse aus Anklam erhielt) standen während der Hitlerzeit in engster Verbindung mit den illegal arbeitenden Sozialdemokraten in Stettin, insbesondere mit Hermann Glander. Und von Glander bekam ich denn auch einen Bericht über Streckers Tod. Gl. ist jetzt nicht mehr in Anklam, sondern in Greifswald. Von dort schrieb er mir neulich.“ Auch zu Paul Pankowski hatte er Kontakt, wie sein Brief vom 1. Februar 1948 dokumentiert. Darin bezeichnet er Pankowski²⁷, der mit seiner Frau Weihnachten 1947 Kurt Stern und dessen Frau besucht hatte, als einen „alten Freund“ und früheren Chef des Stettiner „Volks-Boten“, der 1885 von Fritz Herbert gegründet worden war.

Persönliche Lebenssituation von Kurt Stern

In einem Brief an seine Schwester vom 4. Juni 1946 schrieb er, dass er im erwähnten Stockholmer „grossen sozialwissenschaftlichen Archiv, das von der schwedischen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften unterhalten wird“, gearbeitet hatte, allerdings nicht als Angestellter, „sondern [...] gratis und ehrenamtlich“. Formal waren sie „Gäste der schwedischen Arbeiterbewegung“, für ihn „kein sehr befriedigender Zustand, der aber dadurch erträglich“ wurde, dass er „nicht nur der einseitig Nehmende“, sondern darüber hinaus auch als Journalist „im Dienst der Tagespolitik und der sozialistischen Zukunftsziele“ tätig war.

In seinen Briefen ist erkennbar, dass er sich durch die Folgen seines Sturzes 1933, vor allem durch den Verlust seiner schreibenden Hand, als Journalist,

108). In Lamprecht, Kampf, S.101, wird von illegalen Treffen von KPD- und SPD-Genossen im Mai 1933, an denen auch Glander teilgenommen hatte, berichtet.

26 Siehe auch Matull, Arbeiterbewegung, S.295.

27 Paul Pankowski (1885-Anfang der 1960er-Jahre) war zunächst Schriftsetzer, dann u. a. 1918-1933 SPD-Bezirksvorsitzender Pommern, ab 1919 Redakteur und später Chefredakteur des „Volksbote“ (Stettin). Nach kurzzeitiger Verhaftung emigrierte er 1933 in die ČSR und von dort aus 1938 nach Schweden, von 1939 an war er Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe Stockholm und ab 1946 Vorstandsmitglied der Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Schweden. Er kehrte nicht mehr nach Deutschland zurück.

Redakteur und Archivar besonders behindert fühlte. Manchmal wies er indirekt in Form von Wortspielerei darauf hin, so, dass er im schwedischen Arbeiterarchiv „während all der Jahre die Feder fest in der einen Hand“ hätte, die ihm geblieben sei. Oder in einem Brief vom 6. April 1947 begründete er seine Schreibfaulheit unter anderem damit, dass er seiner durch den Federhalter im Archiv ohnehin überbeanspruchten linken Hand wenigstens in der Freizeit Ruhe gönnen wolle. Er müsste auch jetzt den Brief beenden, weil er sonst einen Schreibkrampf bekäme: „Meine eine Hand ist überbeansprucht, und die andere haben anno 1933 die Nazis als Andenken behalten“.²⁸ Auch im Privatleben beeinträchtigten ihn die Behinderungen; es würde nicht nur an nötigem Geld fehlen, sondern seine Frau sei „mit einem Mann verheiratet [...], dem sie buchstäblich (und nicht nur bildlich) die rechte Hand sein (müsse), einem Mann, der sich nicht einmal die Schnürsenkel selbst zuknüpfen, geschweige denn im Haushalt nennenswerte Hilfe leisten kann.“²⁹

Die Wohnsituation war, wie bei fast allen Emigranten, sehr bescheiden. In einem Brief vom 8. Oktober 1946 schrieb er: „Liebe Lotte, Du fragst, wie wir hier leben und ob wir uns schon etwas Eigenes haben anschaffen können. Nein, wir haben noch immer nichts als die paar alten Möbelstücke, die wir 1936 nach unserer Ankunft von unseren Freunden geschenkt erhielten und wir hausen noch immer in unserer winzigen 1-Zimmer-Wohnung. Das Kind schläft in der Küche. Eine grössere Wohnung können wir bei der jetzigen riesigen Wohnungsnot kaum bekommen – und ausserdem zahlen wir hier schon Miete genug. So eine Wohnung wie unsere in einem modernen schwedischen Arbeiterhaus hat zwar ihre guten Seiten. Da gibt es Zentralheizung, zentrales Warmwasser, Fahrstuhl, die Waschküche ist elektrisch = automatisch und auf jeder Etage gibt es ein grosses Badezimmer, das jede Mietpartei einen Tag per Woche für sich hat.“³⁰ Aber die Miete beträgt monatlich jetzt 81 Kronen und im Winter wird es noch mehr. Und trotzdem beneiden alle Freunde uns um unsere ‚fabelhaft billige‘ Wohnung, denn meistens muss man für 1 Zimmer mit Küche 90-100 Kronen bezahlen. Natürlich gibt es auch alte Häuser, wo man weniger Miete bezahlt, aber da muss man selbst heizen. Und das ist im Endeffekt eher noch teurer. Auch sonst ist hier jetzt alles sehr teuer. Kleidungsstücke können wir uns nur alle Jubeljahre mal anschaffen. Aber genug zu essen haben wir immer gehabt und wir haben niemals Schulden zu machen brauchen. Du siehst: auch unsere Bäume sind nicht in den Himmel gewachsen und der Zweig, auf dem wir sitzen, ist nicht übermässig grün. Und doch haben wir hier draussen natürlich keinen Grund zum Klagen. Es geht uns weit besser als den in Deutschland am demokratischen Neuaufbau arbeitenden

28 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 28.9.1952.

29 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 1.11.1947.

30 Diese Beschreibung deckt sich mit der Wohnsituation anderer Emigranten in Schweden, siehe Thomas Pusch: Politisches Exil als Migrationsgeschichte. Schleswig-Holsteiner EmigrantInnen und das skandinavische Exil 1933-1960. Diss., Hamburg 2003, S.257.

Parteifreunden, die mit schweren, verantwortungsvollen Funktionen betraut und gleichzeitig harten Entbehrungen ausgesetzt sind.“³¹

Später verdiente Kurt Stern als Archivar nur wenig, sodass auch seine Frau mit Heimarbeit zum Lebensunterhalt für die kleine Familie beitragen musste. Sie arbeitete mit einer sogenannten Strumpfaufmaschungsmaschine, die sie 1947 erworben hatte, um „sich eigene Kunden zu besorgen“.³² 800 Kronen hatte diese Maschine gekostet, und diese Summe musste sie zwei Jahre lang „abstottern“. 1951³³ schrieb er, dass er „mit den Nerven runter“ und Gertrud überarbeitet sei und beide Geldnot plage, auch wenn sein „Jahresgehalt erheblich erhöht wurde – von 7200 auf 10500 Kronen. Ständige Preissteigerungen, Anschaffungen von Möbel, da alte „buchstäblich zusammenbrachen“ sowie „andere Ausgaben und Anschaffungen“ zwangen das Paar, knapp zu haushalten. Dazu trage auch, wie er reflektierte, die schwedische Wirtschaftslage bei, die sich verschlechtert hatte: „Der Export ist zurückgegangen, in der Textilindustrie herrscht eine regelrechte Absatzkrise und es ist zu fürchten, dass bald auch andere Industrien von Schwierigkeiten heimgesucht werden.“³⁴

Offensichtlich war die persönliche Lebenssituation von Lieselotte in Deutschland noch etwas schwieriger als die ihres Bruders in Schweden, der ihr trotz seiner finanziellen Engpässe mit Lebensmittelpaketen aushalf. Das Schreiben vom 19. Juni 1947 dokumentierte: „Ich stecke so hoffnungslos in Briefschulden, dass der Versuch, sie einmal abzutragen, mir von vornherein undurchführbar erscheint. Und so schiebe ich ihn denn immer wieder auf. Die Folge dieser skandalösen Praxis ist, dass auch Du wieder einmal lange auf ein paar Zeilen von mir warten musstest und dass ich Dir noch nicht einmal das Päckchen avisiert habe, das wir kurz nach dem Monatsersten an Euch abschickten. Hoffentlich kommt es bald und wohlbehalten an. Es enthält: 2 Paar Strümpfe, 2 Tafeln Schokolade, 15 Unzen Rosinen, 30 Zigaretten, 1 ¼ Kilo Mehl und schliesslich Streichhölzer. Das ist nicht viel. Wir hätten gern mehr gesandt. Aber unsere Finanzlage ist gegenwärtig völlig trostlos. Wir haben, wie Du weißt, meine Schwiegermutter hier zu Besuch. Sie wird voraussichtlich bis Ende Juli hier bleiben können. Gertrud muss nun mit demselben Haushaltsgeld auskommen, das früher bei nur drei Essern und trotz grösster Sparsamkeit nie gereicht hat. Nicht genug damit: in den letzten Monaten sind die Lebensmittelpreise, die sowieso schon hundert Prozent über dem Vorkriegsniveau lagen, noch weiter spürbar gestiegen und im Herbst werden sie (wie wahrscheinlich auch die Wohnungsmiete) noch mehr in die Höhe klettern, wie es denn überhaupt – nebenbei gesagt – sehr fraglich ist, ob Schweden der immer stärker drohenden Inflationsgefahr entgehen können wird. Zu alledem kommt, dass wir auch die Reisekosten unseres Gasts übernehmen müssen, denn die müssen in schwedischer Valuta zurückerstattet werden. Die deutsche Mark

31 Kurt Stern an Lotte Stern, um 1947 (undatiert).

32 Ebenda.

33 Kurt Stern an Lotte Stern, um 1951 (undatiert).

34 Ebenda.

ist im Ausland bekanntlich völlig wertlos. Ihr seht: auch wir haben es nicht ganz leicht und es ist nicht etwa Mangel an gutem Willen, der uns daran hindert, mehr als ein paar Kleinigkeiten zu schicken. Wenn man in Deutschland glaubt, dass wir hier draussen – zumindest relativ gesehen – auf Rosen gebettet sind, so muss immerhin gesagt werden, dass die Rosen manchmal mit verdammten spitzen Dornen ausgerüstet sind. Übrigens – um nochmal auf das Paket zurückzukommen – wir hoffen, dass die Strümpfe Dir passen werden. Gertrud meinte, dass Du die kleinste erhältliche Nummer brauchen würdest und sie hat sie dementsprechend besorgt. Sie hat die Strümpfe einmal gewaschen. Ganz neue Sachen dürfen nicht geschickt werden.“³⁵

Politisches Meinungsbild des Sozialdemokraten Kurt Stern

Es geht aber nicht nur um die gegenseitige Hilfe zwischen zwei Familien. Kurt Stern war politisch sehr interessiert und legte großen Wert auf einen Austausch zwischen schwedischen Emigranten und denen, die in Deutschland lebten. Bei dieser Gelegenheit zog er immer wieder Vergleiche zwischen der wirtschaftspolitischen Situation in Schweden und Deutschland: „[...] dann ist noch nicht gesagt, ob unsere eigenen Wünsche und Überlegungen den Ausschlag geben werden und nicht vielmehr Umstände, auf die wir keinen Einfluss haben. Wie es zur Zeit in der Heimat aussieht, darüber geben wir uns nicht den geringsten Illusionen hin. Wir sind über den Ernst der Lage nur allzu gut unterrichtet. Neulich war z. B. einer meiner Parteifreunde aus Hamburg hier, der Leiter der Arbeiterwohlfahrt, Peter Hass,³⁶ der vor 7 Monaten von Stockholm nach Hamburg zurückgekehrt ist. Mit besonderer Erlaubnis des alliierten Kontrollrats war er nun für ein paar Tage hier herauf gekommen, um mit schwedischen Organisationen und Behörden Verhandlungen zu führen. Er hat uns bei der Gelegenheit einen stundenlangen, äusserst detaillierten Vortrag über die Situation in Hamburg gehalten. Gegenwärtig sind 4 meiner Freunde auf einer Rundfahrt durch Süd- und Westdeutschland. Sie sollen dort eventuell Redaktionsposten übernehmen und sehen sich – auf Einladung der Amerikaner – erst mal ein bisschen um, ehe sie Ja oder Nein sagen. Vor allem wünschen sie die politischen Bedingungen unter denen sie evtl. arbeiten sollen, vorher genau in „Augenschein“ zu nehmen. Mitte Oktober werden sie wieder hier sein und dann werden wir auch von ihnen neue, ausführliche Berichte bekommen.“³⁷

35 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 19.6.1947.

36 Peter Hass (1901-1975) war zunächst Metallarbeiter und Sekretär der Arbeiterwohlfahrt (AWO), von 1920 an Mitglied der SPD, u. a. Bezirksführer und Mitglied der Bürgerschaft; im Mai 1933 verließ er mit anderen Gewerkschaftsfunktionären die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft und gründete die sogenannte Gewerkschaftsfunktion. 1937 wurde er angeklagt und in Abwesenheit zum Tode wegen Hoch- und Landesverrats verurteilt. Er emigrierte 1936 nach Dänemark und 1940 nach Schweden, blieb dort bis 1946, kehrte dann 1948/49 wieder nach Schweden zurück.

37 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 8.10.1946.

Die Situation in Deutschland betrachtete er so kritisch, dass er 1949 schrieb, dass er „richtigen Brechreiz“ empfinden würde bei der Vorstellung, „dass sich in der nagelneuen Bundesrepublik vier Jahre nach dem Hitlerkrieg schon wieder dümmster, hirnloser, verbrecherischer Nationalismus ungeniert hervorwagen und reichlich breit“ mache. Er hatte „die düsteren Schilderungen“ seiner Schwester „oft für übertrieben gehalten“ und hätte wohl „die Chancen einer demokratischen Entwicklung in Deutschland lange allzu oft optimistisch beurteilt“. Zu allem Überfluss könne er sich „für die mit schönem Eifer aber nicht immer hinreichendem Weitblick betriebene Politik der deutschen Sozialdemokratie auch nicht stets begeistern“. Auch fürchtete er, „dass man in den letzten Jahren mancherlei zweifelhafte, ehemals ‚gleichgeschaltete‘ Personen in die Partei hineinkommen liess, die man besser energisch von ihr ferngehalten hätte“. Selbstkritisch merkte er aber auch an, dass es für ihn als Archivar in Schweden leicht sei, „derartige Kritik zu üben [...] und sich klug und weise vorkommen darf und die deutschen Probleme nicht selbst durch praktische Mitarbeit lösen muss“. Um auf dem Laufenden zu bleiben, las er u. a. täglich die „Frankfurter Rundschau“ und das „Hamburger Echo“ und hatte auch immer wieder Gelegenheit, „mit leitenden deutschen Parteifreunden“ wie mit Professor Ludwig Preller³⁸ zu sprechen. Dieser hatte im schwedischen Archiv einen „einen sehr instruktiven Vortrag“ gehalten „mit nachfolgender lebhafter Debatte“ und besuchte Stern „am nächsten Tag auf dem Archiv, wo (sie) die Debatte fortsetzten“. Der fragte Preller „insbesondere über das Flüchtlingsproblem“ aus. Ferner war ein „Gewerkschaftsfunktionär aus Düsseldorf“ bei Stern, davor „ein Genosse aus Kaiserslautern, d. h. aus der französischen Zone usw. usw.“³⁹

In einem späteren Brief – vom 30. September 1949 – heißt es, dass er häufig Gelegenheit hätte, „mit Parteifreunden aus dem Reich zu sprechen“, aber sie hätten „kaum je etwas wirklich Neues und schon gar nicht Gutes und Ermunterndes zu erzählen.“ Über seinen „Freund und Chef Dr. Torge Lindbom“ schrieb er, dass er u. a. „Deutschland einen – freilich sehr flüchtigen – Besuch abgestattet“ hätte. „Am tiefsten erschrocken war er jedoch nicht über die Ruinen, den Hunger und das graue Elend, sondern über die Mentalität der Leute, mit denen er auf der Eisenbahn, auf Spaziergängen oder sonst wo ins Gespräch kam. Von einer wirklichen Wandlung der Deutschen“ konnte seiner Ansicht nach keine Rede sein „und ebenso wenig von einer Einsicht in die abgründige Schuld, die zwar nicht ‚das deutsche Volk‘ auf sich geladen hat (denn der Gedanke einer Kollektivschuld ist natürlich widersinnig und barbarisch), die aber all jene Unzähligen tragen, die sich zwölf Jahre lang zu Mittätern oder zu Werkzeugen der Massenmörder machten und ihrem Heil zuriefen.“ Torge Lindbom hätte den Eindruck gehabt, dass man in breiten Schichten in Deutschland „dem Hitler

38 Oskar Ludwig Preller (1897-1974) war in seiner langjährigen Politikerkarriere u. a. seit 1948 Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein.

39 Brief Kurt Stern an Lotte Stern, um 1949 (undatiert).

weniger seine Verbrechen als seine Erfolglosigkeit, weniger die Kriegsbrandstiftung als die Niederlage“ vorwerfen würde. Diese Einschätzung teilten weitere Freunde und Bekannte von Kurt Stern. Relativierend führte er fort, dass „natürlich [...] viele solche Versuche, den Geistes- und Seelenzustand des ‚Durchschnittsdeutschen‘ [...] in einer handlichen Formel zusammenzufassen, auf unerlaubte und leichtfertige Verallgemeinerung hinaus“ laufen würde. Die Wirklichkeit sei komplizierter und nuancierter „als die Schilderkunst des einen oder anderen Touristen, der vielleicht das Zufällige nicht vom Typischen unterscheiden kann und obendrein wohl gar alles im trüben Licht seiner Vorurteile sieht“. Trotz allem sah er für sein Heimatland düster: „Aber auch wenn man nur – wie ich es zu tun pflege – den ernstesten, sachlichsten, kompetentesten Beobachtern Gehör schenkt, auch dann gewinnt man ein verdammt trübes Bild. Und wie sollte es eigentlich auch anders sein? Hat man denn irgendeinen Anlass anzunehmen, dass aus den vielen, allzu vielen Dummen, Dumpfen, Skrupellosen und Untertänischen plötzlich stolze und freiheitsliebende demokratische Mitbürger geworden seien, bloss weil Hitler und seine Armee von fremden Armeen besiegt und beseitigt worden sind? Hinzu kommt schliesslich, dass Hunger, Elend und Ruinen auch nicht gerade geeignet sind, hebend auf den Intelligenz- und Moralstandard des deutschen Volks einzuwirken! Nein, man hat im Grunde genommen kein Recht, allzu grosse Erwartungen zu hegen. Aber ist das ein Trost?“⁴⁰

Ein früherer Brief – vom 1. November 1947 – klang ähnlich desillusionierend: Stern zeigte sich erschüttert über die Tatsache, dass das deutsche Volk offensichtlich „heute schon wieder die Zeit der Hitler und Göring, der Himmler und Göbbels, die Zeit der Konzentrationslager, der Judenverfolgungen und Gaskammern in einem versöhnlichen Licht und wohl gar als gute alte Zeit zu sehen“ vermochte. Es hätte immer noch nicht begriffen, dass die derzeitigen Zustände „nur die selbstverständliche, von Anfang an voraussehbare Folge des Regimes von gestern“ seien? „Gewiss“, schränkte er ein, gäbe es „in Deutschland auch genug Sünden und Fehler [...], die nicht auf das Konto der einstigen Machthaber“ gingen. Und er führte weiter aus: „Ich bin der letzte, der etwa allen Deutschen heute das Recht (und die Pflicht!) nehmen wollte, Vernunft und Gerechtigkeit und Lebensmöglichkeit für ihr Vaterland zu fordern. Den vielen, allzu vielen Deutschen aber, die – wie ich wohl weiss – heute bei jeder Gelegenheit auf die Besatzungsmächte schimpfen, sollte man immer wieder gründlich eines klar machen: das moralische Recht sich zu beklagen und Kritik zu üben steht selbstverständlich nur denen zu, die früher nie dem Hitler Heil gerufen und nie die sogenannten deutschen Siege bejubelt haben. Wer den Mördern aus Überzeugung oder um vermeintlichen Vorteils willen Dienst oder Vorschale geleistet hat, der möge heute gefälligst den Mund halten und über seine eigene Mitschuld am Krieg und seinen Folgen an Pogromen und Vergasungslagern, an der Zerstörung

40 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 30.9.1949.

Deutschlands und seiner Kultur nachdenken. Wen die Ausrottung ganzer Völker kalt gelassen (oder wohl gar materiell bereichert) hat, wer geglaubt hat, sich den Wünschen der regierenden Banditen anpassen und gleichschalten zu müssen, der möge sich heute still auch den Konsequenzen anpassen, die sich aus seinem Tun (oder Unterlassen) ergeben mussten und die obendrein nicht nur ihn, sondern auch die vielen Unschuldigen (sogar die Unschuldigen von allen: die Kinder) treffen. Kritik zu üben, Menschenrecht für das deutsche Volk geltend zu machen – das sollten die ehemaligen Mitläufer und Heilrufer ruhig Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer und all denen überlassen, die sich dieses Recht und diese Pflicht auch im Jahre 1933 und während der Hitlerzeit nicht nehmen liessen. Sagt das nur immer wieder all denen, die es angeht! Es lohnt sich nicht, dem Gesindel Konzessionen zu machen! Hätten sich in den Jahren vor 1933 nicht so viele vernünftige und freiheitlich gesinnte Deutsche ängstlich um ihre politische und kulturelle Verantwortung herumgedrückt, so wäre ihnen und dem ganzen Volk (und der ganzen Menschheit!) einiges erspart geblieben. Heute kann man die blutige Wahnsinnsgeschichte der vergangenen Jahre nicht mehr ändern. Aber man kann aus ihr lernen.

Ich sehe: dieser Brief ist in Gefahr, so etwas wie ein Leitartikel zu werden. Und das war nicht beabsichtigt, umso weniger, als wir ja wohl sowieso über die von mir allzu wortreich behandelte Frage im Prinzip einer Meinung sind.⁴¹

Im Februar 1948 schrieb er: „In den letzten Monaten haben wir hier eine ganze Reihe von Besuchern aus Deutschland zu verzeichnen gehabt. Erst kam eine Gruppe von Volkshochschulleuten (aus den Westzonen), die an einem umfangreichen Kursus teilnahmen. Dieser Besuch war keine allzu glücklich arrangierte Sache. Unter den Teilnehmern waren eine Reihe prächtiger Leute, aber auch sehr viele zweifelhafte Gestalten, die nicht gerade geeignet waren, deutschen demokratischen Geist im Ausland zu repräsentieren. Schliesslich stellte sich sogar heraus, dass es unter ihnen auch [...] ehemalige Mitglieder der Nazipartei gab! Das war recht peinlich. Übrigens war auch der Kursus, der den Leuten geboten wurde, wohl nicht allzu sorgsam durchdacht und zusammengestellt. Einige Sozialdemokraten, die zu den Teilnehmern gehörten, sowie auch ein paar Bürgerliche besuchten mich auf dem Archiv und ich habe mit ihnen interessante Gespräche gehabt. Von ganz anderer Art und Bedeutung war das nächste deutsche ‚Gastspiel‘ in Schweden, der Besuch von drei Mitgliedern des deutschen sozialdemokratischen Parteivorstandes: Schumacher, Ollenhauer und Neumann. Sie waren Gäste der schwedischen Partei. Persönlich war es mir eine Freude, Ollenhauer wiederzusehen, mit dem ich von unsern gemeinsamen Prager Jahren recht gut bekannt bin. Das Interesse der schwedischen Öffentlichkeit war natürlich in erster Linie auf Schumacher gerichtet. Er sprach vor einem Kreis von Funktionären der schwed. Arbeiterbewegung (300 Personen) und dann am nächsten Tag in einer von der Landesvereinigung deutscher Sozialdemokraten in Schweden veranstaltenden Versammlung im Volkshaus vor 800 Zuhörern. Diese Versamm-

41 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 1.11.1947.

lung (die ganz deutschsprachig war, also ohne Übersetzung des Vortrags) war die grösste deutsche Versammlung, die je in Schweden abgehalten wurde. Schliesslich dozierte Sch. am letzten Tag seines Hierseins vor den Studenten der Stockholmer Hochschule. Er ist überall sehr gefeiert worden, aber hinterher wurden manche seiner Formulierungen und vor allem seine wild leidenschaftliche Sprechweise, die schwedischen Ohren sehr ungewohnt klingt, von vielen kritisiert. Im Grunde genommen war sein Besuch hier kein so hundertprozentiger Erfolg wie es dem äusseren Anschein nach aussah. Die führenden schwedischen Funktionäre und auch die Emigranten waren etwas enttäuscht. Sie hatten vertraulichen Austausch von Informationen und Ansichten erwartet und bekamen statt dessen auch bei Zusammenkünften in engstem Kreis von Sch. leidenschaftliche Agitationsreden zu hören, so als ob es sich um deutsche Wahlversammlungen gehandelt hätte. Das war nicht ganz der Sinn der Sache. Ein wirklich grosser und schöner Erfolg für die Anbahnung erneuter enger Zusammenarbeit zwischen deutscher und schwedischer Arbeiterbewegung war der Besuch einer 30-köpfigen sozialdemokratischen Jugenddelegation. Ich hatte nun eigentlich vor, Dir auch hierüber einiges zu erzählen, aber einerseits kann ich jetzt nicht weiter schreiben, andererseits will ich die Absendung des Briefs nicht noch weiter aufschieben. Ich wähle daher einen einfachen Ausweg und lege dem Brief ein Informationsblatt bei, in welchem mein Freund Otto Friedländer eine beredete Schilderung des Besuchs der Jugenddelegation gibt. Was er über den guten Eindruck sagt, den die jungen deutschen Sozialdemokraten hier gemacht haben, ist durchaus nicht übertrieben.⁴²

Das Leben in Schweden verinnerlichte und beobachtete Stern im Laufe der Exiljahre genauso, wie er zuvor die Situation in Deutschland betrachtet hatte und aktuell noch betrachtete: „Was unsere eigenen Probleme betrifft, so hat uns die Abwertung des englischen Pfunds – dem die schwedische Krone natürlich folgen musste – vor grosse neue Schwierigkeiten gestellt. Wenn auch die Regierung 150 Millionen Kronen einsetzen wird, um durch Subventionen die Preise einigermaßen stabil zu erhalten, so ist doch mit einer gewissen neuen Verteuerung mancher Waren zu rechnen. Freilich wird gleichzeitig die schwedische Exportindustrie auf dem amerikanischen Markt konkurrenzfähiger, aber ob das einen Ausgleich mit sich bringen wird, ist zweifelhaft und bleibt zunächst einmal abzuwarten.“⁴³

Stern beantwortete nicht „nur“ Fragen oder beschrieb soziale oder gesellschaftspolitische Zustände, sondern versuchte darüber hinaus stets, sie von Grund auf zu verstehen und deren Ursachen darzustellen: „Was nun Eure Frage betrifft, ob Ihr nicht architektonische Entwürfe nach Schweden verkaufen könntet, so muss ich leider mitteilen, dass eine solche Möglichkeit kaum besteht. Ein Architekt⁴⁴, der für Schweden arbeiten will, müsste selbst hier im Lande sein. Aber hierher-

42 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 1.2.1948.

43 Brief Kurt Stern an Lotte Stern, 1947 (undatiert).

44 Vermutlich bezog sich die Frage auf den Mann von Lieselotte, der Architekt war.

zukommen ist leider vorerst so gut wie unmöglich. Einreiseerlaubnis wird an Deutsche nur dann erteilt, wenn die betreffenden Personen das vierzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht oder das fünfundsechzigste bereits überschritten haben und auch dann nur unter gewissen Voraussetzungen. Hinzu kommt, dass man ja auch von den Okkupationsmächten die Ausreiseerlaubnis aus Deutschland haben muss und auch die wird, wenn überhaupt, nur an Kinder und alte Leute erteilt. So ist es leider. Schweden hatte in letzter Zeit grossen Bedarf zwar nicht an Architekten, wohl aber an ausländischen Metallarbeitern, Landarbeitern etc. Tausende von italienischen und ungarischen Arbeitern sind – zunächst für zwei Jahre – hierher verpflichtet worden, aber keine deutschen. Man hat jetzt deutsche Kinder zu Erholung nach Schweden geholt, aber selbst in diesem Falle gab es erst einen grossen Entrüstungssturm in der ‚öffentlichen Meinung‘. Man sagte: Gebt den deutschen Kindern Suppe in ihrer Heimat, aber lasst sie hier nicht ins Land kommen. Diese ‚Angst‘ vor den armen, hungrigen Kindern hängt mit der leider unbestreitbaren Tatsache zusammen, dass viele Deutsche, die nach 1918 als unterernährte Kinder nach Norwegen eingeladen wurden, dann plötzlich 1940 dort wieder erschienen – als Angehörige der SS oder der Gestapo oder der ‚Wehrmacht‘. Dank der Sprachkenntnisse, die sie sich als Kinder erwarben, wurden sie von Hitler und Co. für ‚spezielle Aufgaben‘ im okkupierten Norwegen verwandt. Indem ich dieses schaurige Faktum erwähne, will ich die Angst vor den deutschen Kindern oder den heute so allgemeinen Deutschenhass nicht etwa entschuldigen. Völkerhass erscheint mir immer als eine der abscheulichsten Regungen – ganz gleich, gegen wen er sich richtet. Ich wollte nur zeigen, wie es gerade zu dieser speziellen Angst vor den Kindern (die ich zugleich als herzlos und dumm verurteile) gekommen ist. Um nun auf die Bautätigkeit zurückzukommen, so liegt sie in Schweden zurzeit völlig danieder, – trotz allergrösster Wohnungsnot in den Städten. Die Regierung erteilt vorläufig keine Baulizenzen. Schwedens Schicksalsfrage heisst nämlich: exportieren oder untergehen. Wir haben hier gegenwärtig einen bedrohlichen Importüberschuss mit den unvermeidlichen Folgen: Devisenmangel, Teuerung, Inflationsgefahr. Nun hat Schweden jedoch grosse Exportaufträge (freilich auf Kredit!!) vor allem nach Russland bekommen. Das ist eine Chance, aber man hat nicht genug Industriebetriebe und Arbeitskräfte, um die eingegangenen Verträge pünktlich erfüllen zu können. Die Folge ist, dass man soviel Arbeitskraft wie möglich der Exportindustrie zuzuleiten und den einheimischen Bedarf (z. B. an Wohnungen) radikal zurückzustellen sucht. Und darum wurde alle Bautätigkeit – mit wenig Ausnahmen – vorderhand gedrosselt, es sei denn, es handle sich um notwendige Neuanlagen der Exportindustrie. Also auch die schwedischen Architekten haben zurzeit – trotz der gewaltigen Wohnungsnot – mehr Sorgen als Arbeit.⁴⁴⁵

Und im Schreiben vom November 1948 beschrieb er ausführlich die Währungsreform in Schweden und Deutschland mit deren jeweiligen Auswirkungen. In

45 Brief Kurt Stern an Lotte Stern vom 1.11.1947.

Schweden seien die Preise genauso gestiegen wie in Deutschland, gleichwohl war er der Ansicht, dass die Preissteigerungen notwendig wären und schloss mit den Worten: „Dass die Wahlen zur zweiten Kammer (im September) zu einem neuen, schönen Vertrauensbeweis für die Arbeiterregierung wurden, wirst Du wohl aus den Zeitungen ersehen haben. Wir hatten mit einem so guten Ausgang gar nicht gerechnet. Schliesslich hat unsere Partei jetzt 16 Jahre lang in Stockholm regiert und in den letzten Jahren war das Regieren ein sehr undankbares Geschäft. Leider besteht vorerst keine Aussicht darauf, dass die Regierung es bald wieder etwas leichter haben werde – von Deutschland ganz zu schweigen.“⁴⁶

Resümee: Zur Situation der Emigranten in Schweden

Die Briefzeilen von Kurt Stern belegen, dass er aus politischen Motiven emigriert war, da er als Sozialdemokrat von den Nationalsozialisten verfolgt und verhaftet worden war.⁴⁷ 1940 verlor er seine deutsche Staatsbürgerschaft. Da die Emigration aus politischen Gründen die Breitspanne von ganz Linken wie z. B. Kommunisten bis zu ganz Rechten wie den so von Hitler bezeichneten „Apostaten“ umfasste, gab es im Exil zwischen den politisch motivierten Gruppierungen kaum Austausch.⁴⁸ Dieser hatte lediglich innerhalb der Gruppen bestanden. So hatte auch Kurt Stern in seinen Exiljahren ständig Kontakt mit seinen ebenfalls im Exil lebenden Genossen in Schweden, wovon auch die im Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek aufbewahrten Fotos zeugen. Seine Briefe an seine Schwester Lieselotte dokumentieren einen regen Austausch mit seinen in Deutschland lebenden Parteifreunden. Insgesamt nahm die politische Arbeit in Schweden einen großen Stellenwert im Leben Kurt Sterns ein. Thomas Pusch konstatierte in seiner Dissertation über das politische Exil, dass sich in Schweden vor allem Sozialdemokraten und Linkssozialisten einfanden, Kommunisten dagegen waren zahlenmäßig nicht stark vertreten.⁴⁹

Kurt Stern hatte immer wieder überlegt, ja war häufig innerlich zerrissen, ob er wieder nach Deutschland zurückkehren sollte, entschied sich aber letzten Endes für Schweden. Eine nicht ganz unerhebliche Rolle spielte dabei sein Sohn Klaus, der in Schweden geboren und bereits ganz assimiliert war. In einem undatierten Brief von 1949 steht, dass Klaus „die vier obligatorischen Volksschulklassen“ bald hinter sich hätte und im Juni eine Prüfung für die Aufnahme in ein schwedisches Gymnasium ablegen müsse. Dann führte Kurt Stern weiter aus: „Leider genügt’s nicht, dass man die Prüfung besteht, man muss sie möglichst mit Glanz absolvieren, denn in den Gymnasien herrscht grosser Platzmangel. Was mich

46 Brief Kurt Stern an Lotte Stern 1948, um den 18.11.

47 Im Vergleich zu anderen skandinavischen Ländern hatte Schweden weniger politische Flüchtlinge aufgenommen und war auch kein begehrtes Emigrationsland.

48 Siehe Hans Georg Lehmann: Acht und Ächtung politischer Gegner im Dritten Reich. Die Ausbürgerung deutscher Emigranten 1933-45, in: Hepp (Hrsg.), Ausbürgerung, S.IX.

49 Siehe Pusch, Exil, S.178.

betrifft, so habe ich vor einiger Zeit den aus Vertretern der Partei und der Gewerkschaften bestehenden Archivrat ersucht, mich nunmehr fest anzustellen, was denn auch einstimmig beschlossen wurde. Mit anderen Worten: wir haben uns entschlossen, zunächst mal hier zu bleiben und nicht nach ‚Bizonien‘ zu gehen.“ Etwa drei Jahre später – am 31. August 1952 – schrieb er, dass Klaus in der Schule Deutschunterricht bekäme: „Ganz so leicht, wie er es sich vorstellt, wird das zwar nicht gehen, aber vor seinen Kameraden hat er doch einen Riesenvorsprung. Denn wenn er auch noch nie ein deutsches Buch gelesen hat und überhaupt nicht deutsch schreiben kann, so spricht er doch deutsch ebenso flüssig und mühelos wie Schwedisch (wenn auch leider nicht ebenso fehlerlos).“ Kurt Stern vermittelte in den Briefen an seine Schwester den Anschein eines Außenstehenden, zog Vergleiche zwischen „damals“ und „heute“ und kommentierte stets das Geschehen in Deutschland, wobei seine Haltung gegenüber dem Nachkriegsdeutschland bis zuletzt kritisch blieb. Bei der Familie Stern scheint der „Grad der Assimilierung im Ausland“ mit den Jahren in Schweden gestiegen zu sein.⁵⁰ Möglicherweise „notgedrungen“, weil er wusste, dass das Stettin und die damalige Zeit in Stettin, die für ihn so prägend gewesen waren, ein für allemal Vergangenheit angehörten.

Kurt Stern verstarb am 8. August 1956 in Schweden. Im Archiv der Arbetarrörelsens Arkiv och Bibliotek Stockholm befindet sich ein Schreiben seiner Parteifreunde, die bereit waren, der Witwe die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen. Ob sie und vielleicht auch ihr Sohn davon Gebrauch gemacht haben, ist nicht vermerkt und bekannt.

50 Lehmann, Acht und Ächtung, S.XVII: „Nach dem Kriegsende sahen sich die Hitler-Flüchtlinge vor eine Gewissensfrage gestellt: Sollten sie nach Deutschland, das sie verlassen hatten, um dem nationalsozialistischen Terror zu enttrinnen, wieder zurückkehren, also remigrieren? Oder sollten sie im Aufnahmeland, das vielen von ihnen zur zweiten Heimat geworden war, endgültig bleiben, sich also dort integrieren? Die Antwort hing von mehreren Faktoren ab: von den emotionalen Bindungen an das deutsche Volk und die deutsche Kultur, von den familiären, wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnissen, also vom Grad der Assimilierung im Ausland (z.B. auch der Kinder), nicht zuletzt aber auch von den politischen und ökonomischen Zuständen in Deutschland selbst.“

Dokumentarisches

Vor 75 Jahren – Dissonanzen im Kopenhagener Exil. Ein Gedächtnisprotokoll Walter Hochmuths vom Oktober 1934

Ursel Hochmuth/Peter Hochmuth

Als Walter Hochmuth im Herbst 1934 niederschrieb, was ihm im dänischen Exil Sorgen bereitete und ihn in eine Krise trieb, war er 30 Jahre alt und seit neun Jahren Mitglied der KPD. Er wurde am 14. Februar 1904 in Reichenbach im Vogtland als neuntes der zehn Kinder von Karl Hochmuth, Zugschaffner der Sächsischen Eisenbahn, und von Selma Hochmuth, geb. Schramm, Kurbelstickerin, geboren. Nach dem Besuch der 8-klassigen Bürgerschule und der Handelsschule begann er 1920 eine kaufmännische Lehre bei der Tuchfabrik Albert Greiner AG, trat in den Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) ein und wurde bald Vorsitzender dessen Jugendbunds. 1922 wechselte er nach Düsseldorf, dann nach Köln und war Kassierer und Verkäufer im Tuchgroßhandel der Hugo Braunstein AG. Die Kölner Jugendgruppe des GdA sympathisierte mit dem KJVD und machte sich nach ihrem GdA-Ausschluss 1924 als Wanderbund „Florian Geyer“ e.V. selbstständig. Am 1. Mai 1925 trat Walter Hochmuth in KJVD und KPD ein, gemeinsam mit seiner Freundin, der Büroangestellten Katharina Emmermann und vielen Gefährten aus dem Geyer-Bund. In seiner Firma als Kommunist bekannt geworden, wurde er 1926 in die Hamburger Filiale Tuchhaus Paul Peiniger GmbH versetzt, in der ihn seine Kollegen später zum gewerkschaftlichen Betriebsobmann wählten. Käthe Emmermann übersiedelte nach Hamburg und ging mit ihm 1927 die Ehe ein, 1931 wurde die Tochter Ursel geboren. Die Gewerkschaft schloss Walter Hochmuth 1931 aus. Im gleichen Jahr wurde er für die KPD als jüngstes Mitglied in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt. Die Firma Peiniger entließ ihn, und er begann ein Volontariat in der Redaktion der „Hamburger Volkszeitung“. Bei der KPD-Bezirksleitung für die Arbeit unter Angestellten verantwortlich, engagierte er sich beim Aufbau des Clubs der Angestellten am Gänsemarkt. 1932 nahm er an der 3. Reichskonferenz der KPD in Berlin teil.

Nach dem Machtantritt Hitlers musste Walter Hochmuth in den Untergrund gehen, da die Polizei nach ihm fahndete; die Hamburger Staatsanwaltschaft folgte mit einem Steckbrief.¹ Er schrieb weiter für die nun illegale „Hamburger Volkszeitung“, wirkte 1934 mit Albert Bennies in der Bezirksleitung der Revolu-

1 Siehe Gertrud Meyer: Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933-1945, Frankfurt/Main 1971, S.317.

tionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und gab die RGO-Zeitung „Der Klassengewerkschaftler“ heraus.² Eine seiner Quartiergeberinnen war die Schneidergehilfin Renate Brake, später seine zweite Frau. Sie brachte im März 1934 den gemeinsamen Sohn Peter zur Welt. Nach der Verhaftung von Albert Bennies und Genossen flüchtete er mit Hilfe Renate Brakes im August 1934 nach Dänemark. In Kopenhagen geriet er in Konflikt mit der KPD-Emigrationsleitung und wechselte auf Parteibeschluss im Februar 1935 ins Amsterdamer Exil. Renate Brake folgte ihm mit Sohn Peter. 1938 wurde ihm die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt. Aus den Niederlanden als unerwünschter Ausländer nach Belgien abgeschoben, lebte er ohne gültige Ausweispapiere bei kommunistischen Bergarbeiterfamilien. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen wurde er, wie andere Deutsche in Belgien, interniert. Im März 1940 kam in Charleroi seine Tochter Birgid zur Welt. Anfang 1941 kehrte Renate Brake mit beiden Kindern nach Deutschland zurück. Walter Hochmuth war im Mai 1940 im Güterwagensammeltransport aus Belgien nach Frankreich in das Internierungslager Gurs gebracht worden. Nach der Besetzung Südfrankreichs wurde er durch die Wehrmacht von der Gestapo festgenommen und im März 1943 in das Polizeigefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel eingeliefert. Nach zehn Monaten Gestapohaft kam er in richterliche Untersuchungshaft und schloss dort im Januar 1944 mit Renate Brake die Ehe.³ Im Juli 1944 in Potsdam vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde er in das Zuchthaus Brandenburg-Görden eingeliefert.

Nach der Befreiung durch die Rote Armee übernahm Walter Hochmuth im Mai 1945 das Amt des Personalleiters der Abteilung Post- und Fernmeldewesen des Magistrats von Groß-Berlin. Er holte Frau und Kinder in Reichenbach im Vogtland ab, wo sie bei Bruder Rudolf Hochmuth Unterkunft gefunden hatten. Seit 1947 arbeitete er als Personalleiter der Hauptverwaltung Post- und Fernmeldewesen der Deutschen Wirtschaftskommission und war in Berlin Mitbegründer der Industrie-Gewerkschaft Post- und Fernmeldewesen und Mitglied in deren Zentralvorstand. Nach der Flucht des Präsidenten der Oberpostdirektion Schwerin in die Westzonen schied er 1948 „wegen mangelnder Wachsamkeit“ aus der Funktion des Personalleiters aus, war dann im März 1949 Prokurist der Deutschen Handelsgesellschaft, 1950 Gruppenleiter in der DDR-Regierungskanzlei, Hauptamt Verwaltung. Seit 1949 in Woltersdorf bei Erkner ansässig, war er dort Vorsitzender des Ortsausschusses der Nationalen Front. Er begann ein Fernstudium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“, das er mit dem Staatsexamen abschloss. Im April 1956 wurde er stellvertretender, 1957 Leiter der DDR-Handelsvertretung in Djakarta. Seit 1959 wirkte er als Legationsrat, seit 1962 als Generalkonsul in Bagdad und wurde

2 Siehe Albin Stobwasser: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, in: Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945. Frankfurt/Main 1969, S.81-96, 584.

3 Seine erste Ehe war 1939 geschieden worden.

damit zum ersten diplomatischen Repräsentanten der DDR in einem nichtsozialistischen Land. 1964 wechselte er zum Ministerium des Innern, wurde Stellvertretender Direktor des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam und 1965 Leiter der Staatlichen Archivverwaltung. Seit 1968 Rentner, war er in seinen letzten Lebensjahren als Vorsitzender des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR in Potsdam tätig. Er starb am 28. Dezember 1979 in Berlin und ist in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt.

Zurück ins Jahr 1934 zu Walter Hochmuths Exil-Station Dänemark. Nach seiner Flucht aus Deutschland kam er am 18. August in Kopenhagen an. Er ging ins Büro der Roten Hilfe zur Emigrationsleitung der KPD, der seinerzeit Paul Zibell (d. i. Hermann Paul Alfred Weber), Fritz Kercher und Ferdinand Kilian angehörten. Hochmuth traf den ihm bekannten Kilian an, dem er über seine illegale Arbeit in Hamburg und die nacheinander erfolgten Verhaftungen von Willi Dolgner, Magda Kelm, Albert Bennies und Genossen berichtete. Besonders lag ihm daran, die Rolle des in Hamburg aus der Partei ausgeschlossenen Funktionärs Albert Fleischer zu klären. Dieser stand im Verdacht, der Polizei Hilfsdienste geleistet zu haben, und war zu Hochmuths Schrecken in Dänemark weiter im Abwehrapparat der Partei tätig. Kilian sagte ihm, dass für eine solche Angelegenheit nicht die Emigrationsleitung, sondern das ZK der dänischen KP zuständig wäre. Hochmuth erstattete dort Bericht und erfuhr, dass Fleischer – bis zur Klärung des Falles durch das deutsche ZK – zwar seiner Funktion enthoben war, aber Paul Zibell weiter mit Fleischer zusammenarbeite und nichts zur Klärung des Falles unternommen werde.

Hochmuth wandte sich nun an das ZK der KPD, verfasste Briefe, die er durch ihm bekannte Genossen nach Paris weiterleiten ließ. Er wartete aber vergeblich auf ein Reagieren. In einem Kreis Hamburger Genossen in Kopenhagen, in dessen Mittelpunkt Willi Steinfatt stand und in dem u. a. Victor Priess, Grete Schulz, Lieselotte Schlachcis und Alfred Drögemüller verkehrten, brachte Hochmuth sein Anliegen vor. Die Genossen hörten ihn an, legten aber vor allem ihre eigene Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Emigrationsleitung dar, die hauptsächlich Paul Zibell galt. Mit Ausnahme der Frage, die KPD vor Gestapoeingriffen zu schützen, ging es weniger um Meinungsverschiedenheiten in politischen Angelegenheiten, sondern um schwindendes Vertrauen gegenüber der Emigrationsleitung. Auf mehreren Zusammenkünften erörterte der Kreis verschiedene Vorkommnisse. Die Idee einer Gruppe Hamburger Kameraden des Roten Frontkämpferbundes (RFB), die Leitung durch Beschlagnahme der Kasse lahm zu legen, wurde abgelehnt. Steinfatt, Hochmuth, Priess und andere legten schließlich am 8. September 1934 fest, Material über die Situation der KPD-Emigration in Kopenhagen schriftlich niederzulegen.

Unterdessen hatte Paul Zibell von diesem Vorhaben Kenntnis erhalten. Am 24. September führte er in der Wohnung, in der Walter Hochmuth Unterkunft gefunden hatte, eine Haussuchung durch und beschlagnahmte die dort befindlichen Niederschriften. Er stellte Hochmuth unter Arrest und ließ zwei Genossen

zur Bewachung zurück. Dem Arretierten gelang es, seinen Bewachern zu entkommen, und erhielt bei befreundeten Genossen Quartier. Als er erfuhrt, dass beim dänischen ZK eine Untersuchungskommission gegen ihn, Willi Steinfatt, Victor Priess und andere Genossen zusammengetreten war, stellte er sich dort nach zwei Tagen ein. Ihn irritierte, dass neben dänischen Genossen auch Paul Zibell der Kommission angehörte und für die deutsche Seite Wortführer war.

Im Verlaufe seiner Vernehmung wurde Walter Hochmuth bewusst, dass er durch sein Verhalten zur Fraktionsbildung beigetragen hatte. Als Willi Steinfatt vor der Untersuchungskommission die Seiten wechselte und Hochmuth dem Spitzelverdacht aussetzte⁴, geriet er in tiefe Verzweiflung, die er nur mit dem Gedanken an seine 1933/34 in Hamburg für die KPD geleistete Arbeit niederzuhalten vermochte. In dieser Verfassung schrieb er im Oktober seinen „Bericht über August/September 1934“, ein Gedächtnisprotokoll, und wartete, wie die anderen Betroffenen, auf eine Entscheidung durch die Parteiführung.

Am 28. November 1934 beschäftigte sich das Politbüro der KPD mit dem Verhalten von elf Hamburger Kommunisten im dänischen Exil, denen vor allem Disziplinbruch und Gruppenbildung vorgeworfen wurde. Anhand der „Vorschläge der Kommission für die Kopenhagener Vorfälle“ fasste das Politbüro Beschlüsse über Parteistrafen. Zwei Genossen waren aus der Partei auszuschließen, Willi Steinfatt und drei andere erhielten eine scharfe Rüge, Alfred Drögemüller, Grete Schulz und Lieselotte Schlachcis bekamen eine Verwarnung. Das Verfahren gegen Victor Priess und Walter Hochmuth wurde abgetrennt mit dem Auftrag, „dass sich Victor Priess sofort in die Emigration nach dem Saargebiet und Walter Hochmuth in die Emigration nach Amsterdam zu begeben haben. Die Prüfung des Einspruchs von Fleischer gegen seinen Ausschluss kann erst nach Erledigung des Falles Hochmuth behandelt werden.“⁵ Jedoch griff das Politbüro den Fall nicht wieder auf.

Gemäß Parteibeschluss verließ Walter Hochmuth Dänemark. Als blinder Passagier gelangte er mit einem Frachtschiff nach Antwerpen und traf Mitte Februar 1935 in Amsterdam, der zweiten Station seines Exils, ein. Nach Beginn des spanischen Bürgerkrieges meldete er sich als Freiwilliger zu den internationalen Brigaden, aber die in Amsterdam zuständigen Genossen nahmen seine Bewerbung nicht an.

1939, kurz vor Kriegsbeginn, nach sechs Jahren illegalen Lebens in Deutschland, Dänemark, den Niederlanden und Belgien sah Walter Hochmuth sich angesichts ungewisser Zukunft gezwungen, seinen Kopenhagen-Bericht und eine andere

4 Den Verdacht enthielt auch ein am 28. September 1934 mit „Paul“ gezeichneter Bericht über die Verhaftungen im Bezirk Wasserkante. In diesem vermutlich von Paul Zibell für die Untersuchungskommission aufgesetzten Text hieß es: „Nach dem Hochgehen der RGO-Leitung im Hamburg und der dauernden Zusammenarbeit Hochmuths mit den verschiedenen Bezirksleitungen, zuletzt mit der RGO-Leitung, erscheint es nötig, eine besondere Untersuchung zu führen, ob er vielleicht der Spitzel ist.“ (BArch, DY 30/IV 2/11/v. 4931, Bl.171.)

5 BArch, RY 1/I 2/3/102, Bl.184.

autobiografische Niederschrift in Sicherheit zu bringen. Er wohnte seinerzeit in Courcelle bei Charleroi und übergab die Papiere der im Nachbarort Roux lebenden belgischen Genossin Marguerite De Backer zur Aufbewahrung.

Als Anfang 1947 ein Briefwechsel wieder möglich war, schrieb Hochmuth an Marguerite De Backer, die ihm umgehend antwortete: „Was für eine Freude, was für eine glückliche Überraschung, etwas von Ihnen zu hören! Wir sind alle unendlich glücklich, dass Sie diese schreckliche Zeit überstanden haben und endlich alle wieder zusammen sind! [...] Was das Heft angeht, das Sie uns anvertraut haben, Pierre,⁶ so ist es der Gestapo entwischt und hat auch die Bombardements überstanden. Ich bewahre es weiterhin für Sie auf, entsprechend unserer Abmachung [...] Marguerite Govaerts, verwitwete De Backer.“⁷

Der Kontakt brach ab, und Walter Hochmuth bekam die Dokumente nicht mehr in die Hand. Renate Hochmuth gelang es dann im Sommer 1990, die Verbindung wieder aufzunehmen. Sie besuchte die Familie De Backer-Govaerts in Roux und sprach mit der Tochter Ivette, die von einer besonderen Kassette ihrer verstorbenen Mutter wusste. Renate Hochmuth berichtete: „Im März 1991 kam dann plötzlich ein Telegramm: ‚Wir sind vom 16. bis 19.3. in West-Berlin und bringen Walters Erinnerungen mit.‘ So trafen wir uns und ich sah zum ersten Mal dieses Material, von dessen Existenz ich zwar wusste, aber dessen Inhalt ich nie gesehen hatte [...] Unerklärlich ist mir, wie Walters Bericht über die Zustände in der dänischen Emigrationsleitung, den er ja in Kopenhagen geschrieben hat, nach Amsterdam gekommen ist. Ich kann es mir nur so erklären: Auf Beschluss der Emi[grations]-Leitung wurde er ja nach Amsterdam ‚abgeschoben‘. Mit Hilfe dänischer Genossen wurde er in dem Kohlebunker eines dänischen Frachters versteckt und versorgt und in Antwerpen an Land gebracht. Er muss diesen Bericht also entweder direkt an seinem Körper getragen oder vielleicht in seinem kleinen Reisegepäck versteckt gehalten haben.“⁸

Das Gedächtnisprotokoll unseres Vaters, einen Monat nach seiner Vernehmung durch die Untersuchungskommission in Kopenhagen verfasst, ist auf einer Schreibmaschine getippt und mit Datum vom 25. Oktober 1934 handschriftlich unterzeichnet. Die im Bericht genannten Personen sind mit Initialen angegeben. Die ermittelten Namen wurden den Initialen in eckigen Klammern angefügt. Wir konnten jedoch nicht alle entschlüsseln – gekennzeichnet durch [?]. Über Männer und Frauen, die Walter Hochmuth im Jahre 1934 selbst traf, waren wir bemüht, in den Fußnoten Angaben zur Person zu geben. Die vom Verfasser stets mit den Buchstaben H., K. und S. bezeichneten Städte Hamburg, Kopenhagen und Sonderburg haben wir jeweils ausgeschrieben. Notwendige Erläuterungen und Hinweise sind in eckige Klammern gesetzt. Rechtschreibung und Zeichen-

6 Als nicht legal gemeldeter Emigrant trug Walter Hochmuth in Belgien den Decknamen „Pierre“.

7 Schreiben Marguerite Govaerts, 28.5.1947, im Besitz von Peter Hochmuth.

8 Anmerkungen Renate Hochmuth, 11.4.1992, ebenda.

setzung wurden dem heutigen Gebrauch stillschweigend angeglichen. Der Text des Dokuments musste aus Platzgründen um ein Viertel gekürzt werden.

Bericht über August/September 1934.

Aus einem Gedächtnisprotokoll von Walter Hochmuth

Ich überschritt am 8.8.1934 mittels einer Gesellschaftsfahrt (Sammelpass) die Grenze in Sonderburg und erhielt Quartier bei persönlichen Bekannten.⁹ Als ersten Genossen sprach ich mit H.J. [?], der mich beauftragte, einen Bericht über meine Personalien und politische Tätigkeit anzufertigen. Ich sagte ihm, dass ich das eigentlich nicht wolle, weil ich Misstrauen gegen Kopenhagen habe. Ich sagte ihm einen Bericht zu, den ich aber so kurz wie möglich fasste. Wenige Tage später sprach ich noch mit dem Genossen J.J. [Julius Jürgensen]¹⁰, dem ich sehr viel über die Hamburger Verhältnisse erzählte, weil ich ihn von früher her kannte und ihn auch während der Illegalität einmal in Hamburg gesehen hatte. Ich erzählte ihm auch den Fall F. [Albert Fleischer]¹¹ und sprach davon, dass er nach Hamburger Ermittlungen Hilfsdienste für die Polizei geleistet habe. J.J. [J. Jürgensen] hat dies in der Sitzung am 24. 10. bestätigt, um so weniger kann ich es fassen, dass ich dieses wichtige Detail gegen F. [A. Fleischer] dem dänischen ZK verschwiegen haben soll.

Am 17. 8. fuhr ich per Schiff nach Kopenhagen, wo ich am 18. 8. morgens ankam. Die Sonderburger Freunde hatten mir keine Anlaufstelle mitgegeben, sodass ich mich zuerst an die mir bekannte Genossin G.G. [G. Gottschalk] wandte. Ich traf sie in ihrer Mittagspause, sie gab mir die Adresse der RH [Rote Hilfe].

9 Peter Christensen, KPD, Schwiegersohn von Frau Grath (St. Pauli), bei der Hochmuth und Frau bis 1929 zur Untermiete gewohnt hatten. Von der Gestapo aus Sonderburg nach Flensburg gelockt, wurde Christensen 1936 verhaftet und zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. (Siehe Walter Hochmuth: Bericht über die Jahre 1933-1945, Berlin, 15.12.1948 /im Besitz von Peter Hochmuth/; BArch, Sg Y 30/0442, Bl. 28).

10 Julius Jürgensen (1896-1957), Arbeiter, KPD, Politischer Leiter der KPD auf Sylt und in Lübeck, 1933-1934 KZ Glückstadt, Sommer 1934 aus Schleswig-Holstein nach Dänemark, 1935/36 Leiter der KPD-Emigration, 1936-1938 Interbrigadist in Spanien, 1939 Internierung in Frankreich, 1944 KZ Buchenwald, 1945 Mitglied KPD-Bezirksleitung Wasserkante, MdL Schleswig-Holstein, Mitglied Parteivorstand KPD, 1956 in die DDR. (Siehe BArch, Sg. Y 30/0442, Bl.1-24; Michael F. Scholz: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration; die ehemaligen KPD-Emigranten und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR, Stuttgart 2000, S.359).

11 Albert Fleischer (*1903), Volksschullehrer, KPD Hamburg, seit 1930 mit Hochmuth in derselben KPD-Straßenzelle, 1933 Leiter Abwehr KPD Wasserkante, Anfang 1934 Flucht nach Dänemark, in der Kopenhagener KPD-Emigrationsleitung Abwehr- und Grenzarbeit bis August 1934. (Siehe BArch, RY/12/3/102 R 58/3257, Fiche 2, Bl.87; CZ 71/5 Bl.24; Alfred Drögemüller: Lebenslauf, 3.3.1950 /Privatbesitz/; Scholz, Erfahrungen, S.70, 76, 103, 358).

Dort sprach ich mit dem Genossen E. [Ferdinand Kilian]¹², der mir von früher her ziemlich gut bekannt war und von dem ich nicht wusste, dass er sich in Kopenhagen befand. Eine seiner ersten Äußerungen zu mir war: „Du wirst hier schon lange erwartet – einer wartet schon lange auf Dich“. E. [F. Kilian] ließ durchblicken, dass es sich um F. [A. Fleischer] handele, worauf ich zu erkennen gab, dass ich gerade gegen diesen Genossen wichtige Mitteilungen zu machen hätte. Auf meine Fragen, was F. [A. Fleischer] hier eigentlich vorstelle, wie er in eine solche Funktion gekommen wäre, wer ihn anerkannt, wer ihn eingesetzt habe, gab E. [F. Kilian] sehr ausweichende Antworten oder zuckte die Achseln. Er stellte sich desinteressiert an diesem Fall, so, als habe er „nichts damit zu kriegen“. Trotzdem hatte ich das Gefühl, dass E. [F. Kilian] sehr wohl interessiert sei.

Wir verabredeten für abends 9 Uhr einen Treff vor seiner Wohnung, deren Adresse er mir gab. Er wollte mir mein Quartier nennen. Ein Genosse, A.D.[Alfred Drögemüller]¹³, war ebenfalls zu ihm bestellt, der mich dann für zwei Nächte mit in sein Quartier nahm. [...]

Montag, dem 20.8. morgens besuchte ich E. [F. Kilian] und ging mit ihm ins Büro der RH. Ich fragte E. [F. Kilian] aus, wie die Verhältnisse in Kopenhagen seien, wie der Parteaufbau sei, an wen man sich zur Berichterstattung wenden müsse, usw. E. [F. Kilian] sagte mir ungefähr folgendes: „Eine deutsche verantwortliche Parteileitung besteht zur Zeit in Kopenhagen nicht, seit V. [Franz Vogel] verhaftet wurde. F. [Fritz Kercher]¹⁴ ist zwar nicht sein Nachfolger, aber er hat doch eine wichtige Funktion. Wir in der RH haben eine dreiköpfige Emig-

12 Ferdinand Kilian (1907-1938), KJVd, KPD, Mitglied des Arbeitersportvereins „Fichte“, Sportredakteur der „Hamburger Volkszeitung“, nach 1933 Exil in Dänemark, 1934-1937 Mitglied der KPD-Emigrationsleitung, 1937 nach Spanien, Kommissar in der XI. Brigade, gefallen bei Lerida. (Siehe Hochmuth/ Meyer, Streiflichter, S.175f., 318f.) Warum Walter Hochmuth hier für Ferdinand Kilian die Initialen „E.“ verwandte, ist noch ungeklärt, in späteren Berichten nannte er (wie auch Alfred Drögemüller) für 1934 als dreiköpfige Emigrationsleitung: „Kilian, Fritz und Paul“ (Fritz Kercher und Paul Zibell).

13 Alfred Drögemüller (1913-1988), Sozialistischer Schülerbund, SAJ, KJVd, KPD Hamburg, Mai 1934 Emigration nach Dänemark, 1936 Mitarbeit in KPD-Abschnittsleitung Nord, 1937 Schweden, 1939 ausgewiesen nach Dänemark, nach Okkupation des Landes politischer Leiter der KPD-Gruppe, 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Dänemark, Ende 1945 nach Schwerin, 1946 zurück nach Hamburg, 3. Sekretär der Landesleitung Wasserkante, seit 1948 Chefredakteur der Zeitschrift „Wissen und Tat“ beim Parteivorstand der KPD, 1950 in der DDR vom Ministerium für Staatssicherheit festgenommen, 2 ½ Jahre Haft in Hohenschönhausen, 1953 entlassen, Redakteur in Dresden, 1955-1960 Studium der Gesellschaftswissenschaften in Berlin, 1961 Promotion, Dozent an der Parteihochschule der SED. (Siehe BArch RY 1/I 2/102, Bl.184; DY 30/IV 2/11/v.4485, unpag.: A.D. Lebenslauf 20.X.1953 und Ergänzungen 26.X.1953; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S.176, 471f.; Scholz, Erfahrungen, S.353).

14 Friedrich Kercher, gen. Fritz (*1887), KPD Berlin, Mdr, 1934 Mitglied der KPD-Emigrationsleitung in Kopenhagen, in den 30er-Jahren in die UdSSR. (Siehe BArch, DY 30/II2/v. 4485; Sg.Y30/0442, Bl.6; Scholz, Erfahrungen, S.174, 359).

rantenleitung gebildet. P. [Paul Zibell]¹⁵, F. [F. Kercher] und ich. P. [P. Zibell] und ich machen praktisch die ganze Arbeit, obwohl F. [F. Kercher] offiziell der Leiter ist. P. [P. Zibell] befindet sich 14 Tage von Kopenhagen abwesend, er hat gerade Urlaub, es ist schade, dass Du ihn nicht gleich sprechen kannst. F. [F. Kercher] ist nämlich ein Genosse, der keine eigene Meinung hat, der seinen Standpunkt sofort aufgibt, wenn wir beide etwas anderes wollen. Aus diesem Grunde gibt es auch keine selbständigen Beschlüsse des Genossen F. [F. Kercher], sondern nur kollektive Beschlüsse von uns dreien. Die zuständige Stelle für Deinen Bericht ist im Augenblick das dänische ZK.“ Auf dem Büro angekommen, sah ich F. [F. Kercher] das erste Mal. F. [F. Kercher] frug E. [F. Kilian], ob ich wohl heute Abend „dabei sein könne“. Darauf E. [F. Kilian]: „Kommt für alles in Frage, ohne Ausnahme.“ Darauf gab mir F. [F. Kercher] die Adresse des Genossen St. [Willi Steinfatt]¹⁶, wo ich mich um 8 Uhr einfinden solle. Ich fuhr mit E. [F. Kilian] gemeinsam hin. Ich traf dort folgende Bekannte: H.G. [Herbert Gottschalk]¹⁷ und seine Frau, O.P. [Otto Piehl]¹⁸, K.W. [Karl Winkel]¹⁹ und St. [W. Steinfatt], den Wohnungsinhaber. Man war erstaunt, mich zu sehen, zumal vom Genossen F. [F. Kercher] in demselben Kreis eine Woche vorher ein Brief aus Hamburg verlesen wurde, in welchem mitgeteilt wurde, dass ich verhaftet sei. [...]

15 Paul Zibell, d. i. Hermann Paul Alfred Weber (*1907), KPD-Schutzabteilungsleiter Berlin, 1933 nach Dänemark, 1934 Mitglied der KPD-Emigrationsleitung, 1938 aus der KPD ausgeschlossen, Festnahme durch die dänische Polizei, Anklage wegen Schieberei, 1940 nach Schweden, nach 1945 im dänischen militärischen Nachrichtendienst, 1951 zurück nach Berlin, im Ostbüro der SPD zentrale Aufgaben. (Siehe BArch DY 30/TY/2/11/v. 4485, unpag. /Bericht 26.X.1953/; Scholz, Erfahrungen, S.103).

16 Willi Steinfatt (*1893), KPD, MdR, November 1933 aus Hamburg nach Kopenhagen. 1938 aus der KPD ausgeschlossen. (Siehe BArch, RY 1/I 2/102; DY 30/IV 2/v. 4485 /Bericht Drögemüller, 26.X.1953/; Scholz, Erfahrungen, S.70).

17 Dr. Herbert Gottschalk, KPD-Emigration in Kopenhagen, Lehrer für Schulungskurse, traf sich mehrmals mit Hochmuth, stand in Kontakt mit Harald Victor in Oslo. Victor schrieb nach seiner Rückkehr von einer Instruktionsreise in Hamburg am 24. September 1934 in einem Brief an Gottschalk, „dass Walter H. im Auftrag der BL [Bezirksleitung] Wasserkante zu dem Parteikongress nach Moskau fahren [...] und sich aus diesem Grunde sofort mit den zuständigen Stellen in Verbindung setzen soll.“ (BArch, RY 1/I 2/3/101, Bl.209.).

18 Otto Piehl (1906-1999), SAJ, 1925 ausgeschlossen wegen Teilnahme an Jungarbeiterdelegation in die Sowjetunion, Eintritt in die KPD, einige Monate KPO, zurück zur KPD, 1933 Haft im KZ Fuhlsbüttel, Anfang 1934 nach Dänemark, später Mitarbeit im Kopenhagener Emigrantenheim, 1938 nach Schweden, 1945 SPD, 1954 Rückkehr nach Hamburg, Funktionär der IG Metall. (Siehe Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S.176; Alfred Dreckmann: In Bergedorf war alles genauso. Der Kampf um die Weimarer Republik und Arbeiterwiderstand gegen den Faschismus, Bergedorf 2003, S.169-171).

19 Karl Winkel (*1905), Tischlergeselle, SAJ, KJVD, Juni 1934 aus Hamburg nach Kopenhagen, Mitarbeit in der KPD-Abschnittsleitung Nord, im NKFD, blieb nach 1945 in Dänemark. (Siehe Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S.472ff.; Scholz, Erfahrungen, S.34).

Am Dienstag, dem 21.8. vormittags ging ich mit F. [F. Kercher] zum dänischen ZK, wo ich vor drei Genossen (darunter F. [F. Kercher]) mein Wissen über den Fall Fl. [A. Fleischer] bekannt gab. Ich hatte die Absicht, über meine ganze Arbeit zu berichten. Soweit kam es aber nicht, weil die Genossen keine Zeit hatten oder sich nicht dafür interessierten. Es wurde mir gesagt, dass sofort deswegen (wegen Fl. [A. Fleischer]) Schritte unternommen würden. [...]

Am gleichen Tag sprach mich Fl. [A. Fleischer] in der Bahnhofshalle an, wo sich folgendes kurze Gespräch entspann: „Hast Du Bescheid für den Treff heute abend bekommen?“ „Ja, aber ich will mit Dir nichts zu tun haben.“ „Wieso, was ist los?“ „Du bist Parteifeind, im übrigen halte ich mich an gefasste Beschlüsse.“ „Dann müssen wir eben warten, bis dieser Beschluss aufgehoben ist.“ Ich ging sofort wieder zum Büro der RH und meldete den Vorfall. Ehe ich auch nur ein Wort gesagt hatte, machte F. [F. Kercher] die Bemerkung: „Ich sehe Dir an, dass Du ihn schon getroffen hast.“ Und nach meiner Berichterstattung: „Jetzt wissen wir wenigstens, wer der Spitzel ist.“ E. [F. Kilian] war bei dieser Unterhaltung zugegen. Das Benehmen und die laxen Äußerungen des Genossen F. [F. Kercher] betrachtete ich aus der Perspektive der Schilderung, die E. [F. Kilian] mir über F. [F. Kercher] gegeben hatte. Durch F. [F. Kercher] erfuhr ich folgenden Beschluss des dänischen ZK über Fl. [A. Fleischer]: „Fl. [A. Fleischer] ist aller Funktionen enthoben, bis zur Klärung durch das deutsche ZK.“ Einige Tage später sprach ich zum zweiten Mal mit einem Vertreter des dänischen ZK über diese Angelegenheit und fragte, ob schon eine Antwort in dieser Sache eingegangen sei. Dies wurde verneint.

Am 22.8. traf ich mich mittags mit H.G. [H. Gottschalk] und seiner Frau, die auch die Genossin H.K. [?] mitbrachte. [...] Als G.s [G. Gottschalk] Mittagspause zu Ende war, ging ich mit H.G. [H. Gottschalk] weiter durch die Stadt. Er hatte offensichtlich das Bedürfnis, mir über die Zustände in Kopenhagen zu erzählen. Ich interessierte mich sehr für seine Schilderung, zumal ich als Neuling – der 1 ½ Jahr nur ganz wenige illegale Verbindungen gehabt hatte – möglichst viel erfahren wollte. Aus dieser Diskussion, die auch noch die allgemeine und besondere Lage der Emigranten betraf, musste ich eine tiefe Unzufriedenheit des H.G. [H. Gottschalk] mit der politischen verantwortlichen Leitung erkennen. Er schilderte mir noch die Zustände, die unter der Leitung des Genossen O.K. [Otto Kühne], der jetzt Gottseidank aus Kopenhagen entfernt sei, geherrscht hätten. Gegen damals sei allerdings eine geringe Besserung eingetreten. Besonders scharf bemängelte er, dass so gut wie gar nichts für die Weiterbildung der Emigranten getan würde, dass kostbare Zeit verschwendet würde. Es drohe den Emigranten eine gewisse Versumpfung. Erst in der letzten Zeit sei dieser Kursus, an dem ich einmal teilgenommen hatte, organisiert worden. Dann erzählte er mir noch einen „speziellen Fall“, der die Unbeweglichkeit, Unbekümmertheit und Laxheit der verantwortlichen Genossen aufzeige. Es handelte sich um ein Flugblatt, gerichtet an die Ausflugsgäste, die jeden Sommer per Schiff aus Deutschland nach Ko-

penhagen²⁰ kommen. Dieses Flugblatt, welches ca. Kr. 40.- erfordere, sei wochenlang in Vorbereitung, jedoch noch nicht erschienen, weil die technischen Schwierigkeiten nicht zu beseitigen waren. Die Kr. 40.- wollte er persönlich von privater Seite beschaffen. Mein Gedankengang dabei war folgender: Wie ist es möglich, dass in einem Land mit legalen Möglichkeiten die Herausgabe eines Flugblattes zum Problem werden kann? In Deutschland hatten wir darüber keine Diskussionen, bei ungleich schwierigeren Verhältnissen. Die Gesamtheit seiner Schilderungen plus meine innere Einstellung, dass in Kopenhagen der Spitzel sitzen müsse, warfen meinen Vorsatz, keinem – außer den zuständigen Stellen – etwas über den Fall Fl. [A. Fleischer] zu erzählen, über den Haufen. So kam es, dass ich an diesem Tag einer nicht zuständigen Stelle das erste Mal von dem Fall Fl. [A. Fleischer] erzählte. [...]

An einem der folgenden Tage sagte mir H.G. [H. Gottschalk], ich könne mich guten Gewissens auch dem Genossen St. [W. Steinfatt] anvertrauen, da dieser „auch allerhand wisse“. [...] G. [H. Gottschalk] sagte mir noch, wenn ich eine Mitteilung ans deutsche ZK gelangen lassen wolle, so bestünde dazu eine Möglichkeit. Dr. H. [?] sei aus Paris mit bestimmten Aufträgen der Zentrale hier. Er könne daher sehr gut dahin einen Brief weiterleiten. Ich ging darauf ein. Am Sonnabend, dem 25.8. fand in Kopenhagen eine Massenversammlung statt. Vor dem Eingang des Lokals traf ich die Genossin G.S. [Grete Schulz]²¹, die ich hier in Kopenhagen auf dem Büro der RH zwar schon gesehen hatte, aber wir hatten als alte Bekannte noch keine Unterhaltung gehabt. G.S. [G. Schulz] ergriff die Gelegenheit, mir von dem, was sie auf dem Herzen hatte, zu erzählen. In der Hauptsache betraf es den Genossen V.P. [Victor Priess]²². Ich kenne G.S. [G.

20 Über Antifa-Infos für deutsche Touristen, die mit „Kraft durch Freude“ nach Dänemark kamen, berichtete Jule Jürgensen, dass sie als „Tivoli-Prospekte“ in Kopenhagen und später im Hafen von Korsör verbreitet wurden. (Siehe BArch, Sg Y 30/0442, Bl.32f.).

21 Margarethe Schulz, gen. Grete (1910-1942), Sekretärin, KPD Hamburg, Lebensgefährtin von Victor Priess, mit ihm eine Tochter, 1934 Emigration nach Kopenhagen, im besetzten Dänemark bei Verkehrsunfall tödlich verunglückt. (Siehe BArch, RY 1/I 1/3/102, Bl.184; DY 30/IV/ 2/11 v.4485, unpag. /Bericht Drögemüller 26.X.1953/; Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer. Hrsg. VAN Hamburg 1968, S.80).

22 Victor Priess (1908-1999), Schlosser, KPD, RFB, Funktionär für Militärpolitik der KPD Hamburg, entkam Ende 1933 als Schutzhäftling aus dem Stadthaus und floh nach Kopenhagen, dort wegen Zweifel an seiner Flucht von der KPD-Arbeit ausgeschlossen, 1935 nach Amsterdam und wieder Kopenhagen, 1936-1938 Interbrigadist in Spanien, 1939 Internierung in Frankreich, später in Algier, 1942/43 Angehöriger der britischen Armee, dann in die UdSSR, 1947 wegen angeblicher Verunglimpfung der Sowjetunion zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt, 1956 aus Workuta entlassen, zurück nach Hamburg, in der IG Metall aktiv. Einen Rückblick auf sein Leben gab er im Film „Die Cousins“ von Rainer Ackermann u. a. (BRD 1988). (Siehe BArch RY 1/I 2/102, Bl.184; FBS/278/12607, Bl.435f.; Scholz, Erfahrungen, S.367f.; Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918-1945, Berlin 2004, S.577; Ursel Hochmuth: Nie-

Schulz] schon lange Jahre und halte sie für eine gute, fähige Genossin. Ich wusste, dass sie in der legalen Zeit ein hohes Vertrauen genoss. (In der Illegalität hatte ich nie mit ihr zu tun.) Das Vertrauen, welches ich ihr entgegenbrachte, übertrug sich auch auf ihren Mann, den ich übrigens kannte, wenn auch nur unter seinem Vornamen. V.P. [V. Priess] war in Hamburg ein allgemein bekannter und beliebter Genosse. G.S. [G. Schulz] erzählte mir von der abenteuerlichen Flucht V.P.s [V. Priess] und war empört, dass man ihm Vorwürfe mache, der Gestapo bestimmte Dinge verraten zu haben. Jetzt endlich habe man die Vorwürfe zurückgezogen und er sei endlich anerkannt. Die hiesige Leitung habe sich nunmehr auch von der Haltlosigkeit dieser Beschuldigungen überzeugen müssen. G.S. [G. Schulz] war voller Unzufriedenheit mit den Handlungen und der Art der E. [Emigrations]-Leitung. Sie äußerte noch, dass sie gute Verbindung „nach oben“ habe, über welche Tatsache sich die E.-Leitung ärgere.

Mittwoch, den 29.8. war ich bei St. [W. Steinfatt] eingeladen. Ich traf dort auch die Genossin G.S. [G. Schulz] vor. Ich hatte den fertigen Brief für das ZK (zu befördern über G. [H. Gottschalk]) in der Tasche. Im Laufe des Gesprächs machte G.S. [G. Schulz] mir das Angebot, wenn ich etwas weiterzugeben hätte, so sei sie in der Lage, dies nach oben zu vermitteln. Ich ging darauf ein, um meinen Appell an das ZK noch dringender und über einen zweiten Weg zu machen. [...] Das Gespräch kam auf die Tatsache, dass ich noch keinem Genossen begegnet sei, der mit der Leitung auf gutem Fuß stehe oder sie verteidige. St. [W. Steinfatt] stand auf demselben Standpunkt. In dieser Stimmung erzählte ich von dem Fall Fl. [A. Fleischer] und las ihm und seiner Frau den Brief vor, der für G. [H. Gottschalk] zur Weiterleitung bestimmt war. Ich verlangte darin dringend das Eingreifen des [deutschen] ZK in Kopenhagen wegen Fl. [A. Fleischer]. St. [W. Steinfatt] hielt es auch für richtig, dass ich diesen Weg beschreite, er wusste auch davon, dass ein zweiter Brief über die Genossin G.S. [G. Schulz] weitergeleitet wurde. Er meinte, dass es auch höchste Zeit sei, gegen die „ungeklärten Verhältnisse in Kopenhagen“ etwas zu unternehmen.

Donnerstag, den 30.8. erhielten von mir G.S. [G. Schulz] und H.G. [H. Gottschalk] je einen Brief, die fast denselben Wortlaut hatten zur Weiterleitung an das ZK [der KPD].

Am Freitag, dem 31.8. war ich bei E. [F. Kilian], um mich nach der Rückkehr des Genossen P. [P. Zibell] zu erkundigen. [...] Zu diesem Zwecke war ich am Sonntag, dem 2. September, nochmals bei E. [F. Kilian]. Es war der Tag, an dem E. [F. Kilian] eine Reise nach Jylland unternahm. Er sagte mir noch die genaue Adresse des Kursuslokals für Montag, den 3.9., wo ich wahrscheinlich P. [P. Zibell] antreffen würde; dies traf zu. Für Dienstag, den 4.9. verabredeten wir

einen Treff. Das Gespräch drehte sich in der Hauptsache um die Genossin M.K. [Magda Kelm]²³ und ihre Verhaftung, ferner um den Fall Fl. [A. Fleischer]. Obwohl P. [P. Zibell] den Fl. [A. Fleischer] verteidigte, leitete ich zu diesem Zeitpunkt kein Misstrauen gegen P. [P. Zibell] aus seinem Verhalten ab. Ich beruhigte mich mit dem Gedanken, dass P. [P. Zibell] eben tatsächlich alles Material genau prüfen müsse. Er brauchte mir ja nicht zu glauben, dass Fl. [A. Fleischer] tatsächlich ausgeschlossen war. Bis zum nächsten Tag hatte ich einen gedrängten Bericht über meine illegale Tätigkeit zu geben.

Diesen Bericht erhielt P. [P. Zibell] am Mittwoch, dem 5.9. Wir sprachen den Bericht gleich durch. Bis zum folgenden Tag wünschte P. [P. Zibell] eine Liste aller mir bekannten Spitzel. Am Abend des 5.9. war ich bei St. [W. Steinfatt]. Es waren anwesend: St. [W. Steinfatt] und Frau, V.P. [V. Priess], G.S. [G. Schulz] und ich. Nach der allgemeinen Unterhaltung frug mich G.S. [G. Schulz][...]: „Hast Du Fl. [A. Fleischer] gesehen?“ Ich bejahte und sagte gleichzeitig, dass ich eine Unterhaltung mit ihm abgelehnt hätte. Darauf kam eine Diskussion über die Verhältnisse in Kopenhagen in Fluss, die sich in der Hauptsache um solche Dinge drehte, die den Genossen verdächtig vorkamen. Ich fragte St. [W. Steinfatt] nach seiner Meinung über P. [P. Zibell]. Er gab eine für P. [P. Zibell] günstige Schilderung. [...] Ich äußerte, dass ich aus meinen Unterhaltungen mit P. [P. Zibell] und auch von dem einen Kursusabend, den er mitgemacht habe, einen guten Eindruck von ihm gewonnen hätte. Nach diesem Gespräch über P. [P. Zibell] äußerte V.P. [V. Priess]: „Genossen, ich weiß es zwar nicht, aber ich kann mir nicht helfen, ich traue auch dem P. [P. Zibell] nicht.“ [...]

Am Donnerstag, dem 6.9. übergab ich P. [P. Zibell] die angefertigte Spitzelliste. Wir diskutierten wieder über den Fall Fl. [A. Fleischer]. In diesem Zusammenhang frug mich P. [P. Zibell], ob ich beschwören könne, dass meine Frau [Käthe Hochmuth]²⁴ nach dem Ausschluss des Fl. [Fleischer] nicht mehr mit dessen

23 Magda Kelm, später Langhans (1903-1987), Anlegerin, KPD, Mitglied der Bezirksleitung Wasserkaute, Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, nach 1933 Funktionärin der illegalen Parteileitung Hamburg, festgenommen im Mai 1934, verurteilt zu sechs Jahren Zuchthaus, Strafhaft in Lübeck-Lauerhof, 1946 Vizepräsidentin der Bürgerschaft, MdHB bis 1953, Vorsitzende der KPD-Kontrollkommission in Hamburg, nach Verbot der Partei 1956 illegale Arbeit, 1968 Mitbegründerin der DKP Hamburg und Mitglied im Bezirksvorstand. (Siehe Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S.92, 164f.; Weber/Herbst, Kommunisten, S.437).

24 Katharina Hochmuth, geb. Emmermann, später Jacob, gen. Käthe, (1907-1989), Angestellte, Juli 1934 wegen Stapo-Fahndung nach Walter Hochmuth in Schutzhaft, warnte den Illegalen, 1935 Strafhaft im Frauenzuchthaus Lübeck-Lauerhof, 1938/39 Schutzhaft im Polizeigefängnis Fuhlsbüttel, 1941 Heirat mit dem früheren KPD-Bürgerschaftsabgeordneten Franz Jacob, 1942 Geburt Tochter Ilse, Mitarbeit in der Widerstandsgruppe ihres Mannes, beide 1944 festgenommen. Jacob wird zum Tode verurteilt und hingerichtet, sie in das Frauen-KZ Ravensbrück deportiert. Nach 1945 Ausbildung und Arbeit als Lehrerin bis 1972, aktiv in der DKP, VVN, GEW und Friedensbewegung. (Siehe BArch,

Frau verkehrt habe. Obgleich ich fest versicherte, dass meines festen Wissens meine Frau nur bis zu ihrer ersten Verhaftung (Juli 1934) mit Frau Fl. [Fleischer] verkehrt habe, schien P. [P. Zibell] dies nicht zu glauben. Er fragte, ob es möglich sei, solch eine Versicherung von meiner Frau zu erlangen. Dies hielt ich durchaus für möglich. P. [P. Zibell] verwarf jedoch diesen Gedanken wieder. [...] Die nächste Zusammenkunft bei St. [W. Steinfatt] muss nach meiner Erinnerung am Sonnabend, dem 8.9. gewesen sein. An diesem Abend fassten wir den Beschluss, alles, was wir an belastendem Material wüssten und weiter erfahren würden, schriftlich niederzulegen. [...]

Am gleichen Tag [...] war ein Kinoabend organisiert, zu dem ich hinging. Der Genosse A.D. [A. Drögemüller] sah mich von seinem Platz aus. Er erzählte mir von dem Genossen H. [?], der über einige Verhaftungen in seinem [Hamburger] Stadtteil sehr beunruhigt sei. Es handele sich um Genossen, deren Namen er hier in Kopenhagen angegeben habe. [...]

Am folgenden Tag traf ich den Genossen H. [?] Er machte mir die Angaben, die bei mir [am 24.9.] beschlagnahmt worden sind. Am gleichen Tag rief ich den Genossen K.W. [Karl Winkel] an, ob er sich abends mit mir treffen wolle. Er sagte zu. Er brachte seine Frau mit. Nach einem Kinobesuch gingen wir in ein Cafe. Ich erinnerte W. [K. Winkel] an einige seiner Äußerungen, die er mir gegenüber nach einem Kursusabend gemacht hatte. [...] Ich machte mir in diesem Cafe einige Notizen, welche ebenfalls schriftlich formuliert bei mir beschlagnahmt worden sind.

Montag, den 10.9. erwartete ich in meiner Wohnung den Genossen R. [Hans Rytlewski]²⁵, Quartiermacher der RH. Er sollte mir die „Rundschau“ und die Wochenkrone²⁶ bringen. Er kam nicht. Mithin ging ich zum Büro. R. [H. Rytlewski] war nicht da. Plötzlich trat eine mir dem Gesicht nach bekannte Genossin aus Hamburg ins Zimmer, deren Namen ich jedoch nicht wusste. A.D. [A. Drögemüller] war auch im Büro. Er sagte mir, das sei L.S. [Lieselotte Schlachcis]²⁷, die Braut des hingerichteten Genossen R.L. [Rudolf Lindau]²⁸. Es war also

Sg Y 30/1245, Bl.9f.; Gerda Szepansky: Katharina Jacob, in: dies.: Frauen leisten Widerstand, Frankfurt/Main 1983, S.15-49).

25 Johann Rytlewski, gen. Hans (1899-1972), Tischler, KPD, 1923 Teilnahme am Hamburger Aufstand, Funktionär im RFB und im Abwehrapparat der Bezirksleitung Wasserkante, Sommer 1933 nach Dänemark, Instrukteur der Emigrationsleitung, 1936-1938 Interbrigadist in Spanien, danach Frankreich, Juli 1939 in die UdSSR, 1946 Rückkehr nach Deutschland, SED, Offizier der Volkspolizei in Schwerin. (Siehe BArch, Sg Y 30/1381, Bl.1f., 25f.; Scholz, Erfahrungen, S.369f.; Weber/Herbst, Kommunisten, S.639).

26 Deutsche kommunistische Emigranten unterstützte die dänische Regierung in der Regel nicht. Von der dänischen Roten Hilfe erhielten sie ein Wochengeld von 1-2 Kronen, weiter vermittelte die Rote Hilfe ihnen Mittagstische und Schlafstellen. (Siehe Hans Uwe Petersen: Die sozialen und politischen Verhältnisse der Hitlerflüchtlinge im dänischen Exil, Collection de l'ecole française de Rom, Rom 1991, S.431).

27 Lieselotte Schlachcis (1912-1942), KJVD, KPD Hamburg, im Oktober 1933 mit Rudi Lindau festgenommen, konnte ihren zum Tode verurteilten Verlobten letztmalig am 8.

diejenige Genossin, die M.K. [M. Kelm] im Gefängnis gesprochen und von ihr eine Mitteilung für mich, als ich noch in Hamburg war, vermittelt hatte.²⁹ Aus einem ganz bestimmten Grunde (die Formulierung über M.K.s [M. Kelm] Berichte nach oder von Kopenhagen) hatte ich ein großes Interesse daran, die Genossin L.S. [L. Schlachcis] zu sprechen. Ich folgte ihr in eine Speisehalle und sprach sie an. Sie erzählte mir von der Art und Weise der Verhaftung ihres Mannes und der Rolle, welche Fl. [A. Fleischer] dabei gespielt habe. Sie sagte, dass sie morgen, 11.9., einen Treff mit P. [P. Zibell] habe. Von dieser Unterredung der Genossin L.S. [L. Schlachcis] mit P. [P. Zibell] machte ich innerlich meine Stellung zu P. [P. Zibell] abhängig. Ich überlegte: Wenn P. [P. Zibell] nach dem Bericht der Genossin L.S. [L. Schlachcis] den Fl. [A. Fleischer] noch immer verteidigt, dann kann P. [P. Zibell] selbst auch nicht sauber sein. [...]

Am Mittwoch, dem 12.9. waren außer den bisher fünf Genossen nun auch noch L.S. [L. Schlachcis] anwesend. Wir hatten alle unser schriftliches Material fertiggestellt. Ich brachte mit: Bericht von H. [?], von K.W. [K. Winkel], meine eigenen Berichte über Fl. [A. Fleischer], über M. [?], sowie über meine Unterredungen mit P. [P. Zibell]; G.S. [G. Schulz]; St. und V.P. [W. Steinfatt und V. Priess] brachten ihre eigenen Sachen dazu. Dies wurde alles bei mir [am 24.9.] beschlagnahmt. L.S. [L. Schlachcis] verlas ihren eigenen Bericht, den sie am folgenden Tag, dem 13.9., P. [P. Zibell] geben wollte. Ihre Mitteilungen darüber, wie P. [P. Zibell] auf ihren mündlichen Bericht reagiert habe, ließen mich starkes Misstrauen gegen P. [P. Zibell] fassen. St. [W. Steinfatt] pflichtete jetzt auch bei.

Am Donnerstag, dem 13.9. kam A.D. [A. Drögemüller] in meine Wohnung. Er äußerte sich sinngemäß wie folgt: „Ich bin mir zwar dessen bewusst, dass ich einen Disziplinbruch begehe, wenn ich zu Dir komme, um Dich zu warnen. Wenn Du etwas organisierst, dann mach es so, dass es kein Schlag ins Wasser wird. Sei vorsichtig.“ [...] Mittwoch, den 19.9. hatte ich einen Treff mit P. [P. Zibell]. [...] An diesem Tag gab ich P. [P. Zibell] vorsichtige Antworten, weil ich ihm nicht mehr traute. Ich

Januar 1934 sprechen, nach ihrer Haftentlassung Flucht nach Kopenhagen, politische Arbeit in der KPD-Emigration. nach Okkupation Dänemarks verhaftet und 1942 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuge der Selektion jüdischer Gefangener aus den Haftanstalten im Dezember 1942 Deportation aus dem Jugendgefängnis Neumünster nach Auschwitz, dort umgekommen. (Siehe BArch, RY 1/I 2/3/192, Bl.194; Hochmuth, Niemand und nichts, S.88f.).

28 Rudolf Lindau jun., gen. Rudi (1912-1934), Bauarbeiter, KJVD, KPD, Funktionär in der KPD-Schutzorganisation Wasserkante, vom Hanseatischen Sondergericht zum Tode verurteilt, am 10. Januar 1934 im Untersuchungsgefängnis Hamburg enthauptet. (Siehe Hochmuth, Niemand und nichts, S.88).

29 Die Warnung Magda Kelms im Sommer 1934 lautete, dass die Hamburger Polizei fieberhaft nach Walter Hochmuth, Albert Bennies und Walter Gröbe fahnde. (Siehe W. Hochmuth: Rückblick auf 1 1/2 Jahr Illegalität, Bericht 1935, Bl.56 /im Besitz von Peter Hochmuth/).

versuchte, ihn auszufragen. Wir sprachen darüber, dass ich sehr über das Schweigen des deutschen ZK in der Angelegenheit Fl. [A. Fleischer] verwundert sei. P. [P. Zibell] gab mir Antworten, die mein Misstrauen gegen ihn steigerten. (Formulierungen beschlagnahmt).

Auf dem Nachhausewege traf ich zufällig den Genossen W.K. [Willy Klöcking]³⁰, der mir gleich folgende Frage vorlegte: „Sage mal, da muss doch noch eine dritte Gruppe sein, die da arbeitet?“ Ich stellte mich erst unwissend. Dann deutete W.K. [W. Klöcking] seine Gespräche mit V.P. [V. Priess] an, worauf ich einlenkte. W.K. [W. Klöcking] erzählte mir den Fall seiner Frau. Zum Schluss lud er mich für denselben Abend zu St. [W. Steinfatt] ein. [...]

Zu dem Kreis der sechs Genossen kam also am Mittwoch, dem 19.9. auch noch W.K. [W. Klöcking] zu St. [W. Steinfatt]. Die Aussagen des W.K. [W. Klöcking] wurden von St. [W. Steinfatt] protokolliert. Über die „Dritte Gruppe“ konnte W.K. [W. Klöcking] keine richtige Auskunft geben. Die „Zweite Gruppe“ waren er und seine Leute (wohl in der Hauptsache RFB-Kameraden), zu denen V.P. [V. Priess] die Verbindung hergestellt hatte. An diesem Abend kamen abenteuerliche Geschichten zur Sprache, die die Stimmung sehr erhitzen. In der Hauptsache handelte es sich um die Genossen P. und F. [P. Zibell und F. Kercher], die sehr heftig persönlich angegriffen wurden. Nach den Schilderungen, die besonders W.K. [W. Klöcking] mit Einzelheiten belegte und von V.P. [V. Priess] ergänzt wurden, bekam ich von der moralischen Beschaffenheit der betreffenden Genossen ein schlechtes Bild und äußerte: „Das passt so richtig in den Rahmen ihrer politischen Verkommenheit.“ [...] Die Rebellenstimmung unter den RFB-Kameraden wurde mir „immer verständlicher“; als der aktivste unter ihnen wurde der Name H.B. [Heinrich Buhr]³¹ genannt, der mit einem Revolver in der Tasche herumliefe und besonders dem Genossen P. [P. Zibell] an den Kragen wolle. Wir wurden aber einig, solche Sachen zu unterbinden. V.P. [V. Priess] wurde gewissermaßen beauftragt, seinen Einfluss auf die betreffenden Genossen aufzubieten, sie von Unüberlegtheiten zurückzuhalten. [...]

Am Donnerstag, dem 20.9., gingen G.S. [G. Schulz] und ich zu St. [W. Steinfatt], um auf einer Maschine, die von H.G. [H. Gottschalk] geliehen war, unser gesamtes Material 4-mal abzuschreiben. Ferner wurde ein Auszugsbericht und ein Begleitschreiben, verfasst von St. [W. Steinfatt], fertiggestellt und sollte an den Genossen K. [?] über seine in Kopenhagen lebende Frau weitergeleitet werden. Es wurde beschlossen, dass ich diesen Brief der Genossin K. [...] überbringe, um sie zu veranlassen, diesen Brief an ihren Mann weiterzusenden. Wir schilderten kurz die Situation, wie wir sie in Kopenhagen ansahen und baten das deutsche ZK dringend einzugreifen. [...]

30 Willy Klöcking (*1889), KPD, RFB, aus Hamburg im Juni 1934 nach Kopenhagen. (Siehe BArch, FBS 278/12607, Bl.225; RY 1/I 2/3/102, Bl.184).

31 Heinrich Buhr (1906-1966), KPD, RFB Hamburg, 1934 nach Dänemark, 1936 als Freiwilliger nach Spanien, Kämpfer in der Centuria Thälmann, lebte nach 1945 in Schweden. (Siehe BArch, RY 1/I 2/3/102, Bl.184; Hochmuth/Meyer, Streiflichter, S.194, 595).

Freitag, den 21.9. ging ich vormittags zur Genossin K. [?], verlas den Brief an ihren Mann, sowie den anhängenden Bericht. Sie war bereit, beides sofort per Luftpost an den Genossen K. [?] abzusenden. [...]

Abends war ich bei der Genossin K.W.-L. [Katja Walch-Lux] und ihrem Mann, dem Genossen B. [Wilhelm Burmeister]³². Wir unterhielten uns über politische Fragen, streiften auch die Zustände unter den Emigranten und die Spitzelgerüchte. Konkrete Tatsachen, besonders solche über meine Tätigkeit, gab ich nicht bekannt. [...]

Sonnabend, den 22.9. suchten mich morgens die Genossen A.D. [A. Drögemüller] und R. [H. Rytlewski] auf. R. [H. Rytlewski] zitterte, war leichenblass und machte einen äußerst erregten Eindruck. Er sagte, er habe die ganze Nacht nicht geschlafen. Er habe gestern abend ein Erlebnis gehabt, was sein Vertrauen zu P. [P. Zibell] total erschüttert habe. Er wisse, dass P. [P. Zibell] mit Fl. [A. Fleischer], trotz dessen Funktionsenthebung, noch zusammenkomme. Er hätte seine Hände für P. [P. Zibell] ins Feuer gelegt, aber nun sei es aus. Heute morgen habe er P. [P. Zibell] in seiner Wohnung aufgesucht, sein Bett sei aber unbenutzt gewesen, mithin halte er sich schon nicht mehr zu Hause auf. Er komme, um mich zu fragen, was zu tun sei. Das erschütternde Erlebnis verschwieg R. [H. Rytlewski]. Das machte mich gegen R. [H. Rytlewski] zurückhaltend, obgleich ich ihm im Übrigen Glauben schenkte, weil er den Eindruck eines enttäuschten, verratenen Genossen machte. [...]

Die Eröffnungen des Genossen R. [H. Rytlewski], der unmittelbar mit der Leitung zusammenarbeitete, machten mich in der Annahme, dass P. [P. Zibell] mit Fl. [A. Fleischer] gemeinsame Sache machte, fast restlos sicher. Zudem kam mir der Gedanke, dass die Zersetzung bereits die E.-Leitung erfasst habe, sodass ich von der Notwendigkeit und der Nützlichkeit meiner Tätigkeit immer überzeugter wurde. Die Tatsache, dass P. [P. Zibell] schon nicht mehr nach Hause gehe, bestärkte mich in dem Gedanken, dass man Fl. [A. Fleischer] und P. [P. Zibell] ergreifen und festsetzen müsse. Die Unmöglichkeit der Durchführung dieses Gedankens sah ich jedoch gleichzeitig vor Augen. Dann war ich angesichts der immer komplizierter werdenden Verhältnisse sehr enttäuscht darüber, dass das ZK weder antwortete, noch eingriff. [...]

A.D. und R. [A. Drögemüller und H. Rytlewski] waren zu einer Sitzung zum RH-Büro gegangen, über deren Verlauf mich die beiden Genossen um 3 Uhr orientieren wollten. A.D. [A. Drögemüller] kam jedoch schon 20 nach 12 Uhr wieder

32 Wilhelm Burmeister, d. i. Victor Kunze, gen. Vitja (*1900), Studium 1927-1932 in Hamburg, Vorsitzender der Kommunistischen Studentenfraktion (Kostufra), KPD, Internationale Arbeiterhilfe, Rote Hilfe, nach 1933 in KPD Winterhude aktiv bis Juni 1934, in Kopenhagen von 1934-1936 unter dem Namen „Wilhelm Burmeister“ Angestellter bei der sowjetischen Handelsvertretung, 1936 nach Schweden, dort in KPD-Leitung, 1943 Internierung, Mai 1945 Rückkehr nach Hamburg, 1947 nach Ungarn. (Siehe BArch Dy 30/IV 2/11 v. 4982, Bl.19, 71f., 78-81; Scholz, Erfahrungen, S.360).

in meine Wohnung, um mir zu sagen, dass R. [H. Rytlewski] um 3 Uhr nicht zum Treff käme. R. [H. Rytlewski] mache den Eindruck, als habe er seinen Besuch bei mir schon bereut. Dem A.D. [A. Drögemüller] teilte ich meine Gedankengänge, wie ich sie bereits skizzierte (ergreifen und festsetzen) mit, die er in der gegebenen Situation auch für richtig hielt. „Wenn die Partei nicht handelt, dann müssen wir für die Partei handeln“ – das war der Sinn unserer Unterhaltung. Wir waren uns klar darüber, dass wir keine Macht hatten, den Gedankengang in die Wirklichkeit umzusetzen. A. D. [A. Drögemüller] erzählte mir von Gerüchten über zu befürchtende Aktionen auf die RH-Kasse, die am Sonnabend Nachmittag „steigen“ sollten. Man hätte V.P. [V. Priess] im Verdacht, solch eine Aktion zu planen. Ich hielt dies für völlig ausgeschlossen, weil V.P. [V. Priess] viel zu vernünftig sei, solch einen Quatsch zu machen. Ich veranlasste jedoch den Genossen A.D. [A. Drögemüller], sofort zu V.P. [V. Priess] zu fahren, um ihn zu beauftragen, wenn schon die Gefahr einer solchen Aktion bestehe, dann solle V.P. [V. Priess] alles aufbieten, um betreffende Leute davon zurückzuhalten. [...]

Gegen 4 Uhr nachmittags verließ ich meine Wohnung und ging etwas spazieren. Unterwegs traf ich zufällig den Genossen J.J. [J. Jürgensen] aus Sonderburg, worüber ich sehr erfreut war. Konnte ich doch die ganze Sache einem Genossen erzählen, den ich kannte und den ich gemäß seiner Funktionen so beurteilte, dass meine Erfahrungen angesichts seines Wohnortes an der Grenze für ihn von größter Wichtigkeit sein mussten. Ich teilte ihm rückhaltlos alle meine Ermittlungen und Gedankengänge mit. Das Material wollte ich ihm Sonntag Vormittag zeigen. Zu diesem Zwecke machten wir einen Treff aus.

Abends, Sonnabend, den 22.9., fuhr ich zu St. [W. Steinfatt]. Als erstes erfuhr ich, dass am Abend vorher bei ihm schon eine Zusammenkunft gewesen sei. W.K. [W. Klöcking] sei dagewesen und habe seinen Zusammenstoß mit der E.-Leitung auf dem RH-Büro berichtet. V.P. [V. Priess] erzählte, dass „12 Schweine“, wie man sich auf dem Büro ausgedrückt habe, kein Geld bekämen, während alle anderen 5 Kronen bekommen sollten. In Bezug auf die Revolvergeschichten, die nach meiner Auffassung von V.P. [V. Priess] unterdrückt worden waren, tat G.S. [G. Schulz] sinngemäß den Ausspruch: „P. [P. Zibell] kann V.P. [V. Priess] dankbar sein für sein Leben. Welch ein Glück, dass er Einfluss hat auf die Jungen und sie von Dummheiten zurückhalten konnte.“ St. [W. Steinfatt] zeigte mir an diesem Abend noch ein loses Blatt. Es war eine Abschrift eines Berichtes Fl.s [A. Fleischers] an eine zentrale Stelle. Das Original davon hatte V.P. [V. Priess] beschafft. Ich legte dem Inhalt dieses Blattes keinen Wert bei, weil er nach meinem Dafürhalten unwesentlich war. Konkret wurde an diesem Abend beschlossen, dass ich mit V.P. [V. Priess] am Montag früh 9 Uhr zum dänischen ZK gehe, um sämtliches Material und auch den Brief an den Genossen K. [?] vorzulegen. [...]

Sonntag, den 23.9. traf ich morgens 9 Uhr den Genossen J.J. [J. Jürgensen] und nahm ihn mit in meine Wohnung. Ich las ihm aus meinem Material vor. [...] Um 11 Uhr ging ich zum Treff mit V.P. und A.D. [V. Priess und A. Drögemüller].

V.P. [V. Priess] berichtete, dass ihm Folgendes zu Ohren gekommen sei: „P. [P. Zibell] hat für den heute Nacht nach Berlin abgehenden Schlafwagenzug einen Platz bestellt. Er ist jedoch nicht gefahren. In seiner Wohnung ist er auch nicht gewesen. Mit dem unbesetzten Schlafwagenplatz wollte P. [P. Zibell] sicher ein Manöver machen, um uns irrezuführen.“ P.s [P. Zibell] Verhalten deuteten wir so, dass er türmen wolle aus Angst vor seiner Entlarvung. Dann sagte er noch, dass im Übrigen der Sonnabend ruhig verlaufen sei, es hätten alle ihr Geld bekommen, aber nicht 5, sondern 3 Kronen. [...]

Am Montag, dem 24.9. früh 7 Uhr erschien in meiner Wohnung zuerst R. [H. Rytlewski], dem ich bedeutete, dass ich zum ZK gehen werde. Gleich darauf erschienen mehrere andere Genossen, darunter P. [P. Zibell], was mich an der Echtheit der Aktion zweifeln ließ. Auf dem Tisch lag eine Stadtkarte von Kopenhagen, in welcher der Name Dr. G. [Dr. H. Gottschalk] stand, dem die Karte auch gehörte. Mit der Geste eines Kriminalbeamten zeigte P. [P. Zibell] den Namenszug dem R. [H. Rytlewski], als ob damit ein „Beweismittel“ entdeckt sei. Dieser an sich belanglose Zwischenfall mutete mich dilettantenhaft an. (Dass P. [P. Zibell] nicht dilettantenhaft arbeitet, konnte ich später zur Genüge feststellen.) Im Übrigen verlief dieser Tag, wie ich es in meinem Brief an das ZK und an den Genossen J.J. [J. Jürgensen] in Sonderburg mitteilte. Als ich die beiden eingeschlafenen Wächter verließ, kam mir zwar der Gedanke, sofort zum ZK zu gehen, jedoch entschloss ich mich, erst zur Genossin K. [?] zu fahren, um zu hören, ob Genosse K. [?] schon geantwortet habe. Leider traf ich Genossin K. [?] nicht zu Hause an [...]. Dann fuhr ich zur Genossin K. W.-L. [K. Walch-Lux] und gab es auf, mich an diesem Tag noch an das [dänische] ZK zu wenden. Bei K. W.-L. [K. Walch-Lux] entwarf ich jedoch sofort einen Brief an das ZK und stellte mich zur Verfügung mit einer Postlageradresse.

Am Dienstag, dem 25.9., rief ich G.G. [G. Gottschalk] an, erzählte ihr die Geschichte mit den eingeschlafenen Wächtern und fragte sie, wie bei ihr zu Hause der verfllossene Tag verlaufen sei.³³ Sie riet mir, zu St. [W. Steinfatt] zu fahren, was ich tat. Ich traf St. [W. Steinfatt] vor dem Bahnhof Hellerup. Er erzählte mir von den Vernehmungen tags zuvor und sagte auch gleich: „Warum gingst Du nicht gleich zum ZK?“ Ich las ihm darauf die Abschrift meines Briefes an das ZK vor und erzählte ihm, dass ich gestern zwei Stunden auf die Genossin K. [?] gewartet habe, sie jedoch nicht angetroffen hätte. [...]

Dann fuhr ich zum dänischen ZK, wo ich auch keinen verantwortlichen Genossen sprechen konnte. Die Adresse des Vernehmungslokals hatte mir St. [W. Steinfatt] nicht genannt. Ich hinterließ einen Zettel, auf dem ich bemerkte, dass ich die Sache mit der Postlageradresse für Unsinn halte, und meldete mich für Mittwoch früh an, um Bescheid abzuholen und nachzuweisen, dass ich mich zur Verfügung halte.

33 Über diesen Telefonanruf Hochmuths berichtete Herbert Gottschalk am 25. September 1934 in einen Brief an Fritz Kercher und Paul Zibell. (Siehe BArch RY 1/I 2/3/350).

Mittwoch früh erhielt ich vom [dänischen] Genossen A.M.-P. [Arne Munch-Petersen] einen kurzen Brief, in welchem stand, dass „die UK [Untersuchungs-Kommission] schon seit zwei Tagen auf mich warte“. [...]

Bis zum Beginn meiner ersten Vernehmung [26.9.] war ich innerlich völlig ruhig über meine Handlungen. Mir kam nur der Gedanke, dass ich bedeutend früher den Entschluss hätte fassen müssen, zum ZK zu gehen. Die Zusammensetzung der UK konnte ich nicht verstehen, ich konnte mir nicht erklären, dass ausgerechnet P. und F. [P. Zibell und F. Kercher] Mitglied derselben waren, weshalb ich mich zuerst weigerte, vor dieser UK Aussagen zu machen. Wenn ich dem ZK oder einer anderen UK gegenüber gestanden hätte, wären meine Antworten bestimmt anders ausgefallen. Erst am Abend nach dieser Sitzung gab ich meinen Widerstand auf. Das war die Ursache, weshalb ich mich während der Sitzung in Widersprüche verwickelte. Schon während der Sitzung wurde mir Stück für Stück klar, welches Unheil ich in vier Wochen Fraktionsarbeit – die mir während der Vernehmung das erste Mal als solche erschien und klar wurde – angerichtet hatte. Der Gedanke, mich im Gegensatz zur Partei zu befinden, der doch die letzten zehn Jahre meines Lebens gehören, verursachte bei mir eine furchtbare Depression. Was ich subjektiv „für“ die Partei getan hatte in Kopenhagen, war objektiv eine Kette von disziplinlosen, parteischädigenden Handlungen. Dieser Widerspruch wühlte mein Innerstes auf.

Ich versuchte nach Schluss der Sitzung, dem Genossen St. [W. Steinfatt] einen Einblick in meine innere Verfassung zu geben. Ich sagte ihm, dass es mir am liebsten sei, keinerlei Rücksicht mehr gegen sich selbst und die anderen Genossen zu nehmen. Es sei allein richtig, jedes der Partei noch unbekannte Detail unserer „Arbeit“ der UK bekannt zugeben, ich selbst wolle niemanden mehr sehen und sprechen, er möge seinen Einfluss auf die anderen Genossen aufbieten, jeden Widerstand gegen die UK aufzugeben. Mich selbst bezeichnete ich als politisch toten Mann. Der Gegensatz meiner politischen Laufbahn bis zur Emigration und den vier Wochen in Kopenhagen machte mich sehr niedergeschlagen. Ich sagte ihm noch, dass ich im Sinne dieser Gedankengänge morgen eine schriftliche Erklärung abgeben werde. Ich wollte keine Geheimnisse vor der Partei mehr haben.

Am Donnerstag früh, dem 27.9. schrieb ich die Erklärung, dann ging ich zu K.W.-L. [K. Walch-Lux], um den Schlüssel abzugeben und mich vorläufig zu verabschieden. Sie nahm den Schlüssel jedoch einfach nicht an. Weil sie bemerkte, dass in mir eine große Veränderung vor sich gegangen war, wollte sie gerade deshalb weiter helfen. Sie sagte mir, sie sei wegen meines Ausbleibens bei St. [W. Steinfatt] gewesen. Ich fuhr dann zu St. [W. Steinfatt] und ließ ihn meine Erklärung lesen. Ferner sagte ich ihm, dass ich jetzt auf alle Fragen der UK die volle Wahrheit sagen werde. St. [W. Steinfatt] hatte sein Benehmen im Gegensatz zum Abend vorher sehr geändert. Ich bemerkte eine gewisse Kälte mir gegenüber. Ich erklärte mir sein Verhalten jedoch aus der Gesamtsituation und brachte es nicht mit mir in Verbindung.

Ich ging dann zu Fuß zur Sitzung. Nachts 3 Uhr wurde mir eine Erklärung vorgelegt, die St. [W. Steinfatt] verfasst hatte, dass er in mir den Spitzel vermutete und in V.P. [V. Priess] meinen Helfershelfer. Die Genossen der UK deuteten mir an, dass sie dem Standpunkt dieser Erklärung großes Gewicht beilegen. Ich musste erkennen, dass man mich für den Spitzel hielt. Ich kann nicht beschreiben, wie das auf mich wirkte. Ich sah meine Lage als vollkommen verbarrikadiert an. Jede Minute konnte das Wort „Du bist der Spitzel“ fallen. Es war einfach furchtbar. Morgens 6 Uhr war die Sitzung zu Ende.³⁴

Ich hatte auf dem Heimwege nur einen Gedanken: Vorbei, alles vorbei. Mein eigener Leichtsin, meine Disziplinlosigkeit hatten mich in eine total ausweglose Sackgasse gebracht. Was nützte mir in dieser Situation mein reines Gewissen und meine Arbeit drüben, auf die ich vor mir selbst doch in etwa stolz war. Ich wehrte mich dagegen, nun als Parteiloser, als Privatmensch durch die Welt laufen zu müssen. Ich wollte in dieser Eigenschaft der Bewegung nicht als „Emigrant“ zur Last fallen. Der Gedanke drängte sich mir auf, Schluss zu machen. Die Partei war mit meinem persönlichen Werdegang zu eng verbunden, als dass ich ohne sie hätte leben können. Zu diesem Zwecke hatte ich im Geiste schon alles geordnet. Ich wollte nur noch einen Brief von der Post holen, um einen letzten Gruß von meiner Frau [Renate Brake]³⁵ zu lesen. Dieser Brief stieß meinen Entschluss um. Dieser Brief machte alle Erinnerungen an „drüben“ wach. Ich musste an alle meine Genossen, meine persönlichen Beziehungen, unsere ge-

34 Zu dieser Sitzung bzw. zu seiner Vernehmung im September 1934 in Kopenhagen äußerte Hochmuth sich einige Monate später im Amsterdamer Exil. In seinem Rückblick auf die Jahre 1933/34 verfasste er darüber 1935 im Abschnitt „Fragen bzw. Vorwürfe und ihre Beantwortung“ ein mehrseitiges Gedächtnisprotokoll. Die darin zitierten Fragen stammten wahrscheinlich von Hermann Paul Alfred Weber alias Paul Zibell. Hier eine Kurzfassung vom Beginn des Verhörs: „Wie war es möglich, dass Du Dich 1 ½ Jahre als Illegaler in Hamburg halten konntest?“ Walter Hochmuth: Er habe viele Existenzmöglichkeiten (in fünf Stadtteilen) gehabt mit Hauptquartier bei Renate Brake, die in Hamburg unbekannt gewesen sei. Keiner der mit ihm zusammenarbeitenden Genossen hätten seine Wohnungen und Arbeitsstellen gewusst. „Warum bist Du nach Bekanntwerden der Verhaftungen im Juli 1933 aus Deinen Ferien nicht sofort zurückgekehrt?“ Hochmuth: Er sei mit dem Vorsatz in die Ferien gegangen, nach Rückkehr die Verbindung durch Käthe Hochmuth wieder aufzunehmen, dies sei jedoch durch ihre Verhaftung abgeschnitten worden. Er habe sich damals in einer gewissen „Sorglosigkeit“ in der Partei zu Hause gefühlt, weil er nie in Konflikt geraten sei, sondern einen steten Aufstieg von unteren zu mittleren Funktionen erlebt habe. (Hochmuth: Rückblick, Teil V, Bl.17-22).

35 Renate Brake, später Hochmuth (1910-1998), Schneiderin, im Juli 1945 führte Walter Hochmuth die Familie in Berlin-Charlottenburg zusammen, 1946 SED, nach der Währungsreform 1948 in West-Berlin Umzug nach Woltersdorf bei Erkner, 1951-53 Bürgermeisterin in Woltersdorf und Schöneiche, dort Mitbegründerin der LPG „Roter Oktober“, 1953-1955 Sekretär des Rates des Kreises Fürstenwalde/Spree, 1956-1958 Presseverantwortliche der DDR-Handelsvertretung in Indonesien, 1958 Umzug nach Potsdam, 1990 PDS. (Siehe BArch, Sg Y 30/1245, Bl.9ff., persönl. Unterlagen in Verwahrung von Peter Hochmuth).

meinsame Arbeit und an unsere gemeinsamen Erfolge denken. Ich wurde diese Gedanken nicht mehr los. Immer mehr kam mir der Kontrast zwischen meiner Rolle hier und dort zum Bewusstsein. Es setzte sich bei mir der Gedanke fest, dass meine Rehabilitierung bis zur Emigration doch eines Tages erfolgen müsse. Damit verband ich die Hoffnung, dass ich doch in der Zukunft wieder einmal dabei sein werde.

Ich war in einer Verfassung, dass ich nicht mehr fähig war, an einer Sitzung teilzunehmen, ich wollte auch nicht mehr für eine im Augenblick aussichtslose Sache kämpfen. Ich wollte in Kopenhagen auch niemand mehr zumuten, mich bei sich zu haben. Meine Nerven versagten. Ich schrieb in dieser Stimmung einen Brief an das ZK, in welchem ich Ausführungen darüber, wie ich meine Lage ansehe, machte und erklärte, dass ich nach Sonderburg fahren würde. Weil ich nicht zur Sitzung gehen wollte, erwartete ich für abends einen Genossen aus der UK, dem ich diesen Brief übergeben hätte. Es kam aber anders. Schon am Vormittag kam ein Genosse, um sich nach mir zu erkundigen. Ich weiß nicht, wer es war. Ich lehnte eine Unterhaltung mit ihm ab. Mein Wirt³⁶ sagte ihm, dass ich krank sei, nicht zur Sitzung ginge, aber einen Brief geschrieben habe.

Mittags ging ich zur Genossin K.W.-L. [K. Walch-Lux], um mich zu verabschieden, weil ich nach Sonderburg fahren wollte. Es waren die einzigen, die noch an mich glaubten, deshalb ging ich hin. Ursprünglich wollte ich die letzte Nacht in Kopenhagen in meinem Quartier bleiben. Die beiden Genossen [K. Walch-Lux und W. Burmeister] veranlassten mich aber, bei ihnen zu bleiben, worauf ich einging, zumal in meiner Wohnung am Abend eine Geburtstagsfeier sein sollte, der ich gern entrinne wollte. Ich holte meinen Koffer und fuhr zur Wohnung der beiden Genossen zurück. [...]

Sonntag, den 1.10. fuhr ich nach Sonderburg. Meine Freunde waren seltsamerweise schon vorbereitet. Ich war erstaunt darüber, dass ich bereits amtlich erwartet wurde. Ich hielt mich schon für parteilos und deshalb losgelöst von allen Bindungen zu den Genossen in Kopenhagen.

Abends kam J.J. [J. Jürgensen], dem ich begründete, warum ich nach Sonderburg gefahren sei. Im Laufe des Gesprächs sagte er mir, dass ich einem Genossen in Kopenhagen gegenübergestellt werden sollte, der mit mir im Gefängnis gesessen haben will. Da war ich sofort bereit, am gleichen Tag in meiner ziemlich jämmerlichen Verfassung wieder nach Kopenhagen zurückzufahren, denn wenn sich auf diesen Genossen, der mir gegenübergestellt werden sollte, die Spitzeltheorie gegen mich stützte, so musste das Resultat dieser Gegenüberstellung zu meinen Gunsten ausfallen, wenn es sich nicht um ein gekauftes Subjekt von Parteifeinden handelte. Das war mein Gedankengang.

36 Georg Spring, dänische Rote Hilfe.

Am folgenden Tag fuhr ich mit dem Genossen J.J. [J. Jürgensen] zurück. Die sofort zusammengetretene Sitzung nahm einen Verlauf, der den ärgsten Druck von mir nahm.

Kopenhagen, den 25. Oktober 1934

gez. Walter³⁷ Hochmuth

³⁷ Im Original: Walther. Walter Hochmuth schrieb später niemals seinen Vornamen mit h.

Regionales

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Sachsen 1924 bis 1933¹

Carsten Voigt

Während vor allem in den sechziger und siebziger Jahren eine Reihe von Studien zu den politischen Kampfbünden erschienen sind,² ohne dass deren Bedeutung für das politische System der Weimarer Republik hinreichend gewürdigt wurde, wurde es danach recht still um diese Verbände. Erst neuere Arbeiten, die sozial- und kulturgeschichtliche Fragestellungen in den Mittelpunkt gerückt haben, schenken ihnen wieder die gebührende Aufmerksamkeit.³ Der Aufsatz soll im Folgenden ein besseres Verständnis für die Organisationsform des Kampfbundes vermitteln und das Reichsbanner als Vorfeldorganisation der SPD innerhalb des sozialistischen Milieus verorten.

Zum Wesen der politischen Kampfbünde in der Weimarer Republik

Die Kampfbünde werden oft als paramilitärische Verbände bezeichnet. Versteht man unter paramilitärisch gleichmilitärisch/Militärersatz, so wird die Funktion dieser Organisationen unzulässig nur auf den militärischen Aspekt reduziert oder

1 Der folgende Aufsatz beruht auf der Dissertation „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Rote Frontkämpferbund in Sachsen (1924-1933)“. Die Arbeit wird voraussichtlich 2009 erscheinen.

2 Hier seien nur die Darstellungen zum Reichsbanner genannt: Siehe Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966; Helga Gotschlich: Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Berlin (Ost) 1987; Dies.: Die Politische Differenzierung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ in der Zeit vom September 1930 bis März 1933, Berlin (Ost) 1978 (Diss.); Heinz Helmbold: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus, Jena 1970 (Diss.).

3 Siehe Peter Fritzsche: Rehearsals for Fascism. Populism and Political Mobilization in Weimar Germany, New York 1990; Dirk Schumann: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001; Sven Reichardt; Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der SA, Köln 2002; Werner Hinze: Schalmeienklänge im Fackelschein. Ein Beitrag zur Kriegerkultur der Zwischenkriegszeit, Hamburg 2002; Benjamin Ziemann: Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenbund der sozialistischen Arbeiterschaft, in: Historische Zeitschrift, 1998, H. 3, S.357-399.

gar gänzlich verkannt. Die weiter gefasste Bedeutung des Begriffes als vormilitärisch, die mitunter auch noch die Übernahme noch so marginaler Aspekte vom Militär erfasst, ist hingegen analytisch wenig sinnvoll. Unter der Bezeichnung „paramilitärischer Verband“ sollten jene nichtstaatlichen oder halbstaatlichen Organisationen zusammengefasst werden, die auf den militärischen Einsatz ausgerichtet sind und demzufolge über militärische Bewaffnung verfügen. In der Weimarer Republik waren die paramilitärischen Verbände der Rechten eng mit der Reichswehr verzahnt, so wie etwa die verschiedensten Freikorps oder Zeitfreiwilligenverbände. Die radikale Linke hatte z. B. mit der Roten Ruhrarmee 1920 einen paramilitärischen Verband.

Zunächst waren die Kampfbünde eine Organisationsform der politischen Rechten, die auch unter dem Begriff Wehrverbände zusammengefasst wurden. Sie entstanden zum Teil aus paramilitärischen Verbänden, wie etwa der Jungdeutsche Orden; die Grenzen sind also durchaus fließend. Der größte und bedeutendste Wehrverband war zweifellos bis Ende der zwanziger Jahre der 1919 gegründete Stahlhelm. Ihre endgültige Organisationsform erhielten die Kampfbünde aber erst mit der Stabilisierung der Weimarer Republik nach der großen Herbstkrise von 1923. Dem Staat gelang es seit 1924 wieder sein Gewaltmonopol beinahe vollständig durchzusetzen. Dadurch verloren die paramilitärischen Verbände ihre wichtigste Existenzbedingung, denn sie existieren stets dort, wo das staatliche Gewaltmonopol nur sehr unvollständig durchgesetzt werden kann. Die Mitglieder der paramilitärischen Verbände strömten 1924 in die Wehrverbände, die sich aus der militärischen Arena verabschiedeten, d. h. alle Pläne zum Staatsumsturz oder zur militärischen Niederschlagung der Arbeiterparteien fallen ließen. Sie wendeten sich nun hauptsächlich der Politik zu. Besonders deutlich wird dies anhand der Parole des Stahlhelms: „Hinein in den Staat“.

Alle Kampfbünde dienten einer politischen Richtung als Propaganda- und Agitationskolonnen. Sie waren deswegen alle mehr oder weniger an politische Parteien angebunden. Im Unterschied zu den paramilitärischen Verbänden besaßen sie keine oder nur eine rudimentäre militärische Bewaffnung. Die Organisationsform der Kampfbünde stellte eine Mischung aus dem demokratischen Vereinsprinzip und militärischen Strukturen dar. Zu ersterem gehörten etwa Mitgliederversammlungen, Mitgliederbeiträge, Wahlelemente und politische oder kulturelle Veranstaltungen. Zu letzterem zählten vor allem eine wenigstens ansatzweise dem militärischen Vorbild entnommene hierarchische Durchgliederung, die auf Befehl und Gehorsam beruhte, militärische Übungen sowie als äußeres Zeichen Uniformen. Die Gewichtung der vereinsmäßigen gegenüber den paramilitärischen Elementen divergierte zwischen den einzelnen Kampfbünden und konnte sich auch im Laufe der Zeit verschieben. Die beiden Pole bildeten das Reichsbanner, als stärker am demokratischen Vereinsprinzip orientierter Verband und die SA, bei der die paramilitärische Seite viel mehr betont wurde.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal aller Kampfbünde bildete die Berufung und Pflege soldatischer Tugenden. Darunter sind etwa Kameradschaft, Treue, Gehorsam, Disziplin und die Kampfbereitschaft für ein bestimmtes politisches Ziel

zu verstehen. Wenn auch die Kampfbünde keine paramilitärischen Verbände waren, die militärische Operationen durchführen konnten, so verstanden sich diese Organisationen als militärische Reserve für zukünftige Kämpfe. Die Mitglieder pflegten das Selbstbild des politischen Soldaten, was seinen Ausdruck in Bezeichnungen wie „Soldaten der Republik“ (Reichsbanner), „Soldaten der Revolution“ (RFB) oder „Soldaten der Nation“ (Stahlhelm) fand.

Die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde im Februar 1924 als ein Zusammenschluss von Mitgliedern der drei Weimarer Koalitionsparteien in Magdeburg gegründet.⁴ Von Anfang an dominierten die Sozialdemokraten eindeutig. Die Gründung des Reichsbanners war eine Reaktion auf die Herbstkrise von 1923. Der Verband sollte die Republik im Verein mit den republikanischen Behörden gegen Umsturzversuche schützen. Es erwies sich schnell, dass die Republik nicht mehr akut gefährdet war. Die Republikaner wollten den öffentlichen Aufmärschen der Wehrverbände entgegentreten, die Anfang 1924 starke Mitgliederzuwächse zu verzeichnen hatten und das Straßenbild beherrschten. In den meisten Regionen wurde der republikanische Kampfbund zwischen Mai und August 1924 ins Leben gerufen.⁵

In Sachsen traf das Reichsbanner bei seiner Gründung auf besondere Schwierigkeiten. Die politischen Verhältnisse waren durch eine scharfe Trennung zwischen Arbeiterbewegung und bürgerlichem Lager gekennzeichnet, die schon vor dem Ersten Weltkrieg in Sachsen bestand. Das Fehlen des Zentrums als ausgleichender Faktor machte sich im protestantischen Sachsen stark bemerkbar. Zu den Besonderheiten der sächsischen Parteienlandschaft gehörte, dass die DDP überwiegend von ehemaligen Nationalliberalen vornehmlich als bürgerliche Sammlungspartei gegen eine in Sachsen drohende sozialistische Mehrheit gegründet wurde.⁶ Deshalb stand die DDP in Sachsen in Relation zur Reichsorganisation der Linksliberalen sehr weit rechts. Konnte sich die DVP zunächst nicht entfalten, gelang es ihr 1920, die Führungsrolle im bürgerlichen Lager Sachsens durch eine scharf antisozialdemokratische Politik zu übernehmen.

4 Siehe Rohe, Reichsbanner, S.44-70; Gotschlich, Kampf, S.14 f.

5 Siehe Jacob Toury: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – Stiefkind der Republik. Zur Gründungsgeschichte der republikanischen Wehren, in: Ders.: Deutschlands Stiefkinder. Ausgewählte Aufsätze zur deutschen und deutsch-jüdischen Geschichte, Gerlingen 1997, S.11-92 hier S.88 f.

6 Siehe Michael Rudloff: Von den Nationalliberalen zur Deutschen Volkspartei. Der Umbruch im sächsischen Parteiensystem im Spiegel der Korrespondenz des Kriebsteiner Unternehmers Dr. Konrad Niethammer, in: Manfred Hettling/Uwe Schirmer/Susanne Schötz (Hrsg.): Figuren und Strukturen. Historische Essays für Hartmut Zwahr zum 65. Geburtstag, München 2002, S.699-735; Richard Seyfert: Sachsen, in: Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928, S.189-196, hier S.189f.

Seit Herbst 1920 regierte in Sachsen eine sozialistische Minderheitsregierung unter Tolerierung der KPD.⁷ Anfang Oktober 1923 trat die KPD in die sächsische Regierung ein, um diese als Sprungbrett für einen Aufstand zu benutzen. Dies bildete den Anlass zur Reichsexekution gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung.⁸ Die Zeit der sozialistischen Regierung und ihre gewaltsame Absetzung verschärfte den Gegensatz zwischen sozialistischer Arbeiterbewegung und bürgerlichem Lager erheblich.

Nach dem kurzen Zwischenspiel der sozialdemokratischen Regierung Fellisch⁹ bildete Anfang 1924 eine Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion der SPD eine Koalitionsregierung mit der DDP und der DVP unter dem Ministerpräsidenten Max Heldt (SPD). Die große Mehrheit der sächsischen SPD, durch die Reichsexekution verbittert, opponierte dagegen heftig. Dies mündete schließlich in den über zwei Jahre andauernden „Sachsenkonflikt“ der SPD, der mit der Spaltung der sächsischen SPD endete. Die Mehrheit der Landtagsfraktion gründete im Mai 1926 die Alte Sozialdemokratische Partei (ASP), die zunächst auf Sachsen beschränkt blieb, aber seit 1928 versuchte reichsweit aktiv zu werden.¹⁰ Vor diesem Hintergrund musste es eine Organisation, wie das auf dem Bündnis der Weimarer Koalitionsparteien beruhende Reichsbanner, denkbar schwer haben. Trotzdem stellte sich die überwiegende Mehrheit der sächsischen SPD-Funktionäre hinter die Reichsbanner-Gründung, da sie unbedingt den Vormarsch der Rechtsverbände stoppen wollten. Allerdings strebte ein Teil der sich im Reichsbanner engagierenden sozialdemokratischen Funktionäre die Umbildung in eine sozialdemokratische Schutzwehr an. Viele führende Reichsbanner-Funktionäre kamen aus dem Republikanischen Reichsbund, einer wichtigen Vorläuferorganisation des Reichsbanners.¹¹ Sie hielten strikt an der Überparteilich-

7 Siehe Karsten Rudolph: Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik 1871-1923, Weimar 1995, S.232-326.

8 Siehe Carsten Voigt, Michael Rudloff: Die Reichsexekution gegen Sachsen 1923 und die Grenzen des Föderalismus, in: Michael Richter/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007, S.53-72.

9 Siehe Mike Schmeitzner: Alfred Fellisch 1884-1973. Eine politische Biographie, Köln 2000, S.245-327.

10 Siehe Stephan Voßen: Der „Sachsenkonflikt“, in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hrsg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Essen 1993, S.263-272; Christopher Hausmann: Die „Alte Sozialdemokratische Partei“ 1926-1933. Ein gescheitertes Experiment zwischen den parteipolitischen Fronten, in: Ebenda, S.273-294; Benjamin Lapp: A ‚National‘ Socialism. The Old Socialist Party of Saxony. 1926-1932, in: Journal of Contemporary History, 1995, S.291-309; Fritz Kriegerherdt/Günther Kirsch: Die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens (ASPS) 1926-1932, in: Sächsische Heimatblätter, 1999, H. 5, S.308-316.

11 Siehe Toury, Reichsbanner, S.16-18.

keit des republikanischen Kampfbundes fest. Weithin unbekannt ist, dass in Sachsen auch die 1923 gebildeten Proletarischen Hundertschaften eine wichtige Wurzel für das Reichsbanner darstellten. Denn im Freistaat gab es starke sozialdemokratische Formationen, die teils eigenständig, teils zusammen mit den Kommunisten agierten.

Der Aufbau des Reichsbanners erfolgte seit Juli in Sachsen recht schnell. Wie in ganz Deutschland entsprachen die Gaue des republikanischen Kampfbundes den Bezirken der SPD. In Sachsen gab es vier Gaue: Westsachsen (Zwickau-Plauen), Chemnitz, Leipzig und Ostsachsen (Dresden-Bautzen). Am erfolgreichsten war der Aufbau in Ostsachsen, da sich hier auch die linken Sozialdemokraten in größerer Zahl am Reichsbanner aktiv beteiligten. So übernahm der ehemalige sächsische Kultusminister, Hermann Fleißner, den Vorsitz im Kreis Dresden.¹² Am schwierigsten gestaltete sich die Situation im Gau Zwickau, da der Bezirksvorsitzende der SPD, Max Seydewitz, einer der schärfsten Gegner des Reichsbanners war.

Das Reichsbanner und die Spaltung der sächsischen Sozialdemokratie

Trotzdem hatte das Reichsbanner zunächst die Unterstützung der sozialdemokratischen Presse. Das war in Sachsen sehr wichtig, denn es gab nur wenige bürgerlich-demokratische Zeitungen. Die große Mehrzahl der bürgerlichen Blätter hingegen ignorierte bestenfalls das Reichsbanner. Zumeist unterstützten sie den Stahlhelm. Doch sollte die Situation ausgerechnet mit der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925 schwieriger werden. Reichsweit erhielt das Reichsbanner für seinen Einsatz bei der Wahlkampagne von den Funktionären der Weimarer Koalitionsparteien viel Anerkennung.¹³ In Sachsen hingegen entwickelte sich die Lage etwas anders. Hier opponierten große Teile der SPD gegen die Aufstellung des Zentrums politikern Wilhelm Marx als gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Parteien im 2. Wahlgang. Die Mehrheit der führenden sächsischen Funktionäre war der Meinung, dass die SPD als stärkste demokratische Partei das Recht hätte, den Sammelkandidaten zu stellen. Zudem traf ein Katholik im protestantischen Sachsen ohnehin auf Misstrauen. Viele sächsische Sozialdemokraten wollten nach den Erfahrungen des Jahres 1923 keine Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien eingehen. Der Sachsenkonflikt wirkte auf diese Haltung nur noch bestärkend, denn die Koalition der Mehrheit der Landtagsfraktion mit den bürgerlichen Parteien wurde von engagierten Anhängern der SPD-Linken schlichtweg als Verrat betrachtet.

Teile der sächsischen SPD führten deswegen nur einen Anti-Hindenburg-Wahlkampf, traten also nicht offen für Marx ein. Die führenden Funktionäre des Reichsbanners, welche in ihrer Mehrzahl die Politik der SPD-Linken ablehnten,

12 Siehe Bericht über die Gründungsversammlung des Unterbezirks Groß-Dresden (später Kreis Dresden), 14.8.1924, in: Hauptstaatsarchiv Dresden, Staatskanzlei, Nr. 134, Bl.397.

13 Siehe Rohe, Reichsbanner, S.291f.; Gotschlich, Kampf, S.37f.

setzten sich hingegen stark für Marx ein. Die Wahlveranstaltungen des Reichsbanners wurden aus diesem Grund mancherorts, besonders aber im Bezirk Zwickau, nicht von der SPD unterstützt.¹⁴ Das Ergebnis von Marx war dann in Sachsen alles andere als positiv.¹⁵

Im Bezirk Zwickau druckten die beiden sozialdemokratischen Zeitungen in der Folge kaum noch Berichte über das Reichsbanner ab. Auch die „Leipziger Volkszeitung“ schränkte die Berichterstattung über den republikanischen Kampfbund merklich ein. Das Reichsbanner geriet immer mehr zwischen die Fronten des Sachsenkonfliktes. Mehrmals wurde Anhängern der Fraktionsmehrheit vorgeworfen, das Reichsbanner als Plattform für ihre Politik zu gebrauchen.¹⁶ Doch vollständig kam der Konflikt erst mit der Gründung der ASP im Mai 1926 zum Ausbruch. Besonders hoch schlugen die Wellen im Dresdner Raum, da hier das Zentrum der ASP lag. Prominente Funktionäre der ASP nahmen gerade in dieser Region auch wichtige Funktionen im Reichsbanner ein; so der ehemalige sächsische Ministerpräsident Wilhelm Buck als Gauvorsitzender. Der ehemalige SPD-Bezirkssekretär Karl Bethke gehörte ebenfalls dem Gauvorstand an. Von SPD-Mitgliedern wurden Forderungen gestellt, die ASP-Mitglieder aus dem Reichsbanner auszuschließen.¹⁷ Der Bundesvorstand des Reichsbanners, der mit der ASP sympathisierte und ohnehin nicht gut auf die sächsischen SPD-Linken zu sprechen war, erkannte die ASP aber als Republikanische Partei an,¹⁸ so dass eine Mitgliedschaft in der ASP nicht als Ausschlussgrund gelten konnte.

Auf der Jahresversammlung des Kreises Dresden kam es zu tumultartigen Auseinandersetzungen, die in einer Prügelei endeten.¹⁹ Funktionäre der ASP wurden von den Mitgliedern gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Am Ende des Jahres

14 Siehe für Leipzig Jesko Vogel: *Der sozialdemokratische Parteibeizirk Leipzig in der Weimarer Republik. Sachsens demokratische Tradition*, Hamburg 2006, S.425f.; für Zwickau Mathias Seidel: *Zehn Jahre Widerspruch. Max Seydewitz und die Zwickauer SPD 1921-1931*, Frankfurt a. M. 1994, S.99-105; für Dresden *Der Sachsenkonflikt. Zum Parteitag in Heidelberg*, hrsg. von der Fraktionsmehrheit des sächsischen Landtages, Dresden 1925, S.19f.

15 Die Republikanischen Kandidaten erhielten in Sachsen im 1. Wahlgang zusammen 47,3% der gültigen Stimmen, Marx im 2. Wahlgang nur noch 37,6%. Siehe Statistisches Jahrbuch Sachsens 1924-1926, S.461.

16 Siehe Chemnitzer Volksstimme, 22.5.1925; Leipziger Volkszeitung (LVZ), 23.5.1925.

17 Siehe LVZ, 10.7., 15.7. und 26.7.1926; Chemnitzer Volksstimme, 22.7.1926; Sächsisches Volksblatt, 27.7.1926; Reichsbanner, 1.8.1926; Dresdner Volkszeitung, 7.8.1926; Volksstaat, 28.7. und 13.8.1926.

18 Schreiben des Bundesvorstandes, abgedruckt in: Reichsbanner und sächsischer Parteienstreit, in: LVZ, 26.7.1926.

19 Siehe Monatsbericht November 1926 des sächsischen Ministeriums des Inneren, in: Staatsarchiv Bremen, Faz. 4,65, Bd. 1728. Bl.537; Dresdner Volkszeitung, 22.11.1926, Dresdner Anzeiger, 21.11. und 23.11.1926; Volksstaat, 20.11. und 25.11.1926.

1926 gaben auch Buck und Bethke auf und legten ihre Funktionen nieder. Nun wurden in der bürgerlichen Presse Mutmaßungen angestellt, dass von Dresden aus die sächsischen Sozialdemokraten den Versuch machen würden, die Überparteilichkeit im sächsischen Reichsbanner zu beseitigen und einen Parteischutz zu bilden. Doch obwohl mit Hermann Fleißner ein prominenter Vertreter der SPD-Linken den Gauvorsitz übernahm, hielt man in Ostsachsen an der Überparteilichkeit fest.²⁰ Auch in den Gauen Leipzig und Chemnitz gab es innerhalb des Reichsbanners Vorstöße gegen die ASP-Mitglieder, jedoch wurden diese von den Gauvorständen zurückgewiesen. Im Gau Westsachsen war dagegen der Einfluss der ASP im Reichsbanner so gering, dass es zu keinen größeren Konflikten kam.

Auseinandersetzungen um die Überparteilichkeit des Reichsbanners

Kaum hatten sich die Auseinandersetzungen um die ASP gelegt, wurden besonders im Gau Leipzig Vorstöße gegen die Überparteilichkeit des sächsischen Reichsbanners unternommen. Einige sozialdemokratische Funktionäre wollten nun endlich die Trennung von den bürgerlichen Parteien, wofür besonders Konflikte in der Reichspolitik sorgten. Als Anlass wurde die Einstellung eines hauptamtlichen Gausekretärs Anfang des Jahres 1927 genommen. Der Gauvorstand des Leipziger Reichsbanners wählte zunächst einen Kandidaten, der vom Bezirksvorstand der SPD gestützt wurde. Der Bundesvorstand des Reichsbanners, der die Wahl bestätigen musste, plädierte jedoch für Bruno Stephan, dem zunächst unterlegenen Kandidaten. Der Bezirksvorstand der Leipziger SPD misstraute jedoch Stephan, da dieser in der Vergangenheit auf der Seite des koalitionswilligen rechten Flügels gestanden hatte und auch kurz mit einem Beitritt zur ASP liebäugelte. Der Bundesvorsitzende Otto Hörsing wollte mit der Ernennung Stephans verhindern, dass das Leipziger Reichsbanner unter die Kontrolle der SPD kam. Nach der persönlichen Intervention von Hörsing stimmte der Gauvorstand für Stephan.²¹ Das alles war ein höchst ungewöhnlicher Vorgang. Obwohl das Reichsbanner eine sehr zentralistische Satzung hatte, arbeiteten in der Organisationspraxis die Regionalorganisationen analog der SPD höchst selbstständig. Der Bezirksvorstand der SPD veröffentlichte in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Stellungnahme, in der behauptet wurde, der Reichsbannerbundesvorstand zwingt den Mitgliedern im Gau eine Führung auf, die diese nicht wollten.²² Doch bei den Mitgliedern traf Stephan durchaus auf Akzeptanz.²³

20 Siehe Lagebericht des sächsischen Ministeriums des Inneren, 22.1.1927, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), R 1507/1104e, Bl.12; Volksstaat, 20.1.1927.

21 Siehe LVZ, 28.1., 4.2., 7.2., 3.3.1927; Volksstaat, 8.2., 9.2.1927; Reichsbanner, Gaubeilage Leipzig (RB-GB), 19.2., 15.5.1927.

22 Siehe LVZ, 28.1.1927.

23 So wurde auf der Generalversammlung des Ortsvereins Leipzig nicht gegen die Anstellung Stephans protestiert. Siehe LVZ, 7.2.1927. Die Ortsgruppe Roßwein erklärte sich mit Stephan ausdrücklich solidarisch. Siehe RB-GB, 1.7.1927.

Die Auseinandersetzungen gingen aber noch weiter: Ende Februar/Anfang März 1927 lancierte die „Leipziger Volkszeitung“ mehrere Artikel, welche die Trennung des Reichsbanners vom Zentrum bzw. dessen Umwandlung in einen Parteischutz forderten.²⁴ Den Höhepunkt der Kampagne stellte eine von der Leipziger SPD abgehaltene Versammlung im Volkshaus mit dem Titel „Reichsbanner und Sozialdemokratie“ dar. Der Referent war der neue Gauvorsitzende von Ostsachsen, Hermann Fleißner, der ebenfalls die Trennung vom Zentrum, gleichzeitig aber auch mehr Engagement der Sozialdemokraten für das Reichsbanner forderte. Diskussionsteilnehmer vom linken Flügel gingen noch weiter und lehnten das Reichsbanner überhaupt ab. Der Jungsozialist Laumann meinte gar, es gebe für das Proletariat keine Republik zu verteidigen. Doch die sozialdemokratischen Reichsbannerfunktionäre verteidigten ihre Organisation energisch.²⁵ Als wenig später Otto Hörsing im Leipziger Volkshaus vor 1200 Reichsbannermitgliedern auftrat, war der Konflikt endgültig entschieden.²⁶ Der SPD-Linken gelang es nicht, den republikanischen Kampfbund umzugestalten. Ähnliches geschah auch in den Gauen Chemnitz und Westsachsen. Der Preis war allerdings bis 1929 eine relativ geringe Unterstützung durch die SPD, die sich auch in einer jahrelangen Mitgliederstagnation niederschlug.

Das Reichsbanner als Vorfeldorganisation der SPD

Obwohl offiziell überparteilich war das Reichsbanner in der Praxis doch eine sozialdemokratische Vorfeldorganisation.²⁷ Es stellte den Versammlungsschutz für die Partei, nahm vor allem an Veranstaltungen der SPD teil und umgekehrt partizipierten zumeist sozialdemokratische Anhänger an den Aktivitäten des Reichsbanners. In Sachsen dürften weit über 90 Prozent der Mitglieder freigewerkschaftlich organisierte Anhänger der SPD gewesen sein. In der Provinz bestand der Kampfbund zumeist ausschließlich aus Sozialdemokraten.²⁸ Da sich das Reichsbanner aber in erster Linie nicht als sozialistisch, sondern als republikanisch verstand, hatte es auf die Arbeiterbewegung eine spaltende Wirkung. Die sächsischen Arbeitersportvereine beispielsweise weigerten sich bis 1930 das Reichsbanner als proletarische Organisation und Bündnispartner anzuerken-

24 Siehe LVZ, 26.2., 28.2., 2.3.1927.

25 Siehe ebenda, 3.3.1927.

26 Siehe Neue Leipziger Zeitung, 30.3.1927; Volksstaat, 2.4.1927; RB-GB, 15.4.1927.

27 Siehe zum Begriff der Vorfeldorganisationen: Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890-1933), Frankfurt a. M. 1980, S.11-13.

28 Über die parteimäßige Zusammensetzung liegen keine Zahlen vor, doch verschiedene Äußerungen machen die Kräfteverhältnisse deutlich. So waren auf den Gaugeneralversammlungen in der Regel nur ein oder zwei Mitglieder der DDP anwesend. In den in der Gaubeilage Leipzig des „Reichsbanners“ abgedruckten Berichten der Ortsgruppen wird immer wieder von „der Partei“ als der SPD gesprochen, während die DDP nur in den größeren Städten überhaupt Erwähnung findet.

nen.²⁹ In Zittau soll nach einem internen Bericht der KPD Anfang 1925 auf einer Generalversammlung der örtlichen Arbeiterturner sogar eine Entschließung angenommen worden sein, welche die Mitgliedschaft im Reichsbanner als unwürdig für einen Arbeitersportler bezeichnete.³⁰ Obwohl dies eine extreme Position darstellte, versuchten viele Arbeitersportvereine schon aus Rücksicht auf die kommunistischen Mitglieder Distanz zu wahren. Zudem war das Reichsbanner in der Provinz ein wichtiger Konkurrent um Mitglieder. Mitunter kam es deshalb vor, dass selbst sozialdemokratisch dominierte Sportvereine besser mit dem RFB auskamen. Einerseits war der RFB eine rein proletarische Organisation und andererseits warb er unter seinen Mitgliedern für die Arbeitersportvereine.³¹ Das Reichsbanner baute hingegen zunehmend eigene Sportabteilungen auf, um dort Wehrsport zu betreiben. Auch auf anderem Gebiet gab es Konflikte: So beschwerte sich in Nerchau, einer Kleinstadt in der Kreishauptmannschaft Leipzig, der Arbeitersportverein, das Reichsbanner würde Mitglieder von der Musikkapelle abwerben.³²

Das Reichsbanner durfte laut Satzungen nur allgemein für die republikanischen Parteien werben. Das war in Sachsen bei Wahlkämpfen besonders problematisch. Demgegenüber konnte die KPD den RFB voll und ganz als eigne Agitations- und Propagandatruppe einsetzen. SPD-Funktionäre verärgerte es, dass so viele sozialdemokratische Mitglieder durch ihre Aktivitäten für das Reichsbanner nicht der SPD bei den Wahlkampagnen zur Verfügung standen. Vor den Reichstagswahlen von 1928 wurden eigene republikanische Kundgebungen des Reichsbanners vom Leipziger SPD-Bezirksvorstand daher als „Unding“ bezeichnet.³³ Der Gauvorstand des Kampfbundes verzichtete auf selbstständige Kundgebungen.³⁴

Gerade in der Provinz war das Reichsbanner auf ein gutes Einvernehmen mit den Gewerkschaften, der SPD und den anderen Vorfeldorganisationen angewiesen, da diese das Mitgliederreservoir für den Kampfbund stellten und dieser auch auf die Infrastruktur der örtlichen Arbeiterbewegung angewiesen war. So stellte sich das Reichsbanner auch recht selbstverständlich für Veranstaltungen anderer Arbeiterorganisationen zur Verfügung. Die geschlossene Teilnahme am Maiumzug, die von der Bundesführung eigentlich untersagt war, kam häufiger vor. Auf die schmückenden Uniformen und die Kapelle des Reichsbanners wollten die Arbeiterorganisationen mancherorts nicht verzichten. Zumal die Anhänger der Sozialdemokratie außerhalb der Groß- und Mittelstädte in der Regel im Reichs-

29 Siehe Frank Heidenreich: Arbeiterkulturbewegung und Sozialdemokratie in Sachsen vor 1933, Weimar 1995, S.395.

30 Siehe SAPMO-BArch, RY 1/I 3/8/33, Bl.61.

31 Siehe Kämpfer, 25.1. u. 8.11.1927; Rote Front, Januar 1927, 1. Ausgabe.

32 Siehe RB-GB, 14.9.1929.

33 Siehe Mitteilungen des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Leipzig, 1.2.1928.

34 Siehe RB-GB, 15.4.1928.

banner ohnehin unter sich waren. Dadurch wurde das Reichsbanner von bürgerlicher Seite überwiegend als „marxistische“ Organisation wahrgenommen. Die Einweihung einer Fahne mit einer roten und einer schwarz-rot-goldenen Seite durch das Reichsbanner im Leipziger Vorort Zwenkau stellte einen Sonderfall dar, doch die dahinter stehende Haltung fand durchaus Verbreitung: Das Zwenkauer Reichsbanner wollte damit sowohl seiner Verbundenheit mit der Republik als auch mit der sozialistischen Arbeiterbewegung Ausdruck geben.³⁵

Trotz aller Konflikte wurde das Reichsbanner zumeist doch als Teil der sozialdemokratischen Bewegung akzeptiert. So stellte das Reichsbanner den Versammlungsschutz bei öffentlichen Veranstaltungen sozialdemokratischer Organisationen, um sie vor allem seit 1924/25 gegen kommunistische Störungen zu schützen, seit 1929 erwies er sich gegen die nationalsozialistischen Angriffe als unentbehrlich. Eine besondere Einbindungskraft besaß das Reichsbanner als Veteranenorganisation der sozialdemokratischen Weltkriegsteilnehmer. Der republikanische Kampfbund wollte sich der revanchistischen Kriegserinnerung der Rechtsverbände entgegenstellen.³⁶ Die Behauptung, das Reichsbanner sei dabei betont national aufgetreten,³⁷ erscheint fraglich. Die Ausrichtung des Verbandes hing im starken Maß von der jeweiligen regionalen SPD-Organisation ab. Insgesamt dominierte eine Kriegserinnerung, die auf Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern abzielte und vor den Schrecken des Weltkrieges warnte. In Sachsen war das Totengedenken betont pazifistisch ausgerichtet. Der Kriegsherrlichkeit der Wehrverbände trat das sächsische Reichsbanner entschieden entgegen. Ebenso wenig bildete das so genannte „Augusterlebnis“ und in diesem Zusammenhang die Volksgemeinschaft einen positiven Bezugspunkt.³⁸ Ganz im Gegenteil dazu wurde der Klassencharakter der kaiserlichen Armee hervorgehoben.³⁹ Im Gegensatz zu anderen Regionen war es im Freistaat für den republikanischen Kampfbund auch völlig undenkbar, gemeinsame Feiern mit den Kriegervereinen zu veranstalten.

35 Siehe RB-GB, 8.7.1928.

36 Siehe Ziemann, Kriegserinnerung, S.383-389.

37 Siehe Rohe, Reichsbanner, S.245-258; Heinrich-August Winkler: Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin 1988, S.383.; Günther Gerstenberg: Freiheit! Sozialdemokratischer Selbstschutz im München der zwanziger und frühen dreißiger Jahre, Andechs 1997, Bd. 1, S.210f.

38 Siehe zum Beispiel: Volkszeitung für die Oberlausitz, 3.8.1925; Volkszeitung für das Vogtland, 14.7. 1925; Chemnitzer Volksstimme, 14.9.1926; Dresdner Volkszeitung, 30.7.1932; RB-GB, 1.6.1927, 28.10.1928.

39 Besonders deutlich vom Reichsbanner in der Stadt Roßwein in einer Auseinandersetzung mit dem örtlichen Stahlhelm: Siehe RB-GB, 19.12.1931; siehe auch: Benjamin Ziemann: „Gedanken eines Reichsbannermannes auf Grund von Erlebnissen und Erfahrungen“. Politische Kultur, Flaggensymbolik und Kriegserinnerung in Schmalkalden 1926. Dokumentation, in: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte, 1999, S.201-235, hier S.215 und 218-220.

Außerdem versuchte das Reichsbanner eine demokratische deutsche Geschichtstradition aufzubauen, in deren Mittelpunkt die 1848er Revolution stand. Zur Erinnerung an diese wurden die März-Feiern abgehalten. Aber auch bei den zahlreichen Republikanischen Tagen wurde oft an 1848 erinnert. Robert Blum war als Märtyrer der Revolution eine wichtige Leitfigur für das Reichsbanner.⁴⁰ Als Märtyrer der republikanischen Bewegung wurden auch Erzberger, Rathenau und Ebert verehrt. Während Erzberger im protestantischen Sachsen nicht eine so große Rolle spielte, trat das Gedenken an Rathenau in den späteren Jahren zurück.⁴¹ Im Mittelpunkt der Verehrung stand hingegen der verstorbene Reichspräsident Friedrich Ebert.⁴² Für Sachsen mag das überraschend erscheinen, hatte doch Ebert als Reichspräsident die Reichsexekution gegen die Regierung Zeigner angeordnet. Doch für die Reichsbannermitglieder hatte Ebert bewiesen, dass auch ein einfacher Mann aus dem Volk die Befähigung zu höchsten Staatsämtern hat. Gedenksteine für Ebert wurden beispielsweise in Freital und Meerane sowie in einigen kleineren Orten errichtet.⁴³ Auch wenn manche SPD-Linke diese Ehrungen mit Skepsis sahen, unterstützte normalerweise die örtliche SPD solche Initiativen des Reichsbanners. Das war insbesondere in der Provinz der Fall, wo Richtungsdebatten ohnehin nur eine geringe Rolle spielten. Oftmals stand die SPD bei ihren Versuchen, den verstorbenen Reichspräsidenten zu würdigen, aber in den Gemeindeparlamenten isoliert da.⁴⁴ Nur in der Lausitz, wo neben der DDP noch das Zentrum und die Wendische Volkspartei (die Partei der sorbischen Minderheit) Einfluss hatten, trafen solche Ehrungen außerhalb der sozialdemokratischen Anhängerschaft auf breitere Resonanz.⁴⁵

Das sächsische Reichsbanner in der Endphase der Weimarer Republik

Gestaltete sich das Verhältnis zwischen Reichsbanner und SPD in Sachsen bis 1929 schwierig, so änderte sich dies mit dem Aufstieg der NSDAP beträchtlich.

40 Siehe Rohe, Reichsbanner. S.227-240; Richard Saage: Die gefährdete Republik. Porträt der Zeitung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, in: Richard Saage (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt a.M. 1986, S.277-301, hier S.279-281.

41 Nach 1926 konnte der Autor keine Anzeichen mehr für Rathenau-Feiern des sächsischen Reichsbanners anlässlich seines Todestages am 24. Juni finden.

42 Siehe dazu auch: David Magnus Mintert: „Sturmtrupp der Deutschen Republik“. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Wuppertal, Wuppertal 2002, S.46-50.

43 Siehe für Freital: Illustrierte Reichsbanner-Zeitung, 13.3.1926, S.162; für Meerane: Ebenda, 21.8.1926, S.532; Chemnitzer Volksstimme, 20.7.1926; weitere Beispiele: Illustrierte Republikanische Zeitung, 23.7.1932, S.468 (Gedenkstein Löbau); Sächsisches Volksblatt, 19.9.1927 (Gedenkstein Werdau); Hauptstaatsarchiv Dresden, Kreishauptmannschaft Dresden, Nr.263, S.32 (Denkmal Conradsdorf).

44 Siehe am Beispiel der Stadt Borna: RB-GB, 1.3.1927, 1.1.1928.

45 Siehe am Beispiel Bautzen: Stadtarchiv Bautzen, Rep. I/V. i., Nr.183, Bl.8-12 und Bl.15.

Zunächst einmal trat Anfang 1929 eine Richtungsänderung im Bezirk Leipzig ein. Die radikale Linkswendung der KPD ließ den Traum von der proletarischen Mehrheit in Sachsen in weite Ferne rücken. Zugleich drängten die bürgerlichen Parteien immer mehr nach rechts. In dieser Situation gelang es dem ohnehin gemäßigten Bezirksvorsitzenden Richard Lipinski eine Mehrheit in den Bezirksinstanzen für einen Kurswechsel zu gewinnen und auf eine Koalition mit der DDP und der DVP hinzuarbeiten.⁴⁶ Der rasante Aufstieg der Nationalsozialisten führte auch zu einem langsamen Umdenken im Bezirk Dresden, während die Bezirke Chemnitz und besonders Zwickau gegen diese Politik opponierten. Ebenso wurde von den Bezirken Leipzig und Dresden mehrheitlich die Tolerierungspolitik gegenüber dem Kabinett Brüning mitgetragen.

Die führenden Funktionäre aller vier sächsischen Bezirke erstrebten seit 1929 und verstärkt seit den September-Wahlen von 1930 die außerparlamentarische Mobilisierung ihrer Anhängerschaft. Dadurch wurde das Reichsbanner wesentlich aufgewertet: „Auch in Sachsen scheint die Zeit vorbei zu sein, wo das Reichsbanner manchmal über die Schulter angesehen wurde. Die nationalsozialistische Gefahr hat allen republikanischen Kreisen die Notwendigkeit der gemeinsamen Abwehr eingehämmert“, bilanzierte der Leipziger Gau im Sommer 1930.⁴⁷ Die drei sozialdemokratischen Bezirke Chemnitz, Dresden und Leipzig setzten auf eine Stärkung des republikanischen Kampfbundes und unterstützten diesen nun massiv. In Zwickau hingegen war das erst seit Herbst 1931 mit der Abspaltung der SAP der Fall. Während das Reichsbanner insgesamt zwischen 1928-1933 seine Mitgliedschaft um fünf Prozent erhöhen konnte, gelang es allen vier sächsischen Gauen im selben Zeitraum ihre Mitgliederzahl mehr als zu verdoppeln.⁴⁸ Für die Jahre 1930/31 kann man in Sachsen von einer zweiten Gründungswelle des Reichsbanners sprechen, das jetzt erst in vielen ländlichen Gebieten Fuß fasste. Der Gau Leipzig warb von Anfang 1930 bis Juli 1931 6000 neue Mitglieder und konnte über 30 neue Ortsgruppen gründen.⁴⁹ 1932 dürfte der Gau etwa 10.000 Mitglieder gehabt haben, während Ostsachsen etwa 25.000 Mitglieder aufwies. Mit dem Mitgliederaufschwung wurde das Reichsbanner nun völlig sozialdemokratisiert, da in erster Linie Parteimitglieder der SPD, Arbeitersportler, Naturfreunde und Angehörige der SAJ eintraten.

Den Aufschwung des Reichsbanners konnte auch nicht die Gründung von SPD-Schutz-Verbänden stoppen, die 1930 im Bezirk Zwickau,⁵⁰ im Bezirk Dresden⁵¹

46 Vogel, Parteibeizirk, S.571-596.

47 RB-GB, 18.7.1930.

48 Bericht des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zur Bundesgeneralversammlung vom 16.-19. Februar 1933, Berlin 1933, S.3.

49 RB-GB, 17.1.1931; Reichsbanner, 18.7.1931.

50 Siehe Volkszeitung für das Vogtland, 2.6.1930.

51 Siehe Monatsbericht Oktober 1930 des sächsischen Innenministeriums, in: Staatsarchiv Bremen, Fasz. 4,65, Bd. 1730, Bl.1074.

und im Unterbezirk Groß-Leipzig⁵² ins Leben gerufen wurden. Das Reichsbanner blieb vor allem in der Provinz gegenüber dem SPD-Schutz dominant. Ernsthaftige Konkurrenz wurde ihm besonders in der Stadt Leipzig gemacht, wo der SPD-Schutz schon bald nach seiner Gründung im Oktober 1930 das Reichsbanner zahlenmäßig übertraf.⁵³ In Leipzig wurde mit den Kampfstaffeln auch ein militanter Verband aus dem SPD-Schutz heraus gegründet, der sich schon frühzeitig auf bewaffnete Kämpfe vorbereitete und nur noch halblegal agierte.⁵⁴ Aber auch das Reichsbanner verhielt sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik keinesfalls nur noch streng legalistisch. Sowohl die Bedrohung der SA als auch die Tatsache, dass es an den führenden Stellen der staatlichen Institutionen immer weniger Republikanhänger gab, ließen 1931/32 die Bemühungen um Bewaffnung und eine adäquate militärische Ausbildung wachsen. So kauften die Gausekretäre von Westsachsen und Chemnitz Waffen an und verteilten diese an verschiedene Ortsgruppen. Die ganze Operation wurde jedoch im Herbst 1932 von der Polizei entdeckt.⁵⁵ Weder hatte das Reichsbanner die finanziellen Mittel noch die Möglichkeit auf organisatorischem Gebiet, größere Waffengeschäfte abzuwickeln, ohne die Aufmerksamkeit der Behörden zu erregen. Trotzdem dürfte die Bewaffnung des Reichsbanners und der SPD-Schutzverbände in Sachsen besser gewesen sein, als die der kommunistischen Wehrorganisationen. Für einen Kampf mit den staatlichen Machtorganen war sie jedoch völlig ungenügend.

52 Siehe Detlef und Evelyn Ziegs: Die Kampfstaffel der Leipziger SPD – Ausdruck sozialdemokratischen Widerstandes in Leipzig gegen die faschistische Gefahr, in: Leipzig aus Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zur Stadtgeschichte 4, Leipzig 1986, S. 180-187.

53 Der SPD-Schutz hatte bis zu 8.000 Mitglieder, das Reichsbanner höchstens 4.000. Siehe zum SPD-Schutz: Bericht der Kreishauptmannschaft Leipzig, 9.11.1930, in: Stadtarchiv Leipzig, Kapitel. 3, Nr. 38, Bd. 2, Bl.21.

54 D. und E. Ziegs, Kampfstaffel, S.183; Vogel, Parteibezirk, S.645f.

55 Berichte des sächsischen Innenministeriums und Meldungen des Wolffschen Telegraphenbüros über den Waffenschmuggel, in: BArch, R 1501/125668k. Bl.300, 302, 306f., 324.

Miszelle

Die Proletarierin zwischen Fabrikarbeit, „zweiter Schicht“ und „Sex-Appel“. Ausgewählte Aspekte zur Frauenfrage in der „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ 1926/27 bis 1933

Hans Sonntag

Sicherlich mutet die Überschrift etwa „reißerisch“ an, aber in diesem weiten Spannungsfeld reflektierte und wertete die „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ (AIZ)¹ im Zeitraum von 1926/27 bis 1933 das Leben der Proletarierin in Deutschland. Die „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“ erschien von 1925 bis 1936, zunächst in Berlin und, nachdem die Redaktion im Frühjahr 1933 emigrieren musste, in Prag.

Wurde von Januar 1925 bis Ende des Jahres 1926 das Leben der Proletarierin in der „AIZ“ vor allem unter dem Aspekt der Befreiung der Frau als Teil der revolutionären Arbeiterbewegung dargestellt, so begann Ende 1926 mit folgender Redaktionsmitteilung eine neue Qualität bei der Erfassung der realen Lebensprobleme der werktätigen Frauen in Deutschland: „Um zahlreichen Anregungen nachzukommen, hat sich die Redaktion der ‚A.I.Z.‘ entschlossen, eine ständige Rubrik für die werktätigen Frauen in der ‚Arbeiter-Illustrierte Zeitung‘ einzuführen. In diesen Beiträgen sollen hauptsächlich die praktischen Fragen des Alltags behandelt und unseren Arbeiter-Leserinnen Anregungen zu Kleidungs-, Wohnungs-, Ernährungs-, Hygiene-Fragen usw. gegeben werden. Die Redaktion hofft, daß die ‚A.I.Z.‘-Leserinnen ihr Vorhaben begrüßen und durch Vorschläge und Anregungen zum Ausbau dieses Teiles beitragen.“² Das bedeutete indes nicht, dass die bisher angesprochenen politischen und wirtschaftlichen Probleme der Frauen weniger beachtet wurden.

Der erste Beitrag in der neuen Rubrik hieß „Die Arbeiterwohnung wie sie ist und wie sie sein soll“³ und brachte praktische Veränderungsvorschläge zur sinnvollen Wohnraumnutzung auf der Grundlage der gegebenen Wohnbedingungen und -verhältnisse. Die zuständige Redakteurin war Lilly Becher, und nach Aussagen von Heinz Willmann⁴ hatte sie es nicht leicht, die Frauen-Rubrik in die „AIZ“ einzubringen, denn was sollten praktische Anregungen für den Alltag in

1 Vorläufer der „AIZ“ waren: „Sowjet-Rußland im Bild“ (1921-1922) und „Sichel und Hammer“ (1922-1924), von 1936 bis 1938 nannte sie sich „Volksillustrierte“.

2 AIZ, 1926, Nr. 26, S.10.

3 Ebenda.

4 So Heinz Willmann (1906-1991), ehemals Mitarbeiter der „AIZ“, im Gespräch mit dem Autor am 24.1.1982 in Berlin. Siehe auch Willmann: Geschichte der Arbeiter-Illustrierte Zeitung, Berlin 1974.

einer revolutionären proletarischen Bildzeitung? Kritische Stimmen dazu gab es nicht nur beim Herausgeber, sondern auch in der Leserschaft.

Eine anonym bleibende Leserin schrieb z. B.: „Ich glaube nicht, daß eine Arbeiterzeitung es nötig hat, ihren Leserinnen zu sagen, wie sie aus ihrem alten Zeug noch etwas für die Kinder zurecht flicken! [...] Die Frauenecke mit dem Jäckchen aus alten Strümpfen kann man ruhig der ‚Morgenpost‘ überlassen, die sorgt noch besser und ausführlicher dafür.“⁵

In der Antwort der „AIZ“ werden auch die weitergefassten politischen Zielstellungen angesprochen, die die Zeitung mit der speziell Frauenfragen gewidmeten Rubrik verfolgte: „Da Sie Ihren Namen verschweigen, antworten wir Ihnen in der ‚A.I.Z.‘ und stellen zugleich Ihre Ansicht zur Diskussion für alle unsere Leserinnen. Die ‚A.I.Z.‘ hat bisher als einzige Illustrierte die Aufgabe zu lösen versucht, die Sie ihr stellen, nämlich den Werk tätigen den Weg aus der Hölle der kapitalistischen Wirtschaft zur Erkämpfung des Sozialismus zu zeigen. Leider ist es eine Tatsache, daß viele werktätige Frauen noch immer nicht ihre Aufgabe erkannt haben, an der Erreichung dieses Zieles durch Organisierung in der Partei und in den Gewerkschaften mitzuarbeiten. Diese Frauen werden erst dann zur ‚A.I.Z.‘ greifen, wenn die ‚A.I.Z.‘ ihnen einen Ersatz für die ‚Morgenpost‘ und ‚Vobach‘-Hefte bietet, d. h. ihnen praktische Ratschläge und Hinweise für das tägliche Leben übermittelt und sie auf diese Weise langsam dazu erzieht, auch den politischen Teil der ‚A.I.Z.‘ zu lesen und ihre Aufgabe als Proletarierfrau zu erfüllen. Die ‚A.I.Z.‘ hat sich diese Aufgabe gestellt, in dem ihr möglichen Rahmen dazu beizutragen, diese praktischen Ratschläge neben den anderen Aufgaben zu berücksichtigen. Wir sind uns wohl bewußt, daß die ersten Beiträge noch große Mängel aufweisen.“⁶

Schien sich dieser Auftakt noch an „harmlosen“ und „nebensächlichen“ Alltagsproblemen zu orientieren, so rückte im Laufe des Jahres 1927 die Berufs- und Lohnarbeit der Proletarierin mehr und mehr in den Vordergrund, ohne dass dabei allerdings die „kleinen“ Alltagsfragen vernachlässigt wurden. Und schließlich wurden gar im Jahre 1933 Fragen diskutiert, ob die Proletarierin „Sex-Appeal“ haben darf, soll oder muss.

Es war eine interessante und aufschlussreiche Entwicklung, die sich hier in der „AIZ“ vollzog und die uns heute in sehr anschaulicher Weise Auskunft gibt, wie die Berufsarbeit der Frau bewertet wurde, vor welchen Problemen die Proletarierin als Arbeiterin und als Hausfrau in der „zweiten Schicht“ stand, wie die Kinder versorgt und erzogen wurden und nicht zuletzt, welchen Wert man der weiblichen Attraktivität in Bezug auf den männlichen Partner beimaß.

Dieses in sehr weit gefassten Konturen angedeutete Spektrum macht deutlich, dass in der „AIZ“ eine Vielzahl von Lebensbedingungen und Lebenstätigkeiten benannt wurden, die auch noch heute von aktuellem Interesse sind.

5 AIZ 1927, Nr. 6, S.10.

6 Ebenda.

Der Beitrag „Kirche, Küche, Kinder oder die Ideale des kerndeutschen Mannes“ beinhaltet folgende Aussagen: „Mit ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit und ihrer Abhängigkeit vom Manne ist die Frau im Grunde ein wehrloses Wesen, das dem Manne restlos ausgeliefert ist. Denn eine gewisse Freiheit gewinnt die Frau erst dann, wenn sie selbst Geld verdient, aber gerade gegen die Berufsarbeit hatte sich der kaiserliche Narr als oberster Schirmherr aller Geldschränke energisch gewendet. Denn man fürchtete erstens die Konkurrenz der Frau im Wirtschaftsleben, zweitens erblickte man in der Familie die sicherste Zelle der kapitalistischen Gesellschaft, die nur so lange unzerstörbar ist, als die Frau nicht aus dem Haus herauskommt, drittens aber bedachte man, daß die Frau durch ihre Berührung mit Kollegen und Kolleginnen im Betriebe politisch aufgeklärt würde. Es sollte der Frau zu nichts anderem Zeit übrig bleiben, als zum Kochen und Kinderkriegen. [...] Wehe der Frau, die sich dem Kochen und Kinderkriegen widersetzt! In der Kirche bekam sie dann vom Pfarrer zu hören, daß der Mann der Herr sei, und die Frau ihrem Manne untertan sein müsse. Jede Aufklärung der Frau wurde ängstlich verhütet [...] Aber aller Pfaffenschwindel, aller Zauber ‚unserer‘ Prinzessinnen [...] konnte nicht verhindern, daß gerade durch die Berufsarbeit den Proletarierinnen die Augen aufgingen und sie begriffen, daß sie sich in die Front der Arbeiterklasse einzureihen hätten.“⁷

Hervorhebenswert ist die Einstellung zur beruflichen Arbeit als Grundlage für die Emanzipation der Proletarierin und gleichzeitig als Ausgangspunkt ihrer politischen Betätigung im Interesse der Arbeiterklasse. Wird einerseits die Berufstätigkeit der Frau bejaht, so erfolgt andererseits jedoch eine negative Bewertung der Bedingungen, unter denen sich der Arbeitsprozess vollzog, wenn es in dem Beitrag „Frauen am Fließband“ heißt: „Seitdem die deutsche Industrie die ‚Rationalisierung‘ eingeführt hat – und darunter versteht der Kapitalist rasendes Arbeitstempo, überlange Arbeitszeit, Auspressung der gesamten Arbeitskraft jedes Einzelnen und möglichst niedrige Löhne – seit dieser Zeit werden die Arbeiterinnen von der Maschine und der Stoppuhr doppelt beherrscht [...] Die sagenhafte Zeit, in der nur der Mann ‚ins feindliche Leben‘ hinaus mußte, während die ‚züchtige Hausfrau‘ nichts von außerhäuslicher Erwerbsarbeit wußte, hat für die Frauen der besitzlosen Klassen niemals existiert. Immer war sie gezwungen mitzuverdienen, und im Zeitalter der entwickelten Maschinenteknik verstanden es die Unternehmer vortrefflich, die Männerarbeit durch billigere Frauenarbeit zu ersetzen [...] Das Fließband nimmt alles, was die Proletarierin ihr eigen nennt: Jugend und Gesundheit rollen vorbei, ihre Nerven werden ruiniert, ihr Geist müde und abgestumpft. Trotz intensivster Arbeit werden die Löhne und Akkordpreise verkürzt – und schließlich wird sie in einem Alter, in dem sich die Frauen der Bourgeoisie ‚in den besten Jahren‘ befinden, müde und gebrochen aufs Pflaster geworfen und kann stempeln gehen. Die Frauen am Fließband sollen daran denken, daß sie für das Kommen einer Zeit arbeiten müssen, in der

7 AIZ 1927, Nr. 39, S.7.

sie nicht mehr wie Sklaven an das rollende Band gefesselt sind – solidarischer Zusammenschluß mit allen Arbeitsbrüdern und -schwestern, feste gewerkschaftliche Organisation sind die Voraussetzungen für eine Änderung ihrer Lage.“⁸

Dieser Standpunkt ist repräsentativ für viele Artikel zu dieser Problematik in der „AIZ“. Die Lösung des Widerspruchs zwischen gewollter Berufstätigkeit und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen sah die „AIZ“ in der revolutionären Klassenorganisation, in der Einheit der Arbeiterklasse, die die Proletarier in die Lage versetzen würde, die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend, revolutionär und selbst zu verändern.

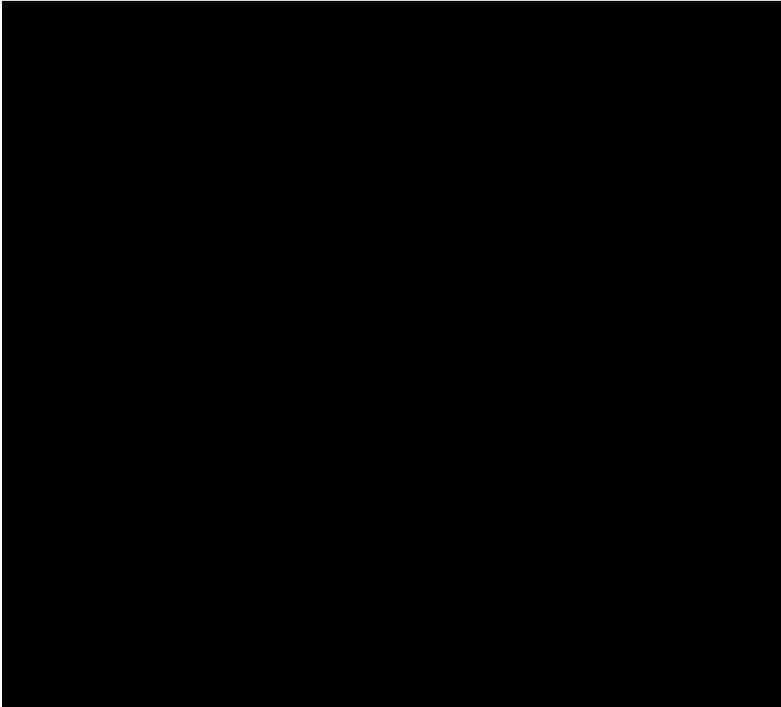
Die gesundheitliche Gefährdung der Frau unter kapitalistischen Bedingungen behandelt der Beitrag „Die Mutterschaft unterliegt der besonderen Fürsorge des Staates...“, wobei diese Überschrift ein Zitat aus der Weimarer Verfassung ist. Es heißt darin: „Die Mutterschaft unterliegt der besonderen Fürsorge des Staates... verspricht seit 8 Jahren die Reichsverfassung. Wie es in Wirklichkeit mit der Einlösung dieses Versprechens steht, weiß jede werktätige Mutter aus eigener Erfahrung. Als Hausfrau bis zur letzten Stunde am Waschfaß und im Küchendunst – als Angestellte mit brennenden Füßen hinter dem Ladentisch, als Arbeiterin an der Maschine stehend, so wird schon das Neugeborene geschwächt und die Körperqual der Frau vermehrt. Besonders in der Textilindustrie, in der zwei Drittel aller Beschäftigten Frauen sind, werden die Arbeiterinnen durch die Not gezwungen, bis kurz vor der Niederkunft in die Fabrik zu gehen [...] Eine ungeheure Zahl von Fehlgeburten und schmerzhafteste Frauenkrankheiten sind die Folge [...] Die besondere Fürsorge, der gerade die proletarische werdende Mutter bedarf, wird ihr erst dann zuteil werden, wenn die Werktätigen selbst darüber wachen, daß ihre Kinder nicht schon im Mutterleib vergiftet werden.“⁹

In diesen Zeilen werden einige Merkmale der spezifisch proletarischen Lebensweise sichtbar: einerseits die Lebensnotwendigkeit des Verkaufs der Ware Arbeitskraft, die notwendige Arbeitsleistung bis zum „letzten Moment“ und gleichzeitig die existenzielle Sorge um eine gesund heranwachsende nächste Generation von Arbeitern. Das war verbunden mit der Wertorientierung, dass die Werktätigen sehr wohl selbst in der Lage seien, ihre Lebensbedingungen zu verändern und sie so zu gestalten, dass die Arbeit die Gesundheit des Menschen nicht zerstört.

Aufschlussreich sind Schlussfolgerungen in der „AIZ“ in Bezug auf die Veränderung der Lebensbedingungen. Klar wurde herausgestellt, dass die materielle Not zur Politisierung und Kampfbereitschaft der Frauen beitrug. Im Beitrag „Die wirtschaftliche Lage der Frauen und ihre Teilnahme an den Abwehrkämpfen“ wurde schon 1924 in „Sichel und Hammer“, der Vorgängerin der „AIZ“, Folgendes ausgeführt: „Vor allen sind es die Frauen, die leiden, die auch hier wieder doppelt leiden: als Arbeiterinnen und Mütter. Als Arbeiterinnen, weil ihr Lohn

8 AIZ 1927, Nr. 27, S.10.

9 AIZ 1927, Nr. 24, S.10.



Quelle: AIZ, 1926, Nr. 23, S. 2

noch um ein Drittel – im günstigen Falle – geringer ist als der der Männer, weil sie, die ‚nebenbei‘ auch noch die Hausarbeit zu verrichten haben und als Heimarbeiterinnen die am schwersten Ausgebeuteten sind. Und als Mütter, weil sie der Schrei, das Weinen der hungernden Kinder nach Brot, zuerst und am härtesten trifft [...] Die besonders in den Industriegebieten katastrophal wachsende Not der werktätigen Massen hat denn auch die Frauen in den Kampfgebieten stark politisiert und zur aktiven Teilnahme in den Kampf getrieben [...] In den letzten großen Bergarbeiterkämpfen im Ruhrgebiet wie in Sachsen und Oberschlesien haben die Frauen wieder in verstärktem Maße und ganz bewußt und organisiert planmäßig in den Kampf eingegriffen. Sie haben die Bedeutung des Kampfes und die Notwendigkeit, daß die Frauen sich mit allen Kräften in die Kampffront einzureihen haben, begriffen [...] Das Wichtigste dabei ist, daß die Frauen nicht mehr nur warten auf das, was ihnen gesagt und vorgeschlagen wird, sondern daß sie von sich aus Maßnahmen ergreifen und vorschlagen. Das zeugt von Selbstbewusstsein.“¹⁰

¹⁰ Sichel und Hammer 1924, Nr. 9, S. 5f.

Den Alltag im Arbeiterhaushalt beschreibt ein Beitrag aus dem Jahre 1927: „Wie sieht es im Arbeiterhaushalt aus? Der Mann muß in aller Frühe zur Arbeitsstätte eilen, sehr oft geht auch die Frau vor oder kurz nach ihm zur Arbeitsstelle, entweder wie er in die Fabrik oder zur Aufwartung. Hastig werden die Kinder angekleidet, die Kleinsten der Obhut einer Nachbarin übergeben, die größeren für die Schule fertig gemacht. In aller Eile wird das Frühstück hinuntergewürgt, das Stullenpaket eingewickelt, dann beginnt die tägliche Tretmühle. Wenn die langen Arbeitsstunden zu Ende sind, kehren die Familienmitglieder zurück in ein Heim, das eigentlich kein Heim ist, in unaufgeräumte oder nur notdürftig geordnete Stuben. Die Arbeiterfrau hat keinen dienstbaren Geist wie die ‚Gnädige‘, die ihr die schwere Hausarbeit abnimmt [...] Neben der außerhäuslichen Arbeit muß die berufstätige Frau sehr oft ganz allein ihren Haushalt erledigen.“¹¹

In einem anderen Artikel heißt es: „Die Arbeit im Haushalt gehört zu den unangenehmsten und ermüdendsten Beschäftigungen. Schon Bebel sagte in seinem Buch ‚Die Frau und der Sozialismus‘, ‚daß die Frauen ihren Lebensmut und ihre Jugend verkochen und verscheuern und im Dienste der häuslichen täglich wiederkehrenden Arbeiten und Sorgen runzelige, vertrocknete, freudlose Mumien werden.‘ Dieses harte Wort trifft auch heute noch zu. Die proletarische Hausfrau verfügt nicht über moderne Kücheneinrichtungen, sie kann sich als werdende oder stillende Mutter keine Schonzeit leisten, sie bleibt in der Tretmühle ihrer Tagesarbeit. Diese elenden Verhältnisse zu beseitigen ist Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse, was uns aber nicht hindern soll, schon jetzt bestrebt zu sein, die Arbeit der Hausfrau nach Möglichkeit zu erleichtern.“¹²

Die „AIZ“ war bemüht, sich in einer Vielzahl von Beiträgen darüber zu äußern, wie praktische und realisierbare Hinweise und Tipps vermittelt werden könnten, um die bestehenden Lebensbedingungen individuell und partiell zu verändern, auch auf dem Gebiet der alltäglichen Hausarbeit. Der Zweck dieses Reagierens wird u. a. in dem Beitrag „Unnütze Staubfänger oder praktische Hilfsmittel“ deutlich, wenn es heißt: „Kein Arbeiter wird daran zweifeln, daß Rationalisierung an sich eine sehr vernünftige Sache wäre, wenn sie nicht auf seine Kosten vorgenommen würde. Kein Mensch wird es für unvernünftig halten, mit kleinstem Aufwand bei größtem Nutzen zu arbeiten. Während dieser Nutzen im industriellen Betrieb der Nutzen des Unternehmers bleibt, gibt es ein weites Gebiet menschlicher Arbeit, in dem jede Ersparnis an Geld, Zeit und Arbeit Gewinn des Proletariers selbst bleiben kann: das Tageswerk der Arbeiterfrau im Haushalt. Manche vergebliche Mühe raubt der Arbeiterfrau den Rest der kärglichen Freizeit, mit manchen unpraktischen Haushaltsgegenständen wird ihre Arbeitskraft übermäßig in Anspruch genommen.“¹³

11 AIZ 1927, Nr. 32, S.12.

12 AIZ 1927, Nr. 22, S.10.

13 AIZ 1927, Nr. 26, S.10.

Der Beitrag „Mehr Freizeit für die werktätige Frau!“ reflektiert relativ umfassend die Doppelbelastung der proletarischen Frau und deren negative Auswirkungen für ihr politisches Engagement: „Einer der Hauptgründe, warum die werktätigen Frauen sich verhältnismäßig wenig in der Arbeiterbewegung betätigen, ist ihre Überbelastung im Haushalt. Wie oft hört man von solchen Frauen sagen, daß sie in Partei oder Gewerkschaft, in der Sportorganisation oder im Samariterdienst die Übernahme eines Funktionärspostens ablehnen müssen, weil sie schon unter der Doppellast der Berufs- und Hausarbeit fast zusammenbrechen. Selbst dann, wenn die Arbeiterfrau ‚nur‘ Hausfrau ist, hat sie mit ihrer kleiner Wirtschaft viel mehr Arbeit als die Bürgersfrau, die entweder dem geschulten Hauspersonal die Sorge für Küche und Kinder überläßt oder durch moderne Haushaltsmaschinen, Staubsauger, elektrische Plättisen, Zentralheizung, außerhäusliche Wäsche usw. die Hausarbeit auf ein Minimum beschränken kann. Der schlechte Lohn des Mannes, das immer drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit oder eine größere Kinderzahl zwingt aber die Arbeiterfrau in den meisten Fällen mitzuverdienen, wie und wo sie es nur kann [...] Wo soll sie dann noch die Kraft hernehmen, der Bewegung zu dienen [...] Vieles könnte in dieser Richtung geschehen, wenn der Ehemann nicht sehr häufig der Unmenge der Kleinarbeit, die die Führung eines Haushalts erfordert, ohne Verständnis gegenüber stände, wenn er auch seinen Teil dazu beiträgt, seiner Frau einen Teil ihrer Lasten abzunehmen und ihr so genügend Zeit gibt, mit ihm zusammen für die Erringung eines menschenwürdigeren Daseins zu kämpfen. Es nützt nichts, wenn man immer wieder über die Passivität und oft sogar über die feindliche Haltung vieler Frauen gegenüber den politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen klagt. Der Gewerkschafter oder Parteiarbeiter, der in der Praxis beweist, daß er über die kleinbürgerlichen Vorurteile hinausgewachsen ist, die die Beteiligung des Mannes an der Hausarbeit überflüssig und ‚entehrend‘ nennen, zeigt, daß er auch innerhalb seiner vier Wände die Gebote proletarischer Solidarität hoch hält.“¹⁴

Das tradierte Rollenverständnis des Mannes, das auch heute noch existent ist, wurde in der „AIZ“ als eine Verhaltensweise kritisiert, die den Zielen der Arbeiterbewegung widerstrebe. Als Wertorientierung innerhalb der proletarischen Lebensweise galt die Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebensbereichen.

In den Beiträgen der „AIZ“ zur Frauenfrage geht es natürlich nicht nur um die hier skizzierten drei besonders wesentlichen Lebensbereiche. Das Spektrum umfasst auch die Erziehung der Kinder durch Schule und Elternhaus, Schwangerschaft und Prostitution, Fragen der Ernährung und Gesundheit, Kunst und Literatur von und für Frauen, Sport für Frauen, Leben der Frauen auf dem Lande, Frauen in der Sowjetunion, berufliche Chancen für Frauen, Freizeit und Vergnügungen, Urlaubsgestaltung usw.

14 AIZ 1927, Nr. 41, S.7.

In den Jahren von 1928 bis 1933 wurden kontinuierlich und immer differenzierter diese Frauenprobleme in Text und Bild aufgegriffen und entsprechend gewertet, bis hin zu scheinbar so nebensächlichen Fragen wie die der erotischen Ausstrahlung und Anziehungskraft der Proletarierin. Wichtig war, dass alle Lebensprobleme reflektiert wurden: durch die Redaktion und durch die Leserschaft selbst.

Aufschlussreich ist die Leserdiskussion „Muß eine Frau ‚Sex appeal‘ haben?“¹⁵, die in der „AIZ“ 1933 geführt wurde, als die Redaktion sich schon im Exil in der Tschechoslowakei befand. Daraus seien hier zwei Zuschriften zitiert: „Ja, aber nicht nur das, sondern sie muß auch geistig und politisch so sein, daß man alle Fragen mit ihr ernsthaft diskutieren kann [...] Nach meiner Ansicht muß man beides harmonisch in sich vereinen, dann ist es richtig.“¹⁵

Und ein Mann schrieb dazu: „Es ist vielleicht nicht gut, daß hier das Wort ‚Sex appeal‘ gewählt wurde, aber leider kenne ich auch kein besseres. Ich verstehe darunter persönliche Anziehungskraft, Reiz, sowohl körperlich als auch geistig. Und da liegt der Hund begraben. Was vielen Frauen an körperlichem Reiz fehlt, das machen sie doppelt und dreifach wett durch geistige Anziehungskraft. Deshalb sage ich, wenn man das dumme Wort ‚Sex appeal‘ in diesem Sinne auffaßt, selbstverständlich soll die Frau oder Freundin Sex appeal haben! Und damit kommen wir auf den Kern der Frage, wenn die Diskussion überhaupt einen Sinn haben soll: eine Frau von geistigen Qualitäten, eine gute Politikerin, eine gute Hausfrau, Arbeiterin usw. braucht deshalb noch lange nicht schlampig zu sein, darf deshalb ihre körperliche Anziehungskraft noch lange nicht gering achten! Wir sind keine Asketen, sondern Menschen mit Fleisch und Blut. Und leider ist es eine Tatsache, daß viele prachtvolle Frauen, gute Genossinnen sich unnötig im Äußeren vernachlässigen und das dann sogar noch unter einem falschen ideologischen Mäntelchen verstecken. Da hört man: ‚Das ist ganz unproletarisch‘. Oder: ‚Nicht auf die gekämmten Haare, auf die Gesinnung kommt es an‘ und andere Ausreden. Jawohl Ausreden!“¹⁶

Bemerkenswert ist hier wohl die unbedingte Lebensbejahung, die Freude am Dasein, auch in Bezug auf „Sex-Appeal“ – trotz Ausbeutung, Not und Klassenkampf.

Aus einer Vielzahl von Beiträgen in der „AIZ“ über das Leben der Proletarierin möge diese kleine Auswahl stellvertretend stehen. Sie griffen die realen Lebensprobleme der damaligen Zeit auf und reagierten aktiv auf die gegebenen Lebensbedingungen.

15 AIZ 1933, Nr. 49, S.823.

16 Ebenda.

Buchbesprechungen

William A. Pelz: Against Capitalism. The European Left on the March, Peter Lang Verlag, New York 2007, XI, 159 S.

Diese Einführung in die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung richtet sich ausdrücklich eher an die politisch interessierte Leserschaft als an ein Fachpublikum. Sie sucht, den amerikanischen Interessenten die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung in ihrer revolutionären Phase, d.h. zwischen der Pariser Kommune 1871 und der revolutionären Nachkriegskrise nach 1918, zu vermitteln. Die Idee, dass „nur eine revolutionäre Umwandlung ihrer Gesellschaften eine Welt der Gerechtigkeit und Gleichheit schaffen“ (S.1) könnte, hatte durchaus auch Anklänge an den Radikalismus eines Abraham Lincoln. (S.10) Doch es war der revolutionäre Marxismus, so P., der der europäischen Arbeiterbewegung theoretische Überzeugungs- und praktische Durchschlagskraft verlieh.

Das Buch ist in sechs Kapitel unterteilt. Das erste Kap. behandelt die Internationale Arbeiterassoziation (die Erste Internationale) und die Pariser Kommune, das zweite die Gewerkschaften der 1870er Jahre und das dritte Kap. die Anfänge der Zweiten Internationale. Kap. vier befasst sich mit dem Kampf der internationalen Linken gegen Nationalismus und Militarismus, Kap. fünf mit der Arbeiterbewegung im Ersten Weltkrieg bis 1917 und Kap. sechs mit den europäischen Revolutionen 1917-1921.

Auch dort, wo Marxisten nur teilweise auf die Geschehnisse Einfluss nehmen konnten, war die europäische Arbeiterbewegung ein „demokratisches Experiment“. Dies zeigte sich beispielhaft an der Pariser Kommune, mit deren Niederschlagung die französische Bourgeoisie und der preußisch-deutsche Militarismus die oftmals behauptete Allianz von Kapitalismus und Demokratie aufkündigten. (S.13) Damit kam auch die Erste Internationale an ihr faktisches Ende.

Der Autor streicht die Unterschiede zwischen den nordamerikanischen und den europäischen Gewerkschaften heraus; letztere seien im 19. Jh. ein Teil der revolutionären sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen. „Der Grund dafür lag vor allem darin, dass der Sozialismus den einfachen Menschen dabei half, die Spannungen und Konflikte der Industriegesellschaft zu verstehen. Somit wurden die Gewerkschaften sowohl in praktischer wie auch in theoretischer Hinsicht zum unverzichtbaren Teil des organisierten Widerstandes gegen die kapitalistische Gesellschaft.“ (S.19) Der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung war die Voraussetzung für die Anfänge sozialistischer Massenparteien und schließlich für die Bildung der Zweiten Internationale 1889. P. zeigt die Erfolge und Hindernisse der Arbeiterbewegung anhand des Maifeiertages, des Kampfes um die Gleichberechtigung der Frau, aber auch die Rückschläge äußerer Art durch Repressionen in Deutschland und Frankreich sowie interner Art durch den Konflikt zwischen Marx und Engels auf der einen,

Bakunin und seinen Anhängern auf der anderen Seite.

Die Auseinandersetzungen um Bernsteins Revision des klassischen Marxismus wie um die Frage der Beteiligung an bürgerlichen Regierungen (zuerst in Frankreich 1898) bilden einen guten Teil des dritten Kap. Anders als viele andere Autoren heute sieht P. einen Zusammenhang zwischen dem Eintritt Alexandre Millerands in das Kabinett Waldeck-Rousseau und der Notwendigkeit einer Einheitsfront von Sozialisten und Liberalen im Kampf um die Verteidigung der Republik während der Dreyfus-Affäre. (S.50) Nicht weniger differenziert lesen sich etwa die Ausführungen zu den Konflikten zwischen Bolschewiki und Menschewiki in der russischen Sozialdemokratie.

Im vierten Kap. nimmt die Kolonialfrage als Teil des Kampfes gegen Nationalismus und Militarismus einen breiten Raum ein. Wie sieben Jahre später die deutsche Sozialdemokratie stand die britische Arbeiterbewegung bei den Unterhauswahlen 1900 im Kontext des Burenkrieges einer nationalistischen Propagandawelle gegenüber, der sich einige ihrer Politiker anzupassen suchten. P. zeigt jedoch, dass sich 1900 in England (wie 1907 in Deutschland) ein großer Teil der Wählerschaft in den Arbeiterbezirken nicht von der Kolonialpropaganda anstecken ließ. (S.75) Doch wurden auf bzw. am Rande der Kongresse der Zweiten Internationale bereits Stimmen laut, die eine „sozialistische Kolonialpolitik“ befürworteten und den nichteuropäischen Völkern die Fähigkeit zur Selbstregierung absprachen. P. sieht in der oft uneingestandenem

Hierarchisierung der Nationen durch Politiker der Arbeiterbewegung einen wesentlichen Grund für die Verabschiedung von internationalistischen Prinzipien am Beginn des Ersten Weltkrieges; implizierte doch eine solche Haltung, dass die „eigene“ Nation höherwertig als andere sei und das „nationale Interesse“ im Kriegsfall Vorrang habe. (S.88ff.)

Im fünften Kap. benennt P. nicht nur die allmählich anlaufenden Antikriegsaktivitäten. Er zeigt auch, in welchem Maße das Leid an der Front für die Männer und der oft unfreiwillige „Einstieg“ in das Berufsleben (zumeist in die Rüstungsindustrie) für die Frauen ein neues politisches Bewusstsein schufen. „Als die Lebensmittelkürzungen zur Radikalisierung der städtischen Bevölkerung führten, waren es die Frauen, die als erste ihre Stimmen zum Protest erhoben.“ (S.96) Dies war vor allem in Deutschland der Fall, wo die britische Blockade der Seewege im dritten Kriegsjahr ihre Wirkung zeigte. Der Autor sieht einen Zusammenhang zwischen der „abgetriebenen“ deutschen Revolution von 1918 und der somit isolierten russischen Revolution, die den Bolschewiki das Überleben nur um den Preis des Kriegskommunismus ermöglichte. Damit rechtfertigt P. in keiner Weise die Einpartei-diktatur in Russland, die er vielmehr als tragische Weichenstellung auf den nicht geplanten Weg in den Stalinismus ansieht. Das Ausschalten der revolutionären, nichtbolschewistischen Linken in Sowjetrußland und die systematische Unterdrückung der revolutionären, nicht nur der kommunistischen Linken in Deutschland sind laut P. somit eine doppelte Hypothek

für die internationale Arbeiterbewegung.

In diesem letzten Kap. kann der Autor auf eigene Forschungen zurückgreifen, legte er doch bereits 1988 eine Monographie über „The Spartakusbund and the German Working Class Movement, 1914-1918“ vor. Diese Darstellung wurde damals in Ost- wie Westdeutschland kaum rezipiert, und es ist zu hoffen, dass P.s aktuellem Buch mehr Aufmerksamkeit zuteil wird – gerade in einer Zeit, in der die kapitalistischen Krisenprozesse eine Beschäftigung mit der Arbeiterbewegung nicht nur aus antiquarischer Sicht nahe legen.

Mario Kessler

Labour Internationalism. Different Times, Different Faces. Hrsg.: Magaly Rodriguez Garcia, Belgisch Tijdschrift voor Filologie en Geschiedenis. Nr. 84 (2006), Sondernummer, Brussel 2007, 182 S.

Das Studium des organisatorisch abgesicherten Arbeiter-Internationalismus hat nicht aufgehört, die Forschungswelt zu interessieren. Es scheint jedoch, dass sich das Schwergewicht etwas verlagert hat: die politisch dominierten Internationalen sind gegenüber den gewerkschaftlichen etwas in den Hintergrund getreten. Gewiss ist vor kurzem ein neuer, umfangreicher Band zum Gründungskongress der Kommunistischen Internationale erschienen, der vor allem bisher unbekanntes Dokumente zugänglich macht (Die Weltpartei aus Moskau, Berlin 2008), vermutlich wird er zu neuen Einschätzungen beitragen. Jedoch ist etwa Rainer Tosstorffs Untersuchung der Roten Gewerk-

schaftsinternationale als erste brauchbare Analyse der gesamten Entwicklung zwischen 1920 und 1937 (Profintern, Paderborn 2004) nur ein Beispiel für mehrere Gesamtdarstellungen und Sammelbände in den letzten Jahren zur Entwicklung des IGB, des IBFG, von Berufsinternationalen, der syndikalistischen Internationale und weiterer gewerkschaftlich dominierter internationaler Aktivitäten. In dem vorliegenden Heft mit Beiträgen zur Sixth European Social Science History Conference 2006 werden eine Reihe von wichtigen Fragestellungen mit der dazu gehörenden (auch noch etwas älteren) Literatur angesprochen und diskutiert. Allein die reichhaltigen Verweise auf die Literatur machen das Heft relevant für die weitere Arbeit.

Das eigentliche Thema des Heftes ist jedoch der Arbeiter-Internationalismus, der auch in den zwei Beiträgen zum Syndikalismus im Ersten Weltkrieg die zentrale Rolle spielt. Die Fragestellung, ob eine un- bzw. apolitische Gewerkschaftsbewegung möglich ist, drängt sich in mehreren Beiträgen auf, in denen die verschiedenen Positionen unterschiedlicher gewerkschaftlicher Organisationen deutlich werden.

In ihrer kurzen Einleitung verweist R. auf verschiedene Versuche, diesen Internationalismus zu definieren. Sie betont, dass mehrere empirische Studien erschienen sind, und es gewiss verschiedene Arbeiten gäbe, die auch nutzbringende Einsichten hervorgebracht hätten, eine eigentliche Theorie des Internationalismus jedoch fehle; vielmehr würden sich mehrere der unterschiedlichen Definitionsansätze widersprechen. Sie scheint, ohne dass

es richtig deutlich wird, eine materialistische Begründung des Internationalismus als Fehldeutung zu begreifen. Sie versucht anscheinend auch eher Internationalismus als ein Organisationsanliegen interpretieren zu wollen. Jedoch war der Internationalismus seit den Anfängen der Arbeiterbewegung in den 1840ern ein zentrales Element, bestimmt von den kollektiven Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Die Verbindung dieser Erfahrungen mit ihrer Theoretisierung durch Marx und Engels waren für wichtige Schichten der Arbeiter von großer Bedeutung.

R.s zweiter Beitrag zu Gleichheiten und Widersprüchen im Verhältnis von marxistischen Sozialisten und liberalen Schriftstellern zum Entstehen des Internationalismus im 19. Jh. (bis 1920) greift absichtlich nicht auf die Erfahrungen der sich organisierenden Arbeit und ihrer theoretischen Wortführer zurück, sondern beschränkt sich auf theoretische Konstruktionen ohne den historischen Kontext ihrer Entstehung berücksichtigen zu wollen. Gewiss gibt ein kurzer Beitrag nicht die Möglichkeit, alles zu berücksichtigen, aber auch die Auswahl der Theoretiker, mit denen sie sich beschäftigen will, kann kaum zur Entwicklung einer kohärenten Theorie des Internationalismus führen. Ihr Ergebnis ist, dass der frühe marxistisch-sozialistische und der liberale Internationalismus größere Gleichheiten als Gegensätze aufwiesen.

Sowohl die (revolutionären) Syndikalistinnen wie auch ihre Gegenposition, die im Dachverband AFL zusammengeschlossenen amerikanischen Gewerkschaften, lehnten eine politisch handelnde Gewerkschaft ab. Mit unter-

schiedlichen Begründungen zwar aber nichts desto trotz. Wayne Thorpe und Ralph Darlington analysieren hier die syndikalistischen Organisationen im Ersten Weltkrieg unter der Fragestellung, ob die Syndikalistinnen ihre internationalistischen Positionen aufrechterhalten konnten. In einem Vergleich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbänden schnitten die letzteren schlechter ab, sie beteiligten sich in den kriegführenden Staaten generell an der Burgfriedenspolitik. Jedoch auch der wichtigste syndikalistische Dachverband, die französische CGT (und Teile der italienischen USI), kapitulierte. Die weiteren syndikalistischen Organisationen hatten keinen großen Einfluss und konnten sich so außerhalb der Burgfriedenspolitik bewegen. Die sozialdemokratischen Verbände konnten das nicht. Jedoch entwickelten sich hier aktive Minderheiten, die gegen die Kriegspolitik mobilisierten, wenn auch ohne großen Erfolg. Die Syndikalistinnen konnten zwar auch hier und da erfolgreiche Streiks durchführen, im Wesentlichen aber nicht die Isolation, in der sie sich befanden, durchbrechen. Erst in der Schlussphase des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren entwickelten sich die unterschiedlichen syndikalistischen Verbände zu Massenorganisationen, die in dieser Periode einigen Einfluss hatten und von kommunistischen Gewerkschaftlern umworben wurden. Diese letzte Entwicklung wird zwar nicht von Thorpe und Darlington diskutiert, geht aber umso deutlicher aus der Arbeit von Tossorff hervor.

Robert A. Waters und G. D. Daniels schildern den Verlauf der Guyana-

Aktion des AFL/CIO. Dieser erklärt apolitische Verband übernahm mehr oder weniger im Auftrag amerikanischer Regierungsstellen, hier der CIA, die Aufgabe, die progressive Regierung unter der Leitung von Cheddi Jagan in Britisch Guyana zu stürzen. Diese Tatsache ist schon seit einigen Jahrzehnten bekannt, auch dass die handelnde amerikanische Gewerkschaft ihre Berufsinternationale in ihre Geschäfte mit einbezog. Die Vf. schildern den Verlauf der Aktion, die nicht nur Bestechungen in großem Maßstab umfasste, sondern auch Waffenlieferungen und gewerkschaftliche Schulungskurse. Die Beauftragten des AFL/CIO organisierten zumindest drei umfassende Streiks gegen die demokratisch-progressive Regierung und konnten sich dabei auch auf einige Gewerkschaften im Lande stützen, die aus unterschiedlichen Gründen die Regierung bekämpften. Ein anderer Faktor war dabei die Zusammensetzung der Bevölkerung, die zu etwa 33 Prozent von Afrikanern abstammte, während ca. 50 Prozent ostindischer Herkunft war. Wenn auch die beiden Vf. nicht die Frage diskutieren, ob sich nun eine erklärt apolitische Gewerkschaft von ihrem „trade-unionism pure and simple“ trennte und sich aktiv dem Kampf gegen die Kommunisten (ob diese sich nun so verstanden oder nicht) widmete, so wird doch deutlich, dass diese Selbsteinschätzung des AFL/CIO Schiffbruch erlitten hatte. Ob man billig, dass der Dachverband sich der Regierungspolitik unterordnete oder nicht, ist eine Frage. Die andere ist, ob große gesellschaftliche Organisationen, wie es Gewerkschaften häufig

sind, sich unpolitisch verhalten können. Weder die Syndikalisten noch die rein trade-unionistischen Verbände haben die Nagelprobe bestanden.

Constance Bantmann untersucht speziell die Versuche zur Gründung einer Internationale der anarchistischen Gruppierungen in der Zeit bis 1914. Einflussreiche Gruppierungen der Anarchisten lehnten eine feste Organisation der Zusammenarbeit als autoritär ab. Was von Nöten war, sei eine reelle – schon bestehende – und nicht eine formelle Internationale. Gleichwohl spielte die Frage eine Rolle, und anarchistische Gruppen beteiligten sich an den Kongressen der II. Internationale, bis sie 1896 ausgeschlossen wurden. 1907 wurde ein anarchistischer Kongress einberufen, aber er führte nicht zu einer Organisation (er wurde jedoch gewissermaßen ein Geburtshelfer der syndikalistischen Internationale).

In der Analyse eines gescheiterten Versuches zur internationalen Zusammenarbeit weiblicher Arbeiter (1919-1924) wird deutlich, dass die Zeit unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges eine Zeit des Aufbruches war, jedoch auch, dass der schnelle Rückgang nach dem Ende der Umbruchperiode alte Vorstellungen der Führungskräfte der Berufsgewerkschaften wieder deutlicher werden ließ. Diese hatten wenig Verständnis für Organisationswünsche der Frauen und der jugendlichen Arbeiter. Die Gründungen gesonderter Verbände für diese Gruppen wurden weitgehend als Spaltungstendenzen verstanden und damit untergraben. Aber Geert van Goethem führt außerdem Unterschiede in der nationalen Organisationskultur als Mit-Ursache für das Scheitern des Versuches an. Die Zusammenarbeit

weiblicher Gewerkschafter nach 1924 wurde nur auf niedrigstem Niveau innerhalb des Rahmens des IGB weitergeführt.

Die beiden letzten Beiträge untersuchen teils ein wenig beachertes Feld, Umwelt und Internationalismus, und teils einen Streik in Hollywood, der nur etwas mühsam in den Kontext des Internationalismus passt. Die lokalen Gewerkschaften führten einen Arbeitskampf gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen der Filmindustrie in andere amerikanische Staaten oder sogar ins Ausland – ohne einen eigentlichen Erfolg zu erzielen: die Unterschiede zwischen den Branchen konnten nicht zu Gunsten einer einheitlichen Aktion aufgehoben werden. Der Kampf von vergleichsweise gut organisierten Belegschaften konnte nicht über den rein lokalen Rahmen hinaus erweitert werden und zeigt so u.a. die Schwäche der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung.

Auch wenn Vorbehalte gegenüber einzelnen Beiträgen angemeldet wurden, ist das Heft insgesamt ein gutes Hilfsmittel für die weitere Arbeit. Die Beiträge weisen auf Widersprüche hin, auf wenig oder gar nicht untersuchte Möglichkeiten und können so helfen, die Diskussion weiter zu entwickeln.

Gerd Callesen

Thomas Kacza: Zwischen Feudalismus und Stalinismus. Albanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, trafo verlag, Berlin 2007, 389 S.

Wer sich für das gegenwärtige Albanien interessiert, wird immer mit ge-

schichtlichen Bezügen konfrontiert. K., der sich nach eigener Aussage schon über Jahrzehnte mit Albanien beschäftigt und sich als Freund des Landes sieht, bietet einen faktenreichen und nützlichen Exkurs in die jüngere albanische Geschichte. Er sieht ein besonderes Anliegen darin, gewissermaßen in der Ruhe des Rückblicks nach dem Kalten Krieg eine „differenzierte Auseinandersetzung mit dem Problematischen der Vergangenheit“ sowie „eine Sicht frei von anti-kommunistischer Fracht, ein Denken in Zusammenhängen statt Aufregungsproduktion“ (S.9) vorzulegen.

K. spannt den Bogen über mehr als einhundert Jahre, wobei er bemüht ist, die Entwicklung in den von Albanern bewohnten Gebieten außerhalb des heutigen Albaniens einzubeziehen. Der herkömmlichen Periodisierung der Landesgeschichte folgend setzt er mit dem Ringen um nationale Identität und Unabhängigkeit (1878-1912) ein und handelt in chronologischer Reihenfolge die Jahre der formalen Selbstständigkeit (1912-1939), die faschistische Okkupation und den antifaschistischen Widerstand (1939-1944), die Periode des staatssozialistischen Systems (1944-1960), die Zeit der politisch-ideologischen Selbstisolierung (1960-1985) und das Scheitern des sozialistischen Versuchs (1985-1992) ab. In einer Nachbetrachtung beleuchtet er nach dem Ende des so genannten stalinistischen Staatssozialismus die postsozialistische Dekade (1992-2002). Eine Stärke der Arbeit liegt zweifellos darin, dass sich der Autor, der sein Buch dem „wissenschaftlichen Journalismus“ zurechnen möchte, nicht auf Mysterien-Suche

begibt oder einen „Sonderfall“ Albanien vorstellt, sondern anhand konkreter Fakten und Personen mit Sympathie für Land und Leute anschaulich nachzeichnet, dass das Land seit dem Ende des 19. Jh. einen widerspruchsvollen Weg durchschritten hat, der ebenso wie derjenige seiner Nachbarn allgemeine wie national besondere Züge aufweist. Dabei wird sichtbar, dass viele der Probleme, mit denen Albanien heute noch zu tun hat, weit in die Geschichte zurückreichen.

In diesem Zusammenhang sind vor allem die Verspätung wesentlicher Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung, gravierende Entwicklungsunterschiede im Vergleich mit den Balkannachbarn und die ungelöste nationale Frage zu nennen. Das wirkte sich auf Identitätsfindung und nationalstaatliche Formierung wie auf die sich herausbildende bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft respektive auf die Entwicklung unter realsozialistischen Bedingungen retardierend aus. So entstand albanisches Nationalgefühl wesentlich unter dem Druck einer von außen bedrohten Schicksalsgemeinschaft und weniger im Verständnis aufgeklärten Bürgerbewusstseins. Die bürgerliche Revolution blieb unvollendet und die Lösung der Kernaufgabe, einen Weg hin zu Demokratie und Modernisierung aufzubrechen, um den Anschluss an das fortgeschrittene Europa herzustellen, wurde nicht erreicht. Leider werden in der Darstellung die Gründe dafür zu wenig hinterfragt.

K. zeichnet, gestützt auf eine beeindruckende Literaturkenntnis, ein Bild, dem weitgehend zuzustimmen ist. Dennoch fällt auf, dass er verschie-

dentlich Wertungen trifft, die nicht genügend differenziert erscheinen. Die Ausrufung der Unabhängigkeit 1912 beispielsweise war nicht mit der Entscheidung für eine Republik verbunden, wie er schreibt. (S.56) In der von den Delegierten am 28. November unterzeichneten Unabhängigkeitserklärung hieß es lediglich, dass Albanien von diesem Tage an „frei und unabhängig“ wird. Die Festlegung der Staatsform hatten sich nach wie vor die europäischen Großmächte vorbehalten und sich auch für den Status eines autonomen Fürstentums ausgesprochen. Nicht ganz folgen kann man der Einschätzung, dass in der Zwischenkriegszeit die Herrschaft Ahmet Zogus „jedwede Reformen“ ausgeschlossen habe (S.97), gab es doch Ansatzpunkte, die Entwicklung vor und auch während der Monarchie nicht ausschließlich negativ zu betrachten. Kaum problematisiert erscheint die Betrachtung der verschiedenen Richtungen der Widerstandsbewegung gegen die faschistische Okkupation während des Zweiten Weltkrieges. Neben der kommunistisch geführten Nationalen Befreiungsfront (Fronti Nacional Çlirimtar) war auch in Form der Organisationen Balli Kombëtar (Nationale Front) und Legaliteti (Legalität) ein republikanisch und antikommunistisch bzw. monarchistisch orientiertes Widerstandspotenzial vorhanden. Bei der Lektüre gewinnt man den Eindruck, als sei ein umfassendes Zusammenwirken der unterschiedlichen Kräfte an der „angemaßten Führungsrolle“ der KPA gescheitert. (S.114, 117) Hier stützt sich K. nicht immer auf neuere Literatur und Erkenntnisse. Anzumerken

sind auch kleinere sachliche Ungenauigkeiten. (S.109, 119)

Einen zentralen Platz (3 Kapitel mit insgesamt 180 S.) räumt der Autor der staatssozialistischen Entwicklungsperiode in Albanien ein – ganz im Gegensatz zu der vom „Zeitgeist“ suggerierten Auffassung, dass der Geschichte dieser Jahre keine gleichwertige Behandlung zukomme. K. sah sich bei der Bestandsaufnahme der nahezu 45 Jahre währenden Herrschaft der Kommunistischen resp. Partei der Arbeit (seit 1948) Albaniens vor die Aufgabe gestellt, angesichts der kontrovers geführten Debatten über die Bewertung jener Zeit seine Sicht des Versuchs der gesellschaftlichen Alternative Sozialismus zu formulieren. Er belässt es nicht bei einem Verdikt des albanischen Sozialismus, sondern sucht die Thematik zu versachlichen. Die revolutionären Umbrüche im Land werden als Teil der geschichtlichen Ereignisse und der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung nach dem antifaschistischen nationalen Befreiungskampf am Ende des Zweiten Weltkrieges eingeordnet.

Der Autor lässt sich bei der Beantwortung der Frage nach den Wirkungen der albanischen Revolution und der Ergebnisse des staatssozialistischen Systems davon leiten, dass sie in einem rückständigen Land mit einer halbfeudalen Produktionsweise und einer überwiegend bäuerlichen Bevölkerung stattfand, mit einem Erbe äußerster Armut und einer verheerenden Kriegsbilanz. Die Revolution war daher vor die Aufgabe nachholender Industrialisierung, Modernisierung und Zivilisierung gestellt – ob alle sozialökonomischen Voraussetzungen dafür

fehlten (S.142), sei hier nicht diskutiert. K. macht deutlich, dass gemessen an den historischen Ausgangsbedingungen positive Ergebnisse bei der Industrialisierung und Umgestaltung der Landwirtschaft, bei der Ausprägung einer neuen Sozialstruktur und vor allem für die Entfaltung von Volksbildung, Literatur und Kunst erreicht werden konnten. Das gilt jedenfalls für die erste Entwicklungsperiode bis zum Bruch mit der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern zu Beginn der 60er Jahre des vergangenen Jh.

Zugleich beschreibt K., dass die Entwicklung nicht kontinuierlich weitergeführt wurde. Das politische System degenerierte zunehmend, und es bildeten sich autoritäre Strukturen heraus. Die Bevölkerung wurde dem allmächtigen Sicherheitsdienst, der rücksichtslos vorging, unterworfen; die Religion wurde verboten; dirigistische Methoden und eine autarke Wirtschaftspolitik führten im Inneren zu einer ausweglosen Lage und zu einer extremen Isolation nach außen. Als wesentliche Ursache für das Scheitern sieht er die programmatische und organisatorische Festlegung auf den Marxismus-Leninismus stalinistischer Prägung in seiner insbesondere durch Enver Hoxha praktizierten spezifischen nationalistischen Variante. Die von K. sehr ausführlich beschriebenen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei- und Staatsführung fanden Ausdruck in den wiederholten außenpolitischen Kurswechseln. Die von Ramiz Alia, dem Nachfolger Hoxhas, nach 1985 eingeleiteten Versuche, das Land zu öffnen, konnten den Niedergang nicht mehr aufhalten.

In der Nachbetrachtung verweist K. auf die negativen Folgen des „wild wuchernden“ Kapitalismus im ersten Jahrzehnt nach der politischen Wende, als für die Mehrheit der Lohnabhängigen durch „Schocktherapie“ und Zusammenbruch der Wirtschaft die wirtschaftliche und soziale Perspektive wegbrach. Seine Feststellung, dass die neuen politischen Eliten über keine Konzepte für einen Ausweg verfügen, erscheint überhöht. (S.314) Die – bei allen ihnen entgegenstehenden Schwierigkeiten – aktuell anstehenden Reform- und Integrationsprozesse, die das Adrialand in die Europäische Union führen sollen, finden dagegen keine Erwähnung.

Insgesamt bietet K. eine gelungene Übersicht der Geschichte Albaniens in der Neuzeit. Er ist seiner in der Einleitung ausgesprochenen Hoffnung gerecht geworden, nicht nur vorliegende Ergebnisse albanologischer Arbeiten zusammenzutragen. Namentlich seine Darstellung der staatssozialistischen Periode ist als ein anspruchsvoller Beitrag zur kritisch-sachlichen Auseinandersetzung mit diesem widersprüchlichen Abschnitt der neueren albanischen Geschichte anzusehen.

Erwin Lewin

frei, denkend, selbstbestimmt. 22 Porträts freigeistiger Frauen. Hrsg.: Humanistischer Verband Deutschland. Landesverband Berlin e. V., Berlin 2007, 86 S., Abb.

Der Blick auf den Einband löst spontan ein Schmunzeln aus: Acht würdige Damen meist mittleren Alters in der Mode des beginnenden 20. Jh. in knöchellangen Kleidern bzw. Mänteln

und natürlich alle mit respektablen zeitmodernen Hüten. Doch sobald man mit der Lektüre beginnt, macht das Schmunzeln Wissbegierde und Hochachtung Platz. Dem Leser werden 22 Frauenpersönlichkeiten vorgestellt – die Älteste 1797 geboren, die jüngst Verstorbene 2001 beigesetzt, drei erfreulicherweise noch Lebende. Sie wurden dem Vergessen entrissen durch eine im Berliner HVD gegründete „Frauengeschichtswerkstatt“, die hier ihre ersten Arbeitsergebnisse vorlegt.

Das Ringen progressiv denkender Frauen um demokratische Freiheiten, soziale Gerechtigkeit und um Gleichberechtigung reicht bekanntlich bis in die Frühzeit des 19. Jh. zurück. Die hier in Kurzbiographien vorgestellten Frauen – meist mit Porträt – sind völlig unterschiedlicher sozialer Herkunft, Bildung, beruflicher Ausbildung und Tätigkeit, auch verschiedenartigen politischen Bekenntnisses oder Parteizugehörigkeit – alle vereint durch ihr Streben nach freigeistiger Erziehung, humanistischer Lebensgestaltung und dem Frieden verpflichteter Völkerfreundschaft.

Kein Wunder, dass engagierte Demokratinnen, Sozialistinnen und Kommunistinnen einen relativ hohen Anteil unter ihnen haben. Manche wie Agnes Wabnitz (1841-1894), Käte Duncker (1871-1953), Anna Nemitz (1873-1962) sind als Mitstreiterinnen Bebels in maßgebliche Gewerkschafts- oder Parteifunktionen aufgestiegen, andere standen todesmutig „ihren Mann“ im antifaschistischen Widerstand – so Minna Specht (1879-1961), Marie Torhorst (1888-1989), Susanne Leonhard (1895-1984), Gertrud Piter (1899-1933), Hildegard Schimschok

(1913-2001) und viele weitere, wieder andere erwarben sich beim Wiederaufbau nach 1945 – sei es in der Alt-BRD, sei es in der DDR – hohe Verdienste – beispielsweise Hertha Beese (1902-1987), Alma Kettig (1915-1997) oder die Schwestern Adelheid (1884-1968) und Marie Torhorst, bekannte marxistische Pädagoginnen.

Für alle diese Frauen – wo immer sie lebten, arbeiteten und kämpften – verband sich mit ihrer wissenschaftlichen, atheistischen Weltanschauung und humanistischen Gesinnung das konsequente Eintreten für soziale Rechte und Gerechtigkeit, für die juristische und politische Gleichberechtigung der Frauen.

Die Broschüre zeigt nicht nur die Tradition, in der der heutige Humanistische Verband Deutschlands steht, sondern würdigt an Hand der ausgewählten 22 Schicksale in wissenschaftlich seriöser Weise (alle Quellenangaben beschränken sich allerdings auf eine den jeweiligen Beiträgen vorangestellte Kernaussage der Biographierten) und in warmherziger Sprache Frauen, die in ihrer Mehrzahl zwar nicht an politisch exponierter Stelle standen, wohl aber im Alltag der Klassenauseinandersetzungen sich als Freigeister, Atheistinnen und Humanistinnen – oft unter Einsatz ihres Lebens – tapfer bewährten.

Der Anhang (S.72-86) bietet eine auf die Thematik der Broschüre ausgerichtete Zeittafel, ein Glossar, ein umfangreiches bibliographisches und Quellenverzeichnis sowie einen Bildnachweis und die Danksagung.

Heinrich Gemkow

Iz Archiva A.N. Potresova. Vypusk 1: Perepiska 1892-1905 [Aus dem Archiv von A.N. Potresov. Bd. 1: Schriftwechsel 1892-1905], Moskva 2007; **Vypusk 2: Pis'ma A.M. Kalmykovej 1894-1905** [Bd. 2: Briefe von A.M. Kalmykova, 1894-1905], Moskva 2007

Die Wende vom 19. zum 20. Jh. gehört zu den spannendsten wie folgenreichsten Perioden der neueren russischen Geschichte. In dieser Zeit wurden jene Persönlichkeiten geprägt und politischen Parteien formiert, die in den dramatischen zwei Jahrzehnten bis 1920 die Entscheidung darüber ausfochten, welchen Weg Russland im 20. Jh. gehen sollte. Einen zentralen Platz in diesen Auseinandersetzungen nahm die 1898 formal gegründete und seit 1903 in zwei Fraktionen gesplattene Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (RSDRP) ein.

Inzwischen ist nicht wenig geleistet worden, um die Bestände zur Geschichte des Menschewismus in russischen wie westlichen Archiven der Forschung besser zugänglich zu machen. Ein interessantes Unterfangen ist dabei das 2003 wiederbelebte „Russkij revoljucionnyj archiv“ [Russisches Revolutionsarchiv]. Dieses war ursprünglich 1923 in Berlin unter Federführung von Boris I. Nikolaevskij und Rosa M. Plechanova ins Leben gerufen worden und hatte in den 1920er Jahren eine Reihe von Dokumentenbänden wie den Briefwechsel von Julij O. Martov und Pavel B. Aksel'rod herausgegeben. Die nach mehr als 80 Jahren in Angriff genommene Wiederaufnahme der auf insgesamt neun Bd. konzipierten Reihe

knüpft an die ursprüngliche Konzeption des Projektes an und greift auf dessen Vorleistungen zurück. Mit den hier besprochenen Bd. des Briefwechsels von Aleksandr N. Potresov (1869-1934) rückt sie einen lange fast vergessenen Führer der russischen Sozialdemokratie stärker in das Blickfeld der Forschung. Potresov gehörte neben Julij O. Martov und Lenin zu den herausragenden jüngeren Köpfen aus der Gründergeneration der russischen Sozialdemokratie. Um 1890 schloss er sich dem marxistischen Zirkel von Petr B. Struve an. Später gehörte er neben Martov zu den Führern des 1896 gegründeten Petersburger „Bund zur Befreiung der Arbeiterklasse“. Nach einer ersten Verhaftung 1897 wurde er nach Sibirien verbannt; nach der Entlassung emigrierte er nach Deutschland. Hier pflegte er gute Beziehung zur deutschen Sozialdemokratie, namentlich zu Karl Kautsky. Nachdem es auf dem 2. Parteitag der RSDRP 1903 zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Lenin gekommen war, schloss er sich der menschewistischen Fraktion an und trat der nun von Martov, Plechanov und Zasulič geleiteten neuen Redaktion der „Iskra“ bei. Taktische Meinungsverschiedenheiten – u.a. in der Stellung gegenüber den Bolschewiki sowie zu Trockij und Alexander Helphand-Parvus – führten jedoch bereits im Sommer 1905 zu seinem Austritt aus der Redaktion. Im Oktober 1905 kehrte Potresov nach Russland zurück und gehörte hier als Redakteur der „Načalo“ [Der Beginn] und „Nevskij golos“ [Neva-Stimme] zu den Begründern einer legalen sozialdemokratischen Presse. Er trat für

eine konsequente Umstellung der Sozialdemokratie auf die Bedingungen des legalen Kampfes ein, was ihm heftige Kritik nicht nur von Lenin einbrachte. Gegen Potresovs „Liquidorentum“ polemisierte auch Plechanov, der sich als Hüter der marxistischen Orthodoxie verstand.

Ganz im Sinne seiner legalistischen Überzeugungen blieb Potresov nach der Niederlage der Revolution 1907 in Russland und war eine zentrale Figur bei dem Versuch der Schaffung einer legalen Arbeiterpresse. Im Ersten Weltkrieg wurde er zum Sprecher der Vaterlandsverteidiger in der Sozialdemokratie und hoffte auf eine Demokratisierung Russlands nach einem Sieg der Entente. Nach der Februarrevolution gab er in Petrograd die Zeitung „Den“ [Der Tag] heraus. Er unterstützte die Provisorische Regierung und die Idee einer Verfassungsgebenden Versammlung. Die Herrschaft der Bolschewiki verurteilte er als Vernichtung der Demokratie und „Sozialismus der Dummköpfe“. Ende 1918 verließ er auch formal die Partei und schloss sich zeitweilig der „Sojuz vozroždenija Rossii“ [Bund zur Wiedergeburt Russlands] aus rechten Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären sowie „Kadetten“ an.

Das weitere Schicksal Potresovs war tragisch. Im September 1919 wurde er verhaftet. Obwohl er sich nur wenige Monate in der Gewalt der Tscheka befand und auf Drängen Nikolaj I. Bucharins und Anatolij V. Lunačarskijs bereits im Dezember wieder freigelassen wurde, war seine Gesundheit schwer angeschlagen. Potresov lebte zunächst in Berlin, später in Paris. Politisch blieb er isoliert. Die

Auslandsdelegation der Menschewiki verweigerte ihm mit Verweis auf seinen Parteiaustritt und Meinungsverschiedenheiten in der Taktik gegenüber der Sowjetunion die Zusammenarbeit. Am 11. Juli 1934 starb Aleksandr Potresov in Paris.

Die nun in Moskau herausgegebene Korrespondenz von Potresov aus den Jahren 1892-1905 basiert auf seinem zusammen mit Boris Nikolaevskij 1928 im „Russischen Revolutionsarchiv“ veröffentlichten Bd. über die sozialdemokratische Bewegung in Russland. Die Edition umfasst fünf Teile. Die ersten beiden, „Russische Marxisten in den 1890er Jahren“ (52 Briefe) und „Verbannung in Orlov“ (48 Briefe), spiegeln vor allem den Reifeprozess Potresovs zum Marxisten und sein Wirken im Petersburger „Bund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ bzw. in der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ wider. Der dritte und umfangreichste Teil des Bd. (102 Briefe) umfasst die Jahre 1900-1903 und Potresovs Arbeit in der Redaktion der „Iskra“ sowie die Vorbereitung des 2. Parteitag der RSDRP, d.h. die Periode der eigentlichen organisatorischen Konsolidierung der russischen sozialdemokratischen Partei. Der vierte Teil (95 Briefe) ist der Arbeit der neuen, nun menschestwistisch geleiteten „Iskra“ gewidmet. Er spiegelt sowohl interne Debatten in der menschestwistischen Fraktion, so die wachsenden Differenzen mit Plechanov, als auch die Auseinandersetzungen mit dem ZK der Partei und den Bolschestwiki wider. In diesem Teil finden sich auch einige Briefe von bzw. an Rosa Luxemburg und Parvus. Ein abschließender fünfter Teil schließlich enthält eine Aus-

wahl früher publizistischer Werke Potresovs.

Der zweite hier zu besprechende Bd. der Korrespondenz Potresovs besteht aus 193 Briefen von Aleksandra Michailovna Kalmykova (geb. Černov, 1849-1926) aus den Jahren 1894-1905. Kalmykova gehörte zu den großen, im Westen allerdings wenig bekannten Frauengestalten der russischen revolutionären Intelligencija. In den späten 1890er Jahren arbeitete sie aktiv an den ersten legalen marxistischen Zeitschriften in Russland „Novoe slovo“ [Das neue Wort] und „Načalo“ [Der Beginn] mit. Bis 1903 pflegte Kalmykova auch engeren Kontakt mit Lenin, unterstützte dessen Iskra-Projekt und war während ihres Exils 1901-1906 an der Herausgabe und Verbreitung der Zeitung sowohl materiell als auch logistisch beteiligt. Nach dem 2. Parteitag der RSDRP waren ihre Sympathien allerdings auf der Seite der Menschewiki. Mit Potresov verband Kalmykova seit Anfang der 1890er Jahre eine enge persönliche Freundschaft. Die 193 Briefe aus dem Privatarchiv Potresovs werden im IISG Amsterdam aufbewahrt. Bei der Veröffentlichung seiner Korrespondenz im Rahmen des „Russkij revoljucionnyj archiv“ fanden sie wegen ihres zum Teil sehr persönlichen Charakters keine Berücksichtigung. Die Korrespondenz lässt sich in zwei Perioden unterteilen: Die erste (1894-1901) umfasst die Petersburger Periode des Lebens von Kalmykova. Als Verlegerin und Autorin stand sie hier im Zentrum eines breiten Kreises von oppositionellen russischen Literaten, Publizisten, Wissenschaftlern und Pädagogen und unterhielt gleichzeitig enge Kontakte

zur Sozialdemokratie. Ihre Briefe waren voller Details aus allen Bereichen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in der russischen Hauptstadt. Sie geben einen Einblick in die Lebens- und Gedankenwelt der hauptstädtischen Intelligencija, berichten über politische und philosophische Diskussionen, kulturelle Ereignisse, literarische Neuerscheinungen, schildern Personen und ihr Verhalten. Ähnlich breit ist der Kreis der Themen ihrer Briefe aus dem 1901 einsetzenden Exil. Hervorzuheben ist ihre scharfsinnige Schilderung des politischen und kulturellen Lebens in den Exilmetropolen Berlin, Paris, Genf und anderen Städten Westeuropas. Vor allem aber sind sie voll von Berichten über das Leben der russischen sozialistischen Emigration, über den Prozess der Formierung der RSDRP, über inner- und interfraktionelle Auseinandersetzungen und Kämpfe. Gerade der private, intime Charakter der Korrespondenz macht den besonderen Quellenwert des Bd. aus. Die Protagonisten der russischen sozialistischen Bewegung erscheinen hier nicht nur eindimensional als Theoretiker und Publizisten, Organisatoren oder Fraktionskämpfer. Vielmehr eröffnet sich ein seltener Blick in ihre Geisteswelt und ihre Psyche, in ihr ganz privates Denken und Fühlen.

Hartmut Rüdiger Peter

Christa Uhlig: Reformpädagogik. Rezeption und Kritik in der Arbeiterbewegung, Quellenauswahl aus den Zeitschriften Die Neue Zeit (1883-1918) und Sozialistische Monatshefte (1895/97-1918); Christa Uhlig (Hrsg.): Reformpädagogik

und Schulreform. Diskurse in der sozialistischen Presse der Weimarer Republik, Quellenauswahl aus den Zeitschriften Die Neue Zeit/Die Gesellschaft und Sozialistische Monatshefte (1919-1933), (Studien zur Bildungsreform, Bd. 46 und 47), Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u. a. 2006 und 2008, 800 S., 492 S.

Die beiden Bd. bieten die sorgfältige Präsentation historischer Quellen aus einer bedeutsamen Epoche der Arbeiterbewegung, verbunden mit deren Interpretation vom heutigen Standort und Wissen aus. Diese wissenschaftliche Leistung beeindruckt nicht nur durch Sachkenntnis und methodische Strenge, sondern auch durch den Mut zur Wahl dieses Gegenstandes und durch den überzeugend begründeten Standpunkt dazu. Ein derartiges Werk ist in seinem Ertrag immer mehrschichtig.

Die Reformpädagogik mit ihren vielfältigen Richtungen und Vertretern hat sich selbst umfassend dargestellt und ist im Ganzen aus verschiedenen Perspektiven immer wieder untersucht worden. Den Beziehungen zwischen Reformpädagogik und Arbeiterbewegung ist dagegen sehr viel weniger nachgegangen worden. Dabei zeigen die Bände von U., wie das Bild beider historischer Phänomene an Konkretheit gewinnt, wenn es deren wechselseitige Wahrnehmung, Beeinflussung und Beurteilung generell und im Detail einschließt. Die Reformpädagogik wird des Scheins politischer Indifferenz entkleidet, und die Arbeiterbewegung erweist sich nicht nur als soziale, politische oder ökonomische Bewegung, sondern auch als eine

Bewegung der Bildung, ja, als eine Kulturbewegung, die sich in der Auseinandersetzung mit bürgerlicher Vereinnahmung und kleinbürgerlicher Genügsamkeit entwickelte.

Arbeiterbewegung und Reformpädagogik sind quasi Momente ein und derselben gesellschaftlichen Entwicklung, was sich in den als Untersuchungsgegenstand ausgewählten sozialdemokratischen Zeitschriften „Die Neue Zeit/Die Gesellschaft“ und „Sozialistische Monatshefte“ in spezifischer Weise spiegelt. Dabei stellen der Erste Weltkrieg und die Novemberrevolution 1918 eine Zäsur in mehrfacher Hinsicht dar. Bis zum Kriegsbeginn repräsentierte die Sozialdemokratie die Arbeiterbewegung schlechthin. An der Stellung zum Krieg, später zur russischen Revolution 1917 und 1918 zu Weg und Ziel der deutschen Revolution schieden sich die Geister, so dass sich die Arbeiterbewegung – grob gesehen – in die sozialdemokratische und die kommunistische Richtung spaltete.

Die Dokumente reflektieren diese Entwicklung bezogen auf Kultur, Bildung und Schule. Bis 1914/1918 befand sich die Sozialdemokratie in grundsätzlicher Opposition zur Monarchie und weitgehend in konsequenter Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter in Übereinstimmung mit ihrem Kampf gegen materielle und geistige Verelendung. Diese relativ eindeutige Konstellation bewirkte zum einen, dass sich die Vorstellungen von Ziel und Weg des bildungspolitischen Kampfes zunehmend klärten und in den Mannheimer Leitsätzen von 1906 erstmals komplexe programmatische Gestalt gewannen. Zum andern resul-

tierte aus der realen Entwicklung ein zunehmendes Selbstbewusstsein der sozialdemokratischen Bewegung mit wachsender Aufnahmebereitschaft für parallele Reformbestrebungen, darunter eben auch für diejenigen, die sich unter dem Begriff Reformpädagogik zusammenfassen. Charakteristisch dafür dürfte eine Äußerung der Ärztin und Schulreformerin Hope Bridges Adams Lehmann sein: „Ist der Sozialismus der Heerstrom unserer Zeit, so müssen alle Nebenströme in ihn hineinfließen und dürfen von ihm darum freudig und kameradschaftlich begrüßt werden.“ (2006, S.55).

U. dokumentiert und analysiert in dem ersten Bd. die Rezeption und Kritik seitens der Arbeiterbewegung in Bezug auf die Arbeitsschulbewegung, die Kunsterziehungsbewegung, die sozialpädagogischen Bestrebungen in ihren verschiedenen Nuancen und die Frauenbewegung bis hin zur Darstellung eigenständiger Konzepte und Projekte proletarischer Bildungsreform. Dabei werden Gemeinsamkeiten, Differenzen, Widersprüche und Nachwirkungen der Beziehungen zwischen Arbeiterbewegung und Reformpädagogik herausgearbeitet. Es geht um grundlegende Fragen der Bildung und Kultur, darunter um praktische und theoretische Fragen, die tief durchdacht und umfassend erörtert worden sind und die dennoch in einem erstaunlichen Maße – mindestens in Deutschland – bis heute ungelöst geblieben sind. Dazu gehört vor allem die Aufklärung des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Machtverhältnissen einerseits und Bildungspolitik sowie Inhalt und Struktur des Bildungswesens andererseits. Diese Fragen sind in mehrfacher

Weise aktuell. Sie für den gegenwärtigen Diskurs, sofern dieser die Weite der historischen Auseinandersetzung überhaupt erreicht, verfügbar zu machen, gehört zum Anliegen und zur Leistung der Publikation. Es wird aber auch deutlich, dass so manche theoretische Inkonsequenz und praktische Halbherzigkeit der späteren sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der damaligen Theorie und Praxis ihren Ausgangspunkt haben.

Die im zweiten Bd. dokumentierten Texte und die sich darauf stützenden Analysen beziehen sich auf eine grundlegend veränderte historische Situation. Die dem Kaiserreich folgende bürgerlich-parlamentarische Weimarer Republik wird weitgehend von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mitgetragen. Deren Gestaltung jedoch vermag sie nur in Kompromissen und Koalitionen nach den Spielregeln bürgerlicher Demokratie zu beeinflussen. Reformpädagogische Bestrebungen haben zwar mehr Freiraum und schließen in größerem Umfang sozialistische/sozialdemokratische Ziele und Praktiken ein, aber die staatliche Reformpolitik im Bildungswesen muss sich mit sehr bescheidenen Ergebnissen begnügen, z.B. mit der Einführung der vierjährigen Grundschule. Die beiden Zeitschriften, die auch für diesen Bd. die Quellenbasis liefern, repräsentieren jetzt jedoch nur noch das sozialdemokratische Segment der Arbeiterbewegung, weitgehend gelöst von der oder gar im Gegensatz zur kommunistischen Strömung der Arbeiterbewegung. Die Wortführer, die noch aus der Vorkriegszeit herkommen, finden sich in verschiedenen Lagern mit divergie-

renden politischen und pädagogischen Positionen. Wechselseitige Wahrnehmung der politisch zerstrittenen Lager ist nur noch sehr eingeschränkt gegeben. Zudem belegen die Quellen eine erschreckende reformistisch-pragmatische Schmalspurigkeit sozialdemokratischer Bildungspolitik und Pädagogik. Der theoretische Anspruch mutet bescheiden an. Das dominierende Credo scheint eine verwaschene, abstrakte Gemeinschaftsideologie zu sein, die eine beängstigende Nähe zur „Volksgemeinschaft“ aufweist. Allerdings setzen sich kritische Geister in den Zeitschriften mit dieser Situation auseinander, wie u.a. der Beitrag von Bruno Borchardt zum Heidelberger Programm der SPD 1925 beweist (Dok. 69, 2008, S.372-376).

Die beiden Bd. von U. sind in erster Linie ein Werk der historischen Forschung. Aber auch als solches ist es multivalent. Wir erfahren daraus, was es gegeben hat und wie es gewesen ist, aber aus diesem gründlichen Werk eben auch, warum es so gewesen ist. Das Gestern denkend zu begreifen, ermöglicht zu verstehen, wie das Heute geworden ist, und das gehört dazu, wenn wir wissen wollen, was das Heute ist.

Wolfgang Eichler

August Thalheimer: „So ist die Vernunft selbst weltlich“. Ausgewählte philosophische und religionskritische Schriften. Hrsg. von Heiner Jestrabek (Klassiker der Religionskritik, Bd. 10), Alibri-Verlag, Aschaffenburg 2008, 166 S.

In der Buchreihe Klassiker der Religionskritik des Aschaffener Verlags Alibri liegt nun der zehnte Bd. vor.

Wurden bisher Denis Diderot, Johann Most, Albert Dulk, Jakob Stern, Fritz Lamm, Friedrich Hecker, Peter Maslowski, Rosa Luxemburg und zuletzt August Bebel porträtiert, steht nunmehr August Thalheimer (1884-1948) im Mittelpunkt. Wie auch in den Vorgängerbänden werden in einer ausführlichen Einleitung Leben und Werk dargestellt, ein erklärendes Glossar, eine biographische Zeittafeln und eine Bibliographie angefügt. Der Leserschaft liegen somit in komprimierter Form informatives biographisches Material und exemplarische Texte zu weltanschaulichen Positionen der vorgestellten Persönlichkeiten vor. Dabei wurde offenbar fleißig recherchiert und handwerklich ordentlich editiert. Dem Bd. vorangestellt ist ein kurzes Vorwort des 92-jährigen Theodor Bergmann, der Thalheimer noch persönlich kannte und dessen privates Archiv und seine umfangreichen Publikationen (Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004 u.a.) entscheidend zu diesem Buchprojekt beigetragen haben. Auch ein Brief mit persönlichen Erinnerungen von Thalheimers Sohn Roy, der 87-jährig in Australien lebt, wird eingangs dokumentiert.

Entsprechend engagiert fällt dann auch die Einleitung des Hrsg. Jestrabek aus, der schon die Ausgaben von Dulk, Stern, Luxemburg und Bebel besorgt hatte. Er berichtet ausführlich über einen „jüdischen Schwaben und atheistischen Philosophen“ - und nach der Lektüre fragt man sich, warum 60 Jahre nach seinem Tod vergehen mussten, bis die Werke dieser interessanten Persönlichkeit veröffentlicht

werden. Dabei hat insbesondere die internationale Rosa-Luxemburg-Rezeption in den letzten Jahren Thalheimer als einen bedeutenden Mitkämpfer und Fortsetzer Rosa Luxemburgs entdeckt - aber bisher stand er als politischer Dissident, erster und bedeutendster deutscher Faschismus-Analytiker und differenzierter Kritiker der Sowjetbürokratie im Mittelpunkt. Der Schwerpunkt seiner Theorie, die dialektische und materialistische Religionskritik, wird erstmals in diesem Bd. beschrieben, dokumentiert und kommentiert.

Thalheimer stammte aus einer aufgeklärten schwäbisch-jüdischen Familie. Im Elternhaus verkehrten die Größen der Sozialdemokratie, insbesondere Clara Zetkin. August studierte und wurde ein hochspezialisierter Sprachwissenschaftler, veröffentlichte in der „Neuen Zeit“ den im Buch dokumentierten Aufsatz „Gott, Freiheit und Unsterblichkeit“, arbeitete als Redakteur, schloss sich der Linken um Rosa Luxemburg an, wurde Mitbegründer der Spartakusgruppe und später der KPD und nach der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg der theoretische Kopf der Partei. 1924 wurde er zusammen mit Heinrich Brandler als Sündenbock für die verlorene deutsche Revolution abgesetzt und ins „Ehrenexil“ nach Moskau geschickt. Diesem nicht ganz freiwilligen Aufenthalt und seiner dortigen Tätigkeit verdankten die Zeitgenossen eine Reihe von Schriften, die im vorliegenden Band abgedruckt sind: seine Philosophie-Vorlesungen an der Sun-Yatsen-Universität vor chinesischen Studenten und das Buch über Spinoza,

gemeinsam verfasst mit dem damals bekannten sowjetischen Philosophen Deborin. Er arbeitete mit Rjazanov und Bucharin, die beide später Opfer der Stalinschen Säuberungen werden sollten. 1928 kehrte Thalheimer mit großen Schwierigkeiten zurück nach Deutschland, um kurz darauf als Objekt einer Ausschlusswelle aus der KPD herauszufliegen. Mit Eduard Fuchs stürzte er sich in die gewaltige Aufgabe, die Werke Franz Mehrings herauszubringen, was größtenteils noch vor 1933 gelang. Über Thalheimers oppositionelle Kommunisten, seinen verzweifelten Kampf für eine Einheit der zerstrittenen Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Faschismus und seine Emigrationsjahre in Frankreich und Kuba wird berichtet. Die Rückkehr nach Deutschland nach Kriegsende wurde ihm verwehrt und so starb er 1948 auf Kuba.

Von besonderem Interesse für die Religionskritik dürften die Kämpfe und Diskussionen innerhalb der Bewegungen der sowjetischen „Gottlosen“ und der deutschen Freidenker gewesen sein. Hier verweist der Hrsg. auf ein bisher noch zu wenig aufgearbeitetes Kapitel der Geschichte der Arbeiterkulturbewegung.

Quasi als Nebenprodukt dieses Buchprojektes entstand als 64-seitige Broschüre die Herausgabe einer „Erstveröffentlichung des vollständigen Manuskripts“: August Thalheimer: Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst. Ein Versuch. Mit einer Einführung von Theodor Bergmann und hrsg. von Heiner Jestrabek (Heidenheim-München 2008).

Diese Präsentation von Thalheimer-Schriften belegt wieder einmal, dass

das theoretische Erbe Thalheimers ganz zu Unrecht in Vergessenheit geraten und fehlinterpretiert war.

Insbesondere ist von Interesse, dass es bereits in den 1920er Jahren bedeutende antistalinistische Kräfte und durchaus starke politische und personelle Alternativen im deutschen Kommunismus gab.

Die Bewegung war eben doch nicht „monolithisch, einfältig, sondern pluralistisch, vielfältig“. Oder um es mit Theodor Bergmanns zitierten Worten auszudrücken: „Die heute gängige Geschichtslüge sagt, der Stalinismus sei die einzige und einzig mögliche Entwicklungslinie des Kommunismus gewesen. Die Wiederentdeckung der Ketzer im Kommunismus soll daher auch ein Beitrag zur geistigen Erneuerung der sozialistischen Bewegung sein, eine Anregung zu zweifelndem Denken, im Gegensatz zur Verzweiflung der Dogmatiker.“ In diesem Sinn seien alle zur Neuentdeckung herzlich eingeladen.

Ralph Metzger

Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner (Hrsg.): „Die Wache ist müde“. Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen (Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus, Bd. 6), Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 415 S.

Unabhängig davon, ob die Russische Revolution 1917 heute als epochales oder historisches Ereignis reflektiert wird, erscheinen im kontinuierlichen Zehn-Jahres-Jubiläums-Rhythmus zahlreiche Publikationen zu diesem Thema. In der Regel sind sie ein Querschnitt des dominanten Zeitgeistes, selten genug auch etwas mehr, wenn der

Diskurs Lernprozesse fördert und zum Nachdenken anregt.

In seiner in der Aufsatzsammlung „1917–1918 als Epochengrenze?“ (Wiesbaden 2000) enthaltenen Betrachtung zur „improvisierten Demokratie“ 1917 in Russland, die den Gründen für das Scheitern des Demokratieexperiments nachging, verwies der Berliner Osteuropahistoriker Hans-Joachim Torke unter anderem auf die Defizite in der Sozial- und Rechtsentwicklung Russlands seit den ältesten Zeiten. Wie ein Rückgriff auf altrussische Gepflogenheiten zur Meinungsfindung, „wo es keine Mehrheitsentscheidungen gab und man sich auf Versammlungen so lange prügelte, bis Einstimmigkeit hergestellt war“ (S.53), mutet, so Torke, die Tatsache an, dass sich keine Minderheit einem Mehrheitsvotum unterordnen wollte, sondern lieber sofort eine eigene Gruppe zwecks unabhängiger Entscheidung bildete.

Folgt man diesem Gedankengang, wird klar, dass der Oktoberaufstand der Bolschewiki nur konsequent war, denn mit demokratischen Mitteln konnte eine Minderheit nicht an die Macht kommen.

Der von den Hrsg. für den Titel gewählte Satz, mit dem der Matrose Želesnjakov in der frühen Morgenstunde des 6. Januar 1918 das Licht im Petrograder Taurischen Palast löschte, symbolisiert das Ende der nur einen Tag existierenden Konstituierenden Versammlung. Als Rechtfertigung für deren gewaltsame Auflösung diente Lenin das Argument, dass die Regierung der Sowjets eine höhere Demokratie darstelle. Anders formuliert, ein Endpunkt der Russischen Revolution

1917 war erreicht. Von nun an konnte es nur noch um die Machtbehauptung der Bolschewiki gehen, was Schritt auf Schritt zugleich mit der Mythisierung der Oktoberrevolution verbunden war.

Die Autoren des Sammelbd., die vielleicht auch des endlosen Palavers über den „Roten Oktober“ als Revolution oder Staatsstreich müde sind, machen es zu ihrem Anliegen, Theorien und Praktiken der revolutionären Aktionen zu durchdenken, nach Ansätzen für Bestätigung und Erneuerung zu suchen und linke Positionen auf eine Art zu bestimmen, die eine möglichst breite Erberezeption nicht nur nicht ausschließt, sondern an ihr auch partizipiert.

Die Debatte bestreiten „Editoren und Kommentatoren linker Theoriebildungsprozesse in der Bandbreite vom anarchistischen über das sozialrevolutionäre Spektrum bis hin zu dem der sozialdemokratischen Strömungen in Russland und Deutschland“, heißt es im Vorwort (S.7). Eine Ergänzung erfuhr sie durch einen für die Hrsg. wichtigen Beitrag von Fritz Klein zur Frage der Alternativen in der Geschichte und ein nachgelassenes Manuskript von Wolfgang Ruge über die Behauptung der Alleinherrschaft der Bolschewiki.

Die Aussagen, die die Autoren treffen, können der agierenden Linken neue Sichten auf die russische Revolution und ihre Wirkungen eröffnen, wenn sie bereit ist, sich auf sie einzulassen.

Der vorliegende Sammelbd. liest sich, trotz der Gliederung in zwei Teile, auf Anhieb nicht leicht. Die überdimensionale Zitierung der Protagonisten, die sich eigentlich in wissenschaftlichen

Arbeiten verbietet, hat hier allerdings Methode, da es in der Regel um eine bislang unbekannte oder nicht wahrgenommene Beweisführung geht. Versteht man indes das Anliegen der Hrsg. und Autoren, dann werden alle Ausführungen unheimlich spannend und faszinierend.

In der hehren Revolutionsgeschichte, die gewöhnlich nur das Leninsche Umfeld spiegelte, wurden bisher Tragik und Komik ausgespart. Wichtig ist in der Publikation deshalb auch der Bezug auf Paul Levi, der auf dem Titelfoto zu sehen ist, wie er von einer Unterhaltung zwischen Lenin, Bucharin und Sinov'ev auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale 1920 in Moskau ausgeschlossen ist. Jörn Schüttrumpf hat zu diesem und anderen Bildern Näheres festgehalten. Die Komik bedient Wladislaw Hedeler, wenn er über Plechanovs erfundenes Testament, das 1999 die „Nezavisimaja Gazeta“ veröffentlichte, berichtet.

Zwischen diesen beiden Polen liegt in allen Beiträgen die Konstatierung des Faktes, dass der Untergang des mit der Oktoberrevolution geschaffenen Gesellschaftssystems zu Recht erfolgte, egal, ob die Nachkommenden das mehr oder weniger als schmerzlich oder hilfreich empfinden.

Ein wenig will der Sammelbd. aber auch die Hoffnung bedienen, wenn er mit Erhard Cromes pointierten Aussagen den Sozialismus zur wiederentdeckten Perspektive außerhalb Europas macht. Dann kommt aber gleich auch der Dämpfer: Ohne den demokratischen Sozialismus im eigenen Lande zu, funktioniert auch keine Zukunftsverheißung.

Ach, wie schade, denkt sich dabei der deutsche Linke. Dabei war es doch so bequem, auf den fahrenden Zug anderer aufzuspringen. *Jutta Petersdorf*

Joni Krekola: Stalinismin lyhyt kurssi. Suomalaiset Moskovian Lenin-koulussa 1926-1938 [Kurzer Lehrgang des Stalinismus. Finnen auf der Internationalen Lenin-Schule], (Bibliotheca Historica, 105), Suomalaisen Kirjallisuuden Seura, Helsinki 2006, 445 S.*

Die Niederlage der kommunistischen Weltbewegung liegt auf der Hand, eine freilich fast unblutige. Soll man sie bejubeln oder beweinen? Es mag dahingestellt bleiben. Den Historikern kommt die Aufgabe zu, die weniger bekannten Seiten der größten Volksbewegung des vorigen Jahrhunderts zu erforschen. Auch die ein Vierteljahrhundert währende Historie der III. Internationale lässt die Forschung noch immer nicht ruhen. Vor den 1970er-Jahren und besonders bis zur Erschließung des Moskauer Komintern-Archivs gehörte die Geschichte der kommunistische Kadenschulung, darunter die der Internationalen Leninschule in Moskau (1926-1937), zu den „weißen Flecken“ der Forschung. Seit den 90er-Jahren erfahren entsprechende Studien einen Aufschwung. Größere Artikel erschienen über einzelne Studentengruppen der Leninschule. In Finnland begannen solche Untersuchungen mit den frühen 90er-Jahren, zum Zeitpunkt der sowjetischen Wende und der Umbrüche in der KP Finnlands, fast stürmisch. Ein Ergebnis ist die im Folgenden besprochene finnischsprachige Ab-

handlung. Die Forschungen zu ihr waren Teil breit angelegter finnischer Kommunismus-Studien. Der Verfasser Joni Krekola hat sich 2006 erfolgreich habilitiert. Seine Arbeit wurde von Professor Seppo Hentilä (Universität Helsinki), einem Kenner der finnischen und schwedischen Arbeiterhistorie, betreut. Im Moskauer Archiv RGASPI und im Volksarchiv (Kansan Arkisto) Helsinki schloss sich Krekola den Forschergruppen seiner Landsleute an. Es war bereits das Verdienst Krekolas, zu einem bedeutenden internationalen Komintern-Nachschlagewerk finnische Biografien beigetragen zu haben (siehe Kevin Morgan u.a. Hrsg.: *Agents of Revolution*, Bern 2005, S.289-308).

K.s Abhandlung ist umfassend und gut geplant. Sie enthält nützliche tabellarische Beilagen und schließt mit einem ausführlichen englischsprachigen Summary.

Rund 150 Schüler und Lehrer aus Finnland hielten sich seinerzeit an der Leninschule in Moskau auf. Sie brachten nationale Erfahrungen in die Schulgemeinschaft ein. Die jungen Finnen oder exakter: Finnländer (denn Schüler der finnlandschwedischen Minderheit gab es auch) gehörten der damals illegalen kommunistischen Partei an, deren Führer allesamt im sowjetischen Exil wirkten. Viele wurden von der finnischen Polizei verhaftet. Die Notwendigkeit, infolge der verlorenen Arbeiterrevolution von 1918 in die Illegalität zu gehen, wurde 1930 durch das Aufkommen faschistischer Stimmungen in Finnland und durch antikommunistische Gesetze noch dringender, sodass die Lenin-Schüler aus Finnland die streng bewachte

Grenze auf heimlichen Wegen passieren mussten. In der Schule erhielten sie Decknamen, nach ihrer Rückkehr hatten sie mit Verfolgung zu rechnen. Nach einer gewissen, vor allem politischen, Prüfung in Moskau wurden die Schüler in die Internatschule aufgenommen. Von Vorteil war, dass die Finnländer von Landsleuten und eigenen Parteiführern in ihrer Sprache unterrichtet werden konnten. Doch durch diese Nähe wurden sie auch in die schweren Auseinandersetzungen hineingezogen und waren in manchen Fällen sowjetischer Verfolgung durch das NKVD ausgesetzt.

Im kurzen Vorwort lässt K. die beiden Leiter des Finnischen Sektors der Komintern – Yrje Sirola und Kullervo Manner (Parteivorsitzende, später abgesetzt und verhaftet) – zu Worte kommen. Die beiden stellten den Lenin-Schülern damals die Aufgabe vor, die Partei zu bolschewisieren.

Kapitel I der Darstellung beschreibt die Forschungsprobleme und stellt die Struktur der Abhandlung vor, Kapitel II ist allgemein dem bolschewistischen Schulungswesen als Ausbildung von berufsmäßigen Revolutionären gewidmet. Es folgt in Kapitel III eine allgemeine Präsentation der Internationalen Leninschule als Komintern-Organ. Eingehend werden die ideologischen und politischen Voraussetzungen ihrer Gründung und die Linkswendung der Komintern behandelt. Hier ist auch etwas über die kurze Vorgeschichte des finnischen Sektors der Schule zu lesen, der ursprünglich eine Abzweigung der Leningrader Filiale der „Kommunistischen Universität für nationale Minderheiten des Westens“ (KUNMZ) war.

Dem Sektor selbst ist das größte (IV.) Kapitel gewidmet. K. beschreibt unter anderem dessen Einrichtungen in Moskau, die Zusammensetzung des Sektors, Lehrplan, Lehrfächer und Unterricht. Er stellt die Lehrer und das Parteilieben im Sektor vor, berichtet von Begegnungen der Schüler mit der sowjetischen Wirklichkeit, ihrer Konfrontation mit Kontrollinstanzen. Weitere Verzweigungen der Ausbildung der Finnen werden vorgestellt. Herausragende Studenten werden porträtiert und ihre späteren illegalen Aktivitäten daheim nachgezeichnet.

Die Moskauer Parteischulung der Finnen fiel mit der unheilvollen linksradikalen „dritten Periode“ der Komintern zusammen, die von erbittertem inneren Kampf im finnischen Parteiexil geprägt war. Stalins berühmter Eingriff von 1931 in die kommunistische Geschichtsschreibung, seine Anschuldigungen sowohl gegen sowjetische Historiker als auch gegen die deutschen Linken wurden damals von Otto W. Kuusinen, 1929 bis 1931 Sekretär des Exekutivkomitees der KI, gegen den Parteivorsitzenden Kullervo Manner erfolgreich ausgenutzt (Kapitel V).

Kaum war der innerparteiliche Kampf 1933 ausgestanden, stellte die neue Volksfronttaktik der Komintern auch für die Leninschule die Weichen neu und engte ihr pädagogisches und bildungspolitisches Engagement durch Wegfall der Schulung für die legalen westlichen KP ein. Die Schwierigkeiten der Leninschule nahmen während des von Stalin und seinem Innenminister Ežov entfesselten Terrors zu; sie werden in Kapitel VI eingehend beschrieben. Das düstere Bild wird

durch die Beschreibung des studentischen Alltages ein wenig freundlicher. Das Kapitel endet mit der Schließung der Leninschule 1937 und beschreibt die Heimkehr der finnländischen Studenten im Jahre 1938.

Dem Leben der etwa 140 Schüler sowie 26 Lehrer geht das Buch im VII. Kapitel anhand bezeichnender Lebensbilder sowie mit Vergleichen und Statistiken nach. Einige Schicksale werden vom Vf. weiter verfolgt. Er charakterisiert die Personen als bewährte Kader, die finnischen Gefängnissen entkamen und später in Bezirksleitungen der seit 1944 legalen Partei sowie ins Parlament gelangten. Im letzten Kapitel unter der Überschrift „Der kurze Kurs des Stalinismus“ würdigt K. die finnländischen Absolventen der Schule – nunmehr selbst stalinistische Parteiführer – im Kontext der späteren Parteikämpfe in der KP der 50er- und 60er-Jahre.

Die Abhandlung fußt zum größten Teil auf unveröffentlichten sowjetischen Quellen, die auch für die Erschließung anderer Sektoren der Leninschule nützlich sind. Im genannten RGASPI werden vor allem die Sammlungen der finnischen KP, der Bestand Yrje Sirolas, der Bestand KUNMZ und schließlich der der Leninschule selbst mit ihrem finnischen Sektor aufbewahrt. K. nutzte die interne Korrespondenz der Schulleitung, Sitzungs- sowie Unterrichtsprotokolle, Arbeitsberichte, Lehrpläne und -programme sowie von den Schülern ausgefüllte Fragebogen. Im Volksarchiv Helsinki sah er die unveröffentlichten Erinnerungen der ehemaligen Moskauer Studierenden und Interviews mit ihnen ein. Leider konnte K. keine

Mitschriften von Vorlesungen auswerten. Da die Kommunisten in der Zwischenkriegszeit von der Zentralen Kriminalpolizei Finnlands scharf beobachtet und verfolgt wurden, hätten sich auch Polizeiakten mit Agentenberichten und Verhörprotokollen im Nationalarchiv Helsinki angeboten, auf die K. aber nicht zurückgriff. Im Unterschied zu Archivalien lagen gedruckte Quellen zum Thema kaum vor. Als einzige von den rund 150 Schüler und Lehrern der Leninschule hatten die Lehrer Arvo Tuominen und Hjalmar Front ihre Erinnerungen veröffentlicht – Zeitzeugen, die keine Kommunisten mehr waren.

Seine Aufgabe sah K. darin, gegen die Mythen der älteren Parteiführung über die Moskauer Parteischulung, gegen deren Idealisierung und Verklärung, vorzugehen. Seine Fragen zielten auf konkrete historische Erscheinungen der politischen Bewegung, auf die Parteigeschichtsschreibung als Werkzeug ideologischer Auseinandersetzung und Gleichschaltung und auf die Beeinflussung speziell des finnischen exilkommunistischen Milieus durch sowjetische Erfahrungen, Lebensnormen und Repressalien. Im Lichte internationaler Literatur muss man ihm Recht geben, wenn er die post-sowjetische russische Kominternforschung gegenwärtig als dürftig charakterisiert. K. selbst bleibt allerdings streckenweise nebelhaft, nutzt viele Metaphern und Redewendungen und entlehnt dabei je nach Bedarf theoretisch-begriffliche Werkzeuge aus verschiedenen Denkschulen. Mit Recht werden im Buch die Leninschule und ihr finnischer Sektor für die Zeit ab 1930 als stalinistisch bezeichnet. Doch

soll man die Bezeichnung auf die gesamte Existenz der Schule, mithin auch auf die Jahre vor der stalinischen Machtergreifung ausdehnen? Ursprünglich war die Schule mit Rektor Nikolaj Bucharin und dessen Stellvertreter, dem Engländer John T. Murphy, an der Spitze kein Werkzeug Stalins. Im Bericht des englischen EKKI-Mitgliedes über das erste Jahr der Leninschule und ihre Perspektiven findet sich kein Wort von und über Stalin. K.s Urteil scheint zu stark beeinflusst von maßgebenden post-sowjetischen Historikern und ihren amerikanischen Kollegen in Stanford/Kalifornien. Beide Gruppen datieren Stalins Allmacht zu früh. Die Moskauer Archivstudien des Rezensenten führten zu dem Schluss, dass noch im Frühjahr 1928, vor dem VI. Komintern-Kongress, interne Kritik etwa an Bucharins und Stalins Thesen kein Aufsehen erregte. Ein Vergleich der Programme und Lehrpläne zweier kommunistischer Schulen – der vorkriegszeitlichen Moskauer Leninschule und der nachkriegszeitlichen sogenannten Sirolaschule (eigentlich eine Volkshochschule, gestiftet im Januar 1945 in einer Vorstadt von Helsinki) – hätte erbracht, dass westliche Parteien, auch die finnische, sich noch zu Stalins Lebzeiten immer weniger dessen Beißkorb anlegen ließen. Mir scheint es vielsagend, dass sogar im ausführlichen Partei-Personalbogen von 1950 die Frage nach Moskauer Schuljahren gänzlich fehlte. Auch den Inhalt des Unterrichts an der Leninschule bezeichnet K. als stalinistisch. Dieser sozialistische bzw. kommunistische Bildungsinhalt war im Vergleich zum damaligen bürgerlich-nationalistischen

Unterricht an höheren Schulen und Volkshochschulen Finnlands auf dem Gebiet der neueren Geschichte, der Geschichte der Arbeiterbewegung, der Gesellschaftskunde und der internationalen Politik gewiss nicht schlechter.

Alexander Kan

*redaktionell gekürzte Fassung

Ulrich Eumann: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik (Europäische Hochschulschriften Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften), Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u. a. 2007, 379 S.

Obwohl inzwischen unzählige Arbeiten zur Geschichte der KPD in der Weimarer Republik vorliegen, gibt es doch noch bemerkenswerte Lücken auf diesem Feld. Zu sehr konzentrierte sich die Forschung auf die Parteispitzen und blendete die Mitglieder als handelnde Subjekte weitgehend aus. Klaus-Michael Mallmann hat mit seiner 1996 erschienenen Studie „Kommunisten in der Weimarer Republik“ diese Verengung erstmals in umfassender Weise überwunden. E. legt nun, mit einer an der Universität Köln als Dissertation entstandenen Arbeit, erstmals einen umfangreichen regionalen Vergleich von fünf KPD-Bezirken (Berlin, Ruhrgebiet, Westsachsen, Pommern, Oberschlesien) vor, der sich der KPD-Mitgliedschaft aus sozialgeschichtlicher Perspektive nähert. Die Auswahl der Bezirke ist äußerst sinnvoll und ermöglichte es dem Autor, die Parteibasis unter sehr verschiedenen regionalen Bedingungen zu untersuchen und so zu reprä-

sentativen Rückschlüssen auf die Gesamtmemberschaft zu kommen. Neben den umfangreichen parteiinternen Überlieferungen hat der Autor Memoiren von KPD-Mitgliedern herangezogen und diese umsichtig ausgewertet.

E. widmet sich zunächst der Entwicklung und der Organisation der KPD, um den wesentlichen Bezugsrahmen für die Parteimitglieder genauer abzustechen. Dabei wird dem Leser eine Fülle von Daten und Fakten zur Parteistruktur vor allem in ihrer regionalen Ausdifferenzierung präsentiert. Auch die für die Parteiarbeit wichtigen geographischen Gegebenheiten, wie etwa die riesige Ausdehnung des mitgliederschwachen Bezirkes Pommern, finden gebührend Beachtung. Die Entwicklung der formalen Parteistruktur sieht E. durch das Bestreben der Parteiführung bestimmt, mehr Kontrolle über die Mitglieder zu gewinnen. Insbesondere sollte deren „Sozialdemokratismus“ überwunden werden. An der Spitze der Partei träumte man von einer Basis aus revolutionären Kämpfern, die ihr ganzes Leben der Partei opferten. Sehr instruktiv sind die Erläuterungen zur Arbeitsweise der KPD. Hier wird unter anderem auf die – häufig von der Basis ignorierten – Rundschreiben der Leitungen und auf die mannigfaltigen Probleme der Kasierung eingegangen.

Im anschließenden, „symbolische Integration der Mitglieder“ benannten Abschnitt, geht E. auf so unterschiedliche Aspekte wie die Parteisymbolik, die Parteisprache, das Liedgut, die Festkultur, die Parteipresse, Literaturrezeption, das Schulungswesen und die Vermittlung der Entwicklung in

der Sowjetunion ein. Klar streicht der Autor heraus, welche untergeordnete Rolle die Parteipresse oder die Klassiker Marx, Engels und Lenin gegenüber der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung“ oder dem sowjetischen Film für die Vermittlung der Deutungsangebote der Parteiführung an der Basis spielten. Das letzte große Kap. beschäftigt sich mit der politischen Praxis der Partei. An dieser Stelle wird besonders deutlich, wie die Vorstellungen der Parteiführung an der Basis häufig verwässert wurden. Anschaulich beschreibt der Vf. die große Arbeitsbelastung von engagierten ehrenamtlichen Funktionären, auf deren Schultern letztendlich die Hauptlast der Parteiarbeit lag. Obwohl ihre Anzahl im Vergleich zur SPD relativ schmal war, sicherten sie doch der KPD ein hohes Maß an Kampagnefähigkeit. Von den sehr unterschiedlichen Haltungen an der Basis wird ein lebendiges Bild entfaltet. Die Forschungsergebnisse Mallmanns werden teilweise korrigiert, da dessen Arbeit allzu sehr auf den Gegensatz zwischen voluntaristischer Avantgarde und realistischer Basis abzielte.

Leider kommt in der Studie die Zeit nach 1929 aufgrund der dünner werdenden internen Überlieferungen der KPD so gut wie gar nicht mehr vor. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Partei bleiben so fast ganz auf der Strecke. Dennoch ist E. ein Standardwerk gelungen. Wer sich zukünftig ernsthaft mit der Geschichte der KPD in der Weimarer Republik beschäftigt, wird kaum daran vorbeikommen. Es stellt darüber hinaus einen wichtigen Beitrag für die

Parteiengeschichte der Weimarer Republik im Allgemeinen dar.

Carsten Voigt

Peter Berens: Trotzlisten gegen Hitler, Neuer ISP Verlag, Köln 2007, 224 S., Abb.

Der Autor behandelt den Widerstand der trotzkistischen Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD), die als Linke Opposition der KPD (LO) um 1930 entstand und sich 1933 organisatorisch verselbstständigte; 1938 gehörten die IKD zu den Gründern der trotzkistischen Vierten Internationale. Den Schwerpunkt bildete die Region Ruhrgebiet und Rheinland. Damit wird ein in der wissenschaftlichen Literatur bisher nur am Rande bzw. überhaupt nicht behandeltes Thema aufgegriffen. Anliegen des Autors ist es, das (Vor-)Urteil, die Trotzlisten in Deutschland wären vor allem mit sich selbst – mit ihren inneren Auseinandersetzungen – beschäftigt gewesen, zu widerlegen und zu zeigen, dass sie auch nach außen gerichtet agierten. Nach einer Einführung untersucht der Autor sein Thema in 6 Abschnitten (Linke Opposition der KPD vor 1933, IKD in der Illegalität, die Verfolgung durch die Gestapo, Exil, Neubeginn nach 1945 und Schlussbetrachtung). Abgeschlossen wird der Bd. mit Biogrammen, Literaturverzeichnis, Bildnachweis und Abkürzungsverzeichnis. Die Arbeit basiert neben einschlägiger Literatur v. a. auf zeitgenössischen trotzkistischen Publikationen, Beständen des Exilarchivs der IKD (Avignon bzw. Institut für Stadtgeschichte Gelsenkirchen) und Materialien aus weite

ren Archiven (SAPMO Berlin, IISG Amsterdam, Trotsky-Archives Harvard University, verschiedene Stadtarchive).

Der Autor verwendet häufig den Begriff Linkskommunismus, identifiziert ihn teilweise mit Trotzismus, trennt ihn aber teilweise auch von ihm. Er beschreibt, dass die LO/IKD nach dem Machtantritt der Nazis Massenaktionen ablehnten und zunächst eng mit der SAP zusammenarbeiteten, aber nur empirisch in ihrer Widerstandstätigkeit vorankamen. Die Strukturen der illegalen Arbeit im Reich und die Verbindungen ins Ausland mussten erst mühsam unter den Bedingungen der Illegalität aufgebaut werden, es existierten zunächst kein Kurierdienst, keine Druckereien und keine Auslandsleitung. Die IKD an Rhein und Ruhr schufen sich 1934/35 eine Untergrundstruktur, die sowohl Widerstandstätigkeit als auch Teilnahme der dortigen etwa 150 Aktivisten an den Diskussionen der IKD in Deutschland ermöglichte. (v. a. S.63-96) Eine Umstellung auf Fünfergruppen und die Zentralisierung der illegalen Arbeit mit der Bildung einer Reichs-Exekutive wurde erst Ende 1934 erreicht. Die Bezirksleitung Rhein-Ruhr der IKD und erhebliche Teile ihrer Organisation wurden Ende 1935 durch die Gestapo zerschlagen, die reichsweit arbeitende zentrale Untergrundstruktur der IKD existierte bis Herbst 1936. (S.101) Es fand zwar ein Bruch in der illegalen Arbeit statt, die Widerstandstätigkeit wurde dennoch unter den erschwerten Bedingungen, auch in Gefängnissen, Zucht häusern und KZ, fortgesetzt. (S.112)

Mit Beginn des Kriegs lösten sich die Strukturen der IKD weitgehend auf. Für 1940 wurden von der IKD ca. 300 illegal arbeitende Mitglieder in Deutschland angegeben, eine Zahl, die der Autor für vielleicht übertrieben hält.

Im Exil bestand seit Sommer 1933 in Paris eine Auslandsleitung, das Auslandskomitee der IKD (AK). Das AK hielt die Verbindungen sowohl ins Reich als auch zu trotzkistischen Organisationen in anderen Ländern, gab auch zahlreiche Publikationen heraus, darunter die Zeitung „Unser Wort“. Mit zunehmender Exildauer habe es sich aber immer weniger an den Realitäten in Deutschland orientiert. (S.145) Versuche nach 1945, die IKD an Rhein und Ruhr wieder zu beleben, scheiterten.

Ein Vorzug der Arbeit ist, dass sie im Text wiederholt die Widerstandstätigkeit der IKD in Rhein-Ruhr exemplarisch in die Biografien einzelner Aktivisten einbettet; damit werden Widerstandskämpfer, über deren Leben bisher wenig bekannt war, gewürdigt. Ein besonderer Abschnitt ist dem Anteil der Frauen am trotzkistischen Widerstand gewidmet. Der Autor gibt ein Bild von der Vielfalt, aber auch Ohnmächtigkeit des Widerstands gegen den deutschen Faschismus durch trotzkistische Kräfte im Inland und Exil. Er macht keinen Hehl aus seiner Sympathie für den Trotzismus. Aus dieser Sicht sind Überschätzungen des Einflusses und der Richtigkeit der Positionen sowie fragwürdige Wertungen nicht verwunderlich (z. B. S.36).

Herbert Mayer

Barbara Koehn: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Eine Würdigung, Duncker & Humblot, Berlin 2007, 368 S.

Das Buch ist der „intellektuellen, moralischen und christlichen Elite Deutschlands“ (S.28) gewidmet, sein Hauptgegenstand ist (auch der passive, „gedankliche“) „Widerstand der deutschen Konservativen“ mit der *Quintessenz*: „Der deutsche Widerstand wurde von Persönlichkeiten organisiert und geeint, die sich in den Sphären der Machtausübung befanden. Sie gehörten dem Groß- und Bildungsbürgertum und dem Adel an, und ihre politischen Überzeugungen neigten dem Konservatismus zu.“ (S.340) Dies sei die Besonderheit des deutschen Widerstands gewesen, die ihn von anderen europäischen Widerstandsbewegungen unterscheidet: „Der Widerstand in Europa wurde meistens von Kommunisten oder Sozialisten organisiert und geleitet. Der deutsche Widerstand dagegen wurde hauptsächlich von Bürgern und Adligen angeführt.“ (S.341) Dieser Widerstand sei es, der „die höchste Anerkennung“ (S.229) und „hohe Bewunderung“ (S.236) verdiene. Diese Würdigung führt die Autorin bis hin zur Rechtfertigung der Kriegsverbrechen, die einige der beteiligten Militärs zuvor begangen hatten, so Generaloberst Hoepner (S.216f.) und General Heinrich-Carl von Stülpnagel (S.264-266). Dabei verfällt die Autorin streckenweise in den Jargon der Neonazis, wenn sie auf „die Widerrechtlichkeit“ und „die Verbrechen der sowjetischen Partisaneneinheiten“ verweist (S.216f.), von den „unbeschreiblichen Grausamkeiten der sowjetischen Soldateska gegenüber

der deutschen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen“ schreibt (S.196) – und die Verbrechen der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion (und anderswo in Europa) mit keinem einzigen Wort auch nur erwähnt. Der „Gipfel“ in ihrem Text: „Der deutsche Soldat setzte [auf deutschem Boden/U.P.] seinen Kampf mit Verbissenheit fort, hatte er doch jetzt eine neue Mission zu erfüllen, nämlich die deutsche Bevölkerung vor dem Angriff durch die sowjetische Soldateska zu beschützen.“ (E-benda)

Dagegen wird der Widerstand aus der Arbeiterbewegung, dem gerade 34 von 348 Seiten des Textes gewidmet sind, als bloße Randerscheinung behandelt. Dieser Widerstand war es aber, der schon 1933 und bis 1945 unter großen Opfern geführt wurde und nicht erst einsetzte, als sich die Niederlage Hitler-Deutschlands in seinem Eroberungskrieg (Köhn verwendet den von Hitler geprägten Begriff „Weltanschauungskrieg“) abzeichnete. Summa summarum: „Die deutsche Militärführung als Hort des Widerstands gegen das Hitler-System? Rigoroser lässt sich Geschichte kaum fälschen.“ (Arno Klönne in einem ähnlichen Zusammenhang in „Marx 21“ vom April 2009)

Ulla Plener

Bruno Kartheuser: Walter, SD in Tulle. Bd. 3: Die Erhängungen von Tulle. Der 9. Juni 1944; Bd. 4: Die Erhängungen von Tulle. Ein ungehörtes Verbrechen, Edition Krautgarten, Neundorf 2004 und 2008, 560 S., 496 S., Abb.

„Le drame de Tulle“ [Das Drama von Tulle] ist ein fester Begriff in Frank-

reich in der Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Besatzer während des Zweiten Weltkriegs geworden. Der Autor der Bd., Hrsg. der Literaturzeitschrift „Krautgarten“, Mitglied des belgischen PEN und Träger verschiedener Literaturpreise, hat neben Prosa und Lyrik auch etliche historische Dokumentationen und Publikationen verfasst. Den Titel seiner Tetralogie leitete er von Walter Schmal, einem Angehörigen des Sicherheitsdienstes, ab. Schmal bestimmte maßgeblich, welche Einwohner von Tulle 1944 zur Erhängung und Deportation vorgesehen waren. K. hat zum Thema über ein Jahrzehnt gründlich recherchiert, zahlreiche Zeugen befragt sowie Archive in Frankreich und Deutschland durchforscht, so dass eine faktenreiche und quellenmäßig gut belegte Publikation entstand. Jeweils fast 100 Seiten mit Fotos und Dokumenten rufen die behandelten Vorgänge nachdrücklich in Erinnerung.

Im Bd. 3 schildert der Autor die Vorgänge um die „Erhängungen“ von Tulle, die am 9. Juni 1944 von der SS-Panzerdivision „Das Reich“ unter General Bernhard Lammerding durchgeführt wurden. In den einzelnen Kap. werden zunächst das Verwaltungs- und Polizeisystem, die Besatzungstruppen, der deutsche Sicherheitsdienst und die Résistance im ersten Halbjahr 1944 behandelt, dann folgt eine Analyse der SS-Division „Das Reich“. Das vermittelt dem Leser das notwendige Hintergrundwissen, um die dramatischen Geschehnisse in Tulle Anfang Juni 1944 zu verstehen. Ermutigt durch die Landung der Alliierten in der Nor-

mandie griff die französische Widerstandsbewegung Francs-Tireurs et Partisans (FTP) die Stadt an und besetzte sie für einen Tag. Die SS-Division konnte Tulle jedoch wieder einnehmen und veranstaltete einen fürchterlichen Racheakt: 99 Zivilisten wurden erhängt, hunderte Einwohner deportiert. Die Ermordeten wurden an einer Müllhalde am Ufer der Corrèze verscharrt. An dieser Mordaktion haben zusammen mit der SS die Befehlshaber der Wehrmacht maßgebliche Schuld.

Bd. 4 gliedert sich in zwei Teile: das Kriegsende an der Corrèze sowie die gerichtliche Verfolgung der Verbrechen nach dem Kriege. Es wird gezeigt, dass sich nach den Verbrechen von Tulle und Oradour in der Region der Widerstand, eingeschlossen der bewaffnete Kampf, gegen die deutschen Besatzer verstärkte. Die Wehrmacht konnte das Gebiet nicht mehr unter Kontrolle halten; nach der Landung der Alliierten in der Provence musste Oberst Böhmer mit seinen Truppen kapitulieren und die Corrèze war befreit. Sofort begann die Suche nach den Verantwortlichen und Schuldigen der Massaker, vor allem nach dem Brigadeführer der SS-Panzerdivision „Das Reich“, Heinz Lammerding. Walter Schmal wurde hingerichtet.

Im zweiten Teil legt K. zunächst die Rahmenbedingungen für gerichtliche Verfolgungen der Verbrechen in Deutschland und Frankreich dar. An Beispielen von Prozessen im behandelten Gebiet werden exemplarisch drei Fälle (Ottenbacher, Lammerding, Meier) besonders hervorgehoben, weitere knapp abgehandelt. Ungeachtet dieser Prozesse in Frankreich und von

Ermittlungen dann auch in der Bundesrepublik Deutschland verlief die juristische Verfolgung im Sande. Die Wehrmacht wurde von der Schuld freigesprochen, Lammerding wurde zwar in Abwesenheit zum Tode verurteilt, doch bis zu seinem Tode 1971 lebte er unbehelligt in der Bundesrepublik.

Den Opfern von Tulle war bei der Befreiung feierlich versichert worden: „Die Nation wird euch nicht vergessen. Euch wird Gerechtigkeit widerfahren.“ Dieses Versprechen, so resümiert der Autor bitter, wurde nicht eingelöst. Die beiden Bde. sind eine erschütternde Dokumentation über Verbrechen der deutschen Besatzer – ein Zusammenspiel von SS, Wehrmacht und Einsatzgruppen – und noch mehr über ihre Nichtahndung im Nachkriegsdeutschland.

Herbert Mayer

Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Eine Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, Chr. Links Verlag, Berlin 2008, 383 S.

Der Sammelbd. bietet eine chronologisch-sachliche Kombination von 13 Beiträgen, die – mit 2 Ausnahmen – von Angehörigen des IfZ verfasst wurden. Die Hrsg. weisen in ihrer Einleitung darauf hin, dass die Thematik einen künftigen Forschungsschwerpunkt bilden soll. Die Analyse der Systemkonkurrenz kann zweifellos als ein wichtiger Schlüssel fungieren, um die zugleich gemeinsame und getrennte Vorgeschichte der Berliner Republik zu versachlichen und noch

immer stark vorherrschende Schwarz-Weiß-Malereien zurückzudrängen. So, wenn z. B. im Beitrag von H. Wentker, der die gegenseitigen Wahrnehmungen der Kirchengemeinden in BRD und DDR behandelt, nicht zuletzt deutlich wird, dass viele von denen, die sich schließlich, im Ergebnis auch von Kursänderungen in der Kirchenpolitik der SED, als „Kirche im Sozialismus“ verstanden, dies mit einer Anerkennung humanistischer Qualitäten (soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik) eines noch zu verbessernden Sozialismus als besseres Gesellschaftssystem verbanden (S.77f.). Interessant auch die sich herausbildenden kirchlichen Positionen dahingehend, die Teilung als Sühne für Holocaust und zweiten Weltkrieg und zugleich aber auch als friedensstabilisierend zu akzeptieren. Hier schließt der Beitrag von H. Heitemeyer über Grenzsicherung und Grenzüberschreitung im doppelten Deutschland an, der u. a. zum Mauerbau darauf verweist, dass die USA diese Grenzabriegelung schon ins Kalkül gezogen hatten und sie „als Mittel eines souveränen Staates, sich innerlich zu konsolidieren“ akzeptierten (S.89). Und in einer differenzierenden Sicht auf die Fluchtbewegungen von DDR-Bürgern hebt H. schließlich hervor, dass viele Westdeutsche „nicht mehr verstanden, warum Ostdeutsche in den Westen kamen, hielten sie die DDR doch für einen gleichrangigen Staat“.(S.103). Hinsichtlich der Fristenregelung gelangt M. Schwartz bei der Analyse von Reformen des Abtreibungsrechts in Deutschland zu dem Schluss, dass die DDR kurzfristig „zum Maßstab einer kontroversen Debatte der Westdeut-

schen“ avancierte (S.212) und dass dies vielen auch als Indikator dafür galt, dass die „Gleichberechtigung der Frau in der DDR weiter fortgeschritten“ sei (S.202). Weiter fortgeschritten und effektiver war die DDR offensichtlich auch in der Sportförderung, wie Thomas Raithel in einer ausgewogenen Studie analysiert, in der er – unter Vermeidung einer Hypertrophie der Dopingproblematik – insbesondere die Existenz einer „effektiven Infrastruktur für Talentsuche und Training“, „Bündelung der Kräfte“, intensiven wissenschaftlichen Einsatz und hohe Anreize hervorhebt. Im Unterschied dazu wird der Vergleich im Bildungswesen, analog zum Gesundheitswesen, von A. Rohstock stark eingeschränkt und - nach völlig indiskutablen Ausführungen über die Schul- und Hochschulreform 1946ff. und unter Ausklammerung der mit „Pisa“ etc. zusammenhängenden Systemaspekte - zugunsten der BRD stark auf die „Bildungsexpansion“ in den 70er und 80er Jahren zugeschnitten. Nur einige wenige Aspekte von Kunst und Literatur werden in zwei Beiträgen einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. P. Weber konzentriert sich dabei, ausgehend von dem Deutschlandbesuch Thomas Manns 1949, auf festzumachende Gemeinsamkeiten sowie auf Unterschiede sowohl in der Klassikrezeption als auch in der „Abwendung“ von der Klassik, wobei offen bleiben muss, ob die schmählische Behandlung Thomas Manns in und durch die BRD noch von den Drangsalierungen Eislers und anderer durch die SED-Politologie übertroffen wurde. Dies setzt J. Hürter thematisch fort, indem er im Zusammenhang mit

der Ausbürgerung von Wolf Biermann die Konflikte von Geist und Macht einer vergleichenden Analyse unterzieht. Weiterhin befassen sich H. Möller mit der Nationsproblematik und deren verfassungsrechtlichem Niederschlag; H. Wentker mit dem doppelten UN-Beitritt und der deutsch-deutschen Konkurrenz auf der internationalen Bühne; Amir Das Gupta mit der deutsch-deutschen Rivalität in der Dritten Welt; D. Hoffmann mit der getrennten Krisenwahrnehmung und -bewältigung im Zusammenhang mit dem Ölpreisschock; M. Kittel mit Strauß' Milliardenkredit und dem Problem von Leistung und Gegenleistung in den innerdeutschen Beziehungen; D. Hoffmann mit den deutsch-deutschen Spitzentreffen von 1947 bis 1990; A. Wirsching mit dem Mauerfall und dem Ende des doppelten Deutschlands. Charakteristisch für die letztgenannten Beiträge ist der allerdings unausgewogene Spagat „zwischen den beiden deutschlandpolitische(n) Lagern im Westen“ (Kittel, S.331). Für ein Institut, das sich für den Vergleich der beiden deutschen Diktaturen stark macht, wäre es eigentlich nahe liegend gewesen, das Ende der SED-Diktatur mit dem Untergang der NS-Diktatur mit ihrem schrecklichen und maßlosen Endphasenterror zu vergleichen, daraus einige erhellende Schlüsse zu ziehen und vielleicht zu hinterfragen, ob es angängig war, die international und deutsch-deutsch als respektiert und respektabel ins Bild gerückte DDR im Nachhinein als „Schurkenstaat“ abzustempeln. Bei den Beiträgen oder Passagen, die sich mit der jüngeren und letzten Periode des doppelten Deutschland befassen,

wird außerdem deutlich, dass viele Fragen vertiefter Erforschung bedürfen, wie sie erst nach Zugang zu weiteren sowjetischen sowie den westlichen Quellen möglich sein wird. In einigen Beiträgen treten besonders deutlich apologetische Bestrebungen zugunsten der Bonner Republik bzw. westzonalen Politik hervor. So, wenn D. Hoffmann die Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten 1947 unter Ignorierung neuer Forschungsliteratur sowie neu erschlossener sowjetischer u. a. Quellen so „ausgewogen“ darstellt, dass die bewiesene westdeutsche Verhandlungs- und Verständigungsunwilligkeit und die ihr eindeutig zugrunde liegende Westzonenoption „weißgewaschen“ wird. (S.336ff.) Dem entspricht die Verfahrensweise von H. Möller, der mit Bezug auf den Verfassungsausschuss des Deutschen Volksrates als Erster herausgefunden zu haben glaubt, dass der Beginn der Verfassungsarbeit für den Oststaat vor der des Parlamentarischen Rates für die BRD gelegen habe (S.17). Wer kundig ist, weiß, dass das nicht stimmt, denn es ging dabei um die von Stalin „angeregte“ Ausarbeitung eines gesamtdeutschen Verfassungsentwurfes. Beim Vergleich der Vergangenheitsbewältigung könnte man angesichts der besonders in den letzten Jahren herausgearbeiteten großen und schwerwiegenden vergangenheitspolitischen Belastungen der Bonner Republik bei allen zweifellos auch in der DDR aufgetretenen Problemzonen dennoch ein deutliches Plus zu ihren Gunsten erwarten. Nicht so im Beitrag von U. Wengst über zweierlei „Vergangenheitsbewältigung“ im Systemkonflikt. Er konstruiert ein Fa-

schismusverständnis als Ausgangspunkt der Vergangenheitsbewältigung in der SBZ/DDR, das es so nicht gegeben hat (S.165), überbetont Instrumentalisierung und Propagandazwecke einerseits, bagatellisiert andererseits bundesrepublikanische Belastungen zu Einzelfällen und zeichnet – in Frontstellung gegen „linke Kritik“ und bei völliger Ausblendung der „68er“ Bewegung“ – ein geschöntes Bild von gelungener Bewältigung und Integration der Belasteten in Demokratie und „antitotalitären Konsens“. Fazit also: ein in Teilen und Ansätzen informativer und gelungener, aber insgesamt doch unzulänglicher Systemvergleich. *Rolf Badstübner*

Hanns-A. Schwarz: Festtag – Kampftag – Feiertag. In Blech, Glas, Pappe, Holz und Plastik. Mai-Abzeichen nach 1945 – Bundesrepublik und DDR. Hrsg. v. Verein zum Studium sozialer Bewegungen e.V., Berlin 2008, 136 S., Abb.

Ich erinnere mich gern an die Demonstrationen und Kundgebungen aus Anlass des 1. Mai, an denen ich teilgenommen habe. Zunächst an der Hand meiner Eltern, später selbstbestimmt und – trotz mancher Rituale – in dem Bewusstsein, die Emanzipation der arbeitenden Klasse zu befördern. Und: in der Erinnerung sind geblieben die Mainelke und natürlich die Maiabzeichen, die in jedem Jahr neu gestaltet worden sind und die wohl die meisten der Teilnehmer an diesen Demonstrationen am Revers getragen haben. Maiabzeichen gehörten seit 1890 zu den wichtigen und sicher auch wirksamsten Bestandteilen der von der

Arbeiterbewegung getragenen Kultur der Maifeiern. Die vorliegende Publikation informiert in ihrem Teil I (S.3-43) über die Geschichte der Maiabzeichen und über die soziokulturelle Geschichte der „roten Nelke“. Teil II (S.5-136) dokumentiert in Wort und Bild die Maiabzeichen, die zwischen 1946 und 2008 in den ehemaligen vier Besatzungszonen sowie ab 1949 in der DDR und der BRD aufgelegt worden sind. Dem Leser werden vielfältige und mitunter überraschende politische und künstlerische (Hintergrund-)Informationen zur Gestaltung dieser Abzeichen vermittelt. Sch. hat mit dem Bd. eine politisch und kulturgeschichtlich verdienstvolle Studie vorgelegt.

Wolfgang Heyn

Polska – Niemcy. Dokumenty i Materiały (Polen – Deutschland. Dokumente und Materialien). **Tom I: Układ Grudniowy 1970** (Bd. 1: Der Vertrag von 1970), **Tom II: Rozmowy dyplomatyczne Wojciecha Jaruzelskiego 1988-1990** (Bd. 2: Diplomatische Gespräche von Wojciech Jaruzelski 1988-1990), **Tom III: Konflikt w Zatoce Pomorskiej** (Der Konflikt um die Pommersche Bucht), **Tom IV: Kontakty polsko-niemieckie 1982-1989** (Bd. 4: Polnisch-Deutsche Kontakte 1982-1989), **Tom V: Polsko-niemieckie kontakty Związków Zawodowych, cz. 1 1948-1970, cz. 2 1970-1980** (Bd. 5: Polnisch-Deutsche Gewerkschaftskontakte. T. 1: 1948-1970, T. 2: 1970-1980), Wydawnictwo MAG, Warszawa 2006-2008, 138 S., 132 S., 128 S., 137 S., 121 S. 129 S.

Es ist für die objektive Geschichtsschreibung von größtem Wert, dass

die einmaligen Quellen aus der Volksrepublik Polen nicht im national-liberal-konservativen Polen verloren gehen. Deshalb ist es verdienstvoll, dass die Stiftung Archiv der Historischen Dokumentation der VR Polen Dokumentenbände unter dem Titel „Polen – Deutschland“ mit Materialien herausgibt, die für die deutsch-polnischen Beziehungen von enormer Wichtigkeit waren. Hrsg. der bisher vorliegenden fünf Bd. waren Grzegorz Soltysiak (Bd. 1-5), Andrzej Werblan (Bd. 1) und Pawel Dybicz (Bd. 2-5). Unterstützung gewährte ihnen die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der optische Wiedererkennungseffekt liegt im roten Einband. Das Titelblatt zieren der polnische Adler und die Wappen der DDR und der BRD.

Die ersten beiden Bd. wurden im Dezember 2006 in Warschau mit damaligen Akteuren bei einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung öffentlich präsentiert. Der 1. Bd. widmet sich dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 über die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und Polen, der die Grenze an Oder und Lausitzer Neiße bestätigte und ihre Unverletzlichkeit bekräftigte. Der 2. Bd. beleuchtet vor allem die Rolle, die Polen im Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Jahren 1989-90 spielte. Den Bd. über den Grenzvertrag vom Dezember 1970 präsentierten zwei polnische Urgesteine der vergangenen Volksrepublik Polen, der im November 2008 verstorbene ehemalige Ministerpräsident und letzte PVAP-Chef Mieczysław F. Rakowski und das frühere Politbüromitglied des ZK der PVAP und Historiker Andrzej Werblan. Beide rückten eine Person in das Vi-

sier, die ihrer Meinung der eigentliche Autor des Vertrages auf polnischer Seite war, Wladyslaw Gomulka, der damalige Parteichef der PVAP. Die Bedeutung des Vertrages zu verstehen heißt, sich mit ihm intensiver zu beschäftigen, was hier nur angedeutet werden kann. Für Gomulka, er war von 1945 bis 1948 Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete, waren die neuen Westgebiete nicht nur Kompensation für verlorenes Territorium im Osten, sondern sie boten gleichzeitig eine Chance für eine Modernisierung des Landes. Zugleich war er von tiefem Misstrauen erfüllt. Er glaubte weder den Deutschen, dass sie sich mit dem Gebietsverlust abfinden würden, noch an eine dauerhafte Unterstützung durch die Sowjetunion. Er intervenierte, teilweise erfolglos bei Stalin, gegen sowjetische Demontage und Reparation. Gleichfalls beunruhigten Gomulka Äußerungen einiger SED-Funktionäre im Herbst 1946, die eine Grenzänderung befürworteten. Er forderte ergebnislos sogar ein Zusatzprotokoll zum polnisch-sowjetischen Vertrag vom April 1945, in dem die Sowjetunion ihre unveränderte Haltung zur polnischen Westgrenze selbst bei einer deutschen Vereinigung abgeben sollte. Ein Meilenstein für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze war für Gomulka das Abkommen von Görlitz 1950 mit der DDR. Mieczyslaw Rakowski, der Gomulka als seinen strengen politischen Ziehvater bezeichnete, berichtete, dass er den eher sachlichen Gomulka selten so entspannt gesehen habe wie nach der Unterzeichnung des Abkommens mit der BRD im Dezember 1970. Gomulka ging immer davon aus, dass sich

perspektivisch die beiden deutschen Staaten vereinigen werden. Er fürchtete, dies könnte vor einer internationalen und gesamtdeutschen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze geschehen und diese in Frage stellen. Chancen, die Grenzfrage zu regeln, sah er deshalb in der neuen Ostpolitik Willy Brandts.

Der Bd. enthält zum Teil unveröffentlichte Dokumente aus Privatarchiven, die in der Stiftung Archiv der Historischen Dokumentation der VR Polen gesammelt wurden. Sie werfen nicht nur ein Bild hinter die Kulissen der Verhandlungen zum Vertrag von 1970, sondern, so erläuterte W., sie bieten auch einen Einblick in die Gedankenwelt der polnischen Teilnehmer und in die Bedingungen, unter denen sie agierten. Der damalige große außenpolitische Erfolg Polens wurde von einer dramatischen innenpolitischen Krise überschattet. Eine Woche nach der Unterzeichnung des Vertrages mit der Bundesrepublik Deutschland endete das politische Leben Wladyslaw Gomulkas mit seiner Entmachtung.

Der 2. Bd. enthält diplomatische Gespräche des damaligen Staatsratsvorsitzenden und ab Juli 1989 Präsidenten Polens Wojciech Jaruzelski, die er mit Politikern aus der DDR und der BRD in den Jahren 1988 bis 1990 führte. Sie widerspiegeln eine turbulente Zeit, die in Polen durch den Runden Tisch, die ersten freien Wahlen und die Bildung einer nichtkommunistischen Regierung geprägt wurden. Mauerfall und deutsche Einheit ließen in Polen alte Ängste in Bezug auf die Unantastbarkeit der Westgrenze aufkommen. Für Jaruzelski gab es

in dieser Frage kein Aber. Warten auf einen Abschluss des schon „mystischen“ Friedensvertrages kam für Polen nicht in Frage. Dokumentiert werden Gespräche des polnischen Präsidenten mit Egon Krenz, Hans Modrow und Markus Meckel sowie Hans-Dietrich Genscher, Johannes Rau, Oskar Lafontaine, Helmut Kohl und Richard v. Weizsäcker. Letztendlich sanktionierte das 2+4-Abkommen die Grenze an Oder und Neiße als endgültig und unauflösbar.

Der Bd. 3 ist dem Grenzkonflikt zwischen der VR Polen und der DDR gewidmet, der sich in den 1970er und 1980er Jahren in den Gewässern der Pommerschen Bucht abspielte. Die Medien beider Länder versuchten, das Echo so gering wie möglich zu halten. Bis auf kleine Meldungen erfuhr die Bevölkerung nichts von diesen Auseinandersetzungen. Der Konflikt wurde beigelegt, als alle polnischen Erwartungen erfüllt worden waren. Selbst das zwischenbetriebliche Streikkomitee in Szczecin hatte sich mit einem Brief an General Jaruzelski gewandt, in dem es die Verteidigung der Souveränität der polnischen Territorialgewässer forderte. Nicht nur Dokumente aus den Jahren 1987 bis 1989 verweisen auf die Ursachen und die komplizierte rechtliche und auch von nationalen Egoismen bestimmte Situation. Im Interview des Hrsg. mit dem damaligen polnischen Außenminister Marian Orzechowski wird deutlich, dass niemand voraussah, dass sich zwischen den beiden offiziell befreundeten Staaten die Situation derart verschärfen konnte.

Der 4. Bd. enthält Dokumente zu den polnisch-deutschen Beziehungen von

1982 bis 1989 aus der Sicht von Diplomaten und Deutschlandkennern. Im ersten Teil werden verschiedene Etappen der Beziehungen Polens zur BRD deutlich. Das sind: die abgekühlten Kontakte in den Jahren nach der Einführung des Kriegszustandes, die Versuche Polens in der Mitte der 80er Jahre, die internationale Isolation zu überwinden, und die westdeutschen Bemühungen, geprägt durch die Politik des Bundeskanzlers Helmut Kohl, auf die Entwicklung in Polen Einfluss zu nehmen. Die im zweiten Teil dargestellten Beziehungen zur DDR waren von einem gewissen Misstrauen seitens der Partei- und Staatsführung unter Erich Honecker geprägt. Zu Vorwürfen des Revisionismus und der Abkehr vom Marxismus-Leninismus kam noch der Grenzkonflikt in der Pommerschen Bucht hinzu. Der letztendliche Zerfall der DDR und die Vereinigung Deutschlands verlangten von der polnischen Diplomatie, erinnert sei hier an die DDR-Botschaftsflüchtlinge in Warschau, entschlossenes Handeln.

Der Bd. 5 besteht aus zwei Heften und enthält Dokumente zu den polnisch-deutschen Gewerkschaftskontakten von 1948 bis 1980. Diese bestanden in den Anfangsjahren nach deren Zulassung in den Besatzungszonen zu Polen vor allem darin, humanitäre Probleme zu lösen. Das waren u. a. die Suche nach Vermissten, Familienzusammenführungen oder Versuche, Angehörige aus den Kriegsgefangenenlagern freizubekommen. Mit der BRD gab es zunächst keine Kontakte auf Gewerkschaftsebene. Erst im April 1970 wurden während eines Besuches des DGB in Polen Bezie-

hungen aufgenommen. Das Verdienst gebührt vor allem Heinz Oskar Vetter, dem damaligen Vorsitzenden des DGB, der sich auch vehement für die Ratifizierung der Ostverträge im Bundestag einsetzte. Die polnischen Gewerkschaftskontakte zum FDGB der DDR erschrecken in ihren offiziellen Verlautbarungen durch ihre Banalitäten und Worthülsen. Den wirklichen Austausch über Probleme wie z. B. die Ereignisse 1953 in Ost-Berlin oder im Dezember 1970 an der polnischen Ostseeküste sucht man vergeblich. Zu hoffen bleibt, dass diese verdienstvolle editorische Arbeit auch zukünftig weitergeführt werden kann.

Daniela Fuchs-Frotscher

Tom Strohschneider: Erziehung in der Produktion. Jugendbrigaden in der DDR und der Konflikt um die betriebliche Jugendarbeit, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2007, 115 S.

Äußerlich macht das Buch den Eindruck, einem breiten Leserkreis zugänglich zu sein: Geschmackvoller Buchdeckel, vergleichsweise kleiner Umfang, einfache Kapitelgestaltung. Doch verständlich ist sein Inhalt nur denjenigen, die neben historischem Interesse auch ein gewisses Grundwissen über DDR-Geschichte mitbringen. Denn was das Buch eigentlich leisten müsste, leistet es nicht. Der Leser erfährt weder, was eine „Jugendbrigade“ noch was eine „Brigade“ ist im Unterschied zu anderen Formen der betrieblichen Arbeitsorganisation. Was ist ein Brigadier anderes als ein Vorarbeiter? Und wo stehen Meister und Schichtleiter? Unklar bleibt auch,

was eine Brigadebewegung ist. Machen viele Brigaden eine Bewegung aus und wenn ja, wie viele? Was ist ein Jungarbeiter? Und was sind Jungaktivisten? Etwa alle Mitglieder von Jugendbrigaden? Es entsteht der Eindruck, eine Brigade sei ein ständig Wettbewerb führendes Element der Belegschaftsstruktur, zum Zweck der Wettbewerbsführung geschaffen, und speziell Jugendbrigaden zeichnen sich unter ihnen vor allem dadurch aus, dass die FDJ politisch den Ton angibt. Der Vf. trug aus SED-, FDJ- und FDGB-Archiv relevante Aktenausagen zusammen. Er fragte nach bewusstseinsbildenden Aufgaben und politischen Zielsetzungen dieser Institutionen im Rahmen der Förderung von Jugendbrigaden. Einleitende Überlegungen thematisieren allgemeine gesellschaftspolitische und speziell jugendpolitische Orientierungen der SED sowie volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Manches davon ist gedanklich und sprachlich nicht ausgereift. So „etablierte sich in der SBZ/DDR nach und nach ein System der Herstellung der Produktivkraft Mensch“ (S.16), was einen lange rätseln lässt. Leider wird zu sehr zeitgenössischer Sprachkultur gefrönt. Die Ausführungen folgen sodann der Chronologie der Ereignisse, die Kapitelbildung den üblichen Zäsuren: Die späten 40er bis frühen 50er Jahre, 1952-1961, die 60er Jahre, der Realsozialismus der 70er und 80er Jahre. Zum Auf und Ab der Brigadeförderung ist nicht alles schlüssig erklärt, doch in groben Zügen ergibt sich ein Bild verschiedener Interessen und durchaus auch konträrer politischer Entscheidungsfindung. Dabei verharret

die Darstellung leider zu stark in Denksammenhängen, die staatssozialistische Herrschaft als Abfolge von „Kampagnen“ (ein Wort, das auch schwammig bleibt) verstehen. Vermutlich ist das Defizit auch eine Folge zu starker Fokussierung auf die Sprache und den Geist der Akten, die sich ergibt, obgleich der Vf. über systemimmanente Betrachtung hinausgehen wollte und seine Bewertungskriterien durchaus aus einer systemkritischen Position ableitet. Die „ideologisch-erzieherischen Maßnahmen“ im Blick, übersieht er manchmal, dass das Leben anders lief. Was von Kollegen gelegentlich überfordert wird, der Rückgriff auf die Zeitzeugen, hier hätte er einen Sinn gehabt.

Das Schlusskapitel wiederholt Gedanken der vorangegangenen Textteile, ohne sie zu einer weiterführenden Analyse zu verdichten. Der „Exkurs: Konflikte um die betriebliche Jugendarbeit“ am Ende ist falsch platziert und bietet auch nur bereits Gesagtes. Nützlich dürften die aus Akten und Fachliteratur zusammengestellten Tabellen mit Zahlen zu den Jugendbrigaden in der DDR sein.

Elke Scherstjanoi

Simone Barck/Stefanie Wahl (Hrsg.): Bitterfelder Nachlese. Ein Kulturpalast, seine Konferenzen und Wirkungen. Mit unveröffentlichten Briefen von Franz Fühmann, Karl Dietz Verlag, Berlin 2007, 288 S., Abb.

Die beiden Hrsg. haben den knapp 300 S. starken Bd. eine „Nachlese“ genannt. Sie wollten damit historischen Abstand signalisieren und „ganz di-

rekt“ zum „Nach-Lesen“ auffordern. Diesem Appell zu folgen, lohnt sich für jeden, der an deutscher Kulturgeschichte und ihren sozialen wie politischen Verflechtungen interessiert ist. Eine Nachlese ist diese Sammlung von Aufsätzen, historischen Fotos, Zeitzeugenberichten, Briefen und anderen schriftlichen Dokumenten noch in anderem Sinne. Es wird hier ein Projekt dokumentiert, das dem fünfzigsten Jahrestag der Eröffnung des Kulturpalastes in Bitterfeld gewidmet war und als Ausstellung 2004 im Rathaus der Stadt präsentiert worden ist. Danach dauerte es noch drei Jahre, bis mit Karl Dietz endlich ein Verlag gefunden wurde, der es für machbar hielt, das gesammelte Material zu publizieren.

Der Leser findet viele aufschlussreiche Informationen über den Kulturpalast, der als Prototyp für ein öffentlich gefördertes Kulturhaus aus den 50er Jahren gelten kann. Und selbstverständlich über die schreibenden Arbeiter und ihre Bewegung, die hier zwar nicht ihren Anfang hatte, aber mit der ersten Bitterfelder Konferenz einen starken Antrieb erfuhr. Hier ermöglichen die Beiträge von Kennern der westdeutschen Szene die übergreifende deutsch-deutsche Betrachtung. Volker Zaib vergleicht Bitterfelder und Dortmunder Weg und fragt nach dem „Einfluss der Bewegung schreibender Arbeiter in der DDR auf die Entwicklung der Dortmunder Gruppe 61“. Peter Kühne ergänzt mit Informationen über das Innenleben der Gruppe, die ihr Zentrum in dem von Fritz Hüser (Dortmunder Büchereidirektor) privat aufgebauten „Archiv für Arbeiterdichtung und soziale Litera-

tur“ hatte. Rüdiger Scholz blickt auf die deutsche Arbeiterliteratur zwischen 1918 und 1989 zurück.

Doch im Kern geht es hier um die Kultur- und Kunstpolitik in der frühen DDR (50er/60er Jahre), wie sie konzeptionell auf den beiden „Bitterfelder Konferenzen“ diskutiert worden ist. Das hat viele Facetten, nicht nur in den thematisch angeordneten Interviews von Zeitzeugen. So rekonstruiert Siegfried Lokatis, wie der Mitteldeutsche Verlag (MDV) in den 1950er Jahren zum „Leitverlag für sozialistische Gegenwartsliteratur“ wurde. Seine Pointe: das politische Interesse für den „Bitterfelder Weg“ sank rapide, als 1962 in einer Absatzkrise die verlagsökonomischen Folgen der massiv geförderten Gegenwartsliteratur offenbar wurden.

Matthias Braun erläutert „Walter Ulbrichts Traum vom neuen Menschen“ anhand seiner beiden „Bitterfelder Reden“ (1959 und 1964). Schon in dieser Überschrift klingt an, was zu erwarten war: dass die Begegnung mit der schönen Literatur, das Ausprobieren ihrer Techniken und Wirkungen zwar jeden Menschen verändern kann, doch diese Vereinigung von Kunst und Leben kein Mittel ist, die Industriearbeiter der DDR massenhaft in „neue Menschen“ zu verwandeln. Ulbrichts „Traum“, die euphorische Überhöhung der Wirkungsmöglichkeiten sozial engagierter Kunst, musste sich als Utopie erweisen. Dafür bringt Braun Belege bei und unterscheidet sich von der durchaus üblichen Verfahrensweise, sich vordergründig auf die Frage zu beschränken, wie denn die Parteiführung auf die Literatur Einfluss nehmen wollte und auf wel-

che absonderlichen bis perfiden Einfälle sie dabei kam. Diesen polihistorischen Kritikern gerät kaum in den Blick, dass es hier um Grundsätzlicheres ging. Wie sollte unter diesen Bedingungen das Verhältnis der körperlich Arbeitenden zu den Geistesarbeitern, wie die Beziehung zwischen Industriearbeitern und Funktionseleiten gestaltet werden? Dass im „Zukunftsstaat“ die Tempel der Kultur für alle geöffnet werden, war schon in der alten Sozialdemokratie völlig klar. So verstand es sich also, dass nun die „Höhen der Kultur“ von den ehemals Entrechteten und kulturell Ausgeschlossenen zu erstürmen wären. Das war keine verblüffend neue Idee. (Siehe dazu den Beitrag von Horst Groschopp) Aber konnte es überhaupt gelingen, eine programmatisch angestrebte Gleichheit durch kulturelle Hebung der werktätigen Massen zu erreichen? Man mag das schnell verneinen, aber das hier von Braun vorgetragene Urteil über Ulbrichts Utopismus verfehlt die wohl entscheidende Frage. Zu urteilen wäre doch darüber, wie weit das von Walter Ulbricht vorgetragene und gestützte kulturpolitische Konzept dem Modell einer sozialistischen Industriegesellschaft mit ihrer spezifischen sozialen Struktur und den darin enthaltenen Gestaltungsmöglichkeiten adäquat war.

Eine komplexere Betrachtung wird auch zeigen, dass es damals nicht nur um die Beziehung der Künstler zum „wirklichen Leben“ ging, sondern ganz generell um das Verhältnis der Funktionseleiten zu den „wirklichen Arbeitern“. An zwei exemplarischen Fällen kann nachgelesen werden, dass dies auch das existenzielle Problem

vierler Künstler war. Barbara Wiesener beschreibt als Kennerin der Biografie von Brigitte Reimann deren innere Schwierigkeiten nach dem Eintritt in eine Brigade des Kombinats Schwarze Pumpe (1960). Breiter und ausführlicher ist das Material, das Simone Barck von und über Franz Fühmann zusammengestellt und kommentiert hat. Seine angestrenzte Annäherung an die Arbeiter und ihre Lebenswelt, die in der Zeit der Bitterfelder Konferenz begann und ihn über zwei Jahrzehnte beschäftigte, führte zu (hier angedeuteten) Einsichten über den Zusammenhang von gesellschaftlichem Engagement und künstlerischer Produktion, die in seinem (wieder abgedruckten) Brief an Kulturminister Hans Bentzien von 1964 zusammengefasst sind. Im Kern eine Absage des Künstlers an den „Bitterfelder Weg“, doch das Problem blieb: „Wo war der Ort eines Schriftstellers meiner nicht-proletarischen Herkunft, Tradition, Mentalität und Leistung in einer Gesellschaft, deren Führung sich in staatlicher Form als Diktatur des Proletariats versteht?“ (S.173) Zehn Jahre später – keiner sprach mehr vom Bitterfelder Weg – bemühte sich Fühmann um Kontakte mit Brigaden im Salz- und Kupferbergbau und konnte schließlich 1974 mit seiner Jugendbrigade in den Schacht einfahren. Hier fand er, wie B. schreibt, „in mehrwöchigen, physisch höchst anstrengenden Untertageaufenthalten 1974/75 tatsächlich ‚seinen Ort‘, ‚seine Landschaft‘ und sein ‚Urerlebnis‘.“ (S.174) „Im Berg. Fragment eines Scheiterns“ (1983) ist von Fühmann nicht vollendet worden, doch mit den vorliegenden 13 Kap. des Bergwerk-Fragments

ist ein Schlüsseltext für das Verhältnis von Arbeit und Kunst entstanden.

Burghard Duhm öffnet mit seinem Beitrag über den Maler Walter Dötsch ein Blickfeld jenseits der hier im Mittelpunkt stehenden Literatur und deutet damit an, wie sinnvoll und notwendig es ist, auch auf die anderen künstlerischen Aktivitäten dieser Zeit einzugehen. Hier wird sofort klar, dass bildende Künstler aufgrund ihrer handwerklichen Produktionsweise ein ganz anderes Verhältnis zur Arbeit und zu Arbeitern haben als Literaturproduzenten. Und selbstverständlich auch ein anderes Verständnis von künstlerischer Unterweisung, von Kulturarbeit durch Künstler. Denn der Zeichenlehrer oder Kunsterzieher war schon lange ein achtbarer Beruf, Kunsthochschulen waren selbstverständlich. Doch ein „Literaturinstitut“ war 1955 eine Neugründung der DDR und nicht zufällig war sein erster Direktor Alfred Kurella, einer der Erfinder des „Bitterfelder Weges“.

Im Rückblick sind die Lösungen, die einst in der DDR gefunden oder verkannt worden sind, an den damaligen Verhältnissen zu messen. In die Gegenwart übertragbar ist davon nichts, auch weil es die Industriegesellschaft mit ihrer Arbeitermajorität hier nicht mehr gibt. Doch wer heute in der weitaus schroffer differenzierten deutschen Gesellschaft von sozialer Gerechtigkeit, von Chancengleichheit und von Bildung als Schlüssel zum Erfolg spricht, sollte auf die Anregungen nicht verzichten, die dieser Teil der deutschen Geschichte geben kann. Und wer sich darauf einlässt, wird bald bemerken, dass vergleichbare und bis heute wirksame kulturpolitische Strö-

mungen um ein Jahrzehnt zeitversetzt auch in der alten Bundesrepublik entstanden sind.

Solche Gemeinsamkeiten (wie auch die Unterschiede) werden recht deutlich, wenn Rüdiger Scholz im letzten Beitrag des Bd. die kulturpolitische Proklamation des „schreibenden Arbeiters“ in der DDR zum Anlass nimmt, die kurze Phase des Bitterfelder Weges in die beiden „großen Epochen von Arbeiterliteratur“ einzuordnen: einmal ist das die Weimarer Republik und dann sind das die beiden Deutschlands der 60er und 70er Jahre. Und tatsächlich ist es schon „merkwürdig, dass es trotz der riesigen Unterschiedlichkeit des ökonomischen und staatlichen Systems in beiden deutschen Staaten ganz ähnliche, wenn auch nicht gleichzeitige Versuche gegeben hat, dem bürgerlichen Künstlerbegriff des individuellen Genies eine proletarische Literatur entgegenzusetzen, die von den Arbeitenden selbst verfasst wurde, sich gegen bürgerliche literarische Kunstformen wandte und eine eingreifende Rolle in den Betrieben spielte“. (S.277)

B., die das Projekt konzeptionell betreut hat, ist im Bd. auch mit einer gedrängten Studie der „Bewegung schreibender Arbeiter“ vertreten. Dieses nicht nur literaturgeschichtlich aufschlussreiche Phänomen ist von der neueren DDR-Forschung bislang kaum beachtet worden. B. verfolgt diesen „kulturellen Vorgang, der in Zielstellung und Praxis ein genuin sozialistisches Experiment darstellte“ (S.141) in seinen beiden Aspekten. Einmal als einen kulturellen Bildungsprozess, der den Umgang mit den Künsten in nichtbürgerlichen Milieus

tatsächlich qualitativ wie quantitativ erweitert hat. Dies ist nicht nur eine Vermutung, denn auch die einschlägigen Untersuchungen weisen für die aktuelle ostdeutsche Teilpopulation eine höhere Wertschätzung kultureller Bildung und eine positive Bewertung des weitgehend schichtindifferenten Zugangs zur offiziellen Kultur in der Vergangenheit aus. Die westdeutschen Analysten führen das vor allem auf die intensivere schulische Heranführung der Kinder an die Künste zurück. Dass Betriebe und Gewerkschaft Organisationsformen kulturellen Lebens waren, kommt dabei nicht in den Blick.

Diese Skizze gibt auch eine Übersicht der literarischen Ergebnisse von drei Jahrzehnten, geht den Reaktionen der Berufsorganisation der Schriftsteller nach und blickt besonders auf jene Berufskünstler, die in engen Beziehungen zur Laienbewegung in den Betrieben gestanden haben und denen so „wichtige gesellschaftliche Einsichten in Ökonomie und Arbeitsalltag möglich wurden. Die zu Recht hervorgehobene ‚soziale Sensibilität‘ der DDR-Literatur verdankt sich wohl nicht zuletzt diesen konkret betrieblichen Realitäts-Einblicken.“ (S.161)

Simone Barck hat diese, wie sie meinte, heute exotisch anmutende massenkulturelle Bewegung für ein Schlüsselereignis der DDR-Kulturgeschichte gehalten und wollte darum das hier rückblickend betrachtete Projekt weiterführen. Sie hatte dafür schon alle Voraussetzungen sicher erstritten, doch ihr plötzlicher Tod beendete diese Arbeit, die früher oder später von neugierigen Historikern wieder aufgenommen wird. Der hier vorlie-

gende Bd. könnte sie dann auf wichtige Spuren führen. *Dietrich Mühlberg*

Jens Hüttmann: DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung, Metropol Verlag, Berlin 2008, 472 S., Abb.

Der Autor der vorliegenden Analyse, die von der Universität Erfurt als Dissertation angenommen wurde, hatte erst 2007 mit einem Aufsatz über die „De-De-Errologie“ im „Deutschland-Archiv“ für einiges Aufsehen gesorgt. Dies war sicherlich auch dem Umstand geschuldet, dass sich H. gegenüber der Totalitarismustheorie und darauf basierenden Darstellungen durchaus kritisch äußerte.

Davon ist auch die hier zu besprechende Publikation geprägt. Sie ist im Wesentlichen chronologisch gegliedert. Nach einer Einleitung über die „Historisierung der DDR-Forschung“ (S.13-30) und einem Abschnitt mit „Bemerkungen zu vorliegenden Forschungsarbeiten“ (S.31-48) beschäftigt sich das dritte Kap. mit der Herausbildung und Entwicklung dieser Disziplin zwischen 1945 und der ersten gemeinsamen DDR-Forscher-Tagung 1967 in Tutzing (S.49-154). Diese Tagung markierte in der Tat eine Zäsur, da von nun ab jene Konzepte und Forscher die Disziplin prägten, deren wissenschaftliches und sicher auch politisches Bestreben dahin ging, „ein wirklichkeitsgetreues Bild der sozial-ökonomischen Zustände in der DDR, der politisch-psychologischen Verhaltensweise der mitteleutschen Bevölkerung und nicht zuletzt der inneren Stabilität des Regimes zu erarbeiten“

(Karl Wilhelm Fricke 1967). Ob man allerdings, wie das der Autor in seinem vierten Kap. (S.155-294) tut, für den Zeitraum von 1967 bis 1990 von einer „Blütezeit der ‚alten‘ DDR-Forschung“ sprechen kann, mag hier dahingestellt bleiben.

Im fünften Kap. analysiert H. schließlich die „neue“ DDR-Forschung nach 1990 (S.195-387), beschreibt sowohl institutionelle Umbrüche und Kontinuitäten der Forschungslandschaft wie auch die vorherrschende Fokussierung auf die Stasi-Problematik. In seinen Schlussbetrachtungen (S.389-397) referiert der Autor „Ergebnisse und Folgen der Historisierung der DDR-Forschung“. Von besonderem Wert ist das umfangreiche Literaturverzeichnis (S.413-465), das neben dem Nachweis von Monographien und Zeitschriftenaufsätzen auch auf Rededispositionen und unveröffentlichte Vortragstexte verweist. *Wolfgang Heyn*

Maud Bracke: Which Socialism, Whose Détente? West European Communism and the Czechoslovak Crisis, 1968, Central European University Press, Budapest-New York 2007, 414 S.

Aus der Vielzahl von Büchern zum 40. Jahrestag des Jahres 1968 ragt das aktuelle Buch von B. (Universität Glasgow) heraus. Denn nur wenige Autoren erfassen das Jahr 1968 tatsächlich als ein Jahr einer „Weltrevolution“ (Immanuel Wallerstein), die West und Ost umfasste und eng mit der Blockkonfrontation verbunden war. Zwar werden die Protestbewegungen in Osteuropa – namentlich in Polen oder Jugoslawien – zur Kennt-

nis genommen. Es herrscht Empörung über die kriminelle Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR. Über den Widerstand der Tschechoslowaken nach der Intervention wird im Rahmen der Forschungen zu sozialen Bewegungen diskutiert. Aber die Inhalte und Ziele der Prager Reformer für einen parlamentarisch-demokratischen Marktsozialismus verschwinden hinter den antistalinistischen und antisowjetischen Tendenzen. So geraten die Kernprozesse der osteuropäischen Reformen von Ostberlin, Budapest und vor allem Prag aus dem Blick. Sie werden vor allem nicht als ein Teil des Gesamtprozesses einer Reaktion von Intellektuellen in West und Ost auf eine Technologierevolution begriffen, als ein Ausbruchversuch auch aus der Blocklogik. „Während in der Tschechoslowakei die Führer und die Aktivisten des Prager Frühlings mit Ideen eines ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ und Alternativen zum Sowjetmodell experimentierten, verbanden sich in Frankreich und überall im Westen neue Protestformen gegen die Absurditäten des Kapitalismus mit traditionellen Protestformen gegen seine Ungerechtigkeit“ (S.1), schreibt B. Sie wendet sich der Reflexion der Prager Reformen in den beiden wichtigsten und größten westlichen kommunistischen Parteien zu – der FKP und der IKP. Das Buch gliedert sich in drei Teile. Ausführlich wird erstens der westeuropäische Kommunismus und Internationalismus seit 1956 mit dem XX. Parteitag der KPdSU, der Entstalinisierung und der ungarischen Revolution untersucht. Kernthese von B. ist, dass die Franzosen bei einer

weit beweglicheren Innenpolitik mehr an ihrer internationalistischen Moskautreue festhielten als die Genossen in Rom, die in beiden Fragen neue Wege gingen. In einem zweiten Teil, dem Hauptteil, rücken die Prager Reformen und der Streit um den richtigen sozialistischen Weg in den Mittelpunkt. Deutlich wird die gespaltene Haltung besonders der Franzosen zur sowjetischen Kritik am Prager „Revisionismus“ und die Schwierigkeiten, die FKP und IKP trotz ihrer Ablehnung des Einmarsches schließlich in der innenpolitischen Entwicklung erlitten.

Der abschließende dritte Teil zeigt die Probleme einer äußeren Wiederherstellung des Internationalismus als Organisations- und Koordinationsprinzip in der kommunistischen Weltbewegung nach 1968, der aber letztlich bereits einen Aus- und Abbruch dieses Weges für beide Parteien und die Bewegung insgesamt darstellen sollte. Beide Parteien haben sehr aufmerksam die Entwicklung in Osteuropa verfolgt. Sie wussten, dass Erfolg oder Misserfolg des Ostblocks Rückwirkungen auf ihre eigene linke Politik und Chancen für eine sozialistische Umwälzung haben musste. Im Jahr 1968 – zunächst in Frankreich, in Italien dann zeitversetzt ein Jahr später – erlebten sie zugleich, dass die rebellierenden Studenten im Westen nicht nur gegen das kapitalistische Establishment antraten, sondern auch die etablierten linken Parteien, Sozialdemokraten wie Kommunisten, attackierten. Nicht allein der andere, individualistische Politikansatz musste zum Konflikt mit den marxistisch-leninistischen Parteien führen. Sie

gerieten vor allem von links unter Druck, weil sie nicht konsequent für die Revolution antraten. Die Kommunisten wiederum sahen in den Reformen in Osteuropa, besonders aber in der ČSSR, auch keinen wirklichen Ausweg. Sie akzeptierten die souveräne Entscheidung der tschechoslowakischen Genossen, wollten selbst mehr Distanz zu Moskau. Sie begriffen aber, dass eine solche Reformpolitik die Blockkonfrontation berührte und ähnlich wie schon in Ungarn 1956 letztlich beim Scheitern und einer sowjetischen Intervention ihre eigenen Positionen schwächen musste. Inhaltlich sahen sie allerdings – wohl die Franzosen mehr als die Italiener – in den Prager Reformen eine Abkehr von einem revolutionären, richtiger wohl radikalen Weg zum Sozialismus. Sozialdemokratische Alternativen erlebten sie aber in ihren beiden Ländern selbst. Die Akzeptanz durch die kommunistischen Parteien war ebenso wie die durch die Studenten dafür aber nicht vorhanden. Das war nicht der Weg, den Kapitalismus zu überwinden. In der folgenden Auseinandersetzung um den Einmarsch mussten beide kommunistischen Parteien Farbe bekennen. In der Realität blieb die französische Partei trotz Verurteilung der Intervention weit radikaler in ihrer Skepsis zu den Prager Reformen und stellte die Einheit der kommunistischen Bewegung in den Mittelpunkt. Die Italiener dagegen leugneten ihre Sympathien mit den Reformern in Prag und den eigenen nationalen linken Wegen nicht. Beide Parteien orientierten, stärker die Partei Gramscis und Togliattis nach dem ‚Testament von Jalta‘, auf einen Eurokommunis-

mus, einen Weg zu einer sozialistischen Perspektive auf der Grundlage der westeuropäischen Erfahrungen und Bedingungen. Das musste den Verzicht auf die Diktatur des Proletariats und die Moskauer Führungsrolle ebenso bedeuten wie eine flexiblere, demokratischere Suche nach Wegen der Veränderung. Die Einbindung und Bedrohung durch die Blockkonfrontation blieb jedoch. Aber: „Es gab Hoffnungen in Ost- und Westeuropa über ein Ende des kalten Krieges durch den Zerfall der Blöcke. Das Argument hier ist nicht, dass diese ‚Détente von unten‘ oder ‚dynamische Détente‘ aufhörte, nach 1968 zusammen zu existieren. Als paralleler Prozess zum Supermacht-Détente, weniger sichtbar aber längerfristig wichtig, trug die Détente von unten zu Änderung in den sozialistischen Regimes in Osteuropa und der Sowjetunion bei.“ (S.365) Zweifellos galt der Ansatz der westeuropäischen Kommunisten zunächst auch für ihre Länder, nach 1968 gab es dafür aber keine wirkliche Chance mehr. „Sozialismus“ war gleichbedeutend mit dem Osten, und dort war dieser „Sozialismus“ undemokratisch. Das Versagen in der Krise 1968 im Osten, aber auch im Westen hat viele Gründe, viele Rechtfertigungen. Die westeuropäischen Kommunisten erscheinen hier aus meiner Sicht durchaus als staatsmännisch, nicht zuletzt auch in ihrem Begreifen der Bedeutung von Entspannungspolitik und dem Sehen der tödlichen Risiken eines revolutionären Versuchs im Westen. Chile 1973 sollte diese Angst bestätigen. Aber das Jahr 1968 markiert vor allem einen Bruch mit einem sowjetischen Sozialismusver-

ständnis, das bislang auch noch die westlichen Kommunisten leitete. Dieser Riss war nach dem Einmarsch in Prag nicht mehr zu kitten.

Stefan Bollinger

Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? (Hefte zur DDR-Geschichte, 113), Berlin 2008, 62 S.

In der wesentlich erweiterten und durch einen Dokumentenanhang ergänzten Fassung eines Vortrages am 8. Mai 2008 in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät schildert B. die ab 1989/1990 geführten Auseinandersetzungen, die Suche nach Lösungen und die schließlich getroffenen Entscheidungen über das Schicksal der im Titel benannten Einrichtungen der fünf Parteien der DDR, des Verbindungsbüros des Demokratischen Blocks und der Nati-

onalen Front der DDR sowie von 24 Organisationen und Verbänden. Mit Ausnahme der Originalbestände von CDU (Konrad-Adenauer-Stiftung St. Augustin) und LDPD (Friedrich-Naumann-Stiftung Gummersbach) wurden die Archivbestände und die Bibliotheken dauerhaft in der unselbstständigen „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ in Berlin-Lichterfelde konzentriert und gesichert. Damit steht Historikern und anderen Interessierten ein reicher Fundus zur Erforschung der DDR-Geschichte einschließlich von Sekundärliteratur zur Verfügung. In den neun Dokumenten ist noch einmal der Weg von der Gefährdung der Archivalien und Bibliotheksbestände durch den Wegfall der personellen, materiellen und finanziellen Mittel über verschiedene Lösungsansätze bis zur endlichen Sicherung im Bundesarchivgesetz nachzuvollziehen. *Bärbel Konny*



ravensbrückblätter

Hrsg.: Lagergemeinschaft Ravensbrück / Freundeskreis e.V. (BRD) - Sitz: Stuttgart
Mitglied im Internationalen Ravensbrück-Komitee
Gegründet von Überlebenden

Herausgeberin: Lagergemeinschaft Ravensbrück / Freundeskreis e.V. (LGRF)

Redaktion: Käthe Dost, Lotta Gothe, Silke Radosh-Hinder, Monika Pilath, Ina Pilath, Gerhild Vollherbst

Anschrift der Redaktion: ravensbrückblätter, Postfach 36 03 49, 10973 Berlin

e-mail: ravensbrueck@web.de

Druck: Druckwerkstatt Renchen, Weidenstr. 30, 77871 Renchen Tel. 07843-1695 Fax 07843-84125

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion

Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. Postfach, 02 13 72, 10125 Berlin

Erscheint halbjährl. Einsendeschluss für Ausgaben: 1. Mai, 1. Nov.

Spendenkonto der LG Ravensbrück: Postbank Stuttgart, Kto: 219674-701, BLZ 600 100 70

Autorenverzeichnis

Rolf Badstübner, Prof. Dr. Berlin
Stefan Bollinger, Dr. phil. habil., Berlin
Ulrich Busch, Dr. habil., Technische
Universität Berlin
Gerd Callesen, Dr., Wien
Holger Czjirich-Stahl, Berlin
Wolfgang Eichler, Dr., Rehfelde
Verena Fink, Dr., Rendsburg
Ronald Friedmann, Berlin
Daniela Fuchs-Frotscher, Dr., Berlin
Heinrich Gemkow, Prof. Dr., Berlin
Wladislaw Hedeler, Dr., Berlin
Hans-Otto Hemmer, Düsseldorf
Wolfgang Heyn, Dr. sc. phil., Bernau
Peter Hochmuth, Woltersdorf
Ursel Hochmuth, Hamburg
Alexander Kan, Prof. Dr. Uppsala
Mario Kessler, Prof. Dr., Zentrum für
Zeithistorische Forschung, Potsdam
Horst Klein, Dr. sc. phil., Strausberg
Bärbel Kontny, Berlin
Erwin Lewin, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc. phil., Berlin
Ralph Metzger
Dietrich Mühlberg, Prof. Dr., Berlin
Hartmut Rüdiger Peter, Dr., Martin-
Luther-Universität, Halle
Jutta Petersdorf, Dr. habil., Berlin
Ulla Plener, Dr. sc., Berlin
Elke Scherstjanoi, Dr., Institut für Zeit-
geschichte München-Berlin, Abt. Berlin
Walter Schmidt, Prof. Dr., Berlin
Hans Sonntag, Dr. phil., Weinböhla
Carsten Voigt, Dr., Leipzig

An unsere Rezensenten

Wir bitten nachdrücklich darum, dass Rezensionen 6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten (siehe auch unseren Hinweis im Impressum). Dies ist notwendig, um möglichst viele Buchbesprechungen veröffentlichen zu können. Zu lange Texte erfordern eine redaktionelle Kürzung und bedeuten einen zusätzlichen Aufwand.

Die Dateien bitten wir **nur** an folgende Email-Adresse (in Ausnahmefällen Diskette weiterhin an unsere postalische Adresse) zu senden:

**rez-kon@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de**

Rezensionswünsche bitte ebenfalls an diese Adresse richten.

Die Redaktion

Jahresinhaltsverzeichnis 2009

Artikel

Rolf Badstübner: Alternativen, Brüche und Wendepunkte auf dem Weg zur doppelten Staatsgründung II/5

Peter Birke: Wilde Streiks in „goldenen Zeiten“. Arbeitskämpfe in der dänischen Industrie der 1960er-Jahre I/5

Anneliese Braun: Fritz Behrens' Konzept einer „sozialistischen Warenproduktion“, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart II/26

Ulrich Busch: Die DDR als staatssozialistische Variante des Fordismus III/34

Benjamin Franz: Zur Diskussion in der KPD 1918/1919 um die Anwendung von Waffengewalt in der Revolution I/79

Arno Gräf: Die Freie Deutsche Jugend in Schottland 1942 bis 1946 I/30

Christoph Hamann: Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848-30 Jahre „Aktion 18. März“ II/87

Hans-Otto Hemmer: Nur noch ein Restposten? – 60 Jahre DGB III/5

Horst Klein: Die Nationale Volksarmee der DDR in der friedlichen Revolution im Herbst 1989 III/57

Heinz Köller: Deutsche Kommunisten in der belgischen Emigration 1938 bis

1945. Zu negativen Folgen der Differenzen in der Antihitlerpolitik II/68

Ottokar Luban: Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes I/53

Ulla Plener: Über Parteidisziplin in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts II/56

Jörg Roesler: Die Brigaden, der Meister, die Werkleitung und der Plan. Arbeitsregime und Arbeitsklima in den volkseigenen Betrieben der DDR II/42

Walter Schmidt: Zur Entwicklung der deutschen Achtundvierziger. Biografien-schreibung von der Mitte des 20. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts III/14

Berichte

Günter Benser: 1968 aus globaler Perspektive. 44. Konferenz der ITH I/157

Jochem Černý: 1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich II/178

Rainer Holz: Traditionen des Linkssozialismus in der Arbeiterbewegung. Kolloquium I/164

Rainer Holz: Für bürgerliche und/oder sozialistische Demokratie? Tagung zur Novemberrevolution 1918/1919 I/167

Jörg Roesler: Die Transformation der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland nach 1990 II/175

Erwin Levir: Dokumente zum antifaschistischen Widerstand in Kosova: Die Konferenz von Bujan (31.12.1943-2.1.1944) I/96

Biografisches

Holger Czjztrich-Stahl: Arthur Stadthagen (1857-1917) – der erste sozialdemokratische Jurist im Deutschen Reichstag. Annäherung an einen beinahe vergessenen Sozialisten III/69

Verena Fink: Kurt Stern – Mitglied der Stettiner Arbeiterbewegung und politischer Emigrant in Schweden III/108

Ronald Friedmann: Walter Ulbricht und Gerhard Eisler – Skizze einer seltsamen Freundschaft III/95

Dokumentarisches

Günter Agde: „Die Wirkung einzelner Filme differenziert und vielseitig untersuchen“. Ein früherer DDR-Versuch filmsoziologischer Forschung II/146

Jochen Hahn/Walter Friedrich: „Friedenslieder sind Katalysatoren“ II/109

Joachim Heise: Kirchenpolitik am Scheideweg. Ein Dokument der Angst und der Ohnmacht II/129

Christa Hinckel: Nadežda Konstantionovna Krupskaja (1869-1939): Briefe aus den Jahren 1923 bis 1938 I/129

Ursel Hochmuth/Peter Hochmuth: Vor 75 Jahren – Dissonanzen im Kopenhagener Exil. Ein Gedächtnisprotokoll Walter Hochmuths vom Oktober 1934 III/123

Informationen

Peter Giersich: Die Vogtländer und Max Hoelz I/171

Heiner Jestrabek: Wer war Susanne Leonhard? I/175

Herbert Mayer: Neue deutsche Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg II/164

Miszelle

Hans Sonntag: Die Proletarierin zwischen Fabrikarbeit, „zweiter Schicht“ und „Sex-Appeal“. Ausgewählte Aspekte zur Frauenfrage in der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung“ 1926/27 bis 1933 III/158

Regionales

Manfred Lachmann: Disziplinierung auf dem Schlachtfeld. Eine fast vergessene Episode aus dem Revolutionsjahr 1848/49 im Königreich Sachsen I/146

Carsten Voigt: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Sachsen 1924 bis 1933 III/145

Buchbesprechungen

Edith Anderson: Liebe im Exil. Erinnerungen einer amerikanischen Schriftstellerin an das Leben im Berlin der Nachkriegszeit (*Evermarie Badstübner*) II/192

- Rolf Badstübner: Clash. Entscheidungsjahr 1947 (*Günter Benser*) II/199
- Simone Barck/Stefanie Wahl (Hrsg.): Bitterfelder Nachlese (*Dietrich Mühlberg*) III/200
- August Bebel: Die moderne Kultur ist eine antichristliche (*Henning Ohlendorf*) II/182
- Hanna Behrend: Die Überleberin (*Stephan Lieske*) II/197
- Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? (*Bärbel Kontny*) III/207
- Peter Berens: Trotzlisten gegen Hitler (*Herbert Mayer*) III/189
- Maud Bracke: Which Socialism, Whose Détente? West European Communism and the Czechoslovak Crisis, 1968 (*Stefan Bollinger*) III/204
- Uran Butka: Lufta Civile në Shqipëri 1943 – 1945 (Der Bürgerkrieg in Albanien) (*Erwin Lewin*) I/202
- Patrizia Chwalisz: Die Transformation des polnischen Arbeitsrechts und die Gewerkschaften (*Peter Hübner*) I/213
- Ulrich Eumann: Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik (*Carsten Voigt*) I/188
- frei, denkend, selbstbestimmt. 22 Porträts freigeistiger Frauen (*Heinrich Gemkow*) III/174
- Ronald Friedmann: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie (*Joachim Eichler*) II/201
- Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert (*Herbert Mayer*) I/186
- Wladislaw Hedeler/Klaus Kinner (Hrsg.): „Die Wache ist müde“. Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen (*Jutta Petersdorf*) III/182
- Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968) (*Andreas Diers*) II/203
- Klaus Hermsdorf: Kafka in der DDR. Erinnerungen eines Beteiligten (*Ulrike Köpp*) II/205
- Peter Hübner/Christa Hübner: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei (*Jörg Roessler*) II/207
- Jens Hüttmann: DDR-Geschichte und ihre Forscher (*Wolfgang Heyn*) III/204
- Iz Archiva A.N. Potresova. Vypusk 1: Perepiska 1892-1905 [Aus dem Archiv von A.N. Potresov. Bd. 1: Schriftwechsel 1892-1905], Moskva 2007; Vypusk 2: Pis'ma A.M. Kalmykovej. 1894-1905 [Bd. 2: Briefe von A.M. Kalmykova, 1894-1905] (*Hartmut Rüdiger Peter*) III/175

- Thomas Kacza: Zwischen Feudalismus und Stalinismus. Albanische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (*Erwin Lewin*) III/171
- Rainer Karlsch: Uran für Moskau. Die Wismut (*Joachim Eichler*) I/208
- Bruno Kartheuser: Walter, SD in Tulle. Bd. 3 und 4: Die Erhängungen von Tulle (*Herbert Mayer*) III/191
- Fritz Keller: Internationale der Öffentlichen Dienste. Die ersten hundert Jahre (*Gerd Callesen*) II/185
- Fritz Keller/Andreas Höferl: Kampf für öffentliche Dienste. Für ein besseres Leben und eine bessere Welt (*Gerd Callesen*) II/185
- Mario Keßler: Ossip K. Flechtheim. Politischer Wissenschaftler und Zukunftsdenkler (*Andreas Diers*) I/192
- Dagmar Kift/Hanneliese Palm (Hrsg.): Arbeit – Kultur – Identität. Zur Transformation von Arbeitslandschaften in der Literatur (*Evemarie Badstübner*) I/181
- Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971) (*Heinz Niemann*) I/204
- Barbara Koehn: Der deutsche Widerstand gegen Hitler (*Ulla Plener*) III/191
- Joni Krekola: Stalinismiin lyhyt kurssi. Suomalaiset Moskovon Lenin-kouluissa [Kurzer Lehrgang des Stalinismus. Finnen auf der Internationalen Lenin-Schule] 1926-1938 (*Alexander Kan*) III/184
- Karin Kuckuk: Im Schatten der Revolution. Lotte Kornfeld – Biographie (*Gerhard Engel*) II/189
- Labour Internationalism. Different Times, Different Faces (*Gerd Callesen*) III/168
- Irina Liebmann: Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrmstadt (*Elke Scherstjanoi*) II/210
- Holger Marcks/Matthias Seiffert (Hrsg.): Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf (*Ralf Hoffrogge*) II/187
- Marx-Engels-Jahrbuch 2007 (*Martin Hundt*) I/179
- Klaus Meschkat/Michael Buckmiller (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale (*Florian Wilde*) I/194
- Daniela Münkler (Hrsg.): „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Die Programmgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (*Herbert Mayer*) I/186
- Ryszard Nazarewicz: Komintern a lewica polska (Die Komintern und die polnische Linke) (*Gerd Kaiser*) I/196
- Philip Yale Nicholson: Geschichte der Arbeiterbewegung in den USA (*Peter Schäfer*) I/183
- Mario Niemann: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989 (*Günter Benser*) I/210

- Judit Pákh: Das rote Hanau. Arbeit und Kapital 1830 - 1949 (*Annelies Laschitzka*) I/191
- William A. Pelz: Against Capitalism. The European Left on the March (Mario Keßler) III/166
- Polska – Niemcy. Dokumenty i Materialy (Polen – Deutschland. Dokumente und Materialien). Tom I-V (*Daniela Fuchs-Frotscher*) III/196
- Hans Reichelt: Die deutschen Kriegsheimkehrer. Was hat die DDR für sie getan? (*Herbert Mayer*) II/220
- Jörg Roesler: Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik (*Arne Schott*) II/202
- Michael Schwartz (Hrsg.): Ernst Schumacher – ein bayerischer Kommunist im doppelten Deutschland. Aufzeichnungen des Brechtforschers und Theaterkritikers in der DDR 1945-1991 (*Lothar Georg*) II/213
- Hanns-A. Schwarz: Festtag – Kampftag – Feiertag. Mai-Abzeichen nach 1945 – Bundesrepublik und DDR (*Wolfgang Heyn*) III/195
- Boris Spagnol: Notstand der Demokratie. Der Protest gegen die Notstandsgesetze und die Frage der NS-Vergangenheit (*Herbert Mayer*) I/212
- Eike Stiller: Karl Bühnen. Arbeitersportler und Sportfunktionär (*Wladislaw Hedeler*) I/199
- Tom Strohschneider: Erziehung in der Produktion. Jugendbrigaden in der DDR und der Konflikt um die betriebliche Jugendarbeit (*Elke Scherstjanoi*) III/199
- August Thalheimer: „So ist die Vernunft selbst weltlich“. Ausgewählte philosophische und religionskritische Schriften (*Ralph Metzger*) III/180
- Klaus Tenfelde u. a. (Hrsg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns (*Peter Hübner*) II/194
- Christa Uhlig: Reformpädagogik. Rezeption und Kritik in der Arbeiterbewegung, Quellenauswahl; Christa Uhlig (Hrsg.): Reformpädagogik und Schulreform. Diskurse in der sozialistischen Presse der Weimarer Republik, Quellenauswahl (*Wolfgang Eichler*) III/178
- Anika Walke: Jüdische Partisaninnen. Der verschwiegene Widerstand in der Sowjetunion (*Vera Dost*) I/201
- Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945 (*Bärbel Konny*) II/216
- Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949-1990 (*Rolf Badstübner*) II/216
- Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz (*Rolf Badstübner*) III/193
- Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989 (*Joachim Eichler*) II/222

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn, Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny, Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für Buchbesprechungen:

rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai, September) in der NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtumfang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge veröffentlicht werden, die nicht bereits anderweitig erschienen sind. Manuskripte können per e-mail oder auf Diskette, vorzugsweise als word-Datei, eingesandt werden. Beiträge sollten 40.000, Berichte 10.000, Rezensionen

6.000 und Annotationen 2.000 Zeichen nicht überschreiten. Bitte reichen Sie stets die letzte Fassung des Beitrages ein und beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche äußere Manuskriptgestaltung. Die Redaktionsrichtlinien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff/Rosemarie Kouřil

Realisiert in den Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e.V.
info@bodonimuseum.com

Die Typowerkstätten des Giambattista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf Wunsch Sonderdrucke der im Jahrbuch veröffentlichten Beiträge – mit und ohne Umschlag – an. Die Konditionen sind zu erfragen unter der Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 16.08.2009